[redacted]

Ministerium des Innern und für Kommunales
[redacted]

Datum: 14.04.2025
[redacted]

Vermerk:
Einstufung des Landesverbandes Brandenburg der Partei „Alternative für Deutschland“ als gesichert extremistische Bestrebung

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung ... 2
2. Rechtliche Grundlagen ... 3
2.1 Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ... 3
2.2 Tatsächliche Anhaltspunkte für einen Verstoß ... 4
2.3 Parteien als Beobachtungsobjekte ... 6
2.4 Beobachtung von Abgeordneten ... 7
3. Kurzdarstellung: AfD-Landesverband Brandenburg 2020 bis Anfang 2025 ... 8
3.1 „Der Flügel“ und die Causa Kalbitz ... 8
3.2 Rivalisierende Netzwerke um Bessin und Berndt ... 10
3.3 Grundsatzentscheidungen von Jüterbog ... 13
3.3.1 Neuaufstellung des Landesverbandes ... 13
3.3.2 Wahlprogramm 2019 und 2024 ... 16
4. Verdichtung hinreichend gewichtiger Anhaltspunkte ... 19
4.1 Ursachen ... 20
4.2 Extremistische Positionierungen im Zuge der Debatte um „Remigration“ ... 21
4.3 Intensivierte Vernetzung mit dem rechtsextremistischen Vorfeld ... 27
4.4 Angriffe auf das Demokratieprinzip ... 36
4.5 Entgrenzung des Rechtsextremismus. Lokale und regionale Hotspots ... 39
5. Tatsächliche Anhaltspunkte für eine Bestrebung i.S.v § 3 Abs. 1 Nr. 1 BbgVerfSchG ... 44
5.1 Verstöße gegen die Menschenwürde ... 45
5.2 Verstöße gegen das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip ... 85
5.3 Vernetzung zu anderen rechtsextremistischen Organisationen und Personen ... 113
6. Fazit ... 137

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

1. Einleitung

Der Landesverband Brandenburg der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD-LV BB) wurde am 10.06.2020 gemäß §§ 3 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, S. 2 i. V. m. § 4 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 3 BbgVerfSchG als extremistischer Verdachtsfall eingestuft.[1] Hinreichend tatsächliche Anhaltspunkte für die Einstufung des AfD-LV BB als Beobachtungsobjekt ergaben sich damals erstens aus seiner personellen und inhaltlich-programmatischen Überschneidung zur im Mai 2020 formal aufgelösten Parteistruktur „Der Flügel“. Zweitens trieben maßgebliche Parteifunktionäre die personelle und organisatorische Vernetzung mit rechtsextremistischen Strukturen insbesondere im Bereich der „Neuen Rechten“ voran. Drittens lagen zum damaligen Zeitpunkt einschlägige und relevante Äußerungen des Führungspersonals des AfD-LV BB vor, die gegen essenzielle Schutzgüter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstießen.

Um aufklären zu können, ob die von einer Bestrebung ausgehenden Aktivitäten eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung darstellen, muss die Bestrebung notwendigerweise beobachtet werden. Besteht auf Grundlage der gesammelten Erkenntnisse kein Zweifel mehr, dass sie sich gegen Schutzgüter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung richtet, muss eine Hochstufung vom Verdachtsfall zur gesichert extremistischen Bestrebung erfolgen (s. Abs. 2.2). Hierfür genügt es, dass sich die Bestrebung gegen eines der Schutzgüter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung richtet. Unerheblich ist hierbei allerdings, ob die Außer-Kraft-Setzung dieses Schutzgutes das Hauptziel oder Kernanliegen der beobachteten Bestrebung ist. Vielmehr genügt es, dass sie ein maßgeblicher Zweck ist.[2] Ferner ist nicht entscheidend, ob die Bestrebung ihre Ziele mit Gewalt durchzusetzen versucht. Eine Hochstufung zur gesichert extremistischen Bestrebung ist – nicht zuletzt nach den historischen Erfahrungen mit dem parlamentarischen Arm der Nationalsozialisten – zulässig, wenn die Bestrebung ihre Ziele auf legalem Wege verfolgt. Anders als im Falle eines durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochenen Parteiverbotes ist die Einstufung einer Bestrebung durch den Verfassungsschutz nicht von einer aggressiv-kämpferischen Verhaltensweise dieser Bestrebung und ihrer Mitglieder abhängig.

Seit der Einstufung der AfD Brandenburg (AfD BB) als rechtsextremistischer Verdachtsfall hat die Landesverfassungsschutzbehörde Brandenburg (LfV BB) die personelle, programmatische und organisatorische Entwicklung der Partei intensiv beobachtet, Äußerungen dokumentiert und sie auf Relevanz für den Charakter der Bestrebung hin geprüft. Der vorliegende Vermerk skizziert die strukturelle und personelle Entwicklung des AfD-LV BB seit 2020. Anschließend werden die aus Sicht der LfV BB maßgebli-

[1] Beleg 2.
[2] BVerwG, Urt. v. 21.07.2010, 6 C 22.09, juris Rn. 60.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

chen Ursachen für die zu beobachtende rasante Verdichtung tatsächlicher Anhaltspunkte in den Jahren 2023–25 benannt. Schließlich sind im vorliegenden Vermerk ausgewählte dokumentierte tatsächliche Anhaltspunkte für das Vorliegen einer extremistischen Bestrebung i. S. v. § 4 Abs. 1 Nr. 3 BbgVerfSchG aufgeführt und gewichtend eingeordnet worden. Der Prüfzeitraum erstreckt sich von der Ersterfassung des AfD-LV BB im Juni 2020 bis zum 03. März 2025, der zweiten Woche nach der vorgezogenen Bundestagswahl. Mit diesem Vermerk wird die Frage beantwortet, ob sich die im Prüfzeitraum gesammelten gewichtigen tatsächlichen Anhaltspunkte für das Vorliegen einer extremistischen Bestrebung mittlerweile zur Gewissheit verdichtet haben.

2. Rechtliche Grundlagen

2.1 Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung

Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, die Verfassungsgrundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen (§ 4 Abs. 1 Nr. 3 BbgVerfSchG).

2.1.1 Personenzusammenschluss

Ein Personenzusammenschluss ist unabhängig von ihrer Rechtsform jede Personenmehrheit, in der eine Mehrheit von Personen einen gemeinsamen Zweck verfolgt.[3] Parteien wiederum sind Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag mitwirken wollen, wenn sie nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere nach Umfang und Festigkeit ihrer Organisation, nach der Zahl ihrer Mitglieder und nach ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit eine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung bieten (§ 2 Abs. 1 Parteiengesetz). Sie sind daher Personenzusammenschlüsse.[4]

Der AfD-LV BB ist laut Satzung[5] eine Unterstruktur der AfD auf dem Gebiet des Bundeslandes Brandenburg und wirkt hier bei der politischen Willensbildung mit, so dass es sich auch bei diesem um einen Personenzusammenschluss handelt, der einen gemeinsamem Zweck verfolgt.

[3] Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, BVerfSchG, § 4 Rn. 7.
[4] Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, BVerfSchG, § 4 Rn. 8.
[5] Beleg 19.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

2.1.2 Politische Bestimmtheit

Verhaltensweisen sind politisch bestimmt, wenn sie objektiv geeignet sind, über kurz oder lang politische Wirkungen zu entfalten. Hier ist es ausreichend, wenn diese einen oder mehrere der in § 4 Abs. 2 BVerfSchG genannten Verfassungsgrundsätze außer Geltung setzen könnten.[6] Das Ziel einer politischen Partei und ihrer Unterstrukturen ist die Einflussnahme auf die politische Willensbildung und die Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag (vgl. § 2 Abs. 1 PartG).

Um seine politischen Ziele zu erreichen unternimmt der AfD-LV BB zahlreiche Aktionen. Unter anderem führt er Bürgerdialoge durch und veranstaltet Versammlungen. Er nimmt zudem an Wahlen zum brandenburgischen Landtag sowie auf Europa-, Landes- und Kommunalebene teil.

Die Verhaltensweisen des AfD-LV BB sind folglich politisch bestimmt.

2.1.3 Freiheitliche demokratische Grundordnung

Die einzelnen Verfassungsgrundsätze einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung werden in § 4 Abs. 2 BbgVerfSchG aufgezählt und durch die Rechtsprechung konkretisiert.[7] Hierzu zählen die zentralen Grundprinzipien, die für den freiheitlichen Verfassungsstaat schlechthin unentbehrlich sind, u. a.:

- die im Grundgesetz konkretisierte Menschenwürde (insbes. die Menschenwürde in Art. 1 GG),
- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen (Demokratieprinzip) und
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Recht und Gesetz (Rechtsstaatsprinzip).

2.2 Tatsächliche Anhaltspunkte für einen Verstoß

Für die Beobachtung von Bestrebungen ist gemäß § 3 Abs. 1 Satz 2 BbgVerfSchG das Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte für einen Verstoß gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung erforderlich. Tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen innerhalb einer Partei und ihren Teilorganisationen können sich aus zurechenbaren Meinungsäußerungen und sonstigen Verhaltensweisen von führenden Persönlichkeiten und sonstigen Vertretern, Mitarbeitern und Mitgliedern so-

[6] Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, BVerfSchG, § 4 Rn. 23 (m. w. N.).
[7] BVerfGE 144, 20, Urteil vom 17.01.2017 – 2 BvB 1/13); OVG Münster, Urteil vom 13.05.2024 – 5 A 1218/22.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

wie Schulungs- und Werbematerial ergeben.[8] Meinungsäußerungen von maßgeblichen Funktionären können eine Beobachtung auch dann rechtfertigen, wenn sie nicht von den satzungsmäßigen oder sonstigen, in formellen Verfahren beschlossenen Zielen gedeckt werden, die Ablehnung (eines Elements) der freiheitlichen demokratischen Grundordnung von diesen Personen aber zum Bestimmungsgrund ihres politischen Handelns gemacht wurde.[9] Die handlungsorientierte Ablehnung von Elementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung kann auch in sonstigen Verhaltensweisen, etwa in der Verbindung zu einer anderen extremistischen Organisation, zum Ausdruck kommen. Ausreichende tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen können überdies bereits dann gegeben sein, wenn aussagekräftiges Tatsachenmaterial lediglich einen Teilbereich der Zielsetzungen, Verlautbarungen und Aktivitäten der Partei widerspiegelt. Deren Aussagekraft wird nicht allein dadurch infrage gestellt, dass daneben eine Vielzahl von Äußerungen existiert, denen sich keine Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Ausrichtung entnehmen lassen.[10]

Bei der Beobachtung einer Bestrebung wird zwischen einem Verdachtsfall und einer gesichert extremistischen Bestrebung unterschieden. Bei einem Verdachtsfall sind konkrete und in gewissem Umfang verdichtete Umstände als Tatsachenbasis erforderlich, die bei vernünftiger Betrachtung auf das Vorliegen verfassungsfeindlicher Bestrebungen hindeuten.[11] Für eine Einstufung als gesichert extremistische Bestrebung müssen sich die tatsächlichen Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen dergestalt verdichtet haben, dass die Überzeugung besteht, dass es sich tatsächlich um eine extremistische Bestrebung handelt.[12] Bei der Beurteilung einer politischen Partei oder ihrer Teilorganisationen als gesichert extremistisch kommt es auf inhaltlicher Ebene auf das Gesamtbild an, wobei die verfassungsfeindlichen Äußerungen und Verhaltensweisen den Charakter der Partei prägen müssen. Dies ist zumindest dann der Fall, wenn sie von einer die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnenden Grundtendenz beherrscht wird.[13] Eine Verdichtung kann sich aus einer inhaltlichen Verschärfung der vom Personenzusammenschluss vertretenen Positionen, aus der zunehmenden Bedeutung maßgeblicher Träger extremistischer Bestrebungen im Personenzusammenschluss oder auch aus der Zunahme relevanter Äußerungen und Aktivitäten in der Summe ergeben. Eine nahtlose und unbeeindruckte Wei-

[8] Vgl. u. a. BVerfG, Urteil vom 17.08.56. 1 BvB 2/51, juris Rn. 228; VG Köln, Urteil vom 08.03.2022, 13 K 208/20, juris Rn. 155.
[9] Vgl. u. a. BVerfG, Urteil vom 23.10.1952, BvB 1/51, juris Rn. 52.
[10] Vgl. OVG Münster, Urt. v. 13.5.2024 – 5 A 1218/22; NVwZ-Beilage 2024, 94, LS 6.
[11] Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, BVerfSchG, § 4 Rn. 101 (m. w. N.).
[12] VG Köln, Urteil vom 08.03.2022, 13 K 207/20, BeckRS 2022, 3818, Rn. 359.
[13] BVerwG, Urteil vom 18.05.2001, 2 WD 42.00 und 2 VD 43.00; VG Köln Urteil vom 08.03.2022, 13 K 207/20, BeckRS 2022, 3818, Rn. 360.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

terverwendung extremistischer Begriffe, das Vertreten eines ethnisch-abstammungsmäßigen Volksverständnisses verbunden mit der Abwertung nicht autochthoner Deutscher und das Betreiben massiver ausländerfeindlicher Agitation nach der Einstufung zum Verdachtsfall stellen Anzeichen für eine Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte dar.[14] Auch Versuche, die Unvereinbarkeitsliste[15] zu streichen, um extremistische Mitglieder aufzunehmen sowie das Bestehen enger Kontakte und Solidaritätsbekundungen zu und mit anderen extremistisch eingestuften Bestrebungen können Anhaltspunkte für eine Verdichtung sein.[16]

2.3 Parteien als Beobachtungsobjekte

Politische Parteien genießen aufgrund ihrer elementaren Aufgabe für die Demokratie das Recht, frei von staatlicher Einflussnahme und Überwachung über ihre Organisation, ihr Programm, ihre Ziele und ihre Tätigkeit zu entscheiden. Dieses hochrangige Recht findet seine verfassungsimmanenten Schranken in der streitbaren Demokratie, die in Art. 9 Abs. 2, Art. 18, Art. 20 Abs. 4, Art. 21 Abs. 2 und 3 sowie in Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 lit. b i. V. m. Art. 87 Abs. 1 Satz 2 GG ihre Grundlage findet. Um die freiheitliche demokratische Grundordnung auch gegen Bedrohungen aus ihrem Inneren zu verteidigen, hat der Staat die Aufgabe, seine Grundwerte durch Schutzvorkehrungen zu sichern und zu gewährleisten.[17]

Hierzu gehört auch die Beobachtung durch den Verfassungsschutz mit dem Ziel, die Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen zu informieren. Die nachrichtendienstliche Beobachtung einer Partei ist daher ausschließlich zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vor Gefährdungen und nach Maßgabe eines strengen Verhältnismäßigkeitsmaßstabs zulässig.[18]
Weder das Selbstbestimmungsrecht der Parteien (Art. 21 Abs. 1 GG) noch das Parteienprivileg (Art. 21 Abs. 2 GG) stehen der Beobachtung einer Partei durch eine Verfassungsschutzbehörde entgegen.[19]

Die Beobachtung eines Landesverbandes einer politischen Partei durch die Verfassungsschutzbehörde Brandenburg ist eine Maßnahme, die von der wehrhaften Demokratie des Grundgesetzes vorausgesetzt

[14] VG Köln, Urteil vom 08.03.2022, 13 K 207/20, BeckRS 2022, 3818, Rn. 363.
[15] Mit der fortlaufend aktualisierten „Unvereinbarkeitsliste für AfD-Mitgliedschaft“ regelt der AfD-Bundesvorstand sowohl die Mitgliedschaft wie auch die Aktivitäten der Parteimitglieder in Abgrenzung zu Strukturen, die als mit der Partei unvereinbar gelten. Die Unvereinbarkeitsliste der AfD ist öffentlich einsehbar. Auch andere Parteien haben in der Vergangenheit ihr Verhältnis zu externen Akteuren oder zu konkurrierenden Parteien mit sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüssen geregelt. Die fortlaufende Aktualisierung einer Liste durch einen Parteivorstand ist jedoch ein Spezifikum der AfD, das innerparteilich – und auch innerhalb des Landesverbandes Brandenburg – immer wieder teils scharfe Kritik hervorruft.
[16] VG Köln, Urteil vom 08.03.2022, 13 K 207/20, BeckRS 2022, 3818, Rn. 390.
[17] Vgl. BVerwG, Urt. v. 21.10.2010 – Az. 6 C 22.09 Rn 24f; Urt. v. 07.12.1999 – Az. 1 C 30/97 Rn. 21.
[18] Vgl. BVerwG, Urt. v. 07.12.1999 – Az. 1 C 30/97 Rn. 24; Krüper, Julian: „Verfassungsschutz in der wehrhaften Parteiendemokratie“ in: Dietrich, Jan-Hendrik; Eifler, Sven (Hrsg.): Handbuch des Rechts der Nachrichtendienste, Rn. 53.
[19] Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, BVerfSchG, § 4 Rn. 8 (m. w. N.).

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

wird, sofern der Verdacht besteht, dass sie verfassungsfeindliche Ziele verfolgt.[20] Sie hat nur das Ziel, den Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit aufzuklären und ist weder gegen den Bestand der politischen Partei gerichtet, noch wird eine Sanktion gegen die Partei, ihre Funktionäre, Mitglieder oder Unterstützer verhängt.[21] Das Recht und die faktische Möglichkeit, sich parteipolitisch und gesellschaftlich zu betätigen, an Wahlen teilzunehmen und die öffentliche Willensbildung zu beeinflussen, werden durch die Beobachtung in keiner Weise in Frage gestellt.[22] Zudem hat das Bundesverfassungsgericht anerkannt, dass „auch ohne die Feststellung ihrer Verfassungswidrigkeit die Überzeugung gewonnen und vertreten werden darf, eine Partei verfolge verfassungsfeindliche Ziele“.[23]

2.4 Beobachtung von Abgeordneten

Im Zusammenhang mit der Beobachtung von Abgeordneten ist der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 17. September 2013 maßgeblich. Das Bundesverfassungsgericht hat darin festgestellt, dass es sich bei der Beobachtung eines Abgeordneten um einen Eingriff in das freie Mandat gemäß Art. 38 Abs. 1 GG handelt, dessen Rechtfertigung hohen Anforderungen unterliegt.[24]

Das freie Mandat gewährleistet zunächst die freie Willensbildung des Abgeordneten und damit auch eine von staatlicher Beeinflussung freie Kommunikationsbeziehung zwischen dem Abgeordneten und seinen Wählerinnen und Wählern sowie die Freiheit des Abgeordneten von exekutiver Beobachtung, Beaufsichtigung und Kontrolle. In der Beobachtung eines Abgeordneten durch Verfassungsschutzbehörden sowie der damit verbundenen Sammlung und Speicherung personenbezogener Daten liegt ein Eingriff in diesen Gewährleistungsgehalt. Allein die systematische Sammlung und Auswertung öffentlich zugänglicher Informationen über den Abgeordneten beeinträchtigen bereits das freie Mandat i. S. d. Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG.

Ein solcher Eingriff kann im Einzelfall zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerechtfertigt sein. Er unterliegt jedoch strengen Verhältnismäßigkeitsanforderungen und bedarf einer Rechtsgrundlage, die den Grundsätzen des Gesetzesvorbehalts genügt. Ermächtigungsgrundlage zur Beobachtung – sowohl von Privatpersonen als auch von Abgeordneten – ist § 6 Abs. 2 i. V. m. § 8 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. §§ 3 Abs.1 Nr. 1, 4 Abs. 1 Nr. 4 BbgVerfSchG. Sie genügt den Grundsätzen des Gesetzesvorbehalts.

[20] Vgl. BVerwG, Urt. v. 07.12.1999 – Az. 1 C 30/97 Rn. 19.
[21] Vgl. BVerwG, Urt. v. 21.10.2010 – Az. 6 C 22.09 Rn 21; Urt. v. 07.12.1999 – Az. 1 C 30/97 Rn. 19.
[22] Vgl. BVerfG, Beschl. v. 29.10.1975 – Az. 2 BvE 1/75 Rn. 19.
[23] BVerfG, Beschl. v. 22.05.1975 – Az. 2 BvL 13/73 Rn. 62.
[24] Grundsatzentscheidung des BVerfG, Beschluss vom 17.09.2013, 2 BvR 2436/10 und 2BvE 6/08.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Die Beobachtung eines Abgeordneten ist nur dann zulässig, wenn sie erforderlich ist und eine Abwägung im Einzelfall ergibt, dass dem Interesse am Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung Vorrang vor den Rechten des betroffenen Abgeordneten gebührt. Erweist sich die Beobachtung des Abgeordneten zum Schutz der freiheitlichen Ordnung als nicht notwendig, gebietet es der Grundsatz der Erforderlichkeit, die Beobachtung umgehend zu beenden.[25]

3. Kurzdarstellung: AfD-Landesverband Brandenburg 2020 bis Anfang 2025

3.1 „Der Flügel“ und die Causa Kalbitz

Ein wesentlicher Grund für die Einstufung des AfD-LV BB als rechtsextremistischer Verdachtsfall 2020 war die enge ideologisch-personelle Verflechtung mit dem bundesweit agierenden Personennetzwerk „Der Flügel“. Als einer der maßgeblichen Protagonisten dieses Netzwerkes galt Andreas Kalbitz, der seit April 2017 als Vorsitzender des hiesigen Landesverbandes fungierte. In Reaktion auf die Einstufung der Parteistruktur „Der Flügel“ durch das Bundesamt für Verfassungsschutz löste sich dieser offiziell zum 30.04.2020 auf. Ferner annullierte der Bundesvorstand der AfD am 15.05.2020 mit knapper Mehrheit die Parteimitgliedschaft von Andreas Kalbitz. Der AfD-LV BB solidarisierte sich jedoch mit ihm und stand auch weiterhin ideologisch für die Ideen des „Flügel“ ein. Gemeinsam mit der stellvertretenden Landesvorsitzenden Birgit Bessin appellierte Kalbitz am 15.05.2020 in einer Videobotschaft an die Mitglieder, nicht aus Unmut über den Bundesvorstand aus der Partei auszutreten. Zugleich wurden in der Videobotschaft Teile des Bundesvorstandes als „politische Gegner“ bezeichnet, den sie gemeinsam mit den Mitgliedern des AfD-LV BB zu „besiegen“ beabsichtigten.[26] Führende Mitglieder des Landesverbandes bekundeten ebenfalls ihre Solidarität mit Kalbitz, darunter die MdL Andreas Galau und Dennis Hohloch.

Zunächst mit Rückendeckung des Landesvorstandes und breiter Teile des AfD-LV BB bemühte sich Kalbitz auf juristischem Wege, in die Partei zurückzukehren; Anfang 2020 gab er bekannt, dass er den Fraktionsvorsitz vorerst ruhen lassen würde. Am 18.08.2020 verzichtete er nach einem Vorfall, bei dem er seinen Fraktionskollegen Dennis Hohloch verletzte und ein Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen fahrlässiger Körperverletzung eingeleitet wurde, endgültig auf den Fraktionsvorsitz.[27] Seine Klagen gegen den Parteiausschluss blieben ohne Erfolg. In der Funktion eines parteilosen Fraktionsmitglieds

[25] Vgl. BVerfG Beschluss vom 17.09.2013, 2 BvR 2436/10 und 2BvE 6/08, Rn. 120.
[26] Beleg 42.
[27] Beleg 62.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

schien Kalbitz zunächst zwar weiter eine keinesfalls unerhebliche Rolle zu spielen und über eine Reihe einflussreicher Fürsprecher zu verfügen.

Allerdings schwand Kalbitz' Einfluss auf den Landesverband sukzessive. Im Februar 2021 verhängte der Bundesvorstand ein Auftrittsverbot für Kalbitz bei AfD-Veranstaltungen, an die sich der Landesverband weitgehend hielt. Als Fraktionsmitglied beteiligte sich Kalbitz zwar an Infoständen und Bürgerdialogen. Außerdem trat er als Gast auf allgemeinen Veranstaltungen im AfD-LV BB auf, wie z. B. auf der Weihnachtsfeier des AfD Kreisverbandes Uckermark am 03.12.2022.[28] In der ihm zugedachten Rolle eines heimlichen Drahtziehers konnte Kalbitz auf Dauer aber nicht reüssieren. Zum Bundesparteitag im Juni 2022 versuchte der Landesvorstand um Bessin das Auftrittsverbot für Kalbitz zu kippen und stellte erfolglos einen entsprechenden Antrag für die Tagesordnung.[29] Der Antrag wurde nicht zur Entscheidung angenommen. Hohloch und der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Landtag, Hans-Christoph Berndt, die sich aus strategischen Gründen bemühten, Kalbitz aus der Partei herauszuhalten, hatten sich entschieden gegen den Antrag ihres Landesvorstandes gestellt.[30]

Im Verlauf des Jahres 2023 spitzte sich außerdem der innerparteiliche Konflikt um die Landesvorsitzende Bessin zu, die über lange Zeit als Platzhalterin für Kalbitz bis zu dessen vermeintlicher Rückkehr galt (siehe Abschnitt 3.2).[31] Mit der zunehmend fragileren innerparteilichen Position der Landesvorsitzenden wurde zeitgleich auch Kalbitz weiter geschwächt. Zur Jahreswende 2023/24 deutete sich an, dass für Kalbitz eine Rückkehr in die Mitte der Partei unmöglich sein würde. Schließlich scheiterte er im Juni 2024 mit dem Versuch, sich im Heimatwahlkreis Oberspreewald-Lausitz II/Spree-Neiße IV als Direktkandidat aufstellen zu lassen. Hier unterlag er Fabian Jank mit 12 zu 17 Stimmen.[32] Die Ära und Causa Kalbitz ist damit endgültig abgeschlossen worden. Der zunächst schleichende, am Ende erhebliche Einflussverlust für einen – neben Bessin – vormals bedeutenden Brandenburger „Flügel"-Protagonisten ist jedoch nicht mit einer strategischen oder gar inhaltlich-ideologischen Deradikalisierung des AfD-Landesverbandes parallel gegangen.

[28] Beleg 48.
[29] Beleg 96.
[30] Beleg 97.
[31] Beleg 92 und Beleg 93.
[32] Beleg 444a–444i. Bei Jank handelt es sich um einem ehemaligen identitären Aktivisten aus dem Kontrakultur-Kontext – einem von der Identitären Bewegung Deutschland zwischen 2017 und 2019 betriebenen Hausprojekt – in Halle.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

3.2 Rivalisierende Netzwerke um Bessin und Berndt

Die Jahre 2021 bis 2023 wurden im AfD-LV BB von zwei rivalisierenden Netzwerken geprägt. Das eine sammelte sich um die amtierende Landesvorsitzende Bessin, das andere um Hans-Christoph Berndt, der sich mit dem durch den Brandenburgischen Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestuften Verein „Zukunft Heimat e.V." und dem Verein „Mühle e. V." in Südbrandenburg als „Bewegungspolitiker" profiliert hatte. Die sich langsam anbahnende und 2023 zuspitzende Rivalität speiste sich aus verschiedenen, darunter vor allem strategischen und karrieristischen Motiven, weniger aus grundsätzlichen ideologischen Differenzen. Der AfD-LV BB blieb der programmatischen Linie der „Flügel"-Ära treu und positionierte sich im sogenannten solidarisch-patriotischen Lager. Der Begriff geht auf das von Benedikt Kaiser formulierte und insbesondere in den AfD-Ost-Landesverbänden vertretene Konzept des „Solidarischen Patriotismus" zurück. Hier werden sozialpolitische mit nationalistischen Positionen gekoppelt. Das Konzept plädiert – stark vereinfacht gesagt – für einen auf Basis ethnischer Kriterien handelnden Sozialstaat. Differenzen zwischen den beiden Lagern ergaben sich eher aus strategischen Erwägungen und aus unterschiedlichen Politikmodellen. Das Bessin-Lager konzentrierte sich im Wesentlichen auf Parteistrukturen und innerparteilichen Machterhalt. In diesem Verständnis ist die Partei Selbstzweck. Das Netzwerk um Berndt verfolgte demgegenüber eine engere und intensivierte Verflechtung mit dem zum Teil rechtsextremistischen sogenannten „Vorfeld" der Partei und positionierte sich daher stärker aktivistisch. In diesem Politikmodell ist die Partei eher ein Mittel zum Zweck. Insbesondere Berndt sah und sieht die AfD als den parlamentarischen Arm einer größeren, aus diversen weiteren Bausteinen („Mosaik-Rechte") zusammengesetzten Volksbewegung.[33] Dieses Verständnis der AfD als „Bewegungspartei" haben Berndt, der AfD-Bundestagsabgeordnete René Springer, der ehemalige Vorsitzende der Jungen Alternative Brandenburg (JA BB), Jan Hornuf, und Dennis Hohloch in einem Gastartikel in der rechtsextremistischen Zeitschrift „Sezession" im März 2021 herausgearbeitet:

Unter der Überschrift *„Alternative heißt: Es geht auch ganz anders"* plädierten die Autoren dafür, das Lagerdenken zu überwinden und den Schulterschluss mit außerparlamentarischen Kräften verstärkt zu suchen und zu fördern. Gemeint waren „Vorfeld"-Organisationen wie das rechtsextremistische, mittlerweile aufgelöste und neustrukturierte Institut für Staatspolitik (IfS) oder der von Berndt selbst gegründete Verein „Zukunft Heimat e.V." (Sitz in Golßen), Pegida oder die „Querdenker"-Bewegung. Die AfD, lautete der Tenor des Artikels, sei die letzte wirkliche Oppositionspartei. Ein „Kartell der Altparteien" als „informelle Koalition" beherrsche das gesamte öffentliche Leben. Deutschland befände sich auf dem Weg

[33] Hierzu und im Folgenden Beleg 74.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

in die „Zwangsherrschaft“. Die AfD verteidige als einzige Partei die „Freiheit der Deutschen“.[34] Der Artikel konnte als Kampfansage an das Bessin-Lager verstanden werden. Auch deutete sich im Text schon eine kämpferische Zuspitzung an, die 2024 von mehreren prominenten AfD-Politikern auf offener Bühne und offensiv formuliert wurde: Die AfD als Teil einer „Volksbewegung“ gegen den „Parteienstaat“.[35]

Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Lagern um Berndt und Bessin wurde verschiedentlich nach außen sichtbar – beispielsweise nach der Absage des Landesparteitages im November 2021, die vom Landesvorstand mit Corona-Schutzmaßnahmen begründet wurde. Das Lager um Berndt deutete die Absage allerdings als taktisch motivierten Schritt aus Angst vor einer möglichen Abwahl. Anfang Dezember 2021 wurde der Inhalt eines Schreibens von Dennis Hohloch bekannt, worin er erklärt haben soll, dass er den Landesvorstand um Bessin nicht für fähig halte, die Probleme der AfD zu lösen. Die Entscheidung, den Landesparteitag abzusagen, hielt Hohloch für schädlich. Er werde daher mit sofortiger Wirkung sein Amt im Landesvorstand aufgeben.[36] Nachgeholt wurde der Parteitag schließlich am 09./10.04.2022. Berndt, René Springer und Steffen Kubitzki publizierten kurz vor dem Parteitag eine Broschüre, um für eigene Ziele und Konzepte zu werben. Die Schrift beinhaltete zugleich eine unverhohlene Attacke gegen den amtierenden Landesvorstand um Bessin, der – so schrieb Springer – „kontroverse[n], lebhafte[n], aber eben auch respektvolle[n] Meinungsaustausch“ nicht ausreichend zulasse.[37] Über den Sinn und Zweck der „Vorfeldarbeit“ schrieben die drei Autoren: „Als Alternative für Deutschland können wir unsere Ziele ohne Verbündete außerhalb der Partei nicht erreichen. Wir brauchen den Druck von der Straße, alternative Medien und metapolitisches Nachdenken, um unseren Themen Aufmerksamkeit zu verschaffen. Noch mehr brauchen wir die Bindung zu gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Akteuren, um nie aus den Augen zu verlieren, dass die Partei kein Selbstzweck ist, sondern ein Werkzeug, um unsere politischen Vorstellungen zu verwirklichen“.[38]

Dennoch konnten die schwelenden Konflikte zwischen den beiden Lagern immer wieder zumindest zeitweise eingedämmt werden, so beispielsweise durch die personelle Zusammensetzung des neuen Landesvorstandes nach dem Parteitag vom 09./10.4.2022 in Prenzlau. Gleichzeitig mit der Wiederwahl der Landesvorsitzenden Bessin wurde Springer, der zum Berndt-Lager zählte, zu ihrem ersten Stellver-

[34] Beleg 68.
[35] Siehe hierzu Abschnitt 3.4.3 sowie Belege unter Abschnitt 4.
[36] Beleg 81.
[37] Beleg 83.
[38] Beleg 82.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

treter gewählt. Berndt – der ebenfalls für den Vorstand kandidiert hatte – unterlag in dieser Wahl noch.[39] Dass die innerparteilichen Konflikte nicht dauerhaft zugunsten Bessins entschieden wurden, ist auch damit zu erklären, dass Berndts Hausmacht die AfD-Landtagsfraktion war, der er seit Oktober 2020 vorsaß. Bessin hatte auf einen Sitz im Fraktionsvorstand am 08.04.2022 freiwillig verzichtet.[40]

Nach der Wahl des neuen Landesvorstandes 2022 bemühte sich der AfD-LV BB, öffentlich geeint aufzutreten. Dies gelang überwiegend, weil die Einflusssphären im AfD-LV BB weitgehend aufgeteilt waren und sich die Akteure der Netzwerke bei der Arbeit an der Basis in der Regel aus dem Weg gingen. Ausnahmen bildeten größere Veranstaltungen anlässlich von Wahlen, bei denen Kandidaten der AfD ernsthafte Aussichten auf Erfolge hatten, wie z.B. bei der Wahlkampfabschlussveranstaltung zur Stichwahl der Bürgermeisterkandidaten für Seelow am 26.08.2023, bei der Bessin und Berndt als Redner sowie prominente Vertreter der beiden jeweiligen Netzwerke zusammen auftraten.[41] Die innerparteilichen Kräfteverhältnisse verschoben sich jedoch allmählich zugunsten Berndts. Auf einer Pressekonferenz gab Berndt am 29.08.2023 seine Pläne bekannt, für die Landtagswahl im Herbst 2024 als Spitzenkandidat ins Rennen gehen zu wollen; unterstützt wurde er dabei nun auch von Hohloch und Felix Teichner.[42]

Mit Blick auf die für den AfD-LV BB und die Ostverbände insgesamt entscheidenden Landtagswahlen im Herbst 2024 brachen die schwelenden Lagerkonflikte ab Herbst 2023 erneut und diesmal mit Vehemenz auf.[43] Ursprünglich sollte der Landesparteitag zur Listenaufstellung am 10./11. Februar 2024 in Jüterbog stattfinden. Der Parteitag zur Wahl des Landesvorstandes wiederum war auf April terminiert. Im Januar gab der von den Anhängern Bessins dominierte Landesvorstand jedoch einseitig per Umlaufbeschluss bekannt, den Listenparteitag auf jenen Termin im April verschieben zu wollen. Die Wahl eines neuen Landesvorstandes wäre deshalb vor den Landtagswahlen im September kaum noch möglich gewesen.

Der Landesvorstand um Bessin schien aus Sicht vieler Mitglieder eine Entscheidung erneut hinauszögern zu wollen, um sich an der Macht zu halten. Das Lager um Berndt und Springer mit diversen ihnen zugehörigen Kreisverbänden drängten auf Klärung und erzwangen im März einen Sonderparteitag, den

[39] Beleg 90.
[40] Beleg 93.
[41] Beleg 95.
[42] Beleg 103.
[43] Beleg 445.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

der Landesvorstand eigentlich zu verhindern versucht hatte. Über insgesamt drei Wochenenden hinweg stellte sich der AfD-LV BB personell neu auf und wappnete sich für die Landtagswahl 2024.[44]

3.3 Grundsatzentscheidungen von Jüterbog

3.3.1 Neuaufstellung des Landesverbandes

Der Sonderparteitag vom 16. bis 17.03.2024 in Jüterbog, an dem 486 stimmberechtigte Mitglieder teilnahmen, galt in der Hauptsache der Wahl eines neuen Landesvorstandes. Die bisherige Landesvorsitzende Bessin trat überraschend nicht zur Wahl an und begründete diese Entscheidung in einer kurzen Rede mit der Notwendigkeit, weitere Machtkämpfe in der Partei verhindern zu wollen.

Der neue Landesvorstand wurde wie folgt gewählt:

Vorsitzender	René Springer (MdB)
1. Stellv. Vorsitzender	Daniel Freiherr von Lützow (MdL BB)
2. Stellv. Vorsitzender	Hans-Christoph Berndt (MdL BB)
Schatzmeister	Daniel Friese
Stellv. Schatzmeister	Falk Janke[45]
Schriftführer	Marlon Deter
Stellv. Schriftführer	Angelika Wöhler-Geske
Beisitzer:	Hannes Gnauck (MdB)
	Steffen Kotré (MdB)
	Andreas Galau (MdL BB)
	Felix Teichner (MdL BB)
	Tim Krause
	Daniel Münschke (MdL BB)
	Oliver Calov

Am 06. und 07.04.2024 folgte der Parteitag in Jüterbog zur Aufstellung der Wahlliste, an dem 489 stimmberechtigte Mitglieder teilnahmen. Die Kreisverbände hatten zuvor stark mobilisiert und Mitglieder teils mit Reisebussen nach Jüterbog gebracht. In Fortsetzung des vorherigen Sonderparteitages diente

[44] Beleg 375, Beleg 376, Beleg 377, Beleg 378.
[45] Falk Janke hat bei der LT 2024 ein Direktmandat im Wahlkreis 21 errungen und ist seit Oktober 2024 Mitglied des Landtages Brandenburg.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

dieser Termin der Klärung der vorangegangenen innerparteilichen Lagerauseinandersetzungen sowie der Vorbereitung auf die Landtagswahl im Herbst durch die Wahl einer Landesliste. Folgende Kandidaten wurden von den Mitgliedern auf die besonders aussichtsreichen ersten 10 Listenplätze[46] gewählt und zogen bei der Wahl am 22.09.2024 auch sämtlich in den Brandenburger Landtag ein:

1. Hans-Christoph Berndt (MdL BB)
2. Dennis Hohloch (MdL BB)
3. Felix Teichner (MdL BB)
4. Daniel Freiherr von Lützow (MdL BB)
5. Steffen Kubitzki (MdL BB)
6. Dominik Kaufner
7. Lars Hünich (MdL BB)
8. Benjamin Filter
9. Jean-Pascal Hohm
10. Lena Kotré (MdL BB)

Mit den Parteitagen von Jüterbog im März und April 2024 wurde der Konflikt zwischen den beiden Lagern um die ehemalige AfD-Landesvorsitzende Bessin auf der einen Seite und dem Fraktionsvorsitzenden im Brandenburger Landtag auf der anderen Seite zugunsten des Letzteren entschieden. Bessin, nun weder im Landesvorstand noch auf der Wahlliste präsent, wurde an den Rand gedrängt. Sie konnte jedoch bei der Landtagswahl im September 2024 ein Direktmandat gewinnen. Sie zog bei der vorgezogenen Bundestagswahl im Februar 2025 darüber hinaus per Direktmandat in den Bundestag ein. Von Jüterbog ging zugleich das Signal neugewonnener Einigkeit und ein Bild innerparteilicher Geschlossenheit aus. Der Fraktionsvorsitzende im Landtag, Berndt, tritt mit dem Landesvorsitzenden Springer seitdem als „starkes Duo“ des AfD-LV BB auf. Ihre Führungsrolle ist nicht mehr in Frage gestellt worden. Die AfD in Brandenburg hat ihre innere Konsolidierung und programmatische Geschlossenheit auch im Zuge des Wahlkampfes für die Bundestagswahl im Februar 2025 neuerlich unter Beweis gestellt.

Rein ideologisch wurde in Jüterbog keine grundsätzliche Umkehr eingeleitet. Als Ost- und ehemaliger „Flügel“-Landesverband wird in Brandenburg seit Längerem eine harte programmatische Linie vertreten

[46] Bei der Landtagswahl am 22.09.2024 war für den Einzug in den Landtag Listenplatz 11 erforderlich.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

und die „Unvereinbarkeitsliste“ des AfD-Bundesvorstandes regelmäßig missachtet. Zwei seit Längerem zu beobachtende Entwicklungen wurden jedoch bestätigt und erheblich verstärkt:

Erstens gibt die Partei taktische Zurückhaltung zunehmend auf. Dies betrifft insbesondere migrationspolitische Forderungen, die mit einem ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff gekoppelt sind und aus diesem unmittelbar abgeleitet werden sowie ihre fremdenfeindliche Semantik (siehe Abschnitt 3.3.1 und 4.2 sowie Belege in Abschnitt 5.1). Dies betrifft darüber hinaus die Tonalität gegenüber politischen Kontrahenten, die kein Ausdruck von Gegnerschaft mehr ist, sondern von tiefsitzender und dezidierter Feindschaft. Parteien und Politiker werden immer häufiger des „Verrats am deutschen Volk“ bezichtigt, man unterstellt den politischen Eliten Korruption und Machtmissbrauch, spricht außerdem von einem „Parteienstaat“, den man „abschaffen“ oder gar zum „Einsturz“ bringen will (siehe Abschnitt 4.4 u. 5.2). Dementsprechende Äußerungen wurden insbesondere während des Wahlkampfes im Sommer 2024 zahlreich getätigt. Sowohl die Zusammensetzung des neuen Landesvorstandes wie auch die Landesliste spiegeln personell die breite Akzeptanz innerhalb des AfD-LV BB für extremistische Positionen wider, die sich gegen Schutzgüter – Menschenwürde und Demokratieprinzip – der freiheitlichen demokratischen Grundordnung richten. Regelmäßig setzen u.a. Berndt und Springer Parallelisierungen mit der DDR zur Diffamierung und Delegitimierung der Bundesrepublik Deutschland ein; und sogar eine unverhohlen geschichtsrevisionistische Aussage blieb in Jüterbog unwidersprochen. Laut Pressebericht sagte Jean-Pascal Hohm auf dem Parteitag: „Von den Schlachten des 30-jährigen Krieges bis zur Wiedervereinigung Deutschlands haben die Generationen vor uns jede Herausforderung gemeistert.“ Hohm hat die Zeit des Nationalsozialismus bewusst nicht ausgespart. Brandenburg, so Hohm laut Bericht in seiner Rede weiter, müsse das „Land der Brandenburger“ bleiben, „Deutschland ist das Land der Deutschen. Deshalb heißt es nicht Takatuka-Land.“[47]

Zweitens ist mit dem neuen Landesvorstand um Springer und Berndt eine intensivierte Vernetzung mit Akteuren des rechtsextremistischen „Vorfelds“ nicht nur symbolisch und personell, sondern auch programmatisch vollzogen worden. Berndt, der in der Vergangenheit u.a. mehrfach beim IfS oder bei Pegida auftrat, hebt regelmäßig die Bedeutung dieser Kooperationen und Netzwerke hervor. Er präsentiert sich als „Bewegungspolitiker“ und begreift die AfD als parla-

[47] Beleg 425.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

mentarischen Arm einer nationalen Volksbewegung.[48] Der AfD-LV BB insgesamt ist ihm in dieser Auffassung seit den Parteitagen von Jüterbog erkennbar gefolgt (siehe Abschnitt 4.3).

3.3.2 Wahlprogramm 2019 und 2024

Auf dem folgenden dritten Landesparteitag am 13.04.2024 nahmen die anwesenden Mitglieder den von der AfD-Landesprogrammkommission erarbeiteten Entwurf für ein Wahlprogramm ohne wesentliche Änderungen an. Das Programm weist drei Kernelemente auf, mit denen sich die Partei als Alternative zu den etablierten Parteien zu profilieren versucht und die sich durch das gesamte Programm ziehen:

1.) Eine alternative, auf konventionelle (und vermeintlich preiswertere) Energieträger setzende, an (volks-)wirtschaftlichen Eigeninteressen orientierte Energiepolitik,
2.) das Aufbrechen eines vermeintlichen Meinungskorridors und das Vorgehen gegen einen linksliberalen „Mainstream“ in Staat, Bildungswesen, Kultur und Rundfunk, sowie
3.) die grundsätzliche Änderung der Asyl- und Migrationspolitik, die in einem mit „Remigrationsplan 2029“ überschriebenen Forderungskatalog mündet.

Ansatzpunkte für den Verfassungsschutz und Hinweise auf hinreichend gewichtige Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ergeben sich aus Kernelement 2, soweit hier das Demokratie- oder Rechtsstaatsprinzip berührt ist, sowie aus Kernelement 3, soweit es die Menschenwürde tangiert. Das Programm formuliert, neben zahlreichen anderen, Forderungen wie:

- die „Bekanntgabe der Nationalität oder eines Migrationshintergrundes“ von Straftätern („Keine Schönung der Kriminalitätsstatistik“);
- das Ende einer Einwanderung in die Sozialsysteme („Zustrom von integrationsunwilligen Menschen, die zumeist aus rein wirtschaftlichen Gründen aus kulturfremden Ländern einwandern“);
- eine Beendigung des Missbrauchs des Asylrechts und die Abschaffung „jeglichen Familiennachzug[es] für Flüchtlinge“;
- die „Asylindustrie stilll[zu]egen“, die „Verhinderung von Abschiebungen [zu] ahnden“ sowie „ausnahmslose“ Abschiebungen von Flüchtlingen auch nach Afghanistan, Irak oder Syrien;
- „Integration als Pflicht“ (darunter gefasst: „qualvolles Schächten von Tieren sind deutliche Zeichen einer zunehmenden Islamisierung, der wir Einhalt gebieten müssen“);

[48] Beleg 289.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

- eine „massive Abschiebeinitiative“, „keine [Aufnahme von] bildungsfernen Migranten“, außerdem „alle missbräuchlichen Angaben [von Migranten] identifizieren“ mit „rückwirkende[r] Überprüfung der Altersangaben […] in allen Fällen seit 2015“ (auch durch „ärztliche Untersuchungen“);
- „Vollzug der Ausreisepflicht aller illegal eingereisten und geduldeten Ausreisepflichtigen“ mit „Rückführungen im großen Stil, entsprechend den geltenden Gesetzen“;
- Verbringung „gewaltauffälliger“ Asylbewerber „zum Schutz der einheimischen Bevölkerung […] in gesonderte Einrichtungen fernab von Ortschaften“ sowie die Errichtung einer „Abschiebehaftanstalt im Land Brandenburg“[49];
- Einführung einer „Migrationsobergrenze an Schulen“ (maximal 10%), ferner „Kopftuchverbot“ in Schulen, verpflichtender Sport- und Schwimmunterricht „ungeachtet religiöser Vorbehalte“ sowie „Deutschpflicht“ auf dem Schulgelände;
- eine neue Kulturpolitik: „Unter Kultur verstehen wir alles, was der Mensch hervorgebracht hat. […] Unter deutscher Kultur verstehen wir die Hervorbringung deutscher Menschen“;
- die „Islamisierung“ zurückzudrängen („Eine Islamisierung unserer Städte und Gemeinden lehnen wir ab, über den Bau von Moscheen oder Minaretten müssen die Bürger vor Ort entscheiden. […] Ohne Integration keine Teilhabe.“).

Dass der AfD-Landesverband seit der Einstufung als rechtsextremistischer Verdachtsfall im Jahr 2020 einen Prozess der sukzessiven, systematisch betriebenen Radikalisierung durchlaufen hat, ist mittels eines Vergleichs zwischen den Programmen 2019 und 2024 belegbar. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Programme Kompromisspapiere sind, welche verschiedene Lager integrieren müssen und mit Blick auf erhoffte Wahlerfolge taktisch geschrieben werden. Sie positionieren sich daher in der Regel zurückhaltender und programmatisch weicher als es Einzelpersonen oder Lager einer Partei täten.

Im Programm zur Landtagswahl 2019 standen noch Sätze wie: „Ein Teil unserer ausländischen Mitbürger sowie der Deutschen mit Migrationshintergrund hat bewiesen, dass er sich mit seinen Familien in die deutsche Gesellschaft mit großem Erfolg eingefügt hat.“[50] Obgleich sich der AfD-LV BB in seinem damaligen Papier schon in Deutlichkeit gegen „Masseneinwanderung“ insbesondere aus „Nahost und Afrika“ aussprach und auf Basis gegensätzlicher Kulturen und Kulturräume argumentierte, hieß es doch zugleich relativierend: „Die Assimilation als weitestgehende Form der Integration ist zwar anzustreben,

[49] Siehe zur Umsetzung die Äußerungen von Dennis Hohloch am 18.09.2024 (Beleg 529).
[50] Alternative für Deutschland. Landesverband Brandenburg (Hg.), Landtagswahlprogramm für Brandenburg 2019. Verabschiedet auf dem Parteitag der AfD Brandenburg, Falkensee 28. April 2019, S. 57.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

aber nicht erzwingbar."[51] Aussagen, in denen die Themen Einwanderung bzw. Migration und Integration positiv gespiegelt werden, finden sich im aktuellen Programm gar nicht. Stattdessen spricht es nahezu ausschließlich von integrationsunwilligen Menschen aus Kulturen, die als inkompatibel zur deutschen oder europäischen Kultur dargestellt werden.[52] Eine Passage zur Integrationspolitik ist mit dem Satz überschrieben: „Integration ist eine Pflicht". Als Voraussetzung für „gelingende Integration" listet das Programm fast ausschließlich Forderungen nach kultureller Assimilation durch Anpassungsdruck auf.[53]

Die Begriffe „Abschiebung" oder „Rückführung" verwendet die AfD BB als Subbegriffe des neuen Terminus „Remigration" (siehe Abschnitt 4.2). Dieser Begriff wurde ab Anfang 2024 stark verbreitet und wird auch durch den AfD-LV BB lanciert. Weitere Termini wie „kulturfremd"[54] und „integrationsunwillig"[55] weisen auf das ethnisch-kulturelle Volksverständnis großer Teile des Landesverbandes, seines Vorstandes und seines Landtagswahl-Spitzenkandidaten Berndt hin. Migranten und Asylbewerber v.a. aus islamischen Herkunftsländern bzw. Kulturräumen sind demzufolge in überwiegender Mehrzahl zur Integration entweder unfähig oder nicht willens. Staatsbürgern mit Migrationshintergrund begegnet die AfD BB grundlegend mit Skepsis und zum Teil offener Ablehnung. Religiöse Praktiken stellt der AfD-LV BB unter eine Art „Kulturvorbehalt": die Ausübung von Religion im öffentlichen Leben wird pauschal als „Islamisierung" gekennzeichnet und soll unterbunden werden. Während der Bau von religiösen Gebäuden für Muslime von Bürgerentscheiden abhängig gemacht werden soll, sind derartige Regelungen für andere Religionsgemeinschaften, z.B. den christlichen Konfessionen offenkundig nicht vorgesehen. Dies stellt einen Verstoß gegen die Religionsfreiheit, den Gleichheitsgrundsatz und in der Folge gegen die Menschenwürde dar. Formeln wie „ohne Integration keine Teilhabe" oder „Integration ist Pflicht" in Kombination mit Aussagen wie „Unter deutscher Kultur verstehen wir die Hervorbringung deutscher Menschen" bieten gewichtige Anhaltspunkte dafür, dass die Politik des AfD-LV BB auf die staatliche und soziale Diskriminierung von Ausländern und Deutschen islamischen Glaubens abzielt. Im neurechten Jargon, so etwa bei Martin Sellner (siehe Abschnitt 4.2), wird hier euphemistisch von „Rückkehranreizen" gesprochen.[56] In Hinblick auf diese gesellschaftspolitischen Forderungen sind bereits Zweifel angebracht, ob sie mit den wesentlichen Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar sind. In der Zusammenschau mit weiterreichenden Äußerungen aus dem AfD-LV BB gewinnen sie bestätigendes Gewicht (siehe Abschnitt 4).

[51] Siehe Wahlprogramm 2019, S. 56 und 57.
[52] Siehe Wahlprogramm 2024, S. 29–33.
[53] Wahlprogramm 2024, S. 33.
[54] Wahlprogramm 2024, S. 29.
[55] Wahlprogramm 2024, S. 29.
[56] Martin Sellner, Remigration. Ein Vorschlag, Schnellroda 2024, S. 100 ff.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Mit Blick auf die in den beiden Programmen niedergelegte programmatische Haltung zum politischen Extremismus ist ebenfalls eine aussagekräftige Veränderung zu konstatieren. Im Jahr 2019 forderte der AfD-LV BB eine „Extremismusklausel" für Kultureinrichtungen, mit denen sich staatlich geförderte Institutionen „zum Grundgesetz bekennen" sollten.[57] Die Extremismus-Begriff stand zumindest für Teile des AfD-LV BB nicht in Frage, auch wenn er hier im Sinne der Partei gegen linke Kulturschaffende in Stellung gebracht wurde. Ganz anders positioniert sich der AfD-LV BB im Jahr 2024. Der Begriff taucht überhaupt nur in Zusammenhang mit der Forderung nach der Abschaffung des sogenannten „Extremismusparagrafen" gemäß § 64a des Brandenburgischen Schulgesetzes auf.[58] Führende Protagonisten hatten sich, meist in Zusammenhang mit der Beobachtung durch den Verfassungsschutzverbund, seit Längerem ablehnend gegenüber dem Begriffskonzept geäußert. Den Extremismus-Begriff verwendet der AfD-LV BB ausschließlich zur Diffamierung der politischen Konkurrenz.

4. Verdichtung hinreichend gewichtiger Anhaltspunkte

Die Grenzlinie zwischen Verdachtsfall und erwiesen extremistischer Bestrebung ist fließend. Jedenfalls sind für die Feststellung, ob ein Verdachtsfall zum erwiesenen Extremismus aufwächst neue, zusätzliche Sachverhaltsmomente erforderlich, die angesichts ihrer Gewichtigkeit und repräsentativen Breite keinen Zweifel mehr lassen, dass der Personenzusammenschluss in seiner Gesamtheit verfassungsfeindliche Tendenzen verfolgt und diese politischen auch umsetzen möchte.[59] Danach ist Schwelle vom Verdachtsfall zum erwiesenen Extremismus überschritten, wenn sich die tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zur Gewissheit verdichtet haben. Anhaltspunkte müssen sich in einer Art und Weise verdichtet haben, dass nach der Zusammenschau aller von dem Personenzusammenschluss ausgehenden Aktivitäten deren extremistischer Charakter zur Gewissheit feststeht. Verfassungsfeindliche Äußerungen, Aktivitäten und Verhaltensweisen müssen den Charakter der Partei prägen. Ihre Grundtendenz muss darauf hinauslaufen, die freiheitliche demokratische Grundordnung abzulehnen.[60]

[57] Siehe Wahlprogramm 2019, S. 36.
[58] Wahlprogramm 2024, S. 42 und 43; Der § 64a BbgSchulG regelt die Bestimmungen, nach denen ein Verbot fassungsfeindlicher Handlungen in den Schulen des Landes Brandenburg besteht. Hiernach ist es verboten, in der Schule, auf dem Schulgelände und bei schulischen Veranstaltungen außerhalb der Schule Kennzeichen und Propagandamittel verfassungsfeindlicher Organisationen mit sich zu führen, zu zeigen, weiterzugeben oder zu verteilen.
[58] Vgl. *Warg* in Recht der Nachrichtendienste, 1. Auflage 2023 Rn.69 f.
[59] Vgl. *Warg* in Recht der Nachrichtendienste, 1. Auflage 2023 Rn.69 f.
[60] BayVGH, Beschluss vom 14.09.2023, Az.: 10 CA 23.796, juris Rn. 88 u. juris Rn. 89.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Ein Fortsetzen der verfassungsfeindlichen Aktivitäten und Äußerungen „trotz der Einstufung zum Verdachtsfall und in Kenntnis der Beanstandungen“ stellen laut Urteil des Verwaltungsgerichts Köln für sich genommen bereits ein hinreichendes Anzeichen für eine Verdichtung der Verdachtsmomente dar.[61]
Das OVG Münster konkretisierte dies, indem es feststellte, dass im Hinblick auf die Gesamtpartei insgesamt konkrete und hinreichend verdichtete Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen maßgeblich vorliegen müssen. Soweit zwar hinreichende, aber verhältnismäßig schwache Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen einzelner Gruppierungen vorlägen, müssten mindestens starke Anhaltspunkte dafür vorhanden sein, dass diesen Gruppierungen ein bestimmender Einfluss innerhalb der Partei zukäme. Bei eindeutigen verfassungsfeindlichen Bestrebungen einzelner Gruppierungen oder starken dahingehenden Anhaltspunkten könne umgekehrt auch eine geringere Wahrscheinlichkeit dafür ausreichen, dass sich die verfassungsfeindlichen Zielsetzungen innerhalb der Partei durchsetzen. Für das Gesamtbild könnten daher nicht nur Art und Umfang der Veröffentlichungen und Äußerungen von Bedeutung sein, die Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen darstellten, sondern auch mögliche Reaktionen und Gegenäußerungen in der Partei, auch wenn sie die Zurechnung als solche nicht ausschließen.[62]

Der AfD-LV BB hat seine verfassungsschutzrelevanten Aktivitäten nach der öffentlich kommunizierten Einstufung als rechtsextremistischer Verdachtsfall 2020 und in Kenntnis der jährlichen Verfassungsschutzberichte jedoch nicht nur unvermindert fortgesetzt, sondern zuletzt erheblich verstärkt.
Insoweit liegen hinreichend verdichtete Anhaltspunkte dafür vor, die sowohl aus quantitativen als auch qualitativen Gesichtspunkten angesichts ihrer Gewichtigkeit und repräsentativen Breite keinen Zweifel mehr lassen, dass der AfD-LV BB verfassungsfeindliche Tendenzen verfolgt. Die Ursachen für die Verdichtung tatsächlicher Anhaltspunkte in den Jahren 2023/24 sind im Folgenden in Kürze darzustellen.

4.1 Ursachen

Im AfD-LV BB wurden seit der Einstufung als rechtsextremistischer Verdachtsfall wesentliche Versuche zur Disziplinierung und Mäßigung entweder von oben abgewehrt oder an der Parteibasis torpediert. Die ehemaligen Landesvorsitzenden Kalbitz und Bessin, die selbst der Parteistruktur „Der Flügel“ angehörten, haben entsprechende Bemühungen nicht gefördert und sich gegenüber dem AfD-Bundesvorstand und seinen Einflussnahmeversuchen meist konfrontativ verhalten. Öffentliche Diskussionen z.B. über eine stärkere Abgrenzung zur als gesichert extremistisch eingestuften JA fanden – im Gegensatz zur

[61] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 207/20, BeckRS 2022, 3818, Rn. 364.; VG Köln, Urteil vom 08.03.2022, 13 K 326/21, Beck RS 2022/3817, Rn. 435.
[62] OVG Münster, Urteil vom 05.03.2024, 5 A 1217/22, BeckRS 2024,15329, Rn. 105.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Bundesebene und den westlichen Landesverbänden – in Brandenburg nicht statt. Mit Hans-Christoph Berndt ist 2024 eine Persönlichkeit in die Spitze vorgerückt, die Rechtsextremisten nicht nur gewähren lässt, sondern die AfD als Vehikel für die Entgrenzung des Rechtsextremismus gezielt einsetzt.

Seit 2023 hat sich die Zahl neuer gewichtiger tatsächlicher Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zudem erheblich erhöht. Ursächlich dafür ist nicht nur eine stark zunehmende und nun immer häufiger offen zutage tretende und aktiv betriebene Entgrenzung des Rechtsextremismus an der Parteibasis, innerhalb der JA BB sowie im Zusammenwirken des AfD-LV BB mit dem sogenannten „Vorfeld". Als Katalysator für extremistische Positionen, Äußerungen und Vernetzungsaktivität wirkte die gesellschaftlich zugespitzte migrationspolitische Debatte, wobei der AfD-LV BB antizipierte Wählererwartungen erheblich verstärkt und in aggressiv-kämpferischer Konnotation nicht nur gegen „die Regierung", sondern gegen „das System" oder „den Staat" zu kanalisieren versucht.[63]

4.2 Extremistische Positionierungen im Zuge der Debatte um „Remigration"

Seit etwa 2014 ist der Terminus „Remigration" in der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten in Verwendung, insbesondere in der Identitären Bewegung (IB). Mit zunehmender Häufigkeit tauchte er in den letzten drei Jahren in der Jungen Alternative (JA) auf, die ihn wiederum erfolgreich in die AfD und den AfD-LV BB hineingetragen hat. Als Stichwortgeber und Vordenker fungierte der identitäre Aktivist und Publizist Martin Sellner, an dessen Person sich die öffentliche Debatte um den Begriff Anfang 2024 entzündete. Die mediale Offenlegung eines Treffens diverser Akteure vom November 2023 in Potsdam, an dem auch Sellner beteiligt war, machte den Begriff ab Mitte Januar 2024 allgemein bekannt.

In Folge der öffentlichen Diskussionen um „Remigration" setzte der AfD-LV BB den Begriff als Wahlkampfslogan und Projektionsfläche für migrations- und integrationspolitische Forderungen massiv ein. Die AfD-Fraktionsvorsitzenden Ost – darunter Berndt – formulierten in einer Stellungnahme, dass es darum gehe, „Maßnahmen [zu] ergreifen, um den Assimilationsdruck auf nichtintegrierte Ausländer zu erhöhen". Es müssten darüber hinaus „Anreize" gesetzt werden, „um nichtintegrierten Migranten die Heimkehr zu ermöglichen".[64] Derweil betrieben die AfD-Akteure in Brandenburg einen fremdenfeindlichen Überbietungswettbewerb: im Gegensatz zum Bundestagswahlprogramm und dem Ende Januar 2024 vom AfD-Bundesvorstand veröffentlichten Positionspapier „Remigration", in dem die Rede von „ca. 250.000" abzuschiebenden „ausreisepflichtigen Ausländer[n]" ist, wurde und wird jenseits der offiziellen

[63] Siehe hierzu die Belege in Abschnitt 5.2.
[64] Beleg 385.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Parteilinie im AfD-LV BB mit erheblich höheren Zahlen gehandelt.[65] Der Landesvorsitzende René Springer äußerte sich am 12.01.2024: „Wir werden Ausländer in ihre Heimat zurückführen. Millionenfach. Das ist kein #Geheimplan. Das ist ein Versprechen. Für mehr Sicherheit. Für mehr Gerechtigkeit. Für den Erhalt unserer Identität. Deutschland."[66] In einem Podcast sagte er am 30.01.2024, es gäbe eine „unglaublich hohe Zahl" an „Ausländern in unserem Land […], die am Ende, wenn wir in Regierungsverantwortung kommen, in ihre Heimat zurückkehren müssen."[67] Vor dem Hintergrund mehrtägiger Gewaltexzesse in Folge der Ermordung dreier Mädchen in Großbritannien schrieb Springer am 03.08.2024: „Remigration oder Bürgerkrieg auf Raten. Das sind die einzigen zwei Optionen, für England wie für uns. Deshalb: Mut zu Deutschland, Mut zur millionenfachen Remigration!"[68] Springer löschte diesen Beitrag später.

Der Begriff „Remigration" ist nicht definiert und dient in der AfD hauptsächlich als Projektionsfläche. Er kann sich auf recht unterschiedliche – sowohl verfassungskonforme wie verfassungsfeindliche – Ziele beziehen. Einerseits ersetzt „Remigration" oft nur „Rückführung" oder „Abschiebung", andererseits reicht der Begriff darüber hinaus, weil er sich wesentlich grundsätzlicher auf die Umkehr eines demografischen Prozesses beziehen lässt. Der IfS-Publizist Benedikt Kaiser sprach in einem Artikel auf dem rechtsextremistischen Blog „Sezession.de" am 01.02.2024 treffend von den „Minimalisten" und den „Maximalisten" innerhalb des „patriotischen Lagers".[69] Der Terminus „Remigration" kann in diesem Sinne meinen:

1.) konsequente Abschiebung von Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis (oder im Status der Duldung) und/oder
2.) „Rückführungen" im Falle von Kriminalitätsdelikten und Terrorismus, auch nach dem Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft (bei Vorliegen doppelter Staatsbürgerschaft), oder
3.) auf staatliche Maßnahmen („Anreize") abheben mit dem Ziel, die (freiwillige) Auswanderung von Migranten mit Aufenthaltserlaubnis und/oder deutschen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund zu forcieren. Vordergründig werden hier sozialpolitische Instrumente benannt. Rechtsextreme Akteure, deren Forderungen auf Herstellung einer ethnisch-kulturell oder abstammungsmäßig weitgehend homogenen Volksgemeinschaft hinarbeiten, summieren unter „Anreizen" allerdings auch vielfach eindeutig diskriminierende staatliche Maßnahmen und

[65] Beleg 445. Bundesvorstand der Alternative für Deutschland, Wie die AfD den Begriff „Remigration" definiert, Stellungnahme vom 29.01.2024.
[66] Beleg 386.
[67] Beleg 387, Minute 07:39.
[68] Beleg 465.
[69] Beleg 534.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

mögliche Gesetzesvorhaben, die sich gegen religiöse und/oder sprachliche Minderheiten richten, so etwa Moscheebau- oder Kopftuch-Verbote, Kürzung von Sozialleistungen bei vermeintlich mangelhafter Integration sowie Quoten-Regelungen z.B. für die ethnisch-kulturelle Zusammensetzung von Schulklassen.

Ungleichbehandlungen auf Basis von Ethnie, Kultur oder Religion, etwa mit Blick auf sozialstaatliche Leistungen, widersprechen Art. 3 Abs. 3, Satz 1 GG und Art. 4 Abs. 1 und 2 GG. Ferner besteht die aus Art. 1 Abs. 1 GG abgeleitete Pflicht zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums.

Der AfD-LV BB hat in seinem Programm aus 2024, jedenfalls dem Anschein nach, den Weg der „Minimalisten“ beschritten. Die AfD BB fordert also nicht die Massenabschiebung oder staatlich forcierte Auswanderung aller als „fremd“ markierten Menschen. Vor dem Hintergrund der Debatte um „Remigration“ Anfang 2024 forderte die Bundespartei eine rückwirkende Überprüfung verliehener Staatsbürgerschaften und den Entzug selbiger in bestimmten Fällen (Kriminalität, Terrorismus, fehlerhafte Angaben), um eine Abschiebeoffensive zu flankieren.[70] Auch diese Forderung findet sich im Anfang 2024 konzipierten Programm des AfD-LV Brandenburg nicht. Indem es von „kulturfremden“ und „integrationsunwilligen“ Menschen spricht, dockt es zwar an ethnopluralistische Prämissen an. Und die im Wahlprogramm 2024 verwendete Semantik unterstreicht die Verschärfung des innerparteilichen Migrationsdiskurses, der sich zunehmend gegen Deutsche mit Migrationshintergrund und vor allem gegen Deutsche islamischen Glaubens richtet. Der AfD-Landesverband hat jedoch in seinem Wahlprogramm keine Maximalforderungen nach außen kommunizieren wollen. Diese Zurückhaltung ist indes rein taktischer Natur.

Maßgebliche Protagonisten des AfD-LVs BB versuchen ihre wahren politischen Zielsetzungen in der Öffentlichkeit zu verschleiern bzw. geben ihre Ziele situationsbedingt in abgemilderter Form wieder. Die taktische Verschleierung und nebulöse Andeutung von Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gehört zu einem Wesensmerkmal der AfD insgesamt. In geschlossenen Räumen oder vor Insider-Publikum wird diese Zurückhaltung mitunter aufgegeben, insbesondere in den östlichen Landesverbänden. Auf Einladung der brandenburgischen AfD-Politiker Lars Schieske und Jean-Pascal Hohm sprach der in den AfD-Westlandesverbänden für seine Positionen umstrittene Dortmunder Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich[71] am 19.03.2024 in Cottbus über das Thema „Remigration“.[72]

[70] Beleg 545.
[71] In seinem Heimatlandesverband NRW sieht sich Matthias Helferich zum Zeitpunkt der Verschriftlichung dieses Vermerks mit einem Parteiausschlussverfahren konfrontiert. Insbesondere in den Ostlandesverbänden und auch im AfD-LV BB erfährt

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Eine mit nd-Mitteln durch die LfV BB erlangte Tonaufzeichnung belegt, dass Akteure in szeneinternen Räumlichkeiten über offizielle Positionen des AfD-Bundesvorstandes weit hinausgehen. Als Zielgruppen zukünftiger „Remigrationspolitik“ benennt Helferich zunächst kriminelle und ausreisepflichtige Ausländer, wobei er deren Abschiebung als „ersten Schritt“ begreift. Folgen sollen jene, die das Sozialsystem belasten. Schlussendlich geht es ihm aber auch um jene deutschen Staatsbürger, an deren allgemeiner Integrationsleistung er zweifelt. Mehrfach unterscheidet Helferich dabei zwischen einer nur auf Papier verbrieften Staatsbürgerschaft („Wahlvolk“) und Deutschen in einem abstammungsmäßigen Sinne. Die Anwesenden, darunter die Brandenburger AfD-Politiker Hohm und Schieske, widersprachen an diesen Stelle nicht, [redacted][73]

Helferich sagte in der „Mühle“ in seinem rund einstündigen Vortrag unter anderem:

- „Es wird [nach einer AfD-Regierungsübernahme] nicht die großen Massenabschiebungen geben, aber es wäre schon mal eine Wohltat, wenn die mehrfach straffällig gewordenen Gruppenvergewaltiger aus Afghanistan dann nach Afghanistan zurückmüssen. Das wird der erste Schritt sein.[74] Aber wir werden natürlich neben den Kriminellen auch all jene zurückschicken, die uns auf der Tasche liegen.“[75]
- „Das gehört auch zur Remigrationspolitik und es lässt sich eben nicht nur begrenzen auf ‚alle raus‘, sondern es muss auch heißen, wir müssen uns wieder besinnen, deutsch zu sein, ein liebenswertes Volk, was eben nicht ausgetauscht gehört, was nicht ersetzt gehört und was vor allen Dingen nicht letztlich im Orkus der Geschichte verschwinden soll, son-

---

Helferich aktuell breite Unterstützung. In der vorgezogenen Bundestagswahl im Februar 2025 konnte Helferich neuerlich ein Mandat erringen. Der Versuch des NRW-Landesvorstandes, zu verhindern, dass Helferich auf die Wahlliste gelangen konnte, scheiterte – ebenso der Versuch, ihn nach der Bundestagswahl neuerlich aus der AfD-Bundestagsfraktion herauszuhalten. Am 25.02.2025 wurde Helferich in die AfD-Bundestagsfraktion aufgenommen.

[72] Beleg 485 und Beleg 485a.

[73] [redacted]

[74] Hier und im Folgenden vorgenommene redaktionelle Hervorhebungen dienen der Veranschaulichung von verfassungsschutzrelevanten Textpassagen, in denen verfassungsfeindliche Bestrebungen bzw. Verstöße gegen die Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung erkennbar werden oder in denen diese in besonderer Weise bekräftigt werden.

[75] [redacted]

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

dern was noch eine tausendjährige Zukunft haben soll. Mindestens. Kann nur ein bisschen länger sein. Aber Tausend wäre schon gut, oder?“[76]

- „Wir wollen auch keine Deportation. Wir wollen aber eben, dass das unser Land bleibt. Und das kann uns dann in dieser Frage der Erhalt unseres Volkes in der uns bekannten Form, dass man sich auch im Anderen wiedererkennt, dass man die gleichen Ahnen hat, dass man eine Schicksalsgemeinschaft ist, die eng verwoben ist durch ihre Ahnen in der Vergangenheit, durch ihre Tradition der Vergangenheit, aber auch durch eine gemeinsame Zukunft, muss uns das wert sein. Ich glaube, auch darüber muss man in der AfD sprechen. Auch, dass zum Beispiel Staatsbürger, denen wir halt leichtfertig in diesem Land die Staatsbürgerschaft erhalten [gegeben] haben, dieses Land verlassen werden, wenn sie nicht bereit sind, sich hier außerhalb der Staatsbürgerschaft – Staatsbürgerschaft, das ist das eine, aber das Aufgehen unserer Kultur, das Annehmen unserer Identität, Deutschland als Heimat anzunehmen, ist das andere –, auch darüber müssen wir sprechen, ob diese Leute nicht dann dieses Land verlassen wollen.“[77]

[redacted]

Die am 29.01.2024 veröffentlichte Stellungnahme des Bundesvorstandes, dass die AfD „nicht zwischen deutschen Staatsangehörigen mit und ohne Migrationshintergrund“ unterscheide, und „alle Deutsche[n] […] Teil unseres Staatsvolkes“ seien, täuscht über zahlreiche dokumentierte Positionen im AfD-LV BB hinweg (siehe die Belege in Abschnitt 5.1).[78] Marvin Neumann – kurzzeitig Co-Bundesvorsitzender der Jungen Alternative sowie zeitweilig kooptiertes Vorstandsmitglied der JA BB – vertrat sein völkisches Gesellschaftskonzept derart offen, dass er für den AfD-Bundesvorstand untragbar wurde. Seine brandenburgischen Parteikollegen solidarisierten sich nach seinem Rücktritt von seinen Funktionen im Mai 2021 allerdings mit ihm und behielten ihn vorerst im Amt des Sprechers der AfD-Fraktion Brandenburg. Neumann hatte schon im Dezember 2020 auf Twitter geschrieben: „Es gibt keine ‚Schwarze[n] Deutsche und Europäer‘. Sie sind bestenfalls Teil der Gesellschaft und besitzen bestimmte Staatsbürgerschaften, aber sie sind nicht Teil einer tradierten, authentischen, ‚europäische[n] Identität.‘“[79]

[76] [redacted]
[77] [redacted]
[78] Beleg 445. Bundesvorstand der Alternative für Deutschland, Wie die AfD den Begriff „Remigration“ definiert, Stellungnahme vom 29.01.2024.
[79] Beleg 177.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Im Zuge der seit Anfang 2024 intensiv geführten „Remigrationsdebatte“ und in Folge des politisch aufgeheizten Landtagswahlkampfes 2024 und des Bundestagswahlkampfes 2025 wurden politische Positionen, aus denen sich eine qualitative Unterscheidung zwischen ethnischen Deutschen und vermeintlich „Fremden“ ableiten lässt, allerdings auch vermehrt auf offener Bühne vorgetragen. Entsprechende Aussagen konterkarieren das Wahlprogramm und zeigen, dass die politischen Zielsetzungen der AfD erheblich weiterreichen. Gelegentlich ist seitens maßgeblicher Politiker deutlich gemacht worden, dass ethnisch-kulturelle Differenzierungen sogar zwischen deutschen Staatsbürgern gelten sollen und zukünftig politisch zu treffen wären. Hannes Gnauck sagte bei einer Veranstaltung in Zossen am 11.08.2024: „Und auch wir müssen wieder entscheiden dürfen, wer überhaupt zu diesem Volk gehört und wer nicht. Es gehört mehr dazu, Deutscher zu sein, als einfach nur eine Staatsbürgerurkunde in der Hand zu haben. […] Uns alle hier auf diesem Marktplatz, jeden einzelnen hier, auch wenn ich nicht jeden einzelnen kenne, aber uns verbindet viel mehr als nur eine gemeinsame Sprache, uns verbindet ein unsichtbares Band, was man einfach nicht erklären muss. Und ich sag euch mal was: Jeden einzelnen von euch verbindet mehr mit mir als irgendein Syrer oder irgendein Afghane – und das muss ich nicht erklären, das ist einfach ein Naturgesetz – und darauf können wir alle verdammt stolz sein.“[80] Diese Aussage hat Gnauck während des Landtags- und Bundestagswahlkampfes 2024 und 2025 mehrfach in verschiedenen Varianten vorgetragen. Auf selbiger Veranstaltung bekundete der AfD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2024, Hans-Christoph Berndt: „Wir sagen es: Deutschland ist das Land der Deutschen und Deutschland soll das Land der Deutschen bleiben.“[81] Lena Kotré sagte auf einer Veranstaltung Anfang September 2024, dass eingebürgerte Migranten, wenn sie nicht „unsere Werte hier“ anerkennen, „dieses Land, ganz genau wie die anderen auch, zu verlassen“ hätten.[82] Ähnliche Aussagen sind im Rahmen des Bundestagswahlkampfes im Januar und Februar 2025 mehrfach auf offener Bühne gefallen.

Aus den nachfolgend aufgeführten Belegen (Abschnitt 5.1) muss die Schlussfolgerung gezogen werden, dass der AfD-LV BB aus seinem ethnisch-kulturell definierten Volksbegriff politische Konsequenzen ableitet, die auf Exklusion hinauslaufen und eine Volksgemeinschaft konstituieren sollen, in denen Staatsbürger rechtlich, sozial und/oder ökonomisch ungleich behandelt werden.[83] Entsprechend hat sich die Partei seit Sommer 2024 im ethnischen Sinne als „Partei der Deutschen“ selbst tituliert.[84]

[80] Beleg 473, ab Minute 07:50.
[81] Beleg 474, Minute 04:40.
[82] Beleg 551.
[83] BVerfG Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13 juris Rn. 681.
[84] Beleg 490.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

4.3 Intensivierte Vernetzung mit dem rechtsextremistischen Vorfeld

Der AfD-LV BB hat seit der Einstufung als rechtsextremistischer Verdachtsfall im Jahr 2020 seine Kontakte zu rechtsextremistischen Vorfeldorganisationen gepflegt, aufrechterhalten und sukzessive intensiviert. Schon zum Zeitpunkt der Einstufung als rechtsextremistischer Verdachtsfall war diese Entwicklung im AfD-LV BB angelegt. So hatte etwa der Kreisverband Märkisch Oderland (MOL) am 26.11.2019 über die „Unvereinbarkeitsliste" des AfD-Bundesvorstandes geschrieben: „Weder VS, Altparteien und deren Presse oder systemkuschende Funktionäre haben zu entscheiden, wer zu uns gehört, sondern wir vor Ort. Als Patrioten müssen und haben wir zusammenzustehen. […] Wer eine ‚Unvereinbarkeitsliste' tatsächlich will, macht sich zum Handlanger des VS! Emporkömmlinge, Spalter und Karrieristen. Nicht mit uns."[85]

a) Junge Alternative Brandenburg (JA BB)

Als ein Einfallstor für Rechtsextremisten kam bislang der JA BB erhebliche Bedeutung zu. In der JA Deutschland standen seit ihrer Gründung die Vertreter einer gemäßigten Positionierung den Anhängern der „Flügel"-Struktur um die zentralen Akteure Björn Höcke und Andreas Kalbitz gegenüber. Programmatische Auseinandersetzungen folgten dabei weitgehend der Bruchlinie zwischen AfD-Ost- und Westlandesverbänden. Die JA BB, die sich als sogenannte patriotische und aktivistische Jugendbewegung in enger Verflechtung mit dem sogenannten „Vorfeld" positioniert hat, folgte im Großen und Ganzen der Programmatik des AfD-LV BB. Nach der öffentlich kommunizierten Hochstufung des „Flügel" zur gesichert extremistischen Bestrebung im März 2020 solidarisierte sich die JA BB offen mit dem „Flügel": „Aus gegebenem Anlass erklären wir, die Junge Alternative Brandenburg, unsere volle Solidarität mit dem Flügel. Wir stehen hinter unserem Landesvorsitzenden, Andreas Kalbitz, sowie hinter dem Vorsitzenden der AfD Thüringen, Björn Höcke. Nur gemeinsam sind wir stark. Lassen wir uns nicht auseinander dividieren!"[86] Anders als in den westlichen AfD-Landesverbänden fand in Brandenburg keine grundsätzliche Auseinandersetzung mit Positionen oder Aktivitäten der JA statt. Im Gegenteil wirkten gerade in jüngerer Zeit und vor dem Hintergrund des Landtagswahlkampfes 2024 Partei und Jugendorganisation eng zusammen. Auch die intensivierten Vernetzungsaktivitäten der JA BB mit rechtsextremistischen Akteuren führte nicht dazu, dass der AfD-LV BB merklich disziplinierend auf seine Jugendorganisation eingewirkt hätte. Beispielsweise nahm die Co-Vorsitzende Anna Leisten als Rednerin an der „Remigrations-Demo" der „Identitäten Bewegung" am 29.07.2023 in Wien teil.[87] Roman Reusch, AfD-Landesvorstandsmitglied, versuchte ein Parteiausschlussverfahren einzuleiten; und der

[85] Beleg 290.
[86] Beleg 499.
[87] Beleg 502.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

AfD-Bundesvorstand forderte eine zweijährige Ämtersperre gegen Leisten. Der AfD-LV BB sprach aber nur eine Verwarnung aus. Leisten pflegt bis heute Kontakte zur IB, trat im Juli 2023 in einem IB-Werbevideo auf und sprach dort über den „Bevölkerungsaustausch“[88], ferner nahm sie regelmäßig an IB-Veranstaltungen teil, ohne dass der AfD-LV BB dem bis dahin sichtbar entgegengewirkt hätte; so etwa an der konspirativen 10-Jahresfeier der IB-Deutschland am 01.06.2024 in Bernsdorf in Sachsen.[89]

Am 12.07.2023 stufte die LfV BB die JA BB als gesichert extremistischen Bestrebung ein, das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) reagierte auf die erhebliche Verdichtung tatsächlicher Anhaltspunkte ebenfalls mit einer Hochstufung des Bundesverbands der JA. Der AfD-LV BB wiederum reagierte auf seinem offiziellen Facebook-Account am 13.07.2023: „Wir stehen zusammen! Der Landesverband wird juristisch gegen die Denunzierung unserer JA Brandenburg vorgehen.“[90] Bei einer Veranstaltung[91] am 06.09.2023 in Trebbin sagte die damalige Landesvorsitzende Bessin in Anwesenheit von Leisten: „Und die AfD ist natürlich auch froh darüber, dass wir eine Jugendorganisation haben. Denn Jugend ist ja auch die Zukunft für unser Land, und deswegen wollen wir auch die Jugend mit einbinden. Und deswegen freue ich mich, dass auch Anna Leisten […] heute mit dabei ist.“[92] Die Einstufung der JA Deutschland zur gesichert rechtsextremistischen Bestrebung durch das BfV bestätigte das VG Köln im einstweiligen Rechtsschutzverfahren am 06.02.2024.[93] In der Folge beschloss der AfD-LV BB in Jüterbog am 16./17.03.2024 eine Solidaritätsbekundung, die – neben den JA BB-Vorsitzenden Leisten und Franz Dusatko – von der ehemaligen Landesvorsitzenden Bessin und dem aktuellen stellvertretenden Landesvorsitzenden Hans-Christoph Berndt unterzeichnet worden war. Die Parteitagsdelegierten nahmen die Solidaritätserklärung mit 99% Zustimmung an:

> „Die Junge Alternative ist ein Gewinn für unsere Partei und Bewegung. Sie besteht aus motivierten, patriotischen jungen Frauen und Männern, die ihre Kraft und Zeit für ein besseres Deutschland investieren und für ihre Überzeugungen Nachteile in Schulen, Universitäten und Beruf erleiden. Als Jugendorganisation muss die JA keine Kopie der Mutterpartei sein, sondern darf eigene Wege im politischen Wettbewerb beschreiten. Bei individuellem Fehlverhalten richten wir uns nicht nach den Anweisungen des politischen Gegners und seines im Kampf gegen die Op-

[88] Beleg 342.
[89] Beleg 500, siehe im Zusammenhang auch Beleg 510.
[90] Beleg 107.
[91] Beleg 110.
[92] Beleg 111, ab Minute 0:32.
[93] VG Köln, Beschluss vom 06.02.2024, 13 L 1124/23, BeckRS 2024, 5594.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

position missbrauchten Verfassungsschutzes, sondern ausschließlich nach Recht und Gesetz und den geltenden Regeln unserer Statuten.“[94]

Wie sich der Umgang mit sogenanntem „Fehlverhalten“ konkret gestaltet, zeigt ein Fall vom September 2024. Die JA BB hat nach außen ethnopluralistische Positionen vertreten. Allerdings akzeptierte sie in ihren Reihen offenkundig unzweifelhaft rassistische Äußerungen, solang sie dem öffentlichen Ansehen von Partei und Jugendorganisation nicht erheblich schaden. Am 27.08.2024 strahlte RTL-EXTRA eine Undercover-Recherche zweier Journalistinnen in der „Identitären Bewegung“ aus. Darin sagte eine der LfV BB bekannte und zwischenzeitlich in Brandenburg aktive Protagonistin über den Holocaust: „Es waren ja höchstens 175.000 vergaste Juden. Höchstens. Also keine 6 Millionen. Also ich find’s auch geil, dass es stattgefunden hat. Das muss ich ehrlich sagen.“[95] Nach eigener Aussage war sie von der JA Berlin zur JA BB gewechselt, weil sie in Berlin als zu radikal galt. Sie hatte nachweislich an diversen AfD-Veranstaltungen teilgenommen, darunter auch in Brandenburg.[96] In der Video-Kampagne der JA BB für den Wahlkampf zur Landtagswahl 2024 ist sie ebenfalls zu sehen. Sehr wahrscheinlich ist, dass sie zwischenzeitlich Mitglied der JA BB war. Jedenfalls hat sie die JA BB mit hoher Intensität unterstützt.

[redacted]

[redacted]

[94] Beleg 396.
[95] Beleg 501.
[96] Beleg 546.
[97] [redacted]

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Eine öffentliche Stellungnahme oder Distanzierung seitens der JA BB oder des AfD-LV BB erfolgte trotz Kennverhältnissen bzw. der Zusammenarbeit und trotz der Brisanz der RTL-Reportage nicht.

Einerseits hat der AfD-LV BB in den zurückliegenden Jahren kein ausgeprägtes Interesse daran gezeigt, disziplinierenden Einfluss auf die maßgeblichen Akteure der JA BB auszuüben. Andererseits zirkulierten im Verlauf des Jahres 2024 immer wieder Pläne des AfD-Bundesvorstandes, die darauf hinausliefen, die eigene Jungendorganisation zu reformieren und sie näher an die Partei heranzuführen. Den auch öffentlich kolportierten Plänen gemäß sollte die Parteijugend unter den Schutzschirm des Parteienprivilegs gestellt werden, um sie vor einem etwaigen Verbot besser absichern zu können; zweitens wollte der AfD-Bundesvorstand die Mitgliedschaft in der Parteijugend mit der Mitgliedschaft in der Partei koppeln, um mehr Kontrolle – u.a. über die Parteischiedsgerichtsbarkeit – ausüben zu können; drittens sollte die Parteijugend durch vorhandene Parteiressourcen sowohl mit Blick auf die Mitgliederzahl wie auch durch Bereitstellung finanzieller Mittel erheblich gestärkt werden. Insbesondere die östlichen JA-Landesverbände wehrten sich gegen die Pläne, da sie eine massive Beschränkung der eigenen Handlungsfreiheit und Autonomie durch die Parteiführung fürchteten. Die Kritiker der Pläne waren nicht bereit, die Organisation als Verein in relativer Unabhängigkeit von der AfD aufzugeben. Auch Teile des neurechten „Vorfelds“, darunter namhafte Akteure um Götz Kubitschek vom IfS und das COMPACT-Magazin, kritisierten das Vorhaben öffentlich, weil sie glaubten, eine verbindende Brücke zwischen der AfD und dem rechtsextremistischem „Vorfeld“ würde seitens der Partei demontiert. Der AfD-LV BB enthielt sich in dieser Debatte zumindest nach außen einer eindeutigen Positionierung und erweckte auf diese Weise zwischenzeitlich den Anschein als unterstütze er die Autonomiebestrebungen der JA BB. Allerdings wirkten im Hintergrund mit Dennis Hohloch und Hannes Gnauck zentrale Brandenburger AfD-Protagonisten an den Plänen des Bundesvorstandes mit. Hohloch und Gnauck präsentierten den Plan zur Reform der Parteijugend auf dem Parteitag in Riesa am 11./12.01.2025. Nach einer

[98] [redacted]
[99] Beleg 520.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

kurzen und durchaus emotional geführten Debatte nahmen die anwesenden AfD-Mitglieder den Antrag auf Restrukturierung bzw. Aufbau einer neuen Parteijugend – zunächst im Antrag als „Patriotische Jugend“ benannt – mit breiter Mehrheit an. Die auf Autonomie bedachten JA-Landesverbände, wozu insbesondere Brandenburg, Thüringen und Bayern zählten, konnten sich in Riesa letztlich nicht durchsetzen. Auf dem JA-Bundeskongress in Apolda/Thüringen am 01./02.02.2025 beschloss die JA Deutschland folgerichtig ihre Selbstauflösung bis Ende März. Marken- und Namensrechte sowie finanzielle Mittel werden zu diesem Zeitpunkt auf die AfD bzw. auf die einzelnen AfD-Landesverbände übergehen.

Die JA BB, namentlich in der Person Anna Leisten, hatte sich bis zum Schluss vehement gegen die Auflösung ausgesprochen, auch den Bundesvorstand und die AfD-Parteivorsitzende Alice Weidel inmitten des Wahlkampfes öffentlich kritisiert, und in diesem Zuge offenkundig auch die letzte Unterstützung des AfD-Landesvorstandes um Springer und Berndt verloren. Hohloch hatte auf dem Parteitag in Riesa als Argument für die Reform u.a. angeführt, dass die AfD sich der „Spinner“ entledigen müsse, die als JAler für sich in Anspruch nähmen, im Namen der Partei zu sprechen; Hohloch nannte als Beispiel den Rechtsextremisten Erik Ahrens, der zwischenzeitlich Mitglied der JA BB gewesen war und seit Sommer 2024 u.a. mit rassentheoretischen und NS-verherrlichenden Aussagen in die Schlagzeilen geraten war.

Aufgrund der Unabsehbarkeit der Entwicklung lässt sich derzeit nicht abschließend beurteilen, ob die durch die Partei durchaus erzwungene Selbstauflösung der JA als entlastendes Argument für den AfD-LV BB angeführt werden kann. Es ist nach aktuellem Kenntnisstand davon auszugehen, dass das Gros der zuletzt rund 150 Brandenburger JA-Mitglieder in die neue Jugendorganisation überführt werden wird. Zudem wird die neue Parteijugend durch die satzungsgemäße Koppelung beider Mitgliedschaften zahlenmäßig erheblich anwachsen. Wahrscheinlich ist, dass sich die neue Jugendorganisation – die laut Beschluss von Riesa selbst über den Namen entscheiden kann – wieder „Junge Alternative“ heißen wird. Eine Prüfung sowohl im BfV wie auch in den Ländern wird zu gegebener Zeit beantworten, ob die neue Parteijugend als Fortsetzungsbestrebung oder neues Beobachtungsobjekt zu bearbeiten sein wird.

Aus Sicht der LfV Brandenburg und mit einer mit spezifischen Perspektive auf den AfD-LV BB ist aktuell nicht plausibel, warum sich der unzweifelhaft stärkere Zugriff der AfD tatsächlich merklich programmatisch-ideologisch mäßigend auf die Parteijugend auswirken sollte. In der Vergangenheit hat der LV BB solche Versuche – wie oben gezeigt – nicht unternommen. Der JA BB wurde weitgehende Handlungsfreiheit eingeräumt; und der Landesvorstand intervenierte lediglich dort, wo ein merklicher Reputationsschaden für die Partei drohte. Der Landtagsabgeordnete Jean-Pascal Hohm verdeutlichte in einem Bei-

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

trag auf der Plattform „X“ vom 12.01.2025, dass die Neustrukturierung der Organisation jene „besser vor staatlicher Repression schützen“ solle[100]. Zudem hat sich der Landesvorstand selbst einer Verzahnung mit dem rechtsextremistischen „Vorfeld“ verschrieben, weshalb nicht anzunehmen ist, dass die neue Jugendorganisation Verbindungen etwa zur Identitären Bewegung oder zum IfS abbrechen wird.

b) Identitäre Bewegung (IB), COMPACT und das „Vorfeld“

Zur IB-Deutschland unterhält der AfD-LV BB selbst Kontakte. Aktive und/oder ehemalige IB-Protagonisten agieren im AfD-LV BB oder sprechen in seinem Namen, wie der Rechtsanwalt Gerhard Vierfuß oder der in der Landtagswahl 2024 in den Landtag eingezogene ehemalige Aktivist Fabian Jank. Über die „Mühle Cottbus“ vernetzen sich maßgebliche Protagonisten der IB und der AfD Brandenburg regelmäßig. Der österreichische Aktivist und ehemalige IB-Sprecher Martin Sellner beispielsweise sprach am 26.02.2025 im Beisein u.a. des 2025 in den Bundestag eingezogenen AfD-Politikers Schieske über „ethnische Schocks“, den „demografischen Kipppunkt“, „Schuldkult“ und die AfD.[101] Auch befragte er das Publikum, ob sich schon einmal jemand „eine Ermittlung wegen Volksverhetzung“ eingehandelt habe, und als ein Teilnehmer sich meldete, entgegnete Sellner: „Sehr gut, guter Mann!“[102]

[redacted]

[100] Beleg 619
[101] Beleg 621, Beleg 621a.
[102] Beleg 621, Minute 00:52:13.

[redacted]

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

In ähnlicher Weise verhält es sich mit weiteren Akteuren des sogenannten „Vorfelds". Eine hinreichend gewichtige Distanzierung von bzw. Abgrenzung zu rechtsextremistischen Akteuren wie dem „COMPACT Magazin" oder dem 2024 restrukturierten IfS ist zu keinem Zeitpunkt erfolgt. Im Gegenteil hat sich der LV BB gerade in den Jahren 2023/24 mit genannten Akteuren mehrfach solidarisiert. Die ehemalige Landesvorsitzende Bessin gab COMPACT Interviews; der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Dennis Hohloch, bekundete seine persönliche und politische Nähe zum rechtsextremistischen Netzwerk in Schnellroda öffentlich; und der Fraktionsvorsitzende Hans-Christoph Berndt hat – seiner politischen Sozialisation und seinem Selbstverständnis als „Bewegungspolitiker" gemäß – das „Vorfeld" der AfD in vielfältiger Weise adressiert und zur Radikalisierung des AfD-LV BB eingesetzt.[108] Mit der Neuaufstellung der Partei 2024 haben sich diesbezügliche tatsächliche Anhaltspunkte weiter verdichtet.

Berndt sprach sich in seiner Bewerbungsrede auf dem Parteitag vom 06.04.2024 für eine enge Verbundenheit und für eine intensivierte Zusammenarbeit mit dem rechtsextremistischen „Vorfeld" aus:

> „Sie [die AfD] ist die einzige Partei, die sich der Überfremdung entgegenstellt und das Dogma der Transformation bestreitet. Und damit wir Alternative für Deutschland bleiben und weil nur eine Volksbewegung die krankhafte Verachtung des Eigenen kurieren kann, ist eine enge Verbindung mit dem Vorfeld für uns wichtiger als für jede andere Partei. Und deshalb, ob Junge Alternative, Compact oder Ein Prozent, ob Institut für Staatspolitik, Pegida oder Zukunft Heimat – wir

[107] [redacted] Beleg 526, Beleg 527, Beleg 528.
[108] Siehe hierzu die Belege in Abschnitt 5.3.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

unterwerfen uns keinem Verdammungsdiktat verfassungsfeindlicher Verfassungsschützer. Wir distanzieren uns nicht, wir halten zusammen und wir wehren uns gemeinsam.“[109]

Auf die Frage im RBB-Interview, ob die von ihm genannten Akteure – Jürgen Elsässer von COMPACT, Götz Kubitschek vom IfS oder Martin Sellner – die richtigen Partner seien, antwortete er:

„Na ja, was heißt, ‚erwiesene Rechtsextremisten‘ – das sind Einschätzungen des Verfassungsschutzes, und der Verfassungsschutz, das wissen wir, unterliegt der Weisung des Innenministers. […] Das heißt, die Regierung legt fest, wer Extremist ist, über den Verfassungsschutz. Das sind keine Urteile, die irgendeinen Bestand haben, die machen wir uns nicht zu eigen. Und die Personen, die Sie genannt haben, sind intelligent, honorig, und mit denen kann man Staat machen; wahrscheinlich besser, als mit denjenigen, die jetzt regieren.“[110]

Die starke Solidarisierung Berndts und des AfD-LV BB insbesondere mit der Person Elsässer unterstreicht, dass sich die Partei mittlerweile weder von politikwissenschaftlichen Einschätzungen noch von der Einstufung COMPACTs seitens des Verfassungsschutzverbundes beeindrucken lässt. Ideologisch liegen Elsässer und maßgebliche Akteure des AfD-LV BB weitgehend auf einer Linie. Auch die in der Öffentlichkeit diskutierten extremistischen Äußerungen des COMPACT-Herausgebers haben die Haltung in der Partei gegenüber seiner Person offensichtlich nicht verändert. So hatte Elässer schon am 03.10.2023 auf einer Kundgebung unter dem Titel „Tag der Deutschen Freiheit“ in Gera gesagt:

„[…] der dritte Oktober 1990 war […] der Beginn der Zerstörung Deutschlands. Man muss der DDR keine Träne nachweinen, aber die DDR war immerhin ein Staat. Die BRD aber ist nur der Durchlauferhitzer der Umvolkung.[111] […] Und deswegen stelle ich mir die Frage, ob wir nicht im Osten die DDR neu gründen sollten. Aber nicht auf sozialistischer Grundlage, sondern als Deutsches Demokratisches Reich.[112] […] Jetzt fragt man sich natürlich: können wir das im Osten packen, dass wir einen eigenen Staat namens DDR wieder aufrichten; haben wir überhaupt die Ressourcen dazu?! Aber ich sehe das durchaus. Wir haben doch einen Reichskanzler in Gestalt von Björn Höcke. Und wir haben einen Reichskommissar für Inneres und Bandenbekämpfung in Gestalt von André Poggenburg. Und wir haben einen Reichsjustizminister Martin Kohlmann.

[109] Beleg 421, Minute 05:21.
[110] Beleg 426, Minute 01:03.
[111] Beleg 548, Minute 01:39:47.
[112] Beleg 548, Minute 01:40:37.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

> Und natürlich können wir außenpolitisch uns ganz neu verbinden. Eine DDR im Osten könnte mit den Chinesen Beziehungen aufrichten und sich das nötige Kapital besorgen, wir brauchen die Amerikaner nicht. Elon Musk kann einen Raketenbahnhof in Peenemünde errichten und wenn wir uns unsere Souveränität gegen die Polen verteidigen wollen, können wir vielleicht ein Paar gemischte Bataillone deutsch-russisch bilden und an der Oder stationieren."[113]

Der AfD-LV BB hat seine Unterstützungslinie gegenüber COMPACT vorangetrieben und wich auch zu jenem Zeitpunkt nicht ab, als die „COMPACT-Magazin GmbH" durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) am 16.07.2024 verboten wurde. Noch am Abend der polizeilichen Exekutivmaßnahmen erklärte der AfD-Spitzenkandidat Berndt bei einer Spontandemonstration vor dem Haus des Herausgebers Elsässer in Falkensee: „[…] was Compact verbreitet – was an Wahrheiten verbreitet wird, was die Regierung verschweigt –, das hilft uns in unserm politischen Kampf. Natürlich ist Compact eine wichtige Stimme der Opposition, und ist auch für die AfD wichtig – auch wenn Compact völlig unabhängig von der AfD ist."[114] Im Landtagswahlkampf 2024 haben sich führende AfD-Akteure wiederholt mit COMPACT solidarisiert. Die Partei hat sich auf diese Weise vorbehaltlos antisemitische, fremdenfeindliche und verschwörungstheoretische Inhalte des COMPACT-Magazins zueigen gemacht. Auch im Hinblick auf ihre außenpolitische Orientierung an Russland und ihre Nähe zu Autokraten sowie dem Ziel, die Bundesrepublik Deutschland aus der NATO herauszulösen, sehen sich die Akteure einander nahe.

Die AfD-Landtagsfraktion arbeitete 2023/24 darüber hinaus verstärkt mit bekannten Rechtsextremisten wie Götz Kubischek und Erik Lehnert vom – 2024 offiziell aufgelösten und neustrukturierten – IfS zusammen. Zu verschiedenen Anlässen wurden die genannten Protagonisten seitens der AfD-Fraktion BB in den Landtag eingeladen. Ferner wurden und sind Akteure aus rechtsextremistischen Bestrebungen als Mitarbeiter für Abgeordnete oder die AfD-Landtagsfraktion tätig (siehe Abs. 5.3). Der AfD-LV BB kooperiert u.a. mit Antaios-Verlag, IfS oder „Ein Prozent" ähnlich eng wie der AfD-LV Thüringen, der vom LfV Thüringen 2021 als erwiesen rechtsextremistisch einstuft wurde. Berndt hat auf dem Jüterboger Parteitag im April im oben genannten Interview nachweislich verkündet, dass nach einer AfD-Regierungsübernahme solche personellen Einbindungen noch ausgebaut und auch auf die staatliche Ebene ausgeweitet werden würden.[115] Mittlerweile – wie eine Veranstaltung unter leitender Beteiligung des Beisitzers im AfD-Landesvorstand, Tim Krause, im September 2024 zeigt – sind führende Branden-

[113] Beleg 548, Minute 01:41:53.
[114] Beleg 456, Minute 13:32.
[115] Ebd. Beleg 456.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

burger AfD-Akteure offenbar sogar bereit, sich in aller Offenheit für Netzwerk-Plattformen des klassischen und neonationalsozialistischen Rechtsextremismus zu engagieren.[116] Die Brandenburger AfD-Führungsfigur Hans-Christoph Berndt hat sich jüngst zu seinen früheren (und noch bestehenden) Kontakten zu Protagonisten in der rechtsextremistischen bzw. neonationalsozialistischen Szene bekannt.[117]

4.4 Angriffe auf das Demokratieprinzip

Der AfD-LV BB versteht sich, analog zur gesamten Partei, als einzige oppositionelle Kraft in Deutschland. Aus Sicht der AfD ist der Meinungskorridor durch Politik und Medien unzulässig eingeengt worden: Meinungen, die vom herrschenden Konsens abweichen, würden staatlich sanktioniert; legitime Kritik diffamiert und geächtet. Mit konfrontativen Begriffen wie „Altparteien", „System" oder „Parteienkartell" – die nicht per se verfassungsschutzrelevant sind und für sich genommen keine Anhaltspunkte für eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebung darstellen – unterstrich die AfD in den vergangenen Jahren ihre fundamentalkritische Haltung gegenüber dem politischen System. Vor dem Hintergrund der damaligen Corona-Schutzmaßnahmen hat der AfD-LV BB seit 2020/21 seine Kritik an bestehenden Herrschaftsverhältnissen jedoch qualitativ und quantitativ sukzessive verschärft.

Die Partei will Zweifel nähren, dass das im GG Artikel 20 niedergelegte Demokratieprinzip in Deutschland noch verwirklicht ist, und zieht dabei in ahistorischer Weise Parallelen zur DDR. René Springer kritisierte 2021: „De facto ist der Bundestag zu einer Versammlungsstätte für Befehlsempfänger geworden, die Staatsanwaltschaft ist weisungsgebunden und wird auf den politischen Gegner losgelassen, oberste Richter in diesem Land werden von Parteivertretern ausgeklüngelt […].[118] Liebe Freunde, unsere Grundrechte werden nicht nur willkürlich eingeschränkt, die Gewaltenteilung funktioniert nicht mehr, die Parteien haben sich unseren Staat auch zur Beute gemacht."[119] Spitzenkandidat Berndt sagte 2024 auf einer Pegida-Demo: „34 Jahre nach der Wende wird die BRD mehr und mehr zur Fortsetzung der DDR […] mit raffinierteren Mitteln aber mit primitiverem Personal."[120] Dass Deutschland keine „echte" Demokratie mehr sei, wahlweise die politische Linke oder ein „Altparteienkartell" sich den Staat zur „Beute" gemacht habe und folglich Staatsbedienstete und staatliche Institutionen Erfüllungsgehilfen der herrschenden Parteien seien, ist ein im AfD-LV BB längst verbreitetes und sowohl vom früheren wie auch vom aktuellen Landesvorstand in der Öffentlichkeit vertretenes Narrativ (siehe Belege unter 5.2).

[116] Beleg 479a, b. Siehe hierzu auch Belegsammlung in Abschnitt 5.3.
[117] Beleg 524.
[118] Beleg 171, Minute 51:48.
[119] Beleg 171, Minute 52:50.
[120] Beleg 437, Minute 20:17.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Kritik an der Regierung und Kritik an den herrschenden Verhältnissen – am sogenannten System oder Regime – zu üben, ist zulässig und aus Sicht des Verfassungsschutzes grundsätzlich nicht zu beanstanden; insbesondere dann nicht, wenn diese Kritik vermeintliche Demokratiedefizite zur Sprache bringt und auf eine Forderung nach Behebung dieser Defizite abzielt. Allerdings hat der AfD-LV BB Kritik in einer Weise zugespitzt, dass er staatliche Institutionen, Vertreter des Staates und politische Kontrahenten pauschal diffamiert und demokratische Grundprozesse- und Prinzipien selbst infrage gestellt hat. Eine solche pauschale und undifferenzierte Kritik ist darauf ausgerichtet, das Vertrauen der Bevölkerung in die Legitimität des Regierungshandels zu erschüttern.[121] Bestrebungen gegen das Demokratieprinzip in Form des Mehrparteiensystems liegen vor, wenn andere Parteien in ihrer Gesamtheit beschimpft und verächtlich gemacht werden, und sind nicht erst dann anzunehmen, wenn z.B. die Etablierung eines Einparteiensystems gefordert wird.[122] Gleichwohl haben Vertreter des AfD-LV BB mit ihren Äußerungen die Interpretation zugelassen, dass es nicht nur um Behebung problematischer Zustände bzw. um Reformen geht, sondern dass sie eigentlich auf eine Abschaffung bzw. einen Sturz des politischen Systems hinarbeiten. Hans-Christoph Berndt beschrieb am 07.08.2023 seine Hoffnung auf revolutionäre Zustände: „Eine Revolution muss nicht immer gewaltsam sein, muss nicht immer blutig sein und sie kann sich auch innerhalb der bestehenden Ordnung vollziehen – 1989 lässt grüßen. In diesem Sinne: Wir gehen auf eine revolutionäre Situation zu und wir gehen auf Veränderung zu […].“[123]

Lars Hünich hatte im Januar 2024 bei einer Rede in Falkensee nahe Berlin davon gesprochen, die AfD wolle „diesen Parteienstaat abschaffen“.[124] Erst nach der öffentlichen Aufregung um diese Äußerung stellte Hünich klar, dass er nicht das politische System der Bundesrepublik Deutschland als solches abschaffen wolle, sondern die AfD den Einfluss der Parteien in Staat und Gesellschaft zu beschneiden beabsichtige. In Folge der Diskussionen platzierten weitere Vertreter des AfD-LV BB allerdings ähnliche Formulierungen, die über Hünichs Aussage teils noch weit hinausgingen. Marlon Deter, Vorsitzender des Kreisverbandes Potsdam-Mittelmark, sagte auf dem Parteitag in Jüterbog im April 2024: „Wir werden das Imperium der Kartellparteien zum Einsturz bringen. Hier im Osten wird die Arroganz der Macht ins Rutschen kommen, hier in Brandenburg werden wir den roten Sumpf trockenlegen. All die Altparteien haben Verrat am deutschen Volk begangen.“[125] Der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-

[121] VG Köln, Beschluss vom 05.02.2024, 13 L 1124/23, BeckRS 2024, 5594, Rn. 204.
[122] VG Köln, Beschluss vom 05.02.2024, 13 L 1124/23, BeckRS 2024, 5594, Rn. 194 m.w.N.
[123] Beleg 158, Minute 45:00.
[124] Beleg 446, Minute 02:11.
[125] Beleg 424, Minute 02:09.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Fraktion im Landtag, Hohloch, steigerte die Aussage Hünichs mit dem ergänzenden Wort „grundsätzlich“: „Und diesen Parteienstaat lehne ich grundsätzlich ab.“[126]

Mit einer zunehmend aggressiv vorgetragenen Delegitimierung der Bundesrepublik Deutschland als „Diktatur“, „Parteienstaat“ oder „Parteiendiktatur“ geht im AfD-LV BB die Diffamierung des Gegners als „Verbrecher“ oder sogar „Volksverräter“ einher. Die Vokabeln „Volksverrat“ und „Volksverräter“ haben zwar eine längere Tradition, sind vor den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts von der Terminologie rechtsextremistischer Kräfte aber kaum zu trennen. Die Nationalsozialisten nutzten den Terminus am sogenannten Volksgerichtshof während des Zweiten Weltkrieges zur Aburteilung von vermeintlichen Hoch- und Landesverrätern (§§ 80–93 StGB). Die AfD setzt völkisch-nationalistische, militante und mit einer demokratischen Diskussionskultur unvereinbare Begrifflichkeiten mehr und mehr zur Markierung ihrer politischen Feinde ein. In der Folge kommt es – gerade an der Parteibasis – zu einer regelrechten Bürgerkriegsrhetorik mit indirekten oder unverhohlenen Drohungen gegen politisch Andersdenkende.

Hiergegen tritt der AfD-LV BB nicht mit Entschiedenheit auf. Stattdessen setzt er selbst antidemokratische Rhetorik ein. Auf den Einsatz eines sogenannten Impfbusses in Lauchhammer im April 2021 hatte der damalige AfD-Stadtverordnete [redacted] mit den Worten reagiert: „Der Tag wird kommen, wenn wir uns befreit haben und wir werden keinen aus dieser Diktatur vergessen.“[127] Mittlerweile äußern sich Führungsprotagonisten des AfD-LV BB in noch schärferer Weise, so der AfD-Fraktionsvorsitzende im Landtag (7./8. WP) und Spitzenkandidat für die Brandenburger Landtagswahl 2024, Hans-Christoph Berndt, der im August 2024 sagte, dass er es verstehen könne, wenn Einzelne forderten, verantwortliche Politiker in „Handschellen“ zu legen.[128] Daniel Freiherr von Lützow, Stellvertretender Landesvorsitzender, sagte im August 2024 über die Regierung: „Das sind Verbrecher, die gehören allesamt auf die Anklagebank. Leider kann man nicht alle in den Knast unterbringen, denn die sind voll.“[129] Dass diese Äußerungen keine Einzelfälle darstellen, sondern System haben, belegen zahlreiche Auftritte von AfD-Politikern im Januar und Februar 2025 während des Wahlkampfes zur vorgezogenen Bundestagswahl. Mehrfach wurde gefordert, Politiker „endlich auf die Anklagebank“ zu bringen. AfD-Redner stellten au-

[126] Beleg 420, Minute 05:00.
[127] Beleg 227.
[128] Beleg 474, Minute 17:55.
[129] Beleg 475, Minute 04:54.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

ßerdem in Aussicht, dass politische Gegner polizeilich festgenommen würden.[130] Der AfD-LV BB machte die Aburteilung von „Ampel"-Politikern sogar in einem KI-generierten Wahlkampfvideo zum Thema.[131]

Auch die Unabhängigkeit deutscher Gerichte wird in der AfD mittlerweile öffentlich bestritten und das Vertrauen in den Rechtsstaat untergraben. Im Zusammenhang mit dem Gerichtsverfahren gegen Björn Höcke um dessen Aussage „Alles für Deutschland!" – eine heute strafbare ehemalige Parole der SA – postete der Landesvorsitzende Springer am 14.5.2024 noch vor einer Verkündigung des Urteils: „Volle Solidarität mit meinem Kollegen @BjoernHoecke! Die Meinungsfreiheit steht von allen Seiten unter Beschuss."[132] Obwohl Springer spätestens mit den Diskussionen um das Verfahren wissen konnte, dass es sich hier womöglich um eine strafbare NS-Parole (SA) handelt, stellte er diese einer legitimen Meinungsäußerung gleich. Seine Aussage nahm Springer auch nach der Urteilsverkündung nicht zurück.

Die gesammelten Belege liefern hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass sich der AfD-LV BB gegen Prinzipien und Schutzgüter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung richtet. Die Partei attackiert das parlamentarische System und würdigt demokratisch legitimierte Entscheidungsträger pauschal herab, ohne hinreichend aufzuzeigen, auf welchem alternativen Weg sie dem Grundsatz der Volkssouveränität Rechnung tragen und die Offenheit des politischen Willensbildungsprozesses gewährleisten will. Die AfD BB treibt die Polarisierung der politischen Kultur mit militanter, konfrontativer und auch gewaltverherrlichender Sprache voran, benutzt zur Feindmarkierung aggressive, teils geschichtlich belastete Begriffe und ist in jüngerer Zeit sogar vor nationalsozialistischer Terminologie nicht zurückgeschreckt, um – mal mehr, mal weniger direkt – eine kommunikative Brücke zur rechtsextremistischen Klientel und Wählerschaft zu bauen (siehe angeführte Belege in Abschnitt 5.2).

4.5 Entgrenzung des Rechtsextremismus. Lokale und regionale Hotspots

In einigen Regionen Brandenburgs ist der AfD-LV BB mitsamt der JA und dem sogenannten Vorfeld der Partei bereits seinem Ziel nahegekommen, eine „kulturelle Hegemonie" zu erringen und rechtsextremistische Positionen in der Mitte der Gesellschaft zu verankern. Hier wirken bürgerlich geprägte Institutionen und Vereine, AfD-Kreisverbände, neurechte und rechtsextremistische Subkulturen zusammen und prägen dörfliche, kleinstädtische und städtische Diskursräume, während liberale zivilgesellschaftliche Akteure entweder auf dem Rückzug oder in die politische Defensive geraten sind. Dieser als „Entgrenzung des Rechtsextremismus" bezeichnete Prozess, in dem die AfD-Kreisverbände eine zentrale Steue-

[130] Siehe etwa Beleg 610, Minute 01:04:00 und Minute 00:43:50 sowie weitere unter 5.2 dokumentierte Äußerungen.
[131] Beleg 595.
[132] Beleg 429.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

rungs- und Mitwirkungsfunktion übernommen haben, hat sich im Prüfzeitraum nicht schlagartig, sondern vielmehr sukzessive vollzogen. Es handelt sich hierbei um jene lokalen Räume, in denen sich die Radikalisierung des AfD-LV BB auffällig manifestiert und verstärkt. Einige der maßgeblichen Akteure des AfD-LV BB, wie der Fraktionsvorsitzende Hans-Christoph Berndt oder aufstrebende Jungpolitiker wie Jean-Pascal Hohm, der bei der Landtagswahl 2024 ein Direktmandat erringen konnte, sind in Brandenburger Hochburgen des Rechtsextremismus politisch sozialisiert worden, sind dort persönlich vernetzt und nehmen persönlich und privat Anteil an einer rechtsextremen Subkultur, welche die Partei zunehmend in sich aufzunehmen bereit ist. Die lokalen und regionalen Hotspots stehen folglich mit den nachfolgend dokumentierten tatsächlichen Anhaltspunkten für das Vorhandensein verfassungsfeindlicher Bestrebungen (s. Abschnitt 5) in einem engen räumlichen, zeitlichen, personellen und kausalen Kontext.

Am 24.06.2024 veröffentlichte die rechtsextremistische Partei „Die Heimat“ eine Pressemitteilung. Darin behauptete sie, dass sich sowohl im Kreistag Oberspreewald-Lausitz als auch in der Stadtverordnetenversammlung Lauchhammer eine gemeinsame Fraktion von AfD und „Heimat“ gegründet hätten. Fraktionsvorsitzender in der SVV Lauchhammer solle der AfD-Abgeordnete [redacted] sein.[133] Der AfD-Landesvorsitzende in Brandenburg, René Springer, verkündete einen Tag später, dass gegen die betreffenden AfD-Mitglieder ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet würde, da die „Heimat“ (vormals NPD) auf der Unvereinbarkeitsliste der Partei stehe. Die schnelle Reaktion der Parteiführung auf die Presseberichte erklärt sich aus der Tatsache, dass ein Zusammengehen mit der rechtsextremistischen „Heimat“ mit Blick auf die Landtagswahlen taktisch mehr Nach- als Vorteile versprach. Die zur Schau gestellte Überraschung Springers ist allerdings wenig glaubwürdig: Dem AfD-LV BB dürfte im Vorfeld der politische Hintergrund des in diesem Fall entscheidenden AfD-Politikers [redacted] bekannt gewesen sein. Er hatte schon in der Vergangenheit mit NPD/“Heimat“ zusammengearbeitet. Auch andere Mitglieder und Funktionsträger des AfD-LV BB pflegen Kontakte zur NPD bzw. „Heimat“ oder stießen, wie Andreas Kalbitz, aus neonationalsozialistischen Strukturen in die Partei (s. Belege unter Abschnitt 5.3). [redacted] JA BB-Mitglied und stellvertretender AfD-Fraktionsvorsitzender in der Ortsversammlung Eberswalde, marschierte am 22.02.2025 in vorderster Reihe bei der von [redacted] organisierten Demonstration „Für Recht und Ordnung“ in Berlin mit, an welcher z.T. vermummte Protagonisten des klassischen Rechtsextremismus – aus dem Umfeld der JN/“Heimat“ – teilnahmen. Zudem

[133] Beleg 535.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

wirkt er an der Organisation der gleichnamigen Demonstration am 22.03.2025 federführend mit.[134] Der AfD-LV BB zeigt kein oder ein nicht ausreichendes Interesse, derartiges Verhalten zu unterbinden.

Ein weiterer Hotspot, in dem die Brandenburger AfD mit rechtsextremistischen Akteuren kooperiert, ist Jüterbog im LK Teltow-Fläming. Die AfD BB hat ihre drei Parteitage Anfang 2024 nicht zufällig hier abgehalten. Der zu diesem Zeitpunkt noch parteilose, später der AfD beigetretene Bürgermeister Arne Raue, der den Parteitag mit einem Grußwort eröffnete, hat seine Sympathien für die AfD öffentlich erklärt. In Absprache mit der AfD kandidierte Raue bei der Landtagswahl 2024 für den Landtag, die Partei hingegen verzichtete auf einen eigenen Kandidaten.[135] Mit dem „Bürgerstammtisch Jüterbog" (JBS) und seinen Veranstaltungen u.a. in Kloster Zinna existiert ähnlich zur Cottbusser „Mühle" eine aktive Vorfeld-Organisation, die in Zusammenarbeit mit der Partei den außerparlamentarischen Raum diskursiv zu besetzen versucht und programmatische Positionen des AfD-LV BB in der städtischen Gesellschaft verankern hilft. Die auf den Social Media-Seiten publizierten Inhalte des JBS weisen Bezüge zum klassischen Rechtsextremismus auf – ein Foto über einen „Ausflug in den heimischen Wald" zeigt beispielsweise einen Camping-Platz mit Militaria, u.a. Messer und Militärausrüstung; eine beworbene Bilderreihe mit Tattoos zeigt u.a. ein Brust-Tattoo mit „Ostdeutschland. Heimatliebe" in Frakturschrift, garniert mit Runen; auf einem Foto, das zwei anonymisierte Personen beim Pilze sammeln zeigt, trägt eine männliche Person ein T-Shirt mit Aufdruck „heimatverliebt" (Bezug zum rechtsextremistischen Verein „Zukunft Heimat e.V."). Am 23.12.2024 postete der JBS auf Facebook einen von „H.S."[136] gezeichneten Beitrag, in dem Migranten mit „Fremdkörpern" verglichen wurden. Sich gegen den Zustrom einer hohen Zahl von Migranten zur Wehr zu setzen, verglich der Autor mit einem gesunden „Immunsystem". Deutschland leide an einer „Autoimmunerkrankung", kämpfe statt gegen eindringende „Fremdkörper" mit sich selbst. Der Autor schloss den Beitrag mit einem Hinweis auf den geplanten Termin der Bundestagswahl: „Wie man hört, soll am 23. September 2025 ein landesweiter Test des Immunsystems stattfinden. Schauen wir mal, wie er ausgeht."[137] Der JBS wirbt offensiv für die Wahl der AfD, so etwa am 02.06.2024 nach einem islamistisch motivierten Attentat in Mannheim: „Jeder von uns hat es in den vergangenen Tagen mitbekommen. In Mannheim stach ein Produkt bunter Willkommenskultur auf einen Mann ein, der genau vor deren Folgen seit Jahren warnt und aufklärt. Ein Polizist der in diese abscheuliche Tat eingriff, wurde ebenfalls mehrere Male verletzt. Nun wurde leider bekannt, dass dieser Polizist seinen schweren Verletzungen erlag. […] Darum geht am kommenden Sonntag in die Wahlbüros und

[134] Beleg 617, Beleg 617b, Beleg 617c, Beleg 617d, Beleg 617e.
[135] Raue trat zur vorgezogenen Bundestagswahl im Februar 2025 als Direktkandidat an und zog in den Bundestag ein.
[136] [redacted] in Jüterbog.
[137] Beleg 618b.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

setzt diesem unverantwortlichen Treiben, mit dem Kreuz an der richtigen Stelle, ein zügiges Ende."[138] Als Vertreter der AfD traten beim JBS unter anderem auf: Dennis Hohloch, Daniel Freiherr von Lützow, Benjamin Filter[139], Hannes Gnauck, Anna Leisten und Matthias Helferich. Der JBS wirbt dezidiert für AfD-Bürgerdialoge oder Demonstrationen der Partei. Hans-Christoph Berndt trat beim JBS zuletzt am 13.02.2025 auf, um die aktuelle Lage aus Sicht der AfD nach dem Bruch der Regierungskoalition und vor der vorgezogenen und unmittelbar anstehenden Bundestagswahl zu erläutern.[140]

[redacted]

Einige dem lokalen und regionalen rechtsextremistischen Spektrum angehörige Personen wurden im Rahmen der drei AfD-Parteitage vor der Halle und gemeinsam mit AfD-Protagonisten gesichtet, manche verfügten auch über Saalzugang. Ferner wurden in unmittelbarer Nähe des Parteitagsgeländes diverse Aufkleber und Sticker verbreitet, die der rechtsextremistischen Subkultur zuzuordnen sind.[143] Der AfD-LV BB hat weder vor, während, noch nach dem Parteitag Versuche zur Distanzierung unternommen.

[138] Zum JBS siehe Beleg 544a, Beleg 544b, Beleg 544c, Beleg 544d, Beleg 544e, Beleg 544f, Beleg 544g, Beleg 544h, Beleg 544i, Beleg 544j, Beleg 544k, Beleg 544l, Beleg 544m.
[139] Filter konnte bei der Landtagswahl 2024 über Listenplatz 8 in den Brandenburger Landtag einziehen.
[140] Beleg 618.
[141] [redacted]
[142] [redacted]
[143] Beleg 519a, Beleg 519b, Beleg 519c, Beleg 519d, Beleg 519e, Beleg 519f, Beleg 519g, Beleg 519h.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Eine Entgrenzung des Rechtsextremismus war im Prüfzeitraum insbesondere in Südbrandenburg zu beobachten, und hier in besonderer Weise im Raum Cottbus. Dort arbeitet die AfD BB intensiv mit Vorfeldorganisationen – u.a. „Zukunft Heimat e.V." und „Mühle Cottbus" – zusammen (s. Abschnitt 5.3). Zu den Vernetzungsakteuren aus den Reihen der AfD zählen in erster Linie Hans-Christoph Berndt, Jean-Pascal Hohm und Lars Schieske[144]. Während der Corona-Pandemie wurde die enge Zusammenarbeit zwischen AfD, organisatorischem Vorfeld und den sogenannten Bürgerbewegungen sichtbar. Schieske trieb zu Beginn der Pandemie das Demonstrationsgeschehen gegen die Maßnahmen an.[145] Am 27.11.2021 arbeitete die AfD in diesem Zusammenhang mit der rechtsextremistischen Gruppierung „Bürger für Bürgerrechte" zusammen.[146] Jean-Pascal Hohm nutzte „Zukunft Heimat" als organisatorische Plattform für die AfD.[147] Bilanzierend berichtete er über die Proteste am 09.01.2023 unter dem Titel „Warum wir auf die Straße gehen" in der neurechten Szene-Lokalität „Mühle Cottbus".[148] Organisationen wie „Zukunft Heimat" und „Mühle" unterstützen via Social-Media oder im Rahmen von Veranstaltungen in auffälliger Weise Akteure der AfD, und dabei bevorzugt jene, die dem solidarisch-patriotischen Lager um Berndt und Springer zugeordnet werden können. Ferner warben organisatorische Köpfe der „Mühle" im Jahr 2024 mit sogenannten „Jugendabenden" verstärkt um ein junges Publikum. Gerade Hohm – der in der Cottbusser Fußball-Szene engagiert ist – führt der AfD auf diese Weise jungen Nachwuchs zu.[149]

Die „Mühle" insgesamt hat sich mittlerweile zu einem der deutschlandweit prominentesten Objekte der Szene entwickelt und wird regelmäßig von namhaften Vorfeld-Protagonisten wie etwa Benedikt Kaiser besucht und beworben. Mit dieser bewusst vorangetriebenen Entgrenzung des Rechtsextremismus unter Zuhilfenahme sogenannter Vorfeldorganisationen ist es Akteuren gelungen, Partei, Jugendorganisation, „Neue Rechte" und Protagonisten des klassischen Rechtsextremismus zusammenzubringen und eine Diskursverschiebung im Raum Cottbus voranzutreiben, die sich vermehrt in Wahlerfolgen für die AfD niederschlägt. Ein Resultat dieser Verschiebung ist gleichzeitig eine merkliche Verrohung der politischen Kultur vor allem durch Etablierung eines dichotomen Freund-Feind-Denkens. Dies zeigte sich besonders eindrücklich im Falle der öffentlichen Diffamierung zweier Lehrkräfte aus der Grund- und Oberschule in Burg. Die beiden Lehrer, die auf die Verbreitung und Attraktivität einer rechtsextremistischen und offen neo-nationalsozialistischen Ideologie unter Brandenburger Schülerinnen und Schülern

[144] Schieske, bislang MdL, konnte bei der Landtagswahl 2024 kein Direktmandat erringen und auch über den Listenplatz 15 nicht wieder in den Landtag einziehen.
[145] Beleg 480, 480a.
[146] Beleg 481.
[147] Beleg 482, 482a.
[148] Beleg 484.
[149] Beleg 485, Beleg 485a.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

hinweisen, sahen sich mit Einschüchterungsaktionen und Schmähkampagnen konfrontiert, die zumindest seitens der AfD besonders Hohm[150], aber auch Hohloch, Lena Kotré und Berndt unterstützten.[151]

5. Tatsächliche Anhaltspunkte für eine Bestrebung i.S.v § 3 Abs. 1 Nr. 1 BbgVerfSchG

Zurechenbare tatsächliche Anhaltspunkte für eine Partei bzw. einen Landesverband können sich insbesondere aus der jeweiligen Satzung oder anderen, in einem formellen Verfahren beschlossenen Dokumenten wie Programmen und Parteitagsbeschlüssen sowie sonstigen offiziellen Veröffentlichungen ergeben.[152] Verlautbarungen, Erklärungen und sonstige Verhaltensweisen von maßgeblichen Akteuren der Bestrebung – hier des AfD-LV BB – können dieser zugerechnet werden. Hierzu gehören insbesondere Funktions- und Mandatsträger einer Partei. Eine Ausnahme gilt für Entgleisungen. D.h. die getätigten Meinungsäußerungen müssen eine gewisse Grundhaltung der Partei widerspiegeln.[153]

Bei Äußerungen oder Handlungen einfacher Mitglieder ist eine Zurechnung möglich, wenn diese in einem politischen Kontext stehen und die Partei sie gebilligt oder geduldet hat. Steht die Äußerung oder Handlung in unmittelbarem Zusammenhang mit einer Parteiveranstaltung oder sonstigen Parteiaktivitäten, liegt eine Zurechnung nahe, insbesondere, wenn eine Distanzierung durch die Partei unterbleibt. Fehlt ein organisatorischer Zusammenhang mit einer Parteiaktivität, muss es sich um eine politische Äußerung oder Handlung des Mitglieds handeln, welche von der Partei trotz Kenntnisnahme geduldet oder gar unterstützt wird, obwohl Gegenmaßnahmen möglich und zumutbar wären.[154]

Äußerungen von Funktionären anderer AfD-Landesverbände sind ebenfalls zurechenbar, insbesondere, wenn sie auf offiziellen Veranstaltungen des AfD-LV BB oder einer seiner Kreisverbände getätigt werden oder von Brandenburger Akteuren billigend weiterverbreitet wurden.[155] Die Zusammenstellung legt den Schwerpunkt auf Aussagen von Funktions- und Mandatsträgern. In besonders relevanten Einzelfällen (z.B. Reden auf Parteiveranstaltungen) werden ebenfalls Mitgliederäußerungen unterhalb der Funktionärsebene einbezogen, insbesondere dann, wenn sie eine nicht zu vernachlässigende

[150] Beleg 486.
[151] [redacted]
[152] VG Köln, Urteil vom 08.03.2022, 13 K 326/21, BeckRS 2022, 3817, Rn. 130 (m.w.N.); BVerfG, Urteil vom 23.10.1952, BvB 1/51, juris, Rn. 52; OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 23.11.2011, 1 B 111.10, juris, Rn. 48; BayVGH, Beschl. v. 07.10.1993, 5 CE 93.2327, juris, Rn. 23.
[153] Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, BVerfSchG § 4 Rn. 102.
[154] BVerfG Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13 Rn. 563.
[155] Vgl. zur Zurechenbarkeit von Aussagen anderer Landesverbände auch BayVGH, Beschl. v. 14.09.2023, 10 CE 23.796, Rn. 92.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Reichweite erzeugen konnten und von der AfD direkt oder – durch fehlende Distanzierung – indirekt gebilligt wurden. Für die Bewertung wurden überwiegend Äußerungen von Funktionären sowie Verlautbarungen auf Social Media-Kanälen des AfD-LV BB und seiner Unterorganisationen herangezogen.

5.1 Verstöße gegen die Menschenwürde

Die Garantie der Würde eines jeden Menschen (Art. 1 Abs. 1 GG) ist das tragende Konstitutionsprinzip der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie schützt den Einzelnen im Kern seiner personalen Individualität, Identität und Integrität und in seiner elementaren Rechtsgleichheit.[156] Mit dem Begriff der Menschenwürde ist der soziale Wert- und Achtungsanspruch des Menschen verbunden, der es verbietet, Personen oder Personengruppen das Lebensrecht als gleichwertige Persönlichkeit in der staatlichen Gemeinschaft abzusprechen und sie als minderwertige Wesen zu behandeln.[157] Mit der Menschenwürde sind ein rechtlich abgewerteter Status oder demütigende Ungleichbehandlungen nicht vereinbar. Dies gilt insbesondere, wenn Ungleichbehandlungen gegen die Diskriminierungsverbote des Art. 3 Abs. 3 GG verstoßen, die sich als Konkretisierung der Menschenwürde darstellen. Auf rassistische Diskriminierung zielende Konzepte sind mit der Menschenwürde und damit auch mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ebenso unvereinbar wie die Propagierung eines politisch manifesten Vorrangs einer ethnisch oder kulturell definierten „Volksgemeinschaft".[158]

Als agitatorischer Hebel dienen der AfD BB vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren stark zugenommenen Zuwanderung reale Probleme wie Terroranschläge, Kriminalität und Gewaltereignisse oder wachsende sozioökonomische Verteilungskämpfe und -debatten. Die Thematisierung dieser und anderer Probleme ist aus Sicht des Verfassungsschutzes als unproblematisch anzusehen. Sie gehört zur Auseinandersetzung in einer freiheitlich verfassten Gesellschaft. Der AfD-LV BB geht jedoch über reine Ursachenbeschreibung und politische Problemlösungsvorschläge weit hinaus. Migration bzw. Zuwanderung werden als Ursache für sämtliche Probleme (und den konstatierten allgemeinen Niedergang) des Landes sowie als Bedrohung für die Identität und Kultur der autochthonen Deutschen beschrieben. Der Politik des AfD-LV BB liegt die zentrale politische Zielvorstellung zugrunde, das deutsche Volk in seinem ethnisch-kulturellen Bestand erhalten zu wollen. Mitunter greift die Partei auf besonders im Lager der sogenannten Neuen Rechten verbreitete Vorstellungen des Ethnopluralismus zurück. Der Ethnopluralismus – in Frankreich vom Philosophen Alain de Benoist und in Deutschland von Henning Eichberg in den 1970er und 1980er Jahren entwickelt – geht von prinzipiell einander gleichwertigen, aber in sich

[156] BVerfG Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris Rn. 539.
[157] BVerfG Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris Rn. 542.
[158] BVerfG Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris Rn. 635.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

weitgehend geschlossenen und auf einem jeweiligen Territorium heimischen Volkskörpern aus. Folgt man dieser Ideenwelt, sind Völker sowohl ethnisch als auch kulturell zu verstehende und zu beschreibende menschliche Kollektive, die nur so lange in der ihnen spezifischen Eigenart und kulturellen Besonderheit existieren können, wie sie ihre Homogenität bewahren. Anhaltende Vermischung oder „Überfremdung" führt unweigerlich zur Auflösung, dem Niedergang oder gar Tod eines Kollektivs. Die „Überfremdung" muss aus dieser Sicht folgerichtig aufgehalten und rückgängig gemacht werden. Dem Ethnopluralismus ist die Unterscheidung zwischen dem „Fremden" und dem „Eigenen" immanent; ein Individuum ist vornehmlich Träger kollektiver (kultureller, ethnischer, religiöser oder rassischer) Eigenschaften. Im AfD-LV BB greift vor allem Hans-Christoph Berndt auf diese Vorstellungen zurück. Im Wahlkampf 2024 erklärte er die Unterscheidung zwischen „Fremd" und „Eigen" zu einer zentralen Schicksalsfrage der Gegenwart und er warf den herrschenden Eliten vor, das „Eigene" zu verachten: „Und das geht ja wirklich ganz tief, das geht ja bis dahin, […] dass wir eben das Eigene nicht mehr achten, dass wir das Eigene verachten, dass wir Regierungen haben, dass wir Politiker, dass wir Medien haben, dass wir sogenannte Eliten haben, die uns verachten, für die wir das Letzte sind."[159] Hier bedient sich Berndt bei einschlägigen Publizisten des Antaios-Verlags, zum Beispiel beim neurechten Autor Martin Lichtmesz, der sich in mehreren Büchern und Aufsätzen diesem Themenkreis gewidmet hat.[160]

In diesem Zusammenhang werden vom AfD-LV BB weitere, für das rechtsextremistische Milieu einschlägige Erzählungen wie jene vom „Großen Austausch" oder Termini wie „Umvolkung" verbreitet. Diese und ähnliche Begriffe, Chiffren und Erzählungen beschreiben einen Prozess, in welchem die ethnische Bevölkerung durch (insbesondere außereuropäische) Einwanderer verdrängt und ausgetauscht wird. Verschwörungsmythen gehen davon aus, dass dieser Prozess – durch globalisierungsfreundliche Eliten („Globalisten"), Weltwirtschaftsforum, mitunter auch das „Weltjudentum" – bewusst vorangetrieben („Great Reset", „New World Order") und für eigene Zwecke gezielt eingesetzt wird. Deutsche oder europäische Politiker und Institutionen erscheinen in diesen Verschwörungserzählungen meist entweder als Mitwisser oder als vom Ausland fremdgesteuert. Begleitet werden diese Erzählungen von massiver ausländer- bzw. migrantenfeindlicher Agitation, die über zulässige Kritik – an „Parallelgesellschaften" oder der Migrationspolitik – hinausreicht und vor allem auf Schüren fremdenfeindlicher Ängste abzielt.

[159] Beleg 478, Minute 38:09.
[160] Martin Lichtmesz, Die Verteidigung des Eigenen. Fünf Traktate, Schnellroda 2017; Martin Lichtmesz, Ethnopluralismus: Kritik und Verteidigung, Schnellroda 2020.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Der AfD-LV BB dockt an solche Verschwörungsmythen mindestens an und beschreibt Asylsuchende und Migranten ausschließlich als Kriminelle oder Einwanderer in die Sozialsysteme. Die Möglichkeit einer gelingenden Integration erwägen oder thematisieren Akteure, anders als 2019/20, mittlerweile fast gar nicht mehr. Die Akteure richten sich – entgegen dem nach außen gemäßigter erscheinenden Wahlprogramm – dezidiert nicht allein gegen illegal eingereiste Migranten und Asylbewerber, sondern ebenso gegen deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund, letztlich gegen alle als „fremd" markierten Personengruppen. Mit der Forderung nach „Remigration" überführt der AfD-LV BB ethnopluralistische Grundannahmen und Forderungen nach einem ethnisch homogenen Volk in politische Konsequenzen.

Deutsche mit Migrationshintergrund und Menschen islamischen Glaubens sind aus Sicht maßgeblicher Vertreter des AfD-LV BB keine vollwertigen Mitglieder der Gesellschaft. Dass sie idealerweise in ihre „Heimat" zurückkehren sollen – durch Assimilationsdruck und sogenannte „Remigrationsanreize" – kommuniziert der AfD-LV BB in aller Offenheit. Dabei missachtet der AfD-LV BB die im Januar 2021 vom AfD-Bundesvorstand veröffentlichte Erklärung, in der es hieß, dass unabhängig davon „welchen ethnisch-kulturellen Hintergrund jemand hat, wie kurz oder lange seine Einbürgerung oder die seiner Vorfahren zurückliegt, er ist vor dem Gesetz genauso deutsch wie der Abkömmling einer seit Jahrhunderten in Deutschland lebenden Familie".[161] Seit Anfang 2023 haben Äußerungen, in denen zwischen ethnischen Deutschen und Staatsbürgern mit Migrationshintergrund wertend unterschieden wird, an Häufigkeit zugenommen. AfD-Politiker traten darüber hinaus mit Forderungen an die Öffentlichkeit, aus denen sich ergibt, dass der AfD-LV BB aus einem ethnisch-abstammungsmäßigen Volksverständnis politische Handlungen ableiten will, die die Diskriminierung und Ungleichbehandlung deutscher Staatsbürger zur Folge hätten. Diese Positionen stoßen an der Parteibasis und in abgeschirmten Räumen seit Längerem auf breite Akzeptanz. Relevante Akteure des AfD-LV BB machen Zu- und Nichtzugehörigkeit zur Gesellschaft sogar von rein äußerlichen, erblichen Merkmalen abhängig. Lars Schieske sagte bei einer Kundgebung in Cottbus 2020: „Unser ganzes Stadtbild, unser ganzes Bild von Brandenburg, unser ganzes Deutschland hat sich ja massiv geändert. So, wer mit offenen Augen durch die Straßen geht, der wird sehen, dass also hier Menschen hergekommen sind, die rein optisch schon nicht hierher passen".[162]

Die im Folgenden dokumentierten Äußerungen stammen zum einen aus öffentlichen, z.T. von den jeweiligen Akteuren über ihre eigenen Kanäle selbst verbreiteten Reden, zum anderen aus Beiträgen in

[161] Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität, Berlin 18.01.2021, S. 2.
[162] Beleg 145, Minute 19:26.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

den Sozialen Medien. Gelegentlich sind diese Äußerungen von Bildern und Grafiken gerahmt, die auf rassistische oder ethnisch-abstammungsmäßige Vorstellungen der jeweiligen Akteure verweisen oder diese verstärken. Die Häufigkeit und Vehemenz fremdenfeindlicher, rassistischer und/oder auf ethnisch-kulturelle Homogenitätsideale verweisende Äußerungen, die auch vom Führungspersonal getätigt wurden, lassen keine andere Interpretation zu, als dass der AfD-LV BB in seiner Gesamtheit die ethnisch-kulturelle „Reinhaltung" des „Volkskörpers" anstrebt und eine gegen die Schutzgüter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtete Politik zu verwirklichen bestrebt ist. Ethnisch nichtdeutsche und nicht-weiße Menschen gehören aus Sicht des AfD-LV BB nicht nach und zu Deutschland. Abwertend sprach Lena Kotré auf einer Pressekonferenz der AfD-Landtagsfraktion im Februar 2025 von Deutschen mit Migrationshintergrund als „Passdeutschen".[163] Eine AfD-Politikerin, die auf TikTok mit hoher Reichweite junge Menschen adressiert, nutzt gar völkisch-biologistische Vokabeln wie „Blutlinie".[164]

Der AfD-LV BB hat seit der Einstufung als Verdachtsfall gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte dafür geliefert, dass er sich für eine auf ethnisch-abstammungsmäßigen Kriterien basierende Politik einsetzt und aus seiner Zielvorstellung politische Schlussfolgerungen ableitet, die gegen die in Art 1 Abs. 1 GG niedergelegte Menschenwürde gerichtet sind, und dies in einem Maße, dass sich die tatsächlichen Anhaltspunkte inzwischen zur Gewissheit verdichten. Im Wahlkampf 2024 haben führende AfD-Politiker des AfD-LV BB eine Reihe von konkreten Maßnahmen benannt, u.a. ein Verbot von Kopftüchern, ein Betretungsverbot für Migranten bzw. Flüchtlinge in Bezug auf öffentliche Plätze und Volksfeste, DNA-Tests an der Grenze, allgemeine Einschränkungen der Bewegungsfreiheit für ausreisepflichtige Migranten samt Bau einer Abschiebehaftanstalt, bestehend aus Containern und Stacheldrahtzäunen, sowie einen Entzug des Rechtes auf Schulbildung. In diesem Zusammenhang hat der AfD-LV BB in diversen Verlautbarungen nahegelegt, dass er religiöse Rechte auch von deutschen Staatsbürgern islamischen Glaubens zu beschneiden beabsichtigt. Die praktische Umsetzung des politischen Hauptzieles der Bestrebung – die Wiederherstellung eines ethnisch-abstammungsmäßig homogenen Volkes christlich-abendländischer Kulturprägung – würden gegen die in Art. 3 GG niederlegten Gleichheitsgrundsätze verstoßen. Die folgenden Verlautbarungen und Äußerungen, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben können und sollen, stammen weit überwiegend von Parteivertretern mit einem hohem Repräsentationsgrad und sind keine singulären Positionen einfacher Mitglieder an der Parteibasis.

[163] Beleg 615, Minute 00:26.
[164] Siehe Beleg 580 sowie weitere Belege unter 5.1.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

- Hans-Christoph Berndt (MdL), Vorsitzender der Landtagsfraktion, sagte bei einer Kundgebung der „Bürger für Bürgerrechte“ **in Cottbus am 15.09.2020**: „Ich glaube im Zutiefsten, dass sie diese unverantwortliche Politik betreiben, zu der, das will ich noch davor hinzufügen, im Wesentlichen gehört zwischen eigen und fremd nicht mehr zu unterscheiden, sie unterscheiden nicht zwischen eigen und fremd und eigen und fremd ist die Grundunterscheidung allen Lebens. Warum unterscheiden sie nicht, weil sie sich losgelöst haben vom Gedanken der Gemeinschaft.“[165]
- [redacted] AfD-Mitglied aus dem Havelland, sagte bei einer Kundgebung der „Bürger für Bürgerrechte“ **in Cottbus am 15.09.2020** über Zuwanderung: „Erst sind unsre Frauen dran und dann werden auch die Männer zu Opfern, zu wahllosen Opfern. […] Keiner der hier schon länger lebt, ist mehr sicher.“ Weiter sprach sie von „illegalen kulturfremden Einwanderer[n]“.[166]
- Lars Schieske (zum damaligen Zeitpunkt MdL) sagte bei einer Kundgebung der „Bürger für Bürgerrechte“ **in Cottbus am 15.09.2020**: „Unser ganzes Stadtbild, unser ganzes Bild von Brandenburg, unser ganzes Deutschland hat sich ja massiv geändert. So, wer mit offenen Augen durch die Straßen geht, der wird sehen, dass Menschen hierhergekommen sind, die rein optisch schon nicht hierher passen.“[167] Mit dieser Aussage ist die Grenze zwischen legitimer Zuwanderungskritik und offenen, auf rein äußerliche Merkmale abhebender Fremdenfeindlichkeit überschritten.
- Im „**Schwarzbuch“ zur Kriminalität in Brandenburg 2021**, herausgegeben von der AfD-Landtagsfraktion BB, wurde die innere Sicherheit mit der Existenz einer ethnisch-homogenen Gesellschaft verknüpft: „Der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung wuchs in den letzten drei Jahren um 12,2 Prozent. […] Mittlerweile weisen zudem fast zehn Prozent der Brandenburger mit deutscher Staatsbürgerschaft einen Migrationshintergrund auf. […] In allen Kreisen Brandenburgs ist ein kontinuierliches Wachstum der ausländischen Bevölkerung festzustellen, während die Zahl der Einheimischen schrumpft. Nicht nur vor dem Hintergrund der nachgewiesenen Beeinträchtigung der Sicherheitslage beobachten wir diese Entwicklung mit Sorge.“[168] Weiter heißt es: „Ausländer, allen voran illegal im Land befindliche, werden nicht nur nicht außer Landes geschafft, es werden sogar täglich mehr Ausländer ins Land gelassen. Damit importieren wir uns Gewalt und Kriminalität, die innere Sicherheit verkommt zur Illusion.“[169] Im Anhang werden die Verfasser deutlich. Am Ende der Erläuterung des Begriffes „Staatsangehörigkeit“, und der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechtes im Jahr 2000, wird bilanziert: „Im Zusammenhang damit

[165] Beleg 145, Minute 1:00:23.
[166] Beleg 145, Minute 36:48.
[167] Beleg 145, Minute 19:26.
[168] Beleg 156.
[169] Beleg 156, S. 23.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

wurde der Anspruch auf Einbürgerung erleichtert, sodass die erforderliche Dauer eines Aufenthaltes in Deutschland nicht mehr 15, sondern lediglich acht Jahre beträgt. Damit wurde der Umvolkung eine weitere juristische Legitimation gegeben."[170]

- Anna Leisten, JA-Vorstands- und AfD-Mitglied, kommentierte den medial thematisierten „Tag der Seenotrettung" **am 25.07.2021 auf Facebook** mit den Worten: „Heute soll Tag der ‚Seenotretter' sein. Wie wäre es mal mit einem Gedenktag für alle Frauen und Mädchen, die von sogenannten ‚Asylbewerbern' umgebracht oder vergewaltigt wurden?"[171]
- Der AfD-Ehrenvorsitzende Alexander Gauland erklärte auf einer Veranstaltung **in Wriezen am 14.08.2021**: „Durch diesen Afghanistan-Krieg und die Flüchtlingswelle, die nun schon auf die Nachbarländer zurollt, werden wir wieder mehr Menschen aus Afghanistan hier in Deutschland sehen, die keinerlei kulturellen Hintergrund für ein Leben mit uns und bei uns haben."[172]
- René Springer (MdB) sagte **am 22.08.2021** auf dem AfD-Sommerfest **in Eberswalde**: „Man redet von der vierten Welle (Anm.: Gemeint ist hier eine neue Corona-Welle), aber wisst ihr, was mir viel mehr Sorge bereitet? Das ist eine zweite Welle aus Afghanistan, eine Welle von neuen Migranten, die hier unser Land entstellen, die Unsicherheit in unser Land bringen und die hier direkt in unsere Sozialsysteme einmarschieren! Das werden wir niemals zulassen als Alternative für Deutschland! [Zwischenruf aus dem Publikum: ‚Raus das Pack!', keine Widerrede Springers] Im Gegensatz zu den Altparteien sind wir selbstbewusste Parlamentarier. Das letzte, was wir tun, ist das abzunicken, was von der Regierungsbank kommt."[173]
- Roman Kuffert sagte auf dem AfD-Sommerfest **am 22.08.2021 in Eberswalde**: „Das sind Glücksritter und keine Schutzsuchenden! Denn Schutz sucht man im nächst sicheren Land. Migranten, die unsere Art zu leben und Frauenrechte ablehnen, uns ‚Ungläubige' größtenteils verachten, es geht ums Geld und nicht um Schutz. Punkt! […] Der Alptraum kommt auf unsere Straßen durch Gefängnisöffnungen in Afghanistan. Mörder, Terroristen und Vergewaltiger werden bald schon die deutschen Innenstädte bereichern und Deutschlands Politikelite rollt weiter den Teppich aus und schafft, um den Islam zu gefallen, Traditionelles ab. Bundesweit unterwerfen sich zum Beispiel Kantinen, Kindergärten, Schulen, Unis dem Islam indem sie Halal einführen."[174]

[170] Beleg 156.
[171] Beleg 153.
[172] Beleg 173, Minute 19:35.
[173] Beleg 171, Minute 50:49.
[174] Beleg 171, Minute 18:40.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

- Volker Nothing, Vorsitzender des Kreisverbandes Elbe-Elster und Landtagsabgeordneter, äußerte sich **am 23.08.2021 auf Telegram** zu einer Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage: „Mit ihrer Antwort auf unsere Kleine Anfrage bestätigt die Landesregierung endgültig schwarz auf weiß: Sie wird nicht einmal versuchen unsere Kultur zu verteidigen, es ist für sie nicht einmal ein erstrebenswertes Ziel. Stattdessen will sie durch die Fusion mit der Kultur der Migranten etwas vollkommen ‚Neues' schaffen. Dass unsere Gesellschaftsordnung dann noch genauso freiheitlich wäre wie heute, ist stark zu bezweifeln. Ein derartiges Integrationsverständnis zeigt anschaulich, dass von den etablierten politischen Kräften keinerlei Widerstand gegen das immer weitere Raumgreifen islamistischer Wertevorstellungen zu erwarten ist. Stattdessen werden sie so lange ‚Kompromisse' schließen, bis von unserer Kultur nichts mehr übrig bleibt, was heute noch prägend für unser Land ist."[175]
- Hans-Christoph Berndt (MdL) trug **am 04.09.2021 in Cottbus** seine ethnopluralistischen Thesen vor und sagte u.a.: „Und es kann sogar und es kann eigentlich nur noch schlimmer werden, so lange uns Einheimischen verboten wird, zwischen fremd und eigen zu unterscheiden, den Migranten aber nicht. […] Und ich frage uns und ich frage mich, warum lassen wir uns diese selbstverständliche Grundlage allen Lebens, nämlich die Unterscheidung von fremd und eigen und dementsprechend die Wahrung von Grenzen, warum lassen wir uns das ausreden? […] Und Deutschland vom Staat der Deutschen zum internationalen Siedlungsgebiet zu machen, das bedeutet eben, kaputt zu machen, was Generationen vor uns in harter und liebevoller Arbeit aufgebaut haben."[176] Dort sagte er auch: „Und auch heute wieder ruft uns die Gewalt angeblich Schutzsuchender auf die Straße. Keine Stadt in Brandenburg hat mehr Asylanten aufgenommen als Cottbus und deswegen ist das, was wir jederzeit sehen und beobachten auch absolut kein Zufall. Der öffentliche Raum ist unsicher geworden und immer wieder gibt es Angriffe vorgeblich Schutzsuchender, öfter mal untereinander, aber auch immer wieder auf Einheimische und immer wieder bewaffnet".[177] Und ferner sagte er: „es leiden Mädchen, die Opfer von Massenvergewaltigungen werden, und mittlerweile werden in Deutschland pro Tag zwei Massenvergewaltigungen registriert und wir alle haben das Bild dieser Gruppen vor Augen. Das Bild dieser Angehörigen der Gruppen, die solche Massenvergewaltigungen verüben, filmen und darüber feixen."[178]
- Zwecks Mobilisierung für eine Demonstration am 04.09.2021 schrieb Lars Schieske **auf seinem Facebook-Profil am 09.09.2021**: „Es sind Szenen, die surreal wirken. Wie Aufnahmen aus ei-

[175] Beleg 179
[176] Beleg 149, Minute 13:18
[177] Beleg 149, Minute 06:29
[178] Beleg 149, Minute 11:17

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

nem weit entfernten Land. Und doch sind sie real und spielen sich mitten in unserer Stadt ab. Eine Gruppe ‚Schutzsuchender' jagt schreiend durch die Straßen. Mehrere sind mit langen Latten bewaffnet. Ein anderer trägt offen zwei Messer. Dann prügeln sie wie von Sinnen auf einen bereits am Boden Liegenden ein. Es ist Sonntagabend im Brennpunkt Cottbus. […] Nichts ist mehr normal seit die Regierung Merkel die Kontrolle über die Grenzen unseres Landes aufgegeben hat und ‚unser Zusammenleben nun täglich neu ausgehandelt' werden muss. […] Immer wieder kommt es zu Angriffen auf Einheimische oder zu bewaffneten Auseinandersetzungen von Einwanderern untereinander".[179] Lars Schieske meldete in diesem Zusammenhang Demonstrationen an unter den Titeln „Cottbus erhebt sich – Gegen Gewalt. Für eine Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit" am 15.09.2020 oder „Gemeinsam für eine sichere Stadt" am 04.09.2021.[180]

- Birgit Bessin, zum damaligen Zeitpunkt Vorsitzende des Landesvorstandes der AfD, sagte **am 31.10.2021 in Eisenhüttenstadt**: „Das deutsche Volk, es darf nicht zu einer Minderheit im eigenen Land werden", das sei „ja das Ziel dieser links-grünen Politik".[181] Dort sagte sie auch: „Die globalen Probleme der Welt – sie können nun mal nicht durch Migration gelöst werden, weder ökonomisch noch integrationspolitisch noch sozialpolitisch. Und deshalb, liebe Freunde, werden wir als Vertreter der Alternative für Deutschland es nicht zulassen, dass unser Volk, dass unser Land, entfremdet oder entmachtet wird und dass unsere Kinder in die Schuldknechtschaft geführt werden."[182] Der Begriff „Schuldknechtschaft" ist nicht nur durch die intensive Verwendung in deutschnationalen und rechtsextremen Kreisen unter Einschluss der Nationalsozialisten in der Weimarer Republik belastet, sondern er hat auch eine ideengeschichtliche Tradition im bundesdeutschen Rechtsextremismus nach 1949.
- Lars Schieske (zum damaligen Zeitpunkt MdL) koppelte in einer Aussage **auf einer Demonstration am 27.11.2021** Migrationsrouten mit einer angeblich gelenkten Verbreitung des Corona-Virus. Er machte somit Migranten zu Virenträgern und unterstellte, dass dies so vorbereitet bzw. gewollt sei: „Wir haben es jetzt erst wiedergehabt: Die fünfte Welle wird vorbereitet. Ein neues Virus aus Südafrika kommt. Ja, natürlich kommt das, über die russische Grenze, über die weißrussische, über die deutsch-polnische, die nicht geschützt wird."[183]
- Dennis Hohloch, Parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion und Landtagsabgeordneter, postete **am 16.01.2022 auf Facebook** eine Grafik, die das rassistische Klischee von

[179] Beleg 184.
[180] Beleg 161 u. Beleg 147.
[181] Beleg 141, Minute 12:35.
[182] Beleg 141, Minute 24:22.
[183] Beleg 512, Minute 10:07

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

der Bedrohung einer weißen Frau durch schwarze Männer bediente. Ferner zeigte das Bild ein Messer mit Blutstropfen. Dazu der Text: „Keine zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen durch Kommunen! Wir brauchen sichere Städte, keine sicheren Häfen."[184]

- Einen **Facebook**-Beitrag zum Thema „Kein Deutscher verliert wegen Zuwanderung Job" kommentierte der AfD-Kreisverband Märkisch-Oderland **am 31.05.2022** unter anderem mit den Worten: „Das ist ja wohl auch die geringste Sorge, die uns umtreibt. Es geht doch vor allem die entstehenden Probleme durch kulturellen Identitätsverlust, schleichenden Bevölkerungsaustausch und der Zunahme von Kriminalität und des Einflusses des politischen Islam."[185]
- Der AfD-Landesverband veröffentliche **am 28.06.2022 auf Facebook**: „Schon jetzt regiert die offene Gewalt auf den Straßen, haben kriminelle Familienclans ganze Stadtviertel in ihren Händen, ziehen Versprengte ziellos durch die Städte. So sieht das Deutschland aus, an dem die Altparteien unter grüner Führung arbeiten."[186]
- Volker Nothing schrieb **am 25.10.2022 auf Facebook**: „Und gerade unsere Gäste, die wir hier aufnehmen, wir wissen es, man schert nicht alle über einen Kamm, das will ich damit auch nicht machen. Aber die meisten sind kulturfremd, Analphabeten und die werden nie für uns irgendwie arbeiten oder in dieser Gesellschaft irgendwas machen. Steffen Kotré hat im Bundestag die Frage gestellt, wie es aussieht, wie viele Flüchtlinge hier für sich selbst aufkommen. Das ist ein ganz verschwindend geringer Teil. Vierzig Prozent oder so, die in prekären Jobs arbeiten und ein Teil davon in versicherungspflichtigen. Und was nützt uns das? Sag ich mal 50 Arbeiter kriegen und im Familientross kommen fünfhundert oder tausend hinterher, die nichts für unsere Gesellschaft tun. Da will ich mal wissen, wo da der Gewinn ist und wer uns dann noch was erzählen will, dass die den Fachkräftemangel hier beheben in diesem Land."[187]
- Volker Nothing schrieb **am 28.10.2022 auf Facebook**: „Und hört endlich auf, mit der Lügengeschichte der ‚Fachkräfte' aus dem Morgenland. Der überwiegende Teil dieser sogenannten Flüchtlinge wird nie etwas zum Wohle unserer Gemeinschaft beitragen."[188]
- Der Kreisverband Cottbus forderte **am 04.11.2022 auf Facebook**: „Das Staatsvolk darf nicht ersetzt werden".[189]
- Der Vorstandsvorsitzende des AfD-KV MOL, Lars Günther (MdL), postete **am 25.11.2022 auf Facebook** ein Video der Außenministerin und kommentierte dort: „Hört es euch an: Im Schatten

[184] Beleg 151.
[185] Beleg 182 u. Beleg 127.
[186] Beleg 128.
[187] Beleg 135.
[188] Beleg 137.
[189] Beleg 167.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

vieler verschiedener Krisen, wird weiterhin der europäische Bevölkerungsaustausch vollzogen!“[190]

- Der AfD-KV MOL äußerte sich **am 26.11.2022 auf Facebook** zum Gesetzesentwurf zur erleichterten Einbürgerung: „Der deutsche Pass soll zum Ramschartikel im Schlussverkauf der Deutschland-Abschaffung werden. Setzt Faeser ihre Pläne um, wird das hiesige Volk in seiner Zusammensetzung radikal umgebaut und durch eine beliebig zusammengewürfelte Bevölkerung faktisch ersetzt.“[191]
- Jean-Pascal Hohm nutzte in einem Post **am 28.11.2022 auf der Plattform X** das Narrativ des „Großen Austauschs“, um zum Widerstand aufzurufen: „Wer also das #Staatsvolk sukzessive durch #Einbürgerung ersetzt, verändert Deutschland nicht, sondern schafft es ab. Ohne Deutsche kein Deutschland. Widerstand ist darum Pflicht. Für Deutschland.“[192]
- Der AfD-KV MOL postete **am 30.11.2022 auf Facebook**: „Deutschland wird umgevolkt – das ist eine Tatsache. Unsere Elite drückt sich mit ihrer Schwurbelsprache (‚Migration‘, ‚Diversität‘) um die Benennung dieser Tatsache herum. Aber das Herumreden um den heißen Brei ändert nichts daran, dass Deutschland ethnisch umgebaut wird. Aus dem Land, das Jahrtausende das Land der Deutschen war, soll ein Land werden, in dem die indigenen Deutschen nur noch eine ethnische Minderheit sind.“[193]
- Lars Günther kommentierte im Zusammenhang eines Spiels zwischen Marokko und Frankreich während der Fußballweltmeisterschaft 2022 **am 14.12.2022 auf Facebook**: „Es ist völlig egal ob Marokko gewinnt oder verliert, viele Städte in Europa werden brennen...“[194]
- Der AfD-KV MOL teilte **am 30.12.2022 auf Facebook** einen Beitrag der Berliner Zeitung und kommentierte: „Unverschämt und skrupellos! Berliner Staatssekretärin will Nofretete und Pergamonaltar zurückgeben. Obwohl es aus den Herkunftsländern keine Forderungen nach ihnen gibt, findet [redacted], alle Kulturgüter aus anderen Weltregionen seien ‚unrechtmäßig‘ in Deutschland.“ Auf den Kommentar eines Nutzers („Ich wäre dafür wenn man dies auch auf Personen aus anderen Weltregionen erweitern könnte!“) antwortet der Kreisverband: „Gutes Argument. Wenn schon, denn schon!“[195] Hiermit macht sich der KV den Kommentar zueigen bzw. unterstützt diesen.

[190] Beleg 186.
[191] Beleg 184.
[192] Beleg 568
[193] Beleg 185.
[194] Beleg 154.
[195] Beleg 183.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

- Die Publikation der AfD-Fraktion „Der Blaue Fritz“ für den **Winter 2022/23** enthielt einen Artikel von Andreas Kalbitz mit dem Titel „Christen sind keine Opfer zweiter Klasse“. Darin wird durch unvollständige Zitierung einer Antwort der Landesregierung (Drs. 7/6356) und durch irreführende bis unzulässige Zahlenvergleiche suggeriert, dass insbesondere Christen von Gewalt stärker bedroht seien als Muslime oder Juden. Kalbitz suggeriert zudem – entgegen der Aussage der Antwort der Landesregierung -, dass die Angriffe auf christliche Einrichtungen ausschließlich auf den Islam zurückzuführen seien: „Unsere Fraktion wird die maßgeblichen Ursachen für diese beschämende Entwicklung klar benennen und konsequent bekämpfen. Dazu gehören nicht nur die ideologische Ignoranz unserer Regierung und die anhaltende Massenzuwanderung aus islamisch geprägten Regionen, sondern auch der notorische Selbsthass auf Deutschland als christlich geprägte Region im Herzen Europas.“[196]
- Birgit Bessin postete **am 26.01.2023 auf Facebook** eine Grafik, die ausschließlich die Textzeile enthielt: „‘Fachkräfte des Todes‘ haben in Deutschland nichts zu suchen!“[197]
- Kreisvorstandsmitglied Tony Riller äußerte auf dem **AfD-YouTube-Kanal Brandenburg am 20.03.2023** über „diese sogenannten Goldstücke,“ wie sie „ganze Familien auseinandergerissen und deren Leben zerstört“ hätten: „Es ist eine Schande und es wird auch nichts besser auf dem jetzigen Kurs der offenen Grenzen und sinnlosen Integrationsbemühungen“.[198]
- In einem Interview mit dem **„Freilich Magazin“** sagte der Vorsitzende des AfD-Kreisverbandes Havelland, Dominik Kaufner, **am 15.04.2023:** „Das größte Problem, vor dem wir hier in Deutschland stehen, ist der Bevölkerungsaustausch, der von den etablierten Parteien in immer schnellerem Tempo betrieben wird. Diese Ersetzungsmigration muss von der AfD klar als solche benannt und auf allen Ebenen politisch bekämpft werden. […] Wir sehen bereits wie versucht wird, gegen den eigentlichen Souverän, das deutsche Volk zu putschen und die ethnische Wahl als entscheidenden Machtfaktor ins Spiel zu bringen.“[199]
- Birgit Bessin äußerte sich **am 16.04.2023 via Telegram**: „Wir wollen keine bessere Verwaltung der Migrationsströme nach Brandenburg, sondern wir wollen eine Unterbindung! Asyl-Ansturm stoppen!“[200]
- Hannes Gnauck (MdB) sprach in einer Rede **am 18.04.2023 in Prenzlau** von „Multikultiwahnsinn“, den die AfD beenden werde, wenn sie an die Macht komme, und in Zusammenhang mit

[196] Beleg 260, S. 16.
[197] Beleg 132.
[198] Beleg 356, Minute 37:20.
[199] Beleg 190.
[200] Beleg 142.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Ausländern von „Horden“. Gnauck konstatierte eine „Asylindustrie“. Dort sagte er auch: „Wir werden nicht zulassen, dass unsere Uckermark geflutet wird mit Menschen, die hier nichts verloren haben. […] Ich muss hier keinem erklären, warum mir jeder einzelne von euch näher ist, näher ist, als irgendein Syrer irgendein Afghane oder irgendein Fremder […] das lassen wir nicht zu. Wir alle hier sind hier verwurzelt und wehren uns gegen den Verrat an unserer Heimat […] nicht mit uns: Die Uckermark bleibt deutsch!“[201] An dieser Demonstration nahmen nachweisbar Personen aus dem Neonazi-Milieu mit eindeutiger Kleidung und Symbolik (z.B. „Sturm 18“ mit abgewandeltem Emblem der nationalsozialistischen Hitlerjugend) teil.[202]

- Tony Riller sprach in einer Rede **am 18.04.2023 in Prenzlau**: „dann sind die mit ihren Schlauchbooten aufs Meer und haben, weil die Boote überfüllt waren, die Säuglinge und Kinder ins Meer geworfen, damit sie nicht untergehen. Da muss man sich vorstellen, die sind zum Teil schon Mörder bevor die überhaupt angekommen sind. […] Liebe Freunde, die Bundesregierung alimentiert hier im ganz großen Stil Messerstecher, Vergewaltiger und Mörder anstatt sich um unsere eigenen Bürger zu kümmern“.[203]
- René Springer (MdB) behauptete unter der Überschrift: „Abschieben, statt Rentner aus Wohnungen zu vertreiben“ **am 04.05.2023 auf Facebook**: „Und angesichts der Tatsache, dass es sich beim Wohnungsmangel in erster Linie um eine Folgekrise der ungezügelten Migrationspolitik handelt, würden bei diesem Ansatz letztendlich einheimische Mieter, vor allem Rentner durch Migranten verdrängt werden. Die inländerfeindliche Dimension dieser katastrophalen Sozialpolitik kann nicht genug betont werden.“ Anlass war eine Studie der Universität Regensburg, die laut Springer festgestellt haben soll, dass ältere Menschen u. a. in zu großen Wohnungen leben würden, weshalb die Studie angeblich eine Umverteilung von Wohnraum angeregt haben soll.[204]
- Volker Nothing schrieb **am 05.05.2023 auf Telegram**: „Nein Herr Stübgen, die Ursachen des Problems sitzen in Brüssel und Berlin. Verantwortlich sind all jene, für die Verträge und Gesetze nicht mehr gelten und die jedes Maß an Aufnahmefähigkeit und Akzeptanz von kulturfremden und teils nicht integrierbaren und kriminellen Invasoren verloren haben und die Zerstörung unserer Gesellschaft billigend in Kauf nehmen.“[205]
- Dennis Hohloch äußerte bei einer Rede **am 04.06.2023 in Lübben**: „Alleine im letzten Jahr haben wir einen Bevölkerungszuwachs von 1,1 Millionen gehabt, das ist eine Großstadt, liebe

[201] Beleg 165, Minute 00:56.
[202] Beleg 165, Minute 00:59.
[203] Beleg 165, Minute 0:59.
[204] Beleg 143.
[205] Beleg 181.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Freunde. Und das sind keine Baby-Boomer, das sind Zuzügler, und das sind keine Fachkräfte, das sind illegale Einwanderer, die zu über 80% keinen Fluchtgrund haben. Und die gehören alle raus aus diesem Land. Die gehören nicht rein und die Grenzen gehören verdammt nochmal geschützt."[206] Ebenfalls dort sagte er auch: „Bis jetzt ist es ja so, wenn sie 8 Jahre lang hier in Deutschland überstanden oder überlebt haben, es ist ja ziemlich schwierig hier, wenn man reinkommt, man muss sich ja richtig durchschlagen als Flüchtling, da wird man Deutscher. Und jetzt rechnen wir mal ganz kurz zurück, welches Jahr hatten wir den von 8 Jahren? Mathematik- 2015! Und jetzt überlegt mal wer 2015 hier in Scharen in unser Land kam. Und wer jetzt dieses Jahr die Staatsbürgerschaft erhält. Und was möchten die Genossen von der Koalition in Berlin? Die Genossen von der FDP, die Genossen von den Grünen und die Genossen von der SPD. Sie möchten es noch verkürzen auf 5 Jahre. Das ist eine Frechheit, das ist ein Angriff auf unser Land, ein Angriff auf unser Volk und ein Angriff unsere Demokratie, liebe Freunde. Und diese Menschen müssen aufgehalten werden."[207]

- Steffen Kotré (MdB) äußerte bei einer Rede **am 04.06.2023 in Lübben**: „Das heißt, es wird hier eine Migrationspolitik betrieben – es hat ja nichts damit zu tun, dass wir hier jetzt Flüchtlingen helfen sollen. Nein, wir sollen multikulturell überfremdet werden. Und uns wird dann immer eingeredet, naja wir brauchen Fachkräfte. Aber was passiert: Migration führt dazu, dass wir nicht Fachkräfte bekommen, sondern eben Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor."[208]
- Dennis Hohloch behauptete **am 10.07.2023 auf Facebook**, dass sich in Deutschland kein Mensch mehr sicher fühlen könne vor gewalttätigen Übergriffen durch Migranten und sogar täglich mit dem eigenen Tod rechnen müsse: „Wieder ein Wochenende mit Toten & Verletzten durch Messerangriffe von Ausländern. Mittlerweile sind es geschätzt 60 am Tag. Wer Straßenbahn fährt, die Bahn nimmt oder draußen mit Kindern Eis essen will, muss mittlerweile damit rechnen, das nicht zu überleben. Unsere Straßen, Plätze, Schulen und Einkaufshallen sind zu No-go-areas degeneriert."[209]
- Hans-Christoph Berndt gab dem **„Heimatkurier" am 15.07.2023** ein Interview, in dem er sagte: „Wirkliche Besserung erreichen wir langfristig nur mit einer deutschen Identitätspolitik, aber darüber müssen wir uns schon heute Gedanken machen. Das gilt natürlich auch für die Akutmaßnahmen zum Stopp der Masseneinwanderung: Grenzkontrollen, Remigration und Beseitigung

[206] Beleg 196, Minute 04:48.
[207] Beleg 196, Minute 05:39.
[208] Beleg 197, Minute 01:09.
[209] Beleg 497.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

von Migrationsanreizen. Wie diese Maßnahmen konkret zu fassen sind, müssen wir jetzt klären, damit wir mit Regierungsmacht sofort handeln können."[210]

- Hans-Christoph Berndt äußerte bei einer AfD-Kundgebung **am 07.08.2023 in Bitterfeld-Wolfen**: „Ethnos ist ein griechisches Wort und es heißt Stamm, Sippe auch Herde und der ethnische Volksbegriff sagt einfach das, dass ein Volk auch, nicht ausschließlich, aber auch was mit Abstammung zu tun hat. […] Und die werfen uns vor das wir sagen, ja Volk hat was mit Abstammung zu tun und die Staatsbürgerschaft, die Summe der Staatsbürger eines Landes sind nicht das gleiche wie ein Volk, das ist nicht deckungsgleich.[…] Denn dass man behauptet, Staatsbürgerschaft ist gleich Volkszugehörigkeit ist völlig absurd, das widerspricht jeder Erfahrung.[…] Und das zweite ist, dieser Angriff darauf, dass wir sagen: ein Volk ist nicht das Gleiche wie jemand, der in einen Gebiet wohnt und Staatsbürger eines Landes ist, das ist auch ein Angriff, der eingeordnet ist in den übergeordneten Angriff auf unsere Identität, nämlich den Angriff auf unsere Familien, in den Angriff auf unsere sexuelle Identität, also die neue woke Ideologie […] Dieser Angriff auf alles, was uns Bindung verschafft, auf alle unseren natürlichen Bindungen – Volk, Familie, Geschlecht. Alles das wird infrage gestellt und angegriffen. […] Der Mensch kann nur existieren im Zusammenhang mit anderen Menschen. […] Wir halten an unserem Volksbegriff fest und wir weisen es zurück, dass man behauptet, Staatsbürgerschaft ist gleich Volk, das ist Unsinn und gefährlich." In derselben Rede sagte er unter anderem auch: „Ich wünschte mir so sehr, ich glaube wir alle wünschten uns so sehr, in dem Punkt hätte Haldenwang recht. Es wäre so schön, wenn der Bevölkerungsaustausch tatsächlich eine Verschwörungstheorie wäre. Aber jeder, der mal nach Berlin gefahren ist oder mittlerweile in jeder größeren Stadt und jeder mittleren Stadt im Osten, weiß: es ist nicht so. Und wer das nicht glaubt, soll nach Moabit fahren, nach Neukölln fahren am besten mit einem öffentlichen Verkehrsmittel und dann weiß er was los ist. Und wir sehen, dass der Bevölkerungsaustausch eben nicht nur eine Verschwörungstheorie ist, […]."[211]
- Hans-Christoph Berndt sagte bei einer AfD-Kundgebung **am 07.08.2023 in Bitterfeld-Wolfen**: „Es ist das andere Problem, dass da Menschen kommen, die sich eben nicht aufführen wie Schutzbefohlene, sondern wie Herren des Landes und darum regt sich auch überall im Land der Widerstand."[212]
- Hans-Christoph Berndt sagte **am 03.10.2023** auf der Demonstration „Grenzen ziehen – Remigration" des Vereins „Zukunft Heimat" **in Cottbus**: „Und ich sage euch: Ich hatte den Eindruck, ich

[210] Beleg 289.
[211] Beleg 158, Minute 26:40.
[212] Beleg 158, Minute 35:10.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

bin nicht mehr in Deutschland, ich bin nicht mehr in Europa. Und wenn in dieser Art und Weise das Volk gegen eine Bevölkerung ausgetauscht wird, die weniger Gemeinsames als Trennendes hat, dann ist es um den Souverän des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland geschehen. Und dann ist es auch um die Demokratie geschehen. Dann wird der Staat korrupt, dann herrschen nur noch Geld und Gewalt. Und ich sage euch: Das wollen wir nicht! Wir haben uns 1989 von der DDR losgesagt nicht damit wir in den 2020er Jahren in einem multikulturellen und multikriminellen Sumpf in der BRD versinken. Deutschland ist das Land der Deutschen und Deutschland soll das Land der Deutschen bleiben. Dafür stehen wir. Deshalb noch einmal unsere Forderung: Grenzen schließen, Migration stoppen – und Remigration."[213] Dort sagte er auch: „Und wir haben es satt, dass die Ampel und die CDU […] unsere Staatsbürgerschaft verschleudern und dass sie die Zukunft unserer Kinder verschleudern."[214] Cottbus, so Berndt weiter, sei „Leuchtturm des patriotischen Widerstandes".

- Die damalige Landesvorsitzende Birgit Bessin warb **am 14.11.2023 auf Facebook** für eine Spendenkampagne zu Gunsten von Plakaten gegen die Asylpolitik. Diese Kampagne sollte auf „das Problem und seine Ursache" aufmerksam machen. Sie führt aus: „Die meist illegale Migration und der Unwille der Altparteien abzuschieben, sind doch die drängendsten Probleme unserer Zeit. Nichts belastet den sozialen Frieden und die kommunalen Kassen so, wie die überwiegend vermeintlichen Asylbewerber. Um diese irgendwie noch unterbringen zu können werden Containerdörfer gebaut, Wohnungen beschlagnahmt und ganze Hotels nicht nur angemietet, sondern auch gekauft. Die deutschen Bürger werden dafür immer weiter finanziell ausgepresst, können sich mit rasant steigenden Preisen weiterhin nicht mal mehr das Einfachste im Leben leisten, während etliche Migranten kaum wissen wohin mit der Tageszeit und dem vom Steuerzahler finanzierten Taschengeld. Damit muss ein für alle Mal Schluss sein."[215]
- Im Rahmen der öffentlichen Debatte um die Correctiv-Berichterstattung **Mitte Januar 2024** über ein Treffen diverser politischer Akteure in Potsdam mit dem Rechtsextremisten Martin Sellner lud Dennis Hohloch auf Telegram einen Sticker „Remigration? Na klar!" mit Flugzeug-Motiv hoch.[216] Unter anderem die JA BB und ihre Vorsitzende, Anna Leisten, änderten ihre Social Media-Kanalbilder und ergänzten sie um den Schriftzug „Remigration".[217] Nachdem die AfD für einen AfD-Kalender für das Wahljahr 2024 mit den „schönsten Abschiebefliegern" geworben hatte, leg-

[213] Beleg 299, Minute 06:22.
[214] Beleg 299, Minute 08:22.
[215] Beleg 140.
[216] Beleg 380.
[217] Beleg 381 u. Beleg 382.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

te die AfD Senftenberg eine Variante mit Dampfer- und Kreuzfahrtschiff-Motiven vor und bewarb das Produkt mit einem Video.[218] Der AfD-LV BB machte auf diese Weise von Anfang an deutlich, dass er in der Debatte um das Treffen in Potsdam die Positionen des identitären Aktivisten Sellner für sich reklamierte.

- Hans-Christoph Berndt veröffentlichte **am 10.01.2024 u.a. auf Facebook** – gemeinsam mit Björn Höcke und Jörg Urban – eine Stellungnahme zur „Remigrationsdebatte". Darin hieß es: „Remigration ist kein Unwort. Remigration bedeutet Rückwanderung. Remigration ist nichts Neues. […] Remigration meint die Umkehr der Migrationsströme, die gegenwärtig ungehemmt in Richtung Deutschland fließen. […] Trotz der Einwanderung von Millionen Migranten ist der Fachkräftemangel so groß wie nie zuvor." Und weiter: „Wir, die Fraktionsvorsitzenden Ost, erklären: Remigration ist das Gebot der Stunde. Die Sozialmigration nach Deutschland muss beendet und rückabgewickelt werden. Dafür werden wir nach der Regierungsübernahme sorgen. – Wir werden Recht und Gesetz anwenden, die Grenzen schützen und Deutschland vor weiterer Sozialmigration bewahren. – Wir werden eine großangelegte Rückführungsinitiative für illegale Einwanderer planen und durchführen. – Wir werden sämtliche Anreize minimieren, die Deutschland zum Magneten für illegale Einwanderung gemacht haben. Wir werden das Staatsangehörigkeitsrecht, welches bis zum Jahr 2000 galt, wiederherstellen. – Wir werden Maßnahmen ergreifen, um den Assimilationsdruck auf nichtintegrierte Ausländer zu erhöhen. Wir werden Anreize schaffen, um nichtintegrierten Migranten die Heimkehr zu ermöglichen."[219]
- Die AfD Müncheberg veröffentlichte **am 10.01.2024 auf Facebook** bezugnehmend auf Forderungen des AfD-Bundesvorstandes eine Stellungnahme über den Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft. Massenmigration habe, so der Text, „Frauen und Kinder zu rechtlosem Freiwild" gemacht. Die AfD wolle nicht nur „konsequent abschieben", sondern „Kriminellen, Gefährdern, Terroristen und Vergewaltigern den Pass entziehen."[220] Dezidiert wurde in diesem Beitrag nicht von Staatsbürgern mit doppelter Staatsbürgerschaft gesprochen. Die auf Facebook gepostete Grafik, die den Text ergänzte und größer gestaltet war, kürzte die Forderung ein und spitzte den Tenor weiter zu. Die Grafik zeigt eine große Gruppe von Migranten vor einer Grenzmauer stehend. Darunter steht der Text: „««Hürden zum Entzug der Staatsbürgerschaft senken»» Remigration ist unumgänglich!" Damit machte der AfD-Ortsverband deutlich, dass das Projekt „Remigration" nicht nur ausreisepflichtige Migranten, sondern auch Staatsbürger einschließen soll.

[218] Beleg 383.
[219] Beleg 385.
[220] Beleg 384.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

- Dennis Hohloch postete **am 11.01.2024 auf Telegram** eine möglicherweise KI-generierte Grafik, die Männer – vermutlich Taliban – in traditioneller Kleidung mit langen schwarzen Bärten zeigt. Mit derartigen klischeehaften Darstellungen schürt der AfD-LV BB in erster Linie Ängste und will Christen und Muslime als einander kulturell inkompatibel gegenüberstellen. Ferner schürt die AfD Sozialneid, der sich gegen Migranten richtet. Hohloch: „Ohne Migration hätten die Deutschen fast 6.000 000 000 000 Euro mehr [in, sic!] ihrem Sozialsystem".[221]
- René SPRINGER brüstete sich auf **„X" am 12.01.2024** mit dem Satz: „Wir werden Ausländer in ihre Heimat zurückführen. Millionenfach. Das ist kein #Geheimplan. Das ist ein Versprechen. Für mehr Sicherheit. Für mehr Gerechtigkeit. Für den Erhalt unserer Identität. Deutschland."[222]
- René Springer machte **am 22.01.2024 auf Facebook** Einwanderung monokausal für Kriminalität und soziale Probleme wie Lohndumping, hohe Mieten und Wohnraummangel verantwortlich. In seinen vorgetragenen Argumenten „gegen ‚Vielfalt'" behauptete Springer unter anderem, dass eine offene Gesellschaft einen repressiven Staat hervorbringe. „Rassismus gegen Weiße" werde staatlich finanziert. Springer behauptete, dass eine „Zerstörung der natürlichen, nationalen Identität der einheimischen Mehrheitsbevölkerung" betrieben werde. Hier weist er sich zugleich als Befürworter eines ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriffes aus. Allein „Billiglohnkräfte für Konzerne" und „Kulinarische Auswahl" führte Springer in seinem Posting als Argumente für Vielfalt an, womit er nicht nur eine offene Gesellschaft zynisch trivialisiert, sondern Einwanderung mit Ängsten vor einem ökonomischen Verdrängungswettbewerb rein negativ besetzt.[223]
- Der AfD-Kreisverband Oder-Spree verbreitete **am 24.01.2024 auf Facebook** ein Bild mit zwei lachenden weißen Menschen, die am Himmel dutzende Flugzeuge beobachten. Darin der Text:

  „Ein Traum wird wahr: Remigration!"

  Der Kreisverband ergänzte die Grafik mit einem einzigen kommentierenden Wort: „Millionenfach".[224]
- René Springer sagte **am 30.01.2024 im Podcast** „Kramers Klare Kante", dass die AfD einen „Ausgleich mit Russland" finden werde, damit „die Ukrainer in ihre Heimat zurückkehren können." Unmittelbar darauf sagte er, es gebe eine „unglaublich hohe Zahl" an „Ausländern in unserem Land […], die am Ende, wenn wir in Regierungsverantwortung kommen, in ihre Heimat zurückkehren müssen." Springer unterschied „zwischen gut integrierten, assimilierten Migranten" einerseits und „Migranten, die wir nicht bei uns haben wollen" andererseits. Die AfD habe das Ziel, zu

[221] Beleg 389.
[222] Beleg 386.
[223] Beleg 390.
[224] Beleg 388.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

einer klaren Unterscheidung zu gelangen „zwischen denen, die wir haben wollen, und denen, die wir nicht haben wollen." Über sogenannte „Illegale" hinaus zielt Springer auf vermeintlich nicht-integrierbare Menschen.[225]

- René Springer sagte **am 16.03.2024** bei seiner Rede **in Jüterbog** über die Ziele der AfD: „Wir werden dieses Land den Altparteien aus den Klauen reißen!", sowie: „Unsere Richtschnur, das sind die Kinder unseres Landes, die sicher auf den Schulhof gehen wollen, wo der Genderstern keine Rolle spielt und wo nicht Messermänner ins Land gelassen werden, die irgendwann unsere Kinder töten." Springer sprach ferner von der Notwendigkeit, den „Parteienstaat" abzuschaffen und behauptete, die Heimat werde „durch Überfremdung völlig zerstört."[226]
- Roman Kuffert sagte **am 06.04.2024 auf dem Parteitag in Jüterbog**: „Schlimmer als in der DDR. Das ist nämlich – da könnte ich die Frage stellen – ein Bevölkerungsaustausch? Weil wir haben im Grunde genommen eins, was wir erleben. Wir haben den Krieg mittels Migrationswaffe gegen uns, gegen das deutsche Volk. So sehe ich es." Ferner sagte er: „Und in Zeiten, wo massenweise Migrationen hauptsächlich aus islamischen Ländern ein geschundenes […], kaputtes Deutschland überrollt, muss endlich gehandelt werden. Und dieser Wahnsinn muss beendet werden und zwar sofort." Gegen Ende seiner Rede sagte Kuffert: „Darum, ich fordere: keine Unterwerfung unserer Identität und Kultur. Die muss verteidigt werden. Das ist meine Forderung. […] Ich würde für unsere Tradition kämpfen, für unsere Identität, für unsere deutsche Kultur. […] genauso wie im Grunde genommen die Abschiebung [von Migranten] Ländersache ist. Darauf freue ich mich ungemein."[227]
- Lars Schieske veröffentlichte **am 10.04.2024 auf Facebook** eine Stellungnahme zum islamischen Zuckerfest: „Unterwerfung! Das Geflüchteten-Netzwerk Cottbus e.V. veranstaltet mit vielen anderen Steuergeldnutznießern ein sogenanntes Zuckerfest. Dieses Netzwerk, welches sich gern am Gender-Wirrwarr beteiligt, missbilligt somit unsere Kultur, die untrennbar verbunden mit der über Jahrhunderte gewachsenen deutschen Sprache ist, biedert sich mit diesem Feld dem Islam an. Das Zuckerfest wird in islamischen Ländern als Feiertag begangen. Einer islamischen Glaubenspraxis, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, unsere Gesetze sowie gegen die jüdisch-christlichen und humanistischen Grundlagen unserer Kultur richtet, muss klar entgegengewirkt werden. Importierte kulturelle Strömungen, die auf geschichtsblinde Weise unserer Kultur gleichgestellt und deren Werte damit zutiefst relativiert werden, müssen als

[225] Beleg 387, Minute 07:00, Minute 07:45, Minute 18:00 u. Minute 18:14.
[226] Beleg 412, Minute 01:50 sowie Beleg 422.
[227] Beleg 423, Minute 00:04.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit gesehen werden. Eine Gesellschaft, welche ihre Kultur und Traditionen nicht wertschätzt, wird sich früher oder später ergeben müssen. Wir verteidigen unsere Traditionen und Kultur!“[228]

- Die **AfD Cottbus** führte **am 14.04.2024** ihren Wahlkampfauftakt für die Kommunalwahl 2024 durch. In seiner Rede, veröffentlicht auf YouTube am 15.04.2024, sagte Lars Schieske unter anderem: „An den Bemühungen des SPD-Oberbürgermeisters Schick, mit dem Willkommenscenter, islamistische Feste in Schmellwitz und der maßlosen Förderung von Multikulti-Projekten sieht man, […] was sich auch ganz deutlich am Stadtbild erkenntlich zeigt, welcher globalen Agenda er folgt: die des Bevölkerungsaustausches.“[229] Hohm sagte auf derselben Veranstaltung: „Wenn man heute durch Schmellwitz läuft, dann denkt man, man ist irgendwo zwischen Mogadischu und Damaskus.“[230]
- René Springer sagte in seiner Rede auf der **AfD-1.Mai-Demonstration in Cottbus**, veröffentlicht **auf YouTube am 03.05.2024**: „Wie sieht AfD-Politik aus: Die 1.250 €, die Fremde erhalten, die sollte man den Müttern geben und den Fremden, die zu uns kommen in der Hoffnung hier in das Sozialsystem alimentiert zu werden, denen sollte man genau drei Dinge geben: Brot, Bett und Seife. Und wer dann noch kommt ist wirklich Flüchtling.“ Ferner sagte Springer, bezugnehmend auf die Einstufung seines Parteikollegen Lars Schieske als Rechtsextremisten durch die LfV BB: „Wenn Lars Schieske rechtsextrem ist, dann ist rechtsextrem das neue normal in unserer Gesellschaft.“[231]
- Dennis Hohloch sagte **am 17.05.2024 auf TikTok** über Gewalt im Europawahlkampf: „Schuld an der Situation ist die schlechte Politik der Ampel, die dafür sorgt, dass die Menschen draußen wütend sind, die dafür sorgt, dass Leute die AfD angreifen, weil die AfD für alles der Sündenbock sein muss, obwohl die AfD nicht ein Fünkchen Schuld an dieser Entwicklung in unserem Land hat. Im Gegenteil, wir haben die Gegenkonzepte, wir sagen ganz klar, was wir wollen und was wir machen, wenn wir an der Regierung sind, wir wollen Remigration, richtig, weil wir Millionen Menschen mittlerweile hier in unserem Land haben, die keinen Asylgrund haben, oder die im Bürgergeld sitzen oder die gewalttätig werden. Die Ausländergewalt explodiert und da wundert man sich auch noch in den Öffentlich-Rechtlichen oder im Bundestag, warum die Gewalt auf den Straßen mittlerweile generell so gestiegen ist. Ja, warum wohl? Weil wir die halbe Welt in unser

[228] Beleg 414.
[229] Beleg 431, Minute 20:28.
[230] Beleg 431, Minute 07:56.
[231] Beleg 430, Minute 18:35 und 14:59.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Land gelassen haben und weil wir dafür sorgen, dass der Wohlstand und die Freiheit in diesem Land von Tag für Tag schwinden."[232]

- Der AfD-KV Oder-Spree teilte **am 21.05.2024** auf seiner **Facebook-Seite** eine KI-generierte Grafik, die Schüler in einem heruntergekommenen Schulgebäude zeigt, dazu der Kommentar: „Unsere Schulen dürfen nicht weiter kaputtgespart werden". Ein Nutzer postete im Kommentarbereich ein ebenfalls KI-generiertes Bild, das eine idealisierte rein weiße Schulklasse mit ausschließlich blonden Schülern und einer ebenfalls blonden Lehrerin zeigt. Diese Grafik trägt die Überschrift: „Berliner Schulklasse nach Wahlgewinn der AfD". Der Kommentator schrieb hierzu: „Mein Traum!". Dies kommentierte wiederum der AfD-KV Oder-Spree mit: „nicht nur deiner." Der KV hatte das besagte Bild eine Zeit lang ebenfalls auf seiner Facebook-Seite gepostet, inzwischen aber wieder gelöscht.[233]
- Laut RBB-Bericht vom 18.12.2024 wurde Tony Riller aufgrund von Äußerungen vom **April 2023 auf dem Prenzlauer Marktberg** wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 12.000 € verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass er in seiner Rede syrische Flüchtlinge als „Säuglingsmörder" betitelt hatte. Außerdem soll er behauptet haben, die Bundesregierung alimentiere im großen Stil Messerstecher, Vergewaltiger und Mörder. Riller hat gegen seine Verurteilung Berufung eingelegt. Er ist weiterhin für die AfD in Brandenburg aktiv.[234]
- Der AfD-KV Oder-Spree teilte **im Mai 2024** auf seiner **Facebook-Seite** ebenfalls zwei KI-generierte Grafiken, um den Eindruck zu erwecken, in Deutschland herrsche der politische Islam. Ein Bild zeigte betende Muslime vor dem Bundestag, ein anderes Bild ein muslimisch geprägtes Straßenbild vor einer christlichen Kirche. Dazu der Text: „Wenn du nicht willst, dass Deutschland bald aussieht wie der Nahe Osten und die Scharia hier Einzug hält, gibt es nur eine Partei, die du wählen kannst. Wir von der AfD setzen uns ein für den Erhalt unserer Kultur und Werte. […] Wer hierherkommt, hat sich uns anzupassen und nicht umgekehrt. Im Bundestag sollen nicht irgendwann die Lehren aus dem Koran gelehrt werden, sondern Politik gegen die steigende Islamisierung unseres Landes gemacht werden."[235]
- Dennis Hohloch veröffentlichte **am 31.05.2024** auf **TikTok und „X"** ein Video zur Gewalttat in Mannheim: „Es ist einfach so erschreckend, dass, egal wo man sich in diesem Land befindet, man Opfer von diesen Bestien werden kann." Schuld seien vor allem die Politiker, die solche Menschen ins Land ließen. Außerdem schrieb er dazu: „Der heutige #Messerangriff auf #Stür-

[232] Beleg 436, Minute 01:15.
[233] Beleg 441a.
[234] Beleg 608, siehe im Zusammenhang zum Vorfall auch Beleg 176.
[235] Beleg 441b.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

zenberger und einen Polizisten ist kein #Einzelfall, er ist kein lokales Ereignis, sondern er ist Ausdruck und Ergebnis einer Altparteien-Politik, die Messerangriffe alltäglich, Vergewaltigungen gängig und das Verschweigen zur Doktrin erklärt."[236]

- Dennis Hohloch veröffentlichte **am 03.06.2024 auf TikTok** ein Statement. Vor dem Hintergrund des Mordes an einem Polizisten in Mannheim durch einen afghanischen Flüchtling aus islamistischen Motiven stellte er Geflüchtete aus Afghanistan pauschal als Sicherheitsrisiko dar. Zunächst stellte er eine Rechnung auf, nach welcher der Staat angeblich bisher ca. eine halbe Million Euro für „diesen Mörder" ausgegeben habe. Im Weiteren folgerte er: „und nun muss man wissen, dass die Bundesregierung, unter Annalena Baerbock vor allen, also unter den Grünen, dieses sogenannte Ortskräfteprogramm aus Afghanistan ja massiv ausgeweitet hat. Bis Dezember letzten Jahres waren mit Familiennachzug über 20.000 Afghanen hier in unser Land geholt wurden, wie über dieses Ortskräfteprogramm. Nun wissen wir aber auch, dass z. B. Afghanen diejenigen waren, die vor ein paar Wochen die Innenstadt von Paris in Schutt und Asche legen wollten […] und dass vor allem Afghanen auch immer in jeder Kriminalstatistik ganz oben stehen, auch bei den Messermorden. Ich weiß gar nicht was man dazu sagen soll. Wenn jetzt nicht endlich ein Ruck durch dieses Land geht, dass man abgelehnte Asylbewerber abschiebt und zwar in das Land aus dem sie gekommen sind, weil sie kein Grund haben hier zu sein und sie stattdessen hierlässt und diese Leute auch noch straffällig werden und man auch gar nicht weiß, ob der Mann danach auch abgeschoben wird oder ob er dann weiter hierbleibt, weil nach Afghanistan darf er nicht abgeschoben werden, laut der Bundesregierung. Dann muss ich ehrlich sagen, dann weiß ich nicht, was in den Köpfen dieser Menschen vor sich geht. […] Lasst uns in der EU endlich aufräumen und danach in unsrem eigenen Land, damit wir die Sicherheit für unsere Bevölkerung endlich wiederherstellen können und damit auch die Freiheit, die die Frauen und die Kinder in diesem Land hier verdient haben. Die unsere Vorfahren, unsere Eltern, unsere Großeltern, Urgroßeltern hier schwer erkämpft haben. Dieses Land auch aufgebaut haben und die es verdient haben, dass ihre Nachkommen und auch unsere Kinder hier in Freiheit und Sicherheit und auch Wohlstand leben können."[237]
- Birgit Bessin machte **am 13.06.2024** in einem **TikTok-Video** die seit 2015 andauernde Migration verantwortlich für das vermeintliche „bis heute andauernde und vor allem unsere Gesellschaft für immer verändernde soziale, kulturelle und auch sicherheitspolitische Elend".[238]

[236] Beleg 438.
[237] Beleg 439 Minute 00:42.
[238] Beleg 442, Minute 01:15.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

- Hans-Christoph Berndt äußerte sich anlässlich des Messerangriffs in Mannheim **auf Telegram am 15.06.2024**: „Stündlich Messerattacken, täglich Gruppenvergewaltigungen, immer mehr Mordanschläge: Die Masseneinwanderung hat Deutschland zur Hölle gemacht. Umkehr! Grenzkontrollen! #Remigration!“[239]
- Lars Schieske postete einen Beitrag **am 18.06.2024 auf Telegram**, der Bezug auf einen Artikel der BILD-Zeitung nimmt. Schieske nutzt den Vorfall um einen vermeintlichen „Ehrenmord“, um die Integrationsfähigkeit des Islam bzw. der Muslime pauschal in Abrede zu stellen. „Multikulti“ nennt er ein „Bevölkerungsexperiment“.[240]
- Dominik Kaufner schrieb **am 20.06.2024 auf X**: „Nennen wir das Kind beim Namen: #Deutschfeindlichkeit und #Hass auf Weiße. Man sollte den Begriff ‚Rassismus‘ nicht auch noch freiwillig selbst verwenden, auch nicht als das empörte ‚Ihr-seid-die-wahren-Rassisten‘ (#RassismusgegenWeiße). Man bewegt sich damit im vom Gegner gesetzten Diskussionsrahmen. ‚Antirassismus‘ richtet sich ja de facto gegen Weiße. Es ist ein woker Kampfbegriff, der Weißen ihr Recht auf Heimat und Identität nehmen soll und von den zahlreichen ‚Verwerfungen‘ der multikulturellen Gesellschaft ablenken soll. […] Das Gegenmittel kennt Ihr: #Remigration.“[241]
- Der AfD-Kommunalpolitiker und Abgeordnete der Stadtverordnetenversammlung in Cottbus, [redacted] wurde **am 06.08.2024** wegen Beleidigung zu 20 Tagessätzen à 30 Euro verurteilt. **Im Januar 2021 hatte er auf Instagram** den Beitrag einer Studentin mit den Worten kommentiert: „Hoffentlich wird dich Mal ein schwarzer so richtig dran Nehmen, ohne daß du das möchtest. Dann wirst du vielleicht normal im Hirn.“[242]
- Vor dem Hintergrund mehrtägiger Gewaltexzesse in Folge der Ermordung dreier junger Mädchen in Großbritannien schrieb René Springer **am 03.08.2024 auf „X“**: „Remigration oder Bürgerkrieg auf Raten. Das sind die einzigen zwei Optionen, für England wie für uns. Deshalb: Mut zu Deutschland, Mut zur millionenfachen Remigration!“[243] Springer löschte den Beitrag später. Integration oder „Assimilation“ wurden als Optionen hier nicht einmal mehr benannt.
- Auf der **Sommerakademie in Schnellroda** diskutierte der ehemalige Pressesprecher der Brandenburger AfD-Fraktion und aktuell Beisitzer im AfD-Landesvorstand BB, Tim Krause, mit Maximilian Krah über den Islam – „kooperieren oder bekämpfen“. In der **Aufzeichnung der Diskussion vom 07.08.2024** berief sich Krause auf einen Artikel der Weimarer Reichsverfassung und

[239] Beleg 449.
[240] Beleg 443.
[241] Beleg 585.
[242] Beleg 462.
[243] Beleg 465.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

sagte: „wenn eine Religion die Abschaffung der staatlichen Ordnung anstrebt, dass sie dann auch verbietungsfähig ist – theoretisch."[244] Ferner sagte er: „Mir geht es darum: woher zehrt der Islam ideologisch, wo kommen Dynamiken und Kräfte her, die wir vielleicht irgendwann nicht mehr beherrschen können. […]. Jemand, der wirklich Moslem ist, der wird komplett von dieser Ideologie beherrscht. Man macht sich hier keine Vorstellung, wie sehr auch scheinbar säkular wirkende Menschen in der islamischen Welt von diesem Ideologiesystem und seinem Regelwerk durchdrungen sind."[245] Maximilian Krah, der für Differenzierung gegenüber Muslimen in Deutschland plädierte, kritisierte seinen AfD-Kollegen, dass diese Art der Religionskritik „wie Du sie hier betreibst" die AfD „direkt in ein Verbotsverfahren" führe.[246]

- Chaled-Uwe Said, Direktkandidat im Wahlkreis 22 zur Landtagswahl 2024, kritisierte **am 10.08.2024 auf** einer Wahlkampfveranstaltung in Potsdam, übertragen auf dem **YouTube**-Kanal von Björn Winter, die vermeintliche Bevorzugung von Migranten auf dem Wohnungsmarkt und sagte unter anderem: „Wir wollen soziale Gerechtigkeit. Deswegen ist Remigration sozial gerecht."[247]
- Hans-Christoph Berndt sagte in einer **Rede am 11.08.2024 in Zossen**: „[…] und weil wir das empfinden, haben wir auch ein Empfinden dafür, dass wir deshalb verpflichtet sind auch den nachfolgenden Generationen ein Land zu hinterlassen, in dem sie zuhause sind, in dem sie sich entwickeln können. Ein Land, […] in dem sie als Deutsche wie Deutsche leben können und in dem sie sich nicht den Speisevorschriften, den Bekleidungsvorschriften und den Ehrvorschriften irgendwelcher Beduinen unterwerfen müssen. Sondern als Deutsche und Europäer leben können. Und wir sind es, wir sind die einzigen die zu ihrem Volk und zur Tradition stehen. Wir sagen es: Deutschland ist das Land der Deutschen und Deutschland soll das Land der Deutschen bleiben. Wir wollen, dass unsere Jugend in Deutschland ihre Heimat behält und sich nicht irgendwelchen Zuwanderern unterwerfen muss. Dafür stehen wir."[248]
- Hannes Gnauck skizzierte in einer **Rede am 11.08.2024 in Zossen** sein völkisches Weltbild: „Und auch wir müssen wieder entscheiden dürfen, wer überhaupt zu diesem Volk gehört und wer nicht. Es gehört mehr dazu, Deutscher zu sein, als einfach nur eine Staatsbürgerurkunde in der Hand zu haben. Dieses Volk hier, das ist gewachsen durch jahrhundertelange Traditionen, durch gemeinsame Brauchtümer, durch gemeinsame Geschichte und auch gemeinsame Schicksals-

[244] Beleg 464, Minute 33:16.
[245] Beleg 464, Minute 34:16
[246] Beleg 464, Minute 45:14.
[247] Beleg 468, Minute 09:47.
[248] Beleg 474, Minute 04:10.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

schläge. […] Und wir sind verpflichtet diese Geschichte, diese Brauchtümer und diesen Geist des Deutschen zu bewahren. […] Uns alle hier auf diesem Marktplatz, jeden einzelnen hier, auch wenn ich nicht jeden einzelnen kenne, aber uns verbindet viel mehr als nur eine gemeinsame Sprache, uns verbindet ein unsichtbares Band, was man einfach nicht erklären muss. Und ich sag euch mal was: Jeden einzelnen von euch verbindet mehr mit mir als irgendein Syrer oder irgendein Afghane – und das muss ich nicht erklären, das ist einfach ein **Naturgesetz** – und darauf können wir alle verdammt stolz sein."[249] Fast zitatgleich wiederholte Gnauck diese Aussagen auf dem sogenannten AfD-Familienfest **am 25.08.2024 in Brandenburg an der Havel**.[250] Auch auf weiteren Wahlkampfveranstaltungen wiederholte Gnauck diese für ihn offenkundig zentrale, wohl überlegte und einstudierte Aussage.

- Lena Kotré teile **am 13.08.2024** einen Beitrag der JA Brandenburg **auf „X"** mit dem Titel „Deutsche Jugend in der Minderheit!" und kommentierte den Beitrag: „Ersetzungsmigration bei unter 16-Jährigen in Zahlen […]".[251]
- Jean-Pascal Hohm postete **am 14.08.2024 einen Beitrag auf Facebook** unter der Überschrift „Sommer, Sonne, sichere Strände". Dazu kommentierte er: „Doch leider müssen wir auch an Brandenburgs Stränden und in Freibädern immer häufiger Fremde beobachten, die sich nicht wie Gäste, sondern wie Eroberer verhalten. Einheimische fühlen sich oftmals unsicher belästigt und an den Rand gedrängt. Es ist Zeit, dass unsere Strände und Freibäder wieder sicher werden. Nach dem 22. September sogen wir in Regierungsverantwortung dafür, indem wir endlich konsequent abschieben und Freibäder wieder sicher werden!"[252]
- Dennis Hohloch fasste das Programm der AfD BB **am 19.08.2024 auf Telegram** wie folgt zusammen: „Schluss mit offenen Grenzen. Schluss mit Messermännern. Schluss mit Gruppenvergewaltigungen. Schluss mit Meinungsdiktatur. Es ist Zeit für den Wandel."[253]
- Hans-Christoph Berndt schrieb **am 23.08.2024 auf „X"**: „Mehr Verachtung für das eigene Volk geht nicht: Einheimische finden keine Wohnung, aber für den #Bevölkerungsaustausch ist #Berlin kein Hotel und kein Neubau zu teuer. Und wer regiert in Berlin? Eine Koalition aus #CDU und #SPD."[254]

[249] Beleg 473, Minute 00:07:50.
[250] Beleg 488, Minute 52:37.
[251] Beleg 471.
[252] Beleg 472.
[253] Beleg 477.
[254] Beleg 487.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

- René Springer sagte **am 23.08.2024 auf dem AfD-Familienfest in Steinhöfel**: „Wenn wir das nicht stoppen, dann werden die Kopftücher des Islam das Leichentuch Europas werden“.[255] Dort sagte er auch: „Und an diejenigen gerichtet, die sich legal in Deutschland aufhalten, muss man eine ganz klare Erwartungshaltung formulieren. Wer als Ausländer nach Deutschland kommt, der hat sich an unseren Gepflogenheiten auszurichten, der hat sich hier vollständig anzupassen. Und das heißt, er hat kein Bürgergeld zu beziehen, sondern er hat zu arbeiten, er hat vernünftiges Deutsch zu sprechen und er hat hier kein Kopftuch zu tragen. Niemand will hier, dass unsere Innenstädte irgendwann aussehen wie ein afghanischer Basar. Und auch da weiß ich von was ich rede, ich war als Soldat in Afghanistan, und ich will niemals das Deutschland so wird wie dieses Shithole da am Hindukusch.“[256]
- Lena Kotré forderte **am 23.08.2024** in einem **auf „X“** verbreiteten Videoclip: „Diese Personen sind erstmal in Abschiebehaft zu nehmen. Sie sind festzusetzen, sie dürfen sich in diesem Land nicht mehr frei bewegen, weil sie eben ausreisepflichtig sind. Und dann hat man Maßnahmen zu ergreifen, um eben festzustellen, wo diese Personen herkommen. Wir denken beispielsweise an die Beschlagnahmung von Telefonen. Jeder Flüchtling hat ja seinen Pass vielleicht verloren, aber das Telefon trotzdem immer am Mann. Das muss man beschlagnahmen, da muss man dann reingucken und kann durchaus feststellen, wo diese Personen herkommen – beispielsweise an gesendeten Nachrichten oder an Funkzellenauswertung oder anderem. Was kann man noch machen? Man kann natürlich auch über DNA-Tests nachdenken, um herauszufinden, wo diese Personen herkommen. Also es ist natürlich mitnichten so, dass wir uns hier anlügen lassen müssen, dass wir uns auf der Nase herumtanzen lassen müssten […].“[257]
- Dennis Hohloch sagte **am 25.08.2024** auf einer Wahlkampfveranstaltung **in Brandenburg an der Havel**: „Sie wählen AfD, weil sie überzeugt davon sind, dass wir das liefern, was die sich erhoffen. Chancen in diesem Land […] und einfach nur eine Zukunft in diesem Land haben, ohne dass man, wenn man in die Shopping-Mall geht, wenn man zum Stadtfest geht, wenn man seine Eltern besuchen möchte, wenn man am Bahnhof steht, abgestochen zu werden oder vor den Zug geschmissen zu werden.“[258] Ferner sagte er vor dem Hintergrund eines islamistisch motivierten Mordanschlags: „Und wer sich Solingen auch mal ganz genau angeguckt hat, der weiß ja, dass das ein Fest der Vielfalt war. Vielfalt bedeutet […] nichts anderes als Mulitkulti. Und was

[255] Beleg 504, Minute 33:40.
[256] Beleg 504, Minute 33:40.
[257] Beleg 511, Minute 00:35.
[258] Beleg 488, Minute 01:12:20.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

bedeutet Mulitkulti? Multikulti bedeutet: Traditionsverlust, Identitätsverlust, Verlust der Heimat, Mord, Totschlag, Raub und Gruppenvergewaltigung."[259]

- Lena Kotré forderte auf der **Pressekonferenz** der Brandenburger AfD-Landtagsfraktion **am 27.08.2024** – in Folge des Solinger Messerattentats – als offizielle Parteiforderung unter anderem: „ein Betretungsverbot von Asylantragsstellern, von Flüchtlingen auf öffentlichen Veranstaltungen. Wir haben gesehen, nur so geht das, wir wissen nicht, wer in dieses Land gekommen ist, wir wissen nicht, wie sie heißen, wir wissen nicht, was sie hier wollen und vor allem wissen wir nicht, was sie im Schilde führen." In der Praxis würde ein solches Zugangsverbot zu Volksfesten bedeuten, Menschen zunächst anhand äußerlicher Merkmale überprüfen zu müssen, um so feststellen zu können, ob es sich um Flüchtlinge und Asylbewerber handelt. Ein solches „racial profiling" unterliegt dem Diskriminierungsverbot.[260]
- Hans-Christoph Berndt sagte auf einer **Pressekonferenz** der AfD-Landtagsfraktion **am 27.08.2024** nach dem Anschlag von Solingen: „Da will ich abschließend noch mal paar Bemerkungen machen zu der ideologischen Vorbereitung dieses Terrors, den wir in Solingen gesehen haben […] und da spielt eben dieses Dogma, diese Doktrin der Vielfalt eine große Rolle […] diese Vielfalt ist keine Stärke, sondern eine Belastung. Und Vielfalt durch offene Grenzen ist eine mörderische Gefahr […] und darum fordern wir ein Ende dieser Vielfaltsdoktrin und wir fordern ein Ende aller politischen und staatlichen Förderung dieses Vielfaltdogmas. Was heißt das konkret? Das heißt ganz konkret, dass wir fordern, dass das Aktionsbündnis Tolerantes Brandenburg, das unter der Herrschaft von Ministerpräsiden Woidke steht, beendet wird. […] Dieses Bündnis und diese Vielfaltsdoktrin unterstützt die Umwandlung unseres Staates in eine Gesellschaft, in der man seines Lebens nicht mehr sicher sein kann. […] Dieser Regenbogenkult führt uns nicht ins Paradies, sondern in die Hölle. Und darum verlangen wir, dass das Tolerante Brandenburg beendet wird und wir werden auch verlangen, dass an keinem öffentlichen Gebäude mehr die Regenborgenflagge gehisst wird. Dass es ein Ende hat."[261]
- Jean-Pascal Hohm führte **am 31.08.2024** bei einem AfD-Jugendabend **in Eisenhüttenstadt** aus: „Der, der eigentlich abstammungstechnisch aus Syrien kommt und jemanden in der Innenstadt absticht, ist dann auf einmal deutscher Staatsbürger. […] Wenn ich in der Bild-Zeitung lese: Messerstecherei in […] NRW meistens, der Täter war deutscher Staatsbürger. Schreibt doch

[259] Beleg 488, Minute 01:16:54.
[260] Beleg 489, Minute 01:15.
[261] Beleg 506.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

gleich, dass er eine ausländische Abstammung hat."[262] Hohm spricht hier offenkundig nicht nur im ethnokulturellen, sondern – darüber hinaus – im biologischen Sinne von Abstammung und unterscheidet auf dieser Grundlage implizit Staatsbürger einer ersten und zweiten Klasse.

- Der Landesvorsitzende René Springer sagte **am 02.09.2024** auf einer Wahlkampfveranstaltung **in Lübben**: „Und sie sagen, diese Flagge [Regenbogenflagge] steht für Vielfalt, und wofür Vielfalt steht, das haben wir in Solingen und in den Wochen und in den Tagen danach ja erleben dürfen: das sind Messermorde, das sind Gruppenvergewaltigungen, das ist Clan-Kriminalität, das ist das Gefühl, dass man sich völlig fremd im eigenen Land fühlt. Diese Flagge ist nicht unsere Flagge. […] Und was wir tun werden nach dem 22. September, wenn wir in die Staatskanzlei einziehen: wir werden sämtliche Regenbogenflaggen einholen und Schwarz-Rot-Gold hissen, in jeder staatlichen Institution. Und wenn sich dann mal der ein oder andere Wessi hierhin verirrt, dann wird er merken, was es bedeutet, deutschen Boden zu betreten. Denn der ein oder andere hatte ja schon mal das Vergnügen, in den Westen zu gehen. Wer war denn mal in Frankfurt am Main, wer war denn mal in Duisburg, Gelsenkirchen, Düsseldorf? Da kommt man aus dem Hauptbahnhof und denkt, man ist auf 'nem pakistanischen Basar. Was ist das denn für eine Zukunft, was ist das denn für eine Welt, die wir unseren Kindern mal geben wollen? Ich sage euch, wir werden alles [stark betont] dafür tun, dass unser Land nicht am Ende in unseren Innenstädten aussieht wie ein pakistanischer Basar. Wir werden die Zuwanderung steuern, begrenzen, und wir werden die außer Landes bringen, die nicht hierhergehören. Und ja, das sind mehr als eine Million. Das ist deutlich mal angesagt hier! Und weil mich Journalisten immer ansprechen auf die ‚millionenfache Remigration' – es sind eben nicht nur 300.000 Ausreisepflichtige, es sind auch 700.000 ohne Aufenthaltsgenehmigung […], das sind über 500.000, die über Jahre Bürgergeld beziehen, das sind 250.000 kriminelle Ausländer jedes Jahr, das sind Syrer, die in ihre Heimat zurückkehren können, weil es dort sicher ist; das sind Ukrainer, die in ihre Heimat zurückkehren können, denn wer Urlaub machen kann in der Ukraine, der kann da auch leben. Und wenn man das alles aufsummiert, da sind wir ganz klar bei einer siebenstelligen Zahl. […] Stehen wir zu unseren Positionen! Kämpfen wir für unser Land, für unsere Interessen, kämpfen wir für Deutschland und für die Interessen unserer Leistungsträger und vor allem: Kämpfen wir für die Zukunft unserer Kinder […]".[263]
- Jean-Pascal Hohm sagte **am 02.09.2024** auf eben dieser Wahlkampfveranstaltung **in Lübben**: „Es gibt ein Thema, was uns alle beschäftigt […], und das ist der Bevölkerungsaustausch, das ist

[262] Beleg 567, Minute 09:35.
[263] Beleg 490, Minute 15:00.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

die massive Migrationspolitik, die in diesem Land stattfindet, die uns zu Fremden im eigenen Land macht, die uns hier austauscht – und das wollen wir nicht! Wir als AfD sind die Partei der Deutschen. Wir sind die, die wollen, dass Deutschland das Land der Deutschen bleibt."[264]

- Lena Kotré verbreitete **am 02.09.2024 auf X** ein kurzes Video, das sie bei einem Wahlkampftauftritt zeigt. Darin wirbt sie für Ausbürgerungen und sagt sie: „Wir wollen eine Abschiebeoffensive. […] Und die dritte Stufe ist natürlich: Wir müssen Einbürgerungen hinterfragen. Erfolgte Einbürgerungen. Wir alle wissen, dass die Staatsbürgerschaft so einfach verscherbelt wird. Man wirft sie zum Fenster raus und jeder kann sie bekommen. Das müssen wir hinterfragen. Wir müssen gucken, ob die Leute, die in den letzten Jahren deutsche Staatsbürger geworden sind, überhaupt ein Recht dazu hatten. Haben sie getäuscht? Nicht nur über ihre eigene Identität, sondern auch darüber, dass sie sich ja an die freiheitlich-demokratische Grundordnung halten werden. Und das wollen sie nicht, wenn sie unsere Werte hier nicht anerkennen. Sie hassen uns, sie wollen unsere Werte nicht anerkennen, und dann haben sie dieses Land, ganz genau wie die anderen auch, zu verlassen."[265]
- Hans-Christoph Berndt sagte **am 07.09.2024** bei einer Rede **in Karstädt**: „Die anderen Parteien, die uns die letzten Jahrzehnte regiert haben, sie haben sich von uns verabschiedet, sie haben sich vom Volk verabschiedet. Für die ist das Volk, ist der Nationalstaat ein Konstrukt und etwas von vorgestern. Die träumen vom Weltstaat, die träumen davon uns aufzulösen in multikulturelle Siedlungsgebiete unter der Kontrolle anonymer Behörden – das ist die Politik, die sie betreiben im Weltwirtschaftsforum und in der EU. Einzig und allein wir, wir und nur wir – die AfD – halten daran fest, dass es ein Volk gibt und wir halten daran fest, dass Deutschland der Staat der Deutschen ist und Deutschland der Staat der Deutschen sein soll auch in Zukunft, weil wir nur in diesem Staat […], nur in der Organisation dieses Nationalstaats inneren Frieden und soziale Sicherheit bekommen. Die Vielfalt des […] Regenbogens ist die Hölle. Sie führt zu Mord und Totschlag."[266] Dort sagte er auch: „[…] und wenn wir die Finanzierung linksextremistischer Vereine einstellen, da wird's da auch leider keine Regenbogenversammlungen mehr geben."[267] Das „Selbstbestimmungsgesetz" der Bundesregierung bezeichnete Berndt als „Gesetz für Perverse."[268]

---

[264] Beleg 490, Minute 11:30.
[265] Beleg 551.
[266] Beleg 517, Minute 01:59:26.
[267] Beleg 517, Minute 02:09:33.
[268] Beleg 517, Minute 01:51:21.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

- Dennis Hohloch sagte **am 08.09.2024** im Interview mit dem **YouTube**-Kanal „WeichreiteTV“ zum Begriff der „Überfremdung“: „Es ist ein Unterschied, ob Sie heute am Potsdamer Bahnhof langlaufen oder ob Sie vor 15 Jahren langgelaufen sind. Und es ist ein Unterschied, wie ich mich fühle, wenn ich dort langlaufe. Und der Potsdamer Hauptbahnhof ist ja eine Waffenverbotszone geworden […] und das ist ja nicht ohne Grund so, weil eben dort die Sicherheitslage dramatisch ist und weil dort eben bestimmte Personen aus bestimmten Kulturkreisen – v.a. aus Syrien, aus Nordafrika, Zentralafrika – dort unterwegs sind und Straftaten begehen. Es gab ja auch mal einen Vorfall, bei dem einem Juden die Kippa vom Kopf geschlagen wurde, der [ist] witziger Weise ja sogar Mitglied unserer Partei und ja… [lacht verhalten] – warum auch nicht?! Und es war natürlich auch ein Araber, der das getan hat. Und Überfremdung bedeutet jetzt seit 2015, dass wir in unserem Land einfach zu viele Menschen aufgenommen haben, die eben kulturell nicht zu uns passen, die mit der Geschichte dieses Landes auch nix anfangen können oder wollen, und dass wir hier […] Parallelgesellschaften haben mittlerweile. Parallelgesellschaften sind immer schlecht für eine zusammenhängende Gesellschaft, weil die Gesellschaft dann nicht mehr zusammenhängend ist.“[269]
- Hans-Christoph Berndt sagte **am 10.09.2024** bei einer Wahlveranstaltung **in Groß Köris**: „[…] dass wir sagen: Deutschland ist ein gutes Land, die Deutschen sind ein gutes Volk, kein Verbrechervolk. Wir müssen uns nicht schämen, deutsch zu sein. Wir haben unsere Fehler und wir haben nicht alles richtiggemacht, aber wir haben der Welt auch unendlich viel gegeben. Und darum achtet die Welt auch die Deutschen, wenn sie sich selbst achten, wenn wir zur Selbstachtung zurückkehren, wegkommen von dieser krankhaften Selbstverachtung, Selbstverneinung, Selbstverleugnung. Und die Politik in unserem Interesse machen, zuerst einmal Politik für Deutsche machen […], denn alles andere ist geisteskrank und selbstzerstörerisch.“[270]
- MdB Norbert Kleinwächter[271] sagte bei einer Wahlkampfveranstaltung **am 14.09.2024 in Bad Freienwalde** [in schriller Tonlage]: „Und ich sage Ihnen auch, wen wir so alles abschieben. Wir schieben die ganzen Leute ab, die so illegale Migranten sind, die vor nichts und niemandem geflohen sind, die keine politisch Verfolgten sind, die keinen Krieg hatten, da wo sie herkommen. Die schieben wir ab! Ich sag euch, wen wir noch abschieben. Wir schieben auch all diejenigen ab, die vielleicht aus einer bürgerkriegsähnlichen Situation kommen – Syrien, Afghanistan, sonst was –, die aber 13 Länder durchquert haben, bis sie an der deutschen Grenze aufgetaucht sind,

[269] Beleg 516, Minute 56:09.
[270] Beleg 518, Minute 01:01:10.
[271] Norbert Kleinwächter zog bei der Bundestagswahl im Februar 2025 nicht erneut in den Bundestag ein.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

um dort das Zauberwort ‚Asyl' auszusprechen, […] auch diese Leute schieben wir ab. Wir schieben all diejenigen ab, die unter Angabe falscher Informationen nach Deutschland gekommen sind, die ihre Karriere hier in Deutschland mit einer Lüge begonnen haben. Diese Leute schieben wir ab! Wir schieben all die Leute ab, die sich einbilden, die hier mit Messern herumlaufen müssen und andere bedrohen müssen. Wir schieben all diejenigen Leute ab, die unsere jungen Schülerinnen teilweise schon tagtäglich bedrohen auf dem Weg zur Schule – wollen wir nicht im Busch ‚Ficki Ficki'. Ich weiß, wovon ich rede, ich hab' ne Schülerin, der das passiert ist, die ist auf dem Weg zur Schule angesprochen worden von einem dieser wunderbaren Migranten, er möge doch mit ihr im Busch ‚Ficki Ficki' machen. Gott sei Dank war das ein Sport-Ass, die ist ihm einfach davongerannt. Aber das ist die Realität in Brandenburg, und das kann doch nicht wahr sein. Solche Leute schieben wir ab! Solche Leute schieben wir ab. Und wisst ihr, wofür dann Platz ist? Für all die Rentner, die sich ihre Wohnung nicht mehr leisten können, für die jungen Studenten […]."[272]

- Hans-Christoph Berndt sagte bei eben dieser Wahlkampfveranstaltung **am 14.09.2024 in Bad Freienwalde**: „Wir haben auch ein Gespür dafür, dass wir als Nation Teil einer Generationenfolge sind, dass wir die Erben sind unserer Eltern und unserer Großeltern und unserer Vorfahren […]. Und dass wir deswegen verpflichtet sind dafür zu sorgen, dass auch unsere Nachkommen, auch unsere Jugend, hier in Deutschland ihre Heimat hat, hier ihren Platz hat, wo sie sich als Deutsche frei bewegen können, wo sie sich nicht irgendwelchen Zuwanderern unterwerfen müssen, wo sie nicht die Kleidung, die Speisen und die Sitten von Leuten annehmen müssen, die hier nichts beigetragen haben, sondern als Eroberer kommen und unsere einheimischen Jugendlichen unterdrücken. Das wollen wir nicht! Deutschland ist das Land der Deutschen, Deutschland soll das Land der Deutschen bleiben. Dafür stehen wir!"[273]
- Hannes Gnauck sprach auf einer Wahlkampfveranstaltung **am 15.09.2024 in Neuruppin** davon, dass jeder gut integrierte bzw. assimilierte, steuerzahlende Einwanderer in Deutschland herzlich willkommen sei. Auch Menschen mit Migrationshintergrund in der zweiten oder dritten Generation, so Gnauck, würden mittlerweile AfD wählen und auch gegen Flüchtlingsunterkünfte protestieren. Zugleich sagte Gnauck aber: „Ich sag euch mal, wo meine Obergrenze [für Zuwanderung] ist: Meine Obergrenze, die ist nicht bei 200.000 im Jahr, meine Obergrenze ist auch nicht bei null im Jahr, meine Obergrenze ist bei minus eine halbe Million im Jahr."[274]

[272] Beleg 521, Minute 01:30:34.
[273] Beleg 521, Minute 02:21:07.
[274] Beleg 522, Minute 01:17:03.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

- Dennis Hohloch sagte auf einer Wahlkampfveranstaltung **am 15.09.2024 in Neuruppin**: „Kinder, die anderen Kindern ihr Recht auf Bildung rauben, indem sie sie erpressen, indem sie sie bedrohen, indem sie gewalttätig werden, diesen Kindern wird ein AfD-Bildungsminister das Recht auf Bildung entziehen und sie von der Präsenzpflicht entbinden. Solche Kinder haben an unseren Schulen nichts zu suchen, die können nach Hause gehen und dort zuhause lernen, das hat doch bei Corona auch so gut funktioniert, wie man uns erzählt hat. Und gleichzeitig werden wir die Eltern in die Pflicht nehmen, denn die Eltern sind in der Pflicht dafür zu sorgen, dass ihr Mohammed und dass der Ali sich in unseren Schulen nach unseren Regeln zu benehmen haben. Die Eltern, die Sozialhilfe kassieren, werden die Sozialhilfen drastisch gekürzt, wenn ihre Kinder in der Schule sich nicht ordentlich und anständig benehmen können, liebe Leute."[275]
- Dennis Hohloch sagte auf der **Pressekonferenz der AfD-Landtagsfraktion am 18.09.2024**: „Nein, das macht man wie in Dänemark. Die [Ausreisepflichtigen] kommen in eine Abschiebehaftanstalt, wo keine großen Standards eingehalten werden müssen. Das ist eben eine Art Gefängnis, und das ist keine Wohnung, die Sie hier in Potsdam bauen, die können sie auch irgendwo auf der Wiese errichten, schön weit weg aus allen Städten. Dort werden die Leute untergebracht genau wie so ein Iraker in Dänemark, der seit sieben Jahren in so einer Haftanstalt sitzt, weil es gibt kein Ausfühungsabkommen zwischen Irak und Dänemark. Dann kommen die Leute dahin, bleiben dort. Und die Standards zum Bau, die sind so niedrig, da finden Sie sicherlich jemanden, der das irgendwo auf der grünen Wiese baut, da brauchen Sie auch nicht drei Jahre Bauanträge, da müssen Sie keine Umweltauflagen einhalten, wenn Sie es irgendwo auf der grünen Wiese machen. […] Sie können mir doch nicht alle erzählen, dass das hier unmöglich ist innerhalb von wenigen Monaten ein paar Container aufzustellen, Stacheldraht, Natodraht zu ziehen, die Leute dort reinzubringen und dort zu lassen bis sie abgeschoben werden."[276]
- **Spiegel-TV** strahlte **am 19.09.2024** eine Reportage über den Wahlkampf der AfD aus; insbesondere mit Blick auf die JA Brandenburg. Darin ist Jean-Pascal Hohm zu sehen, der – adressiert an Jugendliche – sagt: „Betreibt Kampfsport, bildet Gemeinschaft und werdet wehrhaft. Gerade in einer Situation, in der man unser Land, unsere Städte mit Millionen Kulturfremden flutet, die sich hier wie Eroberer verhalten, müssen wir uns verteidigen können." Ferner ist in der Reportage Dennis Hohloch zu sehen, der am Rande eines sogenannten Jugendabends Kinder auffordert, Sticker der AfD BB – „Remigration? Na klar!" zu kleben.[277]

[275] Beleg 522, Minute 02:28:46.
[276] Beleg 529, Minute 00:20.
[277] Beleg 532, Äußerung Jean-Pascal Hohm ab Minute 07:40.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

- Der AfD-LV BB feierte **am 22.09.2024** seine **Wahlparty** zur Landtagswahl 2024. Die Party sorgte für mediales Aufsehen aufgrund einer Szene, in der mehrere junge JA-Mitglieder – u.a. Anna Leisten – zu einem KI-generierten Lied feierten, in dem es heißt: „Hey, jetzt geht's ab, wir schieben sie alle ab, sie alle ab." Dazu hielten sie auf einer Tafel den Slogan „Millionenfach abschieben" hoch. Im weiteren Verlauf des Abends tanzten AfD-Anhänger und Vertreter des AfD-LV BB – u.a. Lena Kotré – auf der Straße vor dem Gasthof. Auch hier lief das besagte Lied. Ferner wurde der Song „Ost, Ost, Ostdeutschland gespielt", wo es heißt: „Im Osten heißt Familie Mutter, Vater, Kind, dem Westen ist das scheißegal, weil die so offen sind. Hier schaut man nach dem Rechten, hier passt man auf sich auf. Im Westen spielt der Ali mit den Bullen Katz und Maus. Im Osten hat man Kühe und einen Hühnerstall, im Westen LGBTQ und einen Knall."[278] Das letztgenannte, vom AfD-Mitarbeiter und YouTuber Björn Winter geschriebene Lied wurde auf den sogenannten AfD-Winterfesten während des Wahlkampfes im Januar und Februar 2025 abgespielt.
- Dennis Hohloch behauptete **am 01.10.2024 auf TikTok**, dass die SPD eine Quote für Ausländer und Migranten im öffentlichen Dienst einführen wolle; und gab damit den auch SPD-intern umstrittenen Sachverhalt verkürzt wider. Hohloch unterstellte, dass die Ampelregierung bewusst Politik zum Nachteil des deutschen Volkes betreibe: „Dass SPD, FDP und Grüne offensichtlich keine Scham haben der eigenen Bevölkerung zu schaden und ausschließlich Politik für ihr linksgrünes Klientel zu machen, ist offensichtlich. Aber ich kann euch eins sagen, die einzige Quote die eine AfD-Regierung akzeptieren würde, wäre die Quote von 100 Prozent Abschiebungen. Das ist unser Versprechen. Wir wollen Remigration. Und wir wollen vor allem eins, Qualität statt Quote."[279]
- Gerhard Vierfuß sagte in einer **am 02.09.2024** veröffentlichten Folge des **Podcasts „Kramers klare Kante"** zum Thema „Politische Justiz – Wie das Innenministerium die Opposition bekämpft": „[…] dass das selbstverständlich legitimes politisches Handlungsziel ist, das eigene Volk im ethnisch-kulturellen Sinne zu erhalten. Das ist eigentlich eine Trivialität geradezu. Unsere sogenannten Eliten haben eben das Ziel diese Trivialität als Absurdität erscheinen zu lassen und das entsprechende Ziel zu verbieten. Das ist deren Anliegen. Antideutsche Eliten, von denen wir regiert werden."[280]Lena Kotré veröffentliche **am 07.11.2024 auf X** einen Beitrag, in dem sie schrieb: „Es ist die Ersetzungsmigration, die unsere Existenz in Frage stellt."[281]

[278] Beleg 533.
[279] Beleg 539.
[280] Beleg 549, Minute 31:41.
[281] Beleg 552.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

- Yvonne Prause, Vorsitzende des AfD-Ortsverbandes Mühlenbecker Land, Mitarbeiterin eines AfD-Bundestagsabgeordneten und Listenkandidatin für den Landtagswahlkampf 2024, die als Brandenburger „AfD-TikTokerin“ bekannt wurde, postete **am 13.11.2024** unter der Überschrift „13-jähriger Syrer ABSCHIEBEN!!! samt Blutlinie“ **auf TikTok** ein Video. Anlass für das Video war ein Bericht über eine jugendliche Bande im Raum Karlsruhe, die eine Vielzahl von Straftaten begangen haben soll und deren Anführer ein 13-jähriger Syrer gewesen sein soll. Da die Tatverdächtigen strafunmündig waren, konnte ein Strafverfahren nicht durchgeführt werden. Prause kommentiert dies mit den Worten: „Ich hätte kein Hindernis. Hose runter, ordentlich verjacken und dann ab in den Abschiebeflieger und das mit der gesamten netten Blutlinie, die diese feinen kleinen Burschen haben. Also ich würde kein Hindernis sehe, ich wüsste was zu tun ist!“[282]
- Yvonne Prause postete **am 19.11.2024** unter der Überschrift „DEUTSCHER BODEN GILT ALS!! VERLOREN!! – afro/orientalisch islamistische BESATZER – RAUS“ ein Video **auf TikTok**. Hintergrund war ein Interview mit der Berliner Polizeipräsidentin, in dem diese Homosexuellen und Juden davon abriet, in bestimmten Berliner Vierteln offen erkennbar aufzutreten.[283]
- Lena Kotré wiederholte **im Podcast der AfD-Landtagsfraktion** Brandenburg „Blaue Runde“, Ausgabe 47/24 **vom 21.11.2024**, ihre Forderung, dass die Herkunftsregion zumindest von abschiebepflichtigen Personen ohne Papiere über eine DNA-Analyse bestimmt werden solle.[284] Die Forderung, die grundsätzlich rechtlich möglich erscheint, ist im Kontext diverser anderer Einlassungen – sowohl Kotrés wie weiterer führender AfD-Akteure – über die Sicherung und Bewahrung der ethnokulturellen Zusammensetzung des deutschen Volkes zu lesen und zu bewerten.
- Yvonne Prause sprach **auf dem Parteitag des AfD-LV BB in Prenzlau am 24.11.2024**, laut Bericht des „Tagesspiegel“, von „schlappschwänzigen Grünmenschen“, die „zu feige für die Front“ seien, und sie forderte ferner dazu auf, die „große Remigration“ zu starten. Außerdem wolle sie das „ächzende Sozialsystem von parasitärem Befall“ befreien.[285] In einem kurzen TikTok-Video vom 25.11.2024 bestätigte Prause indirekt, dass sie in ihrer Rede von „parasitärem Befall“ gesprochen hatte. Allerdings habe sie nach eigener Aussage dort nicht vom „afroasiatischen Zivilbesatzer“ gesprochen, sondern von „afro-orientalischen-islamistischen Zivilbesatzern.“[286]
- Gerhard Vierfuß kritisierte **am 24.11.2024 auf X** seine eigene Partei, insbesondere aber den Bundesvorstand, und nutzte antisemitischen Jargon: „Die #AfD ist leider eine prozionistische

[282] Beleg 580. Siehe im Zusammenhang auch Beleg 587.
[283] Beleg 582. Siehe im Zusammenhang auch Beleg 558.
[284] Beleg 560, Minute 08:50. Siehe zur Forderung u.a. Beleg 511.
[285] Beleg 558.
[286] Beleg 558b.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Partei. Genauer: ihre Funktionärskaste erzwingt gegen den Willen der Mehrheit ihrer Mitglieder einen prozionistischen Kurs. Dies ist deswegen besonders idiotisch, weil ihr fast niemand in der Welt die Aufrichtigkeit ihrer Haltung abnimmt, sie dadurch also keinen relevanten Vorteil hat, sondern nahezu ausschließlich Schaden anrichtet – sich selbst, aber vor allem Deutschland."[287]

- René Springer sagte **auf dem Parteitag des AfD-LV BB in Prenzlau am 24.11.2024** vor dem Hintergrund der Sorgen der Bürger: „Oder aber, wir kämpfen. Denn alles in der deutschen Geschichte zeigt, dass es sich lohnt zu kämpfen."[288] Weiter warnte er vor zukünftigen Entwicklungen: „Vor den Schulen werden Regenbogen wehen und in den Schulen werden unsere Töchter mit Schleier in überfremdeten Klassen sitzen."[289]
- Yvonne Prause postete **am 05.12.2024** u.a. **auf X** einen Videobeitrag, in dem sie eine öffentlich gemachte Statistik über Clan-Kriminalität thematisierte. In ihrem Beitrag kritisierte sie: „So! Ja, aber kommen wir auf diesen ersten Balken zurück, der größte: deutsche Staatsangehörige. Also Leute, mal ganz ehrlich, mittlerweile ist doch wohl eins klar: Da, wo Deutsch draufsteht, ist schon lange nicht mehr stets auch Deutsch drin. Na, das wird dann wohl das nette Personal sein, das eine [ironisch betont] gewisse Einwanderungsgeschichte hat. Also auch hier wieder… [Kopfschütteln]. Alles wird verzerrt und vernebelt. So, klar ist aber, dass natürlich die nächsten schon an unseren Außengrenzen stehen und nur darauf warten, ihre kleinen Füßchen über unsere Grenzen setzen zu dürfen. Nun ja, der Nachwuchs, an dem darf es doch Tatsache nicht fehlen. […] Also, meine lieben Leute: AUGEN auf!"[290]
- Steffen Kotré teilte **am 16.12.2024** anlässlich der verlorenen Vertrauensfrage des Bundeskanzlers **auf X** ein Video und versah es mit folgendem Kommentar: „Der Horror ist endlich vorbei. Unser Land hat jetzt die Möglichkeit, sich gegen Gängelung, Überwachung, Enteignung und Ersetzungsmigration zu wehren. Macht alle mit – jetzt kommt es auf jeden Einzelnen an!"[291]
- Der AfD-LV BB verbreitete im Vorfeld der vorgezogenen Bundestagswahl 2025 einen „Abschiebekalender 2025". Einzelne Kreisverbände hatten ähnliche Kalender schon im Zuge der Debatte um „Remigration" Anfang 2024 selbstständig in den Druck gegeben. Der „Abschiebekalender 2025" wurde vom AfD-LV BB erstmals **am 17.12.2024** u.a. **auf X** beworben. Er zeigt als Cover-Motiv eine blonde, weiße Frau, deren Blick auf mehrere Flugzeuge am Himmel gerichtet ist.[292]

[287] Beleg 557.
[288] Beleg 562, Minute 00:50.
[289] Beleg 562b.
[290] Beleg 571, Beleg 571b.
[291] Beleg 576.
[292] Beleg 574.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

- Auf einer **Pressekonferenz der Brandenburger AfD-Landtagsfraktion am 11.12.2024** waren die Abgeordneten Lena Kotré, Hans-Christoph Berndt, Dennis Hohloch und Peter Drenske anwesend. Auf die mehrfache Nachfrage eines BILD-Journalisten, ob Lena Kotré wisse, wie viele der 22.000 in Brandenburg lebenden syrischen Geflüchteten in Lohn und Brot seien, konnte oder wollte diese keine konkrete Antwort geben. Bei der dritten Nachfrage schaltete sich Dennis Hohloch offenbar verärgert in die Diskussion ein und sagte: „Um das zu beantworten, offensichtlich bald niemand mehr!" Holoch verbreitete diese Sequenz auf TikTok am Folgetag unter der Überschrift: „AfD gegen Bild-Zeitung – Wie viele Syrer arbeiten bald noch hier?" selbst noch einmal.[293] Mit dieser Aussage machte Hohloch deutlich, dass syrische Migranten unabhängig von der Frage, ob sie ihr Leben selbst finanzieren können, Deutschland verlassen müssten.
- Yvonne Prause forderte **am 30.12.2024** in einem **TikTok**-Video über das Attentat auf dem Weihnachtsmarkt in Magdeburg neuerlich ausländische Straftäter samt „Blutlinie" abzuschieben.[294]
- Volker Nothing veröffentlichte **am 05.01.2025** ein Video u.a. **auf Telegram**, das der Wahlwerbung diente. Unter der der Überschrift „Weißt du noch…" fragt darin eine Frauenstimme: „Weißt du noch, was Du für leuchtende Augen als Kind beim Besuch des Weihnachtsmarktes hattest, ohne dieses komische Gefühl im Bauch? Weißt Du noch, wie es war, als du unbeschwert feiern konntest, ohne dich beim Heimweg ständig umzusehen? Weißt Du noch, wie unbeschwert Deine Schulzeit war, ohne Talahons und Angst? Weißt noch, wie es war, vor dem Schicksalsjahr 2015, als die CDU die Grenzen öffnete – und glaubst du wirklich, dass die gleiche CDU nun all die Probleme löst, die sie selbst verursacht hat? Holen wir uns gemeinsam unser Land zurück." Das Video richtete sich an junge Wähler. Szenen, die eine idealisierte Vergangenheit zeigen, sind KI-generiert und präsentieren in harmonischen Farben schöne, ausschließlich blonde junge Menschen. Die „Grenzöffnung" wird dagegen mit realen Archivmaterial dargestellt und ist farblich in schwarz und weiß gehalten. So wird die Migration auch optisch negativ assoziiert.[295]
- René Springer sagte auf der Auftaktveranstaltung zur Bundestagswahl des LV BB **am 18.01.2024 in Eberswalde**: „Wir werden erstens: die Grenzen schützen – lückenlos! Es gibt eine klare Ansage an die Welt: Ihr kommt hier nicht mehr rein, wenn ihr bei uns nur Sozialleistungen sucht oder ein besseres Leben. Es wird keinerlei Geldleistungen mehr für Asylbewerber geben. Brot, Bett und Seife – das ist das Motto. Und wer dann noch kommt, der ist wirklich Kriegsflüchtling. Wir werden Rückführungen im großen Stil durchführen. Illegale haben in Deutschland nichts

[293] Beleg 584a.
[294] Beleg 587. Siehe im Zusammenhang auch Beleg 580.
[295] Beleg 586.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

verloren. Wir werden das Asylrecht verschärfen. Asyl, das ist Schutz auf Zeit. Wenn in der Heimat Frieden hergestellt ist, dann müssen diese Menschen in ihre Heimat zurückkehren. Viertens: Wir werden unsere Staatsbürgerschaft nicht mehr verramschen! Wir werden die Turboeinbürgerungen stoppen. Und: Wir werden die doppelte Staatsbürgerschaft abschaffen!“[296]

- Hans-Christoph Berndt sagte auf der Auftaktveranstaltung zur Bundestagswahl des LV BB **am 18.01.2024 in Eberswalde**: „Das ist die AfD. Wir sagen: Politik für das deutsche Volk. Deutschland ist das Land der Deutschen. Deutschland wird das Land der Deutschen bleiben. Unsere Jugend soll hier ihre Heimat behalten.“[297]
- Hannes Gnauck wiederholte auf der Auftaktveranstaltung zur Bundestagswahl des LV BB **am 18.01.2024 in Eberswalde** die vielfach von ihm genutzte Formulierung: „Ich muss nicht erklären, warum mir jeder Einzelne von euch viel näher ist als irgendein Syrer oder irgendein Afghane. Dieses Verhältnis, was wir untereinander haben, auch wenn wir uns vielleicht nicht persönlich kennen, dieses unsichtbare Band, was uns verbindet – durch gemeinsame Traditionen, durch eine gemeinsame Geschichte und auch durch gemeinsame Schicksalsschläge in der deutschen Vergangenheit; dieses Band, das uns Deutsche verbindet, das muss ich nicht erklären. Wir können stolz darauf sein, Deutsche zu sein.“[298]
- Steffen Kotré postete am 23.01.2025 auf X ein Video im Zusammenhang mit den Morden in Aschaffenburg: „Einwanderung ist immer auch Messereinwanderung“.[299] Ferner forderte er „Remigration“ für alle Personen, die „auch sonst wie hier bei uns nicht integriert“ seien.[300]
- René Springer sagte beim AfD-Winterfest **in Neuruppin am 24.01.2025**: „Und die Forderung Nummer Eins ist: Die Grenzen werden dichtgemacht! Die Grenzen werden dichtgemacht und unsere Soldaten, die heute nach Litauen geschickt werden, um irgendwann gegen Russland zu kämpfen, die werden aus Litauen abgezogen und an unseren Grenzen stehen! Landesverteidigung heißt Grenzsicherung! [Applaus] Wir werden für Flüchtlinge und Asylbewerber die Geldleistungen komplett streichen. Es wird vom ersten Tag an nur noch Sachleistungen geben. Und das heißt: Brot, Bett und Seife! Und wer dann noch nach Deutschland kommt, der ist wirklich Flüchtling. […] Forderung Vier ist, dass wir unsere Staatsbürgerschaft nicht länger verramschen werden. Wir werden die Turboeinbürgerungen stoppen. Mit uns wird es keine doppelte Staatsbürgerschaft mehr geben. Und Ausländer, die zwei Staatsbürgerschaften haben – sagen wir, die li-

[296] Beleg 590, Minute 27:58.
[297] Beleg 590, Minute 48:10.
[298] Beleg 590, Minute 01:26:53.
[299] Beleg 593, Minute 00:54.
[300] Beleg 593, Minute 02:44.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

banesische und die deutsche –, denen werden wir den deutschen Pass wegnehmen, wenn sie hier schwerstkriminell werden, und dann gehen sie zurück in ihre Heimat [Applaus].“[301] Dort sagte er auch: „Wir werden das Bürgergeld abschaffen und ersetzen durch eine aktivierende Grundsicherung. Diese aktivierende Grundsicherung wird eine Sozialleistung grundsätzlich nur noch für Deutsche sein. Wir werden aufhören die Welt in Deutschland zu alimentieren! [Applaus] Wir werden diejenigen, die glauben über Jahre und ein Jahrzehnt Sozialleistungen beziehen zu können, obwohl sie erwerbsfähig sind, für die wird es eine Arbeitspflicht geben – denn es gibt genug dreckige Parks, es gibt genug Mauern, an denen es Graffiti gibt, es gibt genug zu tun in diesem Land, und diese Arbeit werden diese Leute übernehmen. Wir werden Schmarotzertum nicht mehr dulden!“[302]

- Steffen Kotré veröffentlichte **am 29.01.2025** ein Video **auf Facebook**, in dem er sagte: „So etwas kommt immer wieder vor, eben gerade, weil die Menschen aus kulturfremden Räumen sich hier nicht benehmen können.“[303] Darin sagte er auch: „Und wir sehen auch eins, vermute ich mal, Migranten dürfen sich mehr erlauben als Deutsche, wenn ein Deutscher randaliert, glaube ich, da wäre sofort jemand [die Polizei] dagewesen. Aber an Migranten traut man sich nicht ran, weil die Regierungen in Bund und Land über Jahre und Jahrzehnte, weil die Verantwortlichen in der Gesellschaft über Jahre und Jahrzehnte immer wieder das Fremde, das fremde Element im Land hofiert haben, Ausländer, Migranten hofiert haben. […] die kriegen Geld noch und nöcher, obwohl es viele, viele Rentner bei uns gibt, die das Geld mehr bräuchten, oder eben Kinder, die das Geld mehr bräuchten. Leider haben wir ein solches Klima, was so was noch begünstigt. […] Und wir werden dafür sorgen, dass unser Land wieder sicher wird.“[304]
- Dennis Hohloch sagte auf dem AfD-Winterfest **in Falkensee am 31.01.2025**: „Wir machen das, was meine Kollegin Lena Kotré gesagt hat. Wir wollen keine Integrationspolitik oder keine Integrationsindustrie, keine Migrationsindustrie. Was wir brauchen ist[laut]: Abschiebeindustrie! Was wir brauchen ist Remigration! Abschiebungen, raus mit diesen Leuten, die nicht in unser Land gehören, die nicht zu uns passen und die hier nicht sein dürfen. Das ist das Gebot der Stunde!“[305]
- Hans-Christoph Berndt sagte auf dem AfD-Winterfest **in Bernau am 02.02.2025**: „Wir, die AfD, sind die einzige Partei im Bundestag, die einzige relevante Partei im Land, die weiß und ihr Han-

[301] Beleg 594, Minute 01:10:27.
[302] Beleg 594, Minute 01:12:28.
[303] Beleg 599, Minute 00:21.
[304] Beleg 599, Minute 08:48.
[305] Beleg 601, Minute 48:10.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

deln danach ausrichtet, dass wir Teil einer Generationenfolge sind. Wir alle haben ein Land geerbt […], ein schönes Land, ein liebenswertes Land, das unsere Vorfahren aufgebaut haben und immer wieder auch aus den Trümmern und Zerstörung und Verwüstungen von Kriegen aufgebaut haben. Und dieses Erbe ist eine Verpflichtung. Wir sind verpflichtet dafür zu sorgen, dass auch die jungen Leute, die hier sind – und ihr seid herzlich Willkommen – und die Kinder und deren Kinder hier in Deutschland eine Heimat haben werden, das ist unsere Verpflichtung und das ist unser größer Ansporn. Wir sind als AfD die einzige Partei, die sich ohne Wenn und Aber zum deutschen Volk bekennt, die nicht will, dass wir ausgelöscht werden, die nicht will, dass wir wegverdünnt werden. Wir sagen: Deutschland ist das Land der Deutschen und Deutschland soll das Land der Deutschen bleiben. Dafür sind wir da, das ist unsere Aufgabe und diese Aufgabe werden wir erfüllen."[306]

- René Springer sagte auf dem AfD-Winterfest **in Bernau am 02.02.2025**: „Sie winken hier mit dem Regenbogen und propagieren Vielfalt. Und wie die Vielfalt aussieht, das kann man den offiziellen Statistiken der Polizei entnehmen: 405 Morde im Jahr durch Zuwanderer. Jeden Tag zwei Gruppenvergewaltigungen. Jeden Tag vier Messerangriffe mit schwerverletzten Opfern. Regionalzüge, wo man das Gefühl hat, man sitzt im Orient-Express. Innenstädte, wo man das Gefühl hat, man ist in Kabul oder Mogadischu. Silvester, wo Polizisten angegriffen werden, und raum- und kulturfremde Menschen Raketen in unsere Kinderzimmer schießen. [Im lauten Ton] Wir wollen diese Zustände nicht in unserem Land. Wir wollen nicht, dass Deutschland ein internationales Siedlungsgebiet ist. Wir wollen, dass Deutschland deutsch bleibt. Und wir werden uns unser Land zurückholen!"[307]
- Hannes Gnauck sagte am **07.02.2025** auf dem AfD-Winterfest **in Potsdam**: „Wir sind das deutsche Volk, und wir sind gemeinsam gewachsen durch eine gemeinsame Tradition, durch gemeinsame Brauchtümer und auch gemeinsame Schicksalsschläge. Ich muss hier keinem erklären, warum mir jeder von euch näher ist – auch wenn ich nicht jeden persönlich kenne – […] als irgendein Syrer oder irgendein Afghane. Uns verbindet ein unsichtbares Band als Deutsche, das muss man nicht erklären, das ist einfach so, und das ist auch gut so." Er schloss diese Rede mit dem Satz: „In jedem von euch steckt ein Deutscher. Ihr müsst ihn nur rauslassen! Vielen Dank."[308]

[306] Beleg 603, Minute 01:09:24.
[307] Beleg 603, Minute 01:22:50.
[308] Beleg 610, Minute 01:14:18.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

- René Springer sagte **am 08.02.2025** auf dem AfD-Winterfest **in Brandenburg an der Havel**: „Wir haben Clan-Kriminalität, wir haben Migrantengewalt auf unseren Schulhöfen und an Silvester ballern raum- und kulturfremde Menschen Knallkörper und Raketen auf unsere Sicherheitskräfte und in unsere Kinderzimmer. Das Tor zur Hölle ist schon längst geöffnet, es wurde 2015 von Merkel geöffnet und seitdem nicht wieder geschlossen. Wir werden dieses Tor zur Hölle schließen."[309]
- Dennis Hohloch sagte **am 15.02.2025** auf dem AfD-Winterfest **in Königs Wusterhausen**: „Sie [die Regierung von Schweden] werden zukünftig auch Minderjährige unter 15 Jahren juristisch belangen, wenn sie straffällig geworden sind. Auch das wird die AfD tun. Denn ich als Lehrer bin es leid, mir immer wieder Videos angucken zu müssen, wo kleine Mädchen und kleine deutsche Jungs von irgendwelchen ausländischen minderjährigen Banden gejagt werden, verprügelt werden, gedemütigt werden – und dann können sie nicht mal belangt werden! Wir müssen für diese Leute das Strafmündigkeitsalter herabsetzen, und das werden wir im Bundestag machen."[310] Hier legt Hohloch zumindest im zweiten Teil des Zitates für Zuhörer nahe, dass die Herabsetzung der Strafmündigkeit ausschließlich für sogenannte ausländische Minderjährige gelten soll.
- Steffen Kontré sagte **am 15.02.2025** auf dem AfD-Winterfest **in Königs Wusterhausen**: „Wenn die Linksgrünen immer mit Moral kommen, dann meinen sie eigentlich nur ihre Politik der Überfremdung. Denn das sind Überfremdungspolitiker. Sie wollen unser Land mit aller Macht überfremden. Und das erkennen wir daran, dass sie schon seit 10 Jahren das tun. Und dass schon seit 10 Jahren die Dinge schieflaufen, aber sie nichts dagegen tun. Und das ist symptomatisch. Und deswegen glaube ich niemanden von den Linksgrünen, auch nicht von der CDU, der da sagt, er will die Massenmigration eindämmen, weil sie eben nichts dagegen tun."[311]
- Hans-Christoph Berndt sagte **am 14.02.2025** auf dem AfD-Winterfest **in Frankfurt/Oder**: „Dass wir davon ausgehen, dass es ein Volk gibt und dass wir weiter ein Volk sein wollen. Die anderen haben sich doch alle vom Volk verabschiedet. Für die ist das Volk ein Konstrukt. Deren Weltsicht ist so: Es gibt die Menschheit und es gibt einzelne Menschen, die wie Sandkörner nebeneinanderliegen. Und die werden dann alle regiert von der UNO oder vom Weltwirtschaftsforum. Das ist deren Weltsicht. Nationen gibt es für sie nicht. Die Nation ist für sie eine Erfindung des 19. Jahrhunderts, die sie längst hinter sich gelassen haben. So ist ihre Politik. Auch deswegen gibt es ja diese Masseneinwanderung, weil sie das Volk verneinen, und weil sie sagen: na, egal ob jemand

[309] Beleg 609, Minute 01:29:08.
[310] Beleg 613, Minute 00:38:31.
[311] Beleg 613, Minute 01:23:21.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

aus Afghanistan oder aus Afrika kommt, Mensch ist Mensch, alles durcheinanderschmeißen – das ist ihr Weltbild. Und dieses Weltbild ist zerstörerisch und mörderisch. Zerstörerisch und mörderisch, und macht auch unglücklich. Es hat ja seine Gründe, dass wir in einer Welt leben, in der die Angststörung und depressiven Erkrankungen so doll zunehmen, weil der Mensch ja in Wirklichkeit kein Atom und kein Sandkorn ist, weil der Mensch die Gemeinschaft mit anderen Menschen braucht. […] Wir wissen, dass der Mensch nur im Zusammenleben als Mensch sich entfalten kann und friedlich und glücklich leben kann. Und eine historisch gewachsene und bewährte Form des Zusammenlebens in größeren Verbänden, das ist die Nation. Und wir verdanken dem Nationalstaat ja unendlich viel Gutes. […] Wir halten an der Nation fest und dazu gehört auch das, was Hannes [Gnauck] gesagt hat, was ich noch ausdrücklich bekräftigen will: Wir verstehen uns als Teil einer Generationenfolge. Das Gute, was wir geerbt haben, das haben wir eben geerbt, das verdanken wir den Mühen unserer Vorfahren. […] Deutschland ist das Land der Deutschen. Deutschland ist ein kleiner Fleck auf Erden. Wir sind nicht das größte Volk auf Erden, aber dieses Stückchen Land, das uns gehört, das geben wir doch nicht preis. Irgendwo müssen doch auch die Deutschen ihre Heimat haben, und das ist hier in Deutschland."[312]

- Lena Kotré sagte auf der Pressekonferenz der AfD-Fraktion, veröffentlicht **am 18.02.2025** in einem Video u.a. **auf Telegram**: „Ja, was die Schaffung von diesen Passdeutschen tatsächlich sein soll, warum das so ist, warum, oder was die Intention der Bundesregierung war, Änderungen am Staatsangehörigkeitsgesetz durchzupeitschen, durch den Bundestag, das ist dahingestellt. Wahrscheinlich war es die Möglichkeit sich hier neue Wähler zu generieren und sich da ein Klientel sich zu eröffnen. Das spielt aber auch keine Rolle. Denn in unseren Augen müssen diese Einbürgerungen endlich ein Ende finden. Wir müssen die Einbürgerungen jetzt im Land Brandenburg aussetzen und die Einbürgerungen, die in den letzten zehn Jahren erfolgt sind, überprüfen dahingehend, ob es hier möglicherweise Tatbestände gibt, die die Einbürgerung damals schon hätten nichtig machen müssen."[313] Außerdem sagte sie: „Wir nehmen auch nicht hin, dass Staatsangehörigkeiten weiter verramscht werden. Es muss eine große Ehre sein, den deutschen Pass erhalten zu dürfen. Es muss ein Privileg sein, in dessen Genuss hier nur außerordentlich wenige Personen kommen dürfen."[314] Auf Nachfrage eines Journalisten bekräftigte Kotré, dass

[312] Beleg 614, Minute 01:23:02.
[313] Beleg 615, Minute 00:26.
[314] Beleg 615, Minute 02:15.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

das Brandenburgische Innenministerium aus ihrer Sicht „diese Einbürgerungen auch auf eigene Faust, sage ich jetzt einfach mal, aussetzen“ könne.[315]

- Dennis Hohloch postete **am 03.03.2025 auf „X“**: „#OffeneGrenzen #Vielfalt“ und darunter das Foto eines abgetrennten Unterschenkels. Das gepostete Foto entstand am selben Tag im Zusammenhang mit der Amok-Fahrt in Mannheim, in deren Folge mehrere Menschen verletzt wurden und zwei Menschen starben. Im Tagesverlauf wurde öffentlich bekannt, dass der Täter deutscher Staatsbürger ist und auch in Deutschland geboren wurde. Hohloch löschte sein Posting.[316]

5.2 Verstöße gegen das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip

Das Demokratieprinzip verbürgt die freie Selbstbestimmung aller Bürgerinnen und Bürger. Ihre politische Freiheit und Gleichheit sind Grundbedingungen der Demokratie. In einer Demokratie muss sich die Willensbildung stets vom Volk zu den Staatsorganen und nicht umgekehrt von den Staatsorganen zum Volk vollziehen. Dieser Prozess der politischen Meinungsbildung muss zudem offen gestaltet und für alle wahlmündigen Bürgerinnen und Bürger zugänglich sein; er setzt somit die gleichberechtigte Teilhabe aller voraus. Darüber hinaus beinhaltet das Demokratieprinzip die Volkssouveränität, wonach alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Alle Staatsgewalt darf keine anderen Legitimationsquellen als das Volk haben (Art. 20 Abs. 1 und 2 GG). Unverzichtbar für ein demokratisches System sind die Möglichkeit gleichberechtigter Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger am Prozess der politischen Willensbildung und die Rückbindung der Ausübung aller Staatsgewalt an das Volk.[317]

Nach der Rechtsprechung des BVerfG vermag die Ablehnung des Parlamentarismus, wenn sie mit der Forderung nach dessen Ersetzung durch ein plebiszitäres System verbunden ist, keine Missachtung der freiheitlich demokratischen Grundordnung begründen.[318] Dementsprechend können Forderungen nach der Ablösung der im Grundgesetz vorgesehenen parlamentarisch-repräsentativen Demokratie mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar sein, sofern Alternativen aufgezeigt werden, die einen ununterbrochenen Legitimationszusammenhang zwischen dem Volk und den mit der Ausübung staatlicher Aufgaben betrauten Organen und Amtswaltern garantieren. Die Staatsgewalt darf aber niemals als Werkzeug zur Perpetuierung der Herrschaft einer bestimmten Mehrheit dienen.[319]

[315] Beleg 615, Minute 03:45.
[316] Beleg 620.
[317] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris Rn. 543
[318] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris Rn. 543
[319] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris Rn. 543.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Festzuhalten ist, dass scharfe oder polemische Kritik an der Regierung nicht gegen das Demokratieprinzip verstößt. Des Weiteren ist es ohne Verfassungsschutzrelevanz, wenn eine Partei eine grundlegende Veränderung der politischen Verhältnisse und der Ausrichtung der Sachpolitik anstrebt, etwa indem sie bestehende Parteien grundlegend kritisiert, deren Auffassungen als vollkommen überholt und schädlich darstellt und diese in Wahlen zu verdrängen sucht. Auch sind Fragen nach notwendigen Veränderungen der aktuellen konkreten Ausgestaltung des demokratischen Entscheidungsprozesses legitim. Den Rahmen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verlässt eine Partei jedoch dann, wenn sie den Parlamentarismus und die politischen Verhältnisse verächtlich macht, ohne aufzuzeigen, auf welchem Weg sie sonst dem Grundsatz der Volkssouveränität Rechnung tragen und die Offenheit des politischen Willensbildungsprozesses gewährleisten will.[320] Ferner sind die gezielt vorangetriebene Polarisierung unter Zuhilfenahme gewaltverherrlichender Sprache oder durch Etablierung dichotomer Freund-Feind-Unterscheidungen mit dem Regelwerk, auf dem demokratische politische Willensbildung ruht, unvereinbar. Pauschale und undifferenzierte Kritik, die u. a. der Regierung unterstellt, sie bediene sich staatlicher Einrichtungen zur Unterdrückung der Bevölkerung (z. B. durch Begriffe wie „Parteiendiktatur“), ist darauf ausgerichtet, das Vertrauen der Bevölkerung in die Legitimität des Regierungshandelns zu erschüttern.[321] Auch durch Verwendung von Begriffen wie „Systemparteien“/„Kartellparteien“ werden wesentliche Bestandteile der verfassungsmäßigen Ordnung diffamiert und in Frage gestellt.[322]

Politische Gegner wurden von AfD-Politikern im Wahlkampf 2024 mehrfach als Verbrecher, Verräter und Geisteskranke bezeichnet. Betreibt eine Bestrebung zum eigenen Vorteil die Verhinderung des Diskurses durch derartig gezielt betriebene, anhaltende und vorwiegend mit Emotionen statt mit Sachargumenten operierende Verächtlichmachung von Mitbewerbern, staatlichen Institutionen oder anderen politischen Akteuren, kann hieraus ein Verstoß gegen das Demokratieprinzip und ein tatsächlicher Anhaltspunkt für das Vorhandensein verfassungsfeindlicher Bestrebungen abgeleitet werden.

Die AfD BB hat in den Jahren 2023/24 ihre Kritik an den etablierten Parteien zu einer Grundsatzkritik des „Parteienstaats“ ausgebaut, von dem sie sagt, dass sie ihn nach einer AfD-Regierungsübernahme abschaffen oder zum Einsturz bringen will. Der AfD-LV BB postuliert einen vermeintlich homogenen, nur durch ihn allein repräsentierten „Volkswillen“, den es gegen „volksverneinende“ Eliten in Parteien, Staat und Medien durchzusetzen gälte. Unklar bleibt allerdings, auf welches alternative politische System der

[320] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris Rn. 546.
[321] VG Köln, Beschluss vom 05.02.2024, 13 L 1124/23, BeckRS 2024,5594, Rn. 204.
[322] VG Köln, Urteil vom 08.03.2022, 13 K 326/21, BeckRS 2022, 3817, Rn. 426.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

AfD-LV BB hinarbeitet oder in welchem Grade und mit welchen Mitteln die von der AfD propagierte Entflechtung zwischen Parteien einerseits und Staat andererseits gestaltet werden soll. Im Wahlkampf 2024 hat die Partei allerdings, wenngleich lediglich vereinzelt und nicht weiter ausgeführt, ihren Willen bekundet, vermehrt Bürger- bzw. Volksentscheide einzuführen. Die AfD behauptet, dass gegenwärtig das Parteibuch ein entscheidendes Kriterium für die Besetzung von Posten und Funktionen sei, selbst in örtlichen Sparkassen oder Stadtwerken. Dies will der AfD-LV BB nach eigenem Bekunden in Zukunft verhindern und vermeintlich rein politisch motivierte Besetzungen wieder rückgängig machen.

Die Attacken des AfD-LV BB gegen Staatsorgane, Parteien, Medien und zivilgesellschaftliche Akteure haben seit der Corona-Pandemie und insbesondere in den Jahren 2023/24 allerdings derart an polemischer und diffamierender Schärfe zugenommen, dass sie geeignet sind, das politische System der Bundesrepublik Deutschland generell herabzuwürdigen. Es ist mindestens eine Möglichkeit, dass der AfD-LV BB mit seinen mitunter maßlosen Angriffen auf die „Systemparteien“ und den „Parteienstaat“ den eigenen macht- und parteipolitischen Zugriff auf Staat und Gesellschaft vorzubereiten beabsichtigt. Unterstützt wird diese Annahme durch die von maßgeblichen Akteuren des AfD-LV BB wiederholte Absichtserklärung, im Falle einer Regierungsübernahme die verantwortlichen Eliten verhaften oder auf die Anklagebank bringen zu wollen. Einzelne Akteure des AfD-LV BB verstoßen hier nicht nur gegen das Demokratie-, sondern ebenso gegen das Rechtsstaatsprinzip, indem sie suggerieren, dass die Justiz derzeit nicht unabhängig sei und aus diesem Grund die AfD selbst oder eine ihnen ergebene Polizei und Justiz – nach einer Machtübernahme – Urteile fällen und Politiker zur Rechenschaft ziehen müsse. Lars Hünich sagte am 25.08.2024, gerichtet an Impf- und Corona-Maßnahmen-Gegner: „nicht ihr seid die Täter, sondern diese Regierung, das sind die wahren Täter – und wir werden sie verurteilen dafür!“[323] René Springer sprach auf der Auftaktveranstaltung zur vorgezogenen Bundestagswahl am 18.01.2025 in Eberswalde, von „unsere[r] Polizei“, die nach der Regierungsübernahme „gefürchtet sein“ werde, und außerdem von „unsere[r] Justiz“, die „gnadenlos gegenüber Verbrechern“ vorgehen werde.[324] Entsprechende Äußerungen des AfD-Personals sind seit Sommer 2024 derart massiv gehäuft registriert worden, dass davon ausgegangen werden kann, dass maßgebliche Protagonisten der Partei die Absicht verfolgen, nach Übernahme von Regierungsverantwortung Polizei und Justiz für ihre parteipolitischen Zwecke zu nutzen. Damit einher ginge zwingend eine Aufhebung bzw. Einschränkung des rechtsstaatlichen Prinzips der Gewaltentrennung (zw. Exekutive und Judikative).

[323] Beleg 488, Minute 13:30.
[324] Beleg 590, Minute 26:33.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Der AfD-LV BB verbreitet im Zuge seiner Angriffe auf das politische System der Bundesrepublik immer wieder Geschichtsrevisionismus und Verschwörungstheorien. Eine offene Leugnung nationalsozialistischer Verbrechen, wie sie sich in neonationalsozialistischen bzw. älteren rechtsextremistischen Bestrebungen finden lässt, ist während der Beobachtung des AfD-LV BB zwar nicht oder nicht in einem gewichtigen, für den Landesverband insgesamt repräsentativen Maße erkennbar geworden. Relevante Äußerungen weisen aber auf ausgeprägte Relativierungsbestrebungen sowohl in Hinblick auf die deutsche Kriegsschuld wie hinsichtlich der Bedeutung des Nationalsozialismus für das erinnerungskulturelle Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland hin. Ferner greifen maßgebliche Vertreter des AfD-LV BB, darunter der Fraktionsvorsitzende im Landtag und Stellvertretende Landesvorsitzende Hans-Christoph Berndt, regelmäßig verschwörungstheoretische Erzählungen auf, die im rechtsextremistischen Milieu üblicherweise mit antisemitischen Codes und Chiffren operieren; wie jene über die von einer globalen Eliten-Verschwörung angeblich planmäßig betriebenen Aushöhlung oder Zerstörung der Völker durch ethnische „Überfremdung", „Bevölkerungsaustausch" oder „Great Reset". Auch wurde und wird die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland in Abrede gestellt, indem der AfD-LV BB behauptet, Deutschlands Politik würde durch Mächte im Hintergrund – wie dem Weltwirtschaftsforum – gelenkt.

Im Folgenden sind die Belege für die gezielte Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland, der Staatsorgane und der demokratischen Parteien aufgeführt. Es handelt sich hierbei um eine beispielhaft angeführte, exemplarische und nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erhebende Liste von Belegen.

- Auf einer Veranstaltung des Kreisverbandes MOL **am 11.09.2020 in Hönow**, die unter dem Motto „Verlust unserer Grundrechte wegen Corona? – Nicht mit uns" stand und bei der mitunter Lars Günther und Birgit Bessin auftraten, äußerte der Thüringer Landesvorsitzende Björn Höcke, dass er in den Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie ein Vehikel sieht, mit der die etablierte Politik ihre Herrschaft sichern und unpopuläre Maßnahmen, die sich gegen die Interessen der Bevölkerung richten, durchsetzen will. Er sprach in diesem Zusammenhang von einer „Herrschaft der Angst", und der Lockdown sei ein „Generalstreik von oben". Bei den etablierten Medien handele es sich um „Regierungsmedien", deren Ziel es sei, die Opposition mundtot zu machen. Er empfahl, sich im „Dienste des Vaterlandes" über die sogenannten alternativen Medien zu informieren. Die AfD sei die einzige Opposition in der Bundesrepublik.[325]

[325] Beleg 219, ab Minute 1:04:10.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

- [redacted] AfD-Mitglied aus dem Havelland, sagte bei einer Kundgebung der „Bürger für Bürgerrechte“ **am 15.09.2020** in **Cottbus:** „In Deutschland werden Verbrechen belohnt, vorausgesetzt der Täter ist nicht in Deutschland aufgewachsen […] Justizia trägt in Deutschland keine Augenbinde mehr, Justizia schaut sich die Angeklagten vorher genau an. Gehört er zu jenen, die schon länger hier leben, dann muss er in der Regel mit der ganzen Härte des Gesetzes rechnen. Kommt der Täter jedoch aus einem Land mit einer archaischen und menschverachtenden Kultur, die dem Mittelalter sehr ähnlich ist, dann erhalten die Täter mit hoher Sicherheit einen Migrationsbonus. Ich sage ganz deutlich, die Richter suchen nach jeder möglichen Begründung, um den Opfern eine Mitschuld zu geben und dem Täter aus einem fremden Land seine angebliche Unwissenheit als Entlastung anzurechnen.“[326]
- Der Ortsverband Müncheberg (KV MOL) postete **am 29.10.2020 auf Facebook**: „‘Wellenbrecher-Lockdown‘ nennt sich das neueste Gesellschaftsexperiment in Deutschland. Damit degradieren Diktatoren wie Merkel, Betrüger wie Drosten und Psychopathen wie Lauterbach die Bürger zu Laborratten. Wir fordern einen sofortigen Stopp all diesen Irrsinns und die Rückkehr zur alten Normalität!“[327]
- Auf einer **Gedenkveranstaltung anlässlich des Jahrestages** des Mauerfalls **am 09.11.2020** äußerte Steffen Kotré: „Wenn wir aber auf die letzten 30 Jahre zurückblicken, dann müssen wir feststellen, gerade in jüngster Zeit werden freiheitliche Grundrechte wieder eingeschränkt, im Zuge der Corona-Pandemie […] wie ist es eigentlich damals dazu gekommen, dass die DDR totalitär wurde, denn bei Gründung der DDR 49 – da war das noch nicht abzusehen […]. Aber vielleicht hätte man dann hier doch andern Weg gehabt und dann kann man sehen, wie Schritt für Schritt, für Schritt die Freiheit dann eingeschränkt worden ist. Und wenn man das studiert, […] werden wir umso hellhöriger, was heute passiert, denn auch nicht von heute auf morgen wird das Grundgesetz abgeschafft, sondern eben in kleinen Scheiben. Wir haben gesehen, wie Merkel 2015 widerrechtlich hier Menschen zu uns hereingelassen hat, die zu uns nicht passen und die uns als Gesellschaft nicht guttun. […] Das ist vor allem vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Deutschen hier bevormundet werden und ihnen die Freiheitsrechte genommen werden, selbst zu entscheiden, ob sie eine multikulturelle Gesellschaft werden wollen und ob sie ein Einwanderungsland hier unterstützen. Die Deutschen sind nicht gefragt worden, Merkel, das Merkel-Regime hat einfach entschieden, dass wir umgestaltet werden sollen in eine multikulturelle Gesellschaft […]. Das war ein ganz entscheidender Einschnitt in unsere Rechte, in unsere grundge-

[326] Beleg 145, Minute 34:27.
[327] Beleg 221.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

setzlich verbrieften Rechte, dass erste Mal in diesem großen Rahmen zu missachten und zu brechen – und jetzt erleben wir das wieder, leider mit diesen Corona-Beschränkungen und wir sehen, wie also hier diejenigen am Werke sind, die unsere Freiheit einschränken wollen. […] Dem Merkel-Regime muss man immer wieder klarmachen: bis hierhin und nicht weiter. Wir werden unsere Freiheit wieder erkämpfen."[328]

- In einem **am 03.03.2021** unter dem von ihm geführten Hashtag „#der Volkslobbyist" **auf Facebook** veröffentlichten Post zog Daniel Freiherr von Lützow Vergleiche mit der SED-Diktatur: „Wenn die Zustimmung in der Bevölkerung schwindet, dann greife ich in die Mottenkiste und hole das stumpfe Schwert des Verfassungsschutzes heraus. Aber nicht ohne vorher beim Schmied gewesen zu sein und das Schwert ausgebessert zu haben. In diesem Falle wurden extra Behördenleiter ausgetauscht und mit Parteifreunden der jeweiligen Regierungsparteien ersetzt. Ein Schelm wer Böses dabei denkt. Was haben wir in der DDR gelernt? Wenn der Staat mit seinem Latein am Ende ist, ist den regierenden jedes Mittel recht um die Opposition zu bekämpfen. Ich bin gespannt, wann die ersten Verhaftungen kommen."[329]
- Als Reaktion auf einen **Facebook-Beitrag** der Stadt Lauchhammer zum Einsatz eines sogenannten Impfbusses in Lauchhammer **am 21.04.2021** reagierte der damalige AfD-Stadtverordnete [redacted] mit den Worten: „1933 gab es auch Fahrzeuge die für die Menschenvernichtungen benutzt wurden. Vielleicht denkt ihr mal darüber nach […]. Der Tag wird kommen, wenn wir uns befreit haben und wir werden keinen aus dieser Diktatur vergessen. Für Frieden und Freiheit".[330] Auf seinem **Facebook-Profil** veröffentlichte [redacted] parallel einen Beitrag, der die Bundeskanzlerin verunglimpfend in einer Uniform des von Stalin eingeführten Militärrangs des Marschalls der Sowjetunion karikiert. Das Bild ist mit den in Frakturschrift geschriebenen Worten „Achtundachtzig Jahre Ermächtigungsgesetz März 1933 – März 2021" überschrieben und wurde von [redacted] folgendermaßen kommentiert: „Heute wurden in Berlin erneut, besorgte Bürger geschlagen und verhaftet. Darunter natürlich auch wie gewohnt, ältere Menschen, Frauen und Kinder. Wann wacht ihr endlich auf und wehrt Euch gegen diese Diktatur?"[331]
- Der AfD-Ehrenvorsitzende Andreas Galau verglich auf einer Veranstaltung **in Senftenberg am 11.04.2021** die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie mit den medizinischen Experimenten an Menschen zur Zeit des Nationalsozialismus: „Jede rote Linie, die man in den letzten Monaten unter Hinweis auf die Grundrechte gezogen hatte, wurde gerissen. Und jetzt gehen

[328] Beleg 359, Minute 10:03.
[329] Beleg 240.
[330] Beleg 227.
[331] Beleg 228.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

sie auch noch auf die Kinder los. Zuletzt hat man die Ständige Impfkommission so unwürdig unter Druck gesetzt, dass sie eingeknickt ist und der medizinisch völlig unsinnigen Impfung zwölf- bis siebzehnjähriger Kinder zugestimmt hat. Und ich gehe hier und heute jede Wette ein, dass als nächstes die sechs- bis elfjährigen wehrlosen Kinder dran sind. Trotz der Diktaturerfahrung im vergangenen Jahrhundert ignoriert man die verbrecherischen medizinischen Experimente an Menschen und spuckt auf den daraus entstandenen Nürnberger Codex. Schande, Schande, Schande sage ich dazu nur."[332]

- Hannes Gnauck sagte auf dem AfD-Sommerfest **am 22.08.2021** in **Eberswalde**: „Lasst uns wieder wirkliche Volksvertreter nach Berlin schicken und keine Volksverräter. Wir von der AfD, wir werden euch nie verkaufen und verraten. […] Es geht hier schon längst nicht mehr um links, Mitte oder rechts. Es geht hier mittlerweile nur noch um den Kampf zwischen den normaldenkenden Bürger und einer politischen Kaste, die sich für die Belange des Volkes nicht mehr interessiert. Und weil wir uns zusammenschließen, weil wir wach sind, weil wir uns versammeln und organisieren, haben die da oben eine Heidenangst. Uns alle hier verbindet so viel mehr als nur eine gemeinsame Sprache. Das ist übrigens das einzige, das uns hier noch mit denen da oben verbindet. Wir alle hier – und da bin ich mir sicher – sind Brüder und Schwestern im Geiste. Wir alle sind Deutsche, uns alle verbindet ein unsichtbares Band. Ja, in jedem von euch steckt ein Deutscher. Ihr müsst ihn nur rauslassen, liebe Freunde! [Laute Rufe: Jawohl, Jawohl!]."[333]
- René Springer sagte auf dem AfD-Sommerfest **am 22.08.2021 in Eberswalde**: „Und da möchte ich kurz etwas zur Gewaltenteilung in Deutschland sagen: Art. 20 des Grundgesetzes, ein fundamentales Prinzip für die Demokratie, regelt die Gewaltenteilung. Parlamente, Regierung und Gerichte unterliegen wechselseitiger Kontrolle. Aber das gibt es in Deutschland nur noch auf dem Papier. De facto ist der Bundestag zu einer Versammlungsstätte für Befehlsempfänger geworden, die Staatsanwaltschaft ist weisungsgebunden und wird auf den politischen Gegner losgelassen, oberste Richter in diesem Land werden von Parteivertretern ausgeklüngelt […]. Liebe Freunde, unsere Grundrechte werden nicht nur willkürlich eingeschränkt, die Gewaltenteilung funktioniert nicht mehr, die Parteien haben sich unseren Staat auch zur Beute gemacht. Sie haben unseren Staat kolonisiert. […] Das, liebe Freunde, ist keine Politik fürs Volk, das ist eine Politik der Selbstversorgung."[334] Er bilanzierte: „Liebe Freunde, wenn sich Parteien den Staat zur Beute machen, wenn Grundrechte willkürlich außer Kraft gesetzt werden, wenn die Gewaltentei-

[332] Beleg 224, Minute 1:16:09.
[333] Beleg 171, Minute 01:04:04.
[334] Beleg 171, Minute 51:26.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

lung nur noch auf dem Papier existiert, dann nennt man das in allen Sprachen dieser Welt Tyrannei. Es ist einfache und absolute Tyrannei und sie mag noch so mild daherkommen, sie bleibt Tyrannei und sie nimmt uns die Freiheit. Und genau deshalb braucht es eine starke Alternative für Deutschland, denn nur eine starke Alternative für Deutschland wird die staatliche Willkür beenden."[335]

- Die damalige stellvertretende Landesvorsitzende Birgit Bessin zeigte sich bei einer **Wahlkampfveranstaltung am 24.08.2021** mit Anna Leisten, Vorstandsmitglied der Jungen Alternative, welche ein T-Shirt mit dem Aufdruck „Merkel Jagd Club" trug. Die Namensgleichheit der damaligen deutschen Bundeskanzlerin mit dem deutschen Jagdwaffenhersteller Merkel war bewusst gewählt und stellte ein kalkuliertes Spiel mit Gewaltverherrlichung dar. Auf dem T-Shirt waren Waffen abgebildet.[336]
- Der AfD-KV MOL postete **am 03.09.2022 auf Facebook**: „Die Eliten wollen die aktuelle Krise nützen, um uns in die totale Überwachung und Kontrolle zu treiben."[337]
- Lars Schieske sagte bei einer Rede im Oberbürgermeister-Wahlkampf **am 23.09.2022 in Cottbus**, dass er sein politisches Engagement nutzen wolle, um „als kleines Baustein hier in Deutschland [zu] fungieren, dass wir, dieses System, dieses Altparteienkartell zu Fall bringen und letztendlich wieder Politik für den Bürger machen".[338] Ferner sagte er: „[…] und ich weiß, wir sind der Stachel im Fleisch des Establishments, und genau das werden wir weiterhin sein. […] Es muss weh tun, es muss denen da oben weh tun, die müssen Tränen in die Augen kriegen, wenn über Cottbus berichtet wird. Und das ist unser Ziel […]."[339]
- Dennis Hohloch postete **am 05.12.2022 auf „X"** anlässlich einer Gewalttat eine kurze Stellungnahme, in der er die etablierten Parteien und Medien pauschal für Migrantengewalt verantwortlich machte. Jeweils vor „Grüner", „SPDler", „CDUler", „Linker" und „Journalist" setzte Hohloch eine kleine „Messer"-Grafik, um zu markieren, dass diese Parteivertreter „illegale Masseneinwanderung" samt Messerattacken angeblich „rechtfertigen" würden. Die Koppelung von Messer und Genannten lässt allerdings zugleich – und insbesondere bei einer schnellen und oberflächlichen Betrachtung des Beitrags – die Deutung eines Aufrufs zur Gewalt gegen Genannte zu. Diese Entgleisung muss Hohloch bewusst gewesen sein.[340]

[335] Beleg 171, Minute 56:46.
[336] Beleg 237.
[337] Beleg 216.
[338] Beleg 515, Minute 02:02.
[339] Beleg 515, Minute 20:56.
[340] Beleg 496.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

- Der Schriftführer des AfD-KV MOL, [redacted] kommentierte **am 14.12.2022** einen Beitrag zum Thema unabhängiger Chatkontrollen **auf Facebook**: „Die Umkehr der Beweislast zur Säuberung von Regierungskritikern im öffentlichen Dienst sowie eine Verschärfung des Waffengesetzes wegen ‚Staatsstreich-Gefahr durch Reichsbürger', die Schaffung einer Bargeldobergrenze wegen möglicher ‚Geldwäsche durch Kriminelle' und nun das Ausspionieren sämtlicher Chats und E-Mails zur Bekämpfung von ‚Kindesmißbrauch'. All das muss herhalten, um den totalen Gesinnungs- und Überwachungsstaat zu errichten."[341]
- Hans Christoph Berndt sagte **am 06.03.2023 bei einer Rede in Zittau**: „Und immer wieder, immer wieder erleben wir es, die letzten 10 Jahre und länger, dass deutsche Regierungen unsere Interessen in dieser Weise missachten. Und dafür erhalten sie den Applaus der Medien - und der so-und der- und des dieses Spukes der sogenannten Zivilgesellschaft, die sich ja hier auch offensichtlich der Unterstützung aus dem Rathaus erfreut. Wie kann es sein, wie kann es sein, dass unsere Regierung so konsequent und so gnadenlos unsere eigenen Interessen missachten. Die unseren Staat und seiner Kultur dominierenden Eliten haben sich offensichtlich vom Volk und vom Nationalstaat losgesagt. Aber das nicht nur in Deutschland übrigens, sondern im ganzen Westen."[342] Ferner sagte er dort: „Wenn es besser werden soll in Deutschland, müssen wir die Macht der volksverneinenden Eliten und ihrer Parteien, die sich den Staat zur Beute gemacht haben, überwinden – wir müssen sie übertrumpfen. Ins Positive gewendet heißt das, wer dafür sorgen will, dass Deutschland ein demokratischer und sozialer Nationalstaat bleibt und eine Friedensmacht wird, der braucht politische Macht. An diesem 06. März unter der Ampelregierung, auch unter der Sächsischen und Brandenburger Landesregierung mag das utopisch erscheinen, aber die Ampel der Zerstörung wird keine Zukunft haben und bereits im nächsten Jahr gibt es Landtagswahlen in Thüringen, in Brandenburg und in Sachsen. Und die einzige relevante Partei in Deutschland, die sich gegen die Zerstörung unseres Nationalstaats wendet und die sich zur Friedensmacht Deutschland bekennt – die AfD – ist im Osten die stärkste politische Kraft trotz aller Diffamierungen. Liebe Freunde, Veränderung ist möglich."[343]
- René Springer griff in einem **Beitrag für das „Freilich Magazin" am 10.03.2023** sämtliche auch in der AfD verbreitete und mit antisemitischer Konnotation versehenen Verschwörungsideologien auf. Unter anderem behauptete er in seinem Text: „Die ständige Wiederholung bestimmter Narrative und Schlagworte ist ein eingespieltes Mittel der politischen Propaganda. Politiker nutzen

[341] Beleg 217.
[342] Beleg 192, Minute 08:47.
[343] Beleg 192, Minute 16:14.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

es, die Marketing- und Kommunikationsabteilungen globaler Konzerne, die Meinungsmacher in Verlagen und Medienhäusern wollen nicht darauf verzichten. Eine Erzählung, die uns mit großem Werbeaufwand und enormen finanziellen Mitteln verkauft werden soll, ist die von ‚unserer Demokratie'. […] Unsere Demokratie – das ist heute keine Volksherrschaft, kein repräsentativer Volkswille, sondern das genaue Gegenteil: die Herrschaft einer kleinen global vernetzten Elite, die sich gegen die Interessen der Völker und Nationalstaaten richtet und auch bereit ist, diese gegeneinander auszuspielen, um die eigenen Interessen effektiver durchsetzen zu können. In den letzten Jahren sind die Vertreter dieser globalen Elite immer sichtbarer geworden. Immer öfter präsentieren sie uns ungeniert ihre antidemokratischen Pläne: Great Reset, totale Digitalisierung und künstliche Intelligenz, globale Impfallianz, menschengemachter Klimawandel und Klimaneutralität, Transformation traditioneller Völker und gewachsener Gemeinschaften, globaler Migrationspakt, Gentechnik, digitale Währungsexperimente und grenzlose Geldschöpfung. Sie wollen Mensch und Gesellschaft grundlegend verändern."[344] Ferner schrieb er dort: „Wenn die demokratische Rechte demokratisch sein will, muss sie an der Seite der kleinen Leute, der vergessenen und ausgeschlossenen Massen stehen. Denn demokratisch und legitim ist, was von unten wächst. Nicht das, was von einer informell gewählten Elite ohne Bezug zum Volk von oben verordnet wird. Das Ziel unseres demokratischen Widerstandes darf nicht das Verbot von Elitetreffen sein – es muss ihre Entmachtung sein, wenn die nicht im Interesse der Nation sind. […] Wer eine globalistische Elite ist, muss als Agent einer fremden Macht betrachtet werden. Und der darf niemals institutionelle Macht in unserem Staat übernehmen."[345]

- [redacted] teilte **am 29.03.2023 auf Facebook** ein Bild mit den Gesichtern mehrerer hochrangiger deutscher Politiker (u. a. Bundeskanzler Scholz und Außenministerin Baerbock) und dem Schriftzug: „Seit 300.000 Jahren lebt der Mensch nun auf dieser Erde und ich erwische ausgerechnet die Epoche der Vollidioten". Er kommentierte dies mit den Worten „Heute schon gekotzt?"[346]
- Lion Edler, Mitglied der Jungen Alternative und Mitglied im Ortsvorstand der AfD Blankenfelde-Mahlow, postete **am 26.04.2023 auf Facebook**: „Eine Regierung, die in einer Stromkrise drei Kraftwerke abschaltet, die in einer Wohnungskrise den Migrationsdruck erhöht und die in einer Fachkräfte-Krise das schulische Leistungsniveau absenkt, will gar keine Probleme lösen. Son-

[344] Beleg 251.
[345] Beleg 251.
[346] Beleg 244.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

dern nur ihre sadistische Agenda gegen das verachtete eigene Volk durchpeitschen." Ferner schrieb er, sich selbst kommentierend: „Sie bekämpfen planmäßig das eigene Volk!"[347]

- Andreas Kalbitz schrieb anlässlich des 70. Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR **am 17.06.2023 auf Facebook**: „Auch, wenn sich die Geschichte nicht wiederholt, so reimt sie sich auch im Jahr 2023. Denn auch heute wird unser Volk im Sinne einer inländerfeindlichen Ideologie ausgepresst und regierungskritische Kräfte, die sich dagegen friedlich zu Wehr setzten, werden von einem Netz aus Politik, Medien und sogenannter ‚Zivilgesellschaft' verunglimpft. Darum muss der 17. Juni nicht nur ein Gedenktag an die Helden des Volksaufstandes sein, sondern auch ein Kampftag gegen eine Renaissance der Unterdrückung unserer Meinungsfreiheit und die weitere Aushebelung unserer Demokratie."[348]
- Hans-Christoph Berndt gab anlässlich der Bürgermeisterwahl **in Seelow** in einer Rede **am 26.08.2023** einen Einblick in sein politisches Weltbild: „[…] die grüne Ideologie, woke Ideologie – woke kommt aus dem Englischen und heißt erweckt und erwacht und das soll die Ansage sein, dass diese Leute, die jetzt das ideologische Sagen haben, uns Vorbilder sein müssen. Diese Ideologie lehnt eben unsere Lebensweise ab. Sie lehnt unsere Traditionen ab, sie lehnt unsere Familien ab, sie lehnt Tugenden wie Fleiß, Ordnung und Disziplin ab, sie verachtet unsere Geschichte, unsere Tradition und sie strebt danach, die Bindung der Familie und der Nation aufzulösen. Diese woke Ideologie weiß nichts von Mathematik, aber umso mehr von Perversionen […]. daran können wir sehen, dass diese woke Ideologie, die wir immer gerne mit den Grünen in Verbindung bringen, natürlich ganz viel mit den Grünen zu tun hat, aber sie ist nicht auf die Grünen beschränkt. Sie bestimmt das Denken aller Altparteien […] sie bestimmt aber auch das Denken in den Redaktionsstuben von ARD und ZDF, von Spiegel und MOZ und sie bestimmt das Denken in den Gewerkschaften und in den Kirchen und sie bestimmt das Denken in der EU und im Weltwirtschaftsforum. Und deswegen ist diese Ideologie, die ja in Wirklichkeit hirnverbrannt und krank ist und zerstörerisch ist, ebenso mächtig, weil sie so mächtige Vertreter in den Parteien, in den Behörden und in der sogenannten Zivilgesellschaft hat. […] und all diese Genannten, all diese Genannten sind gewillt ihre Politik der Transformation – das ist der modische Begriff für die Zerstörung Deutschlands –, diese Politik der Umwandlung Deutschlands von einem Nationalstaat in ein internationales Siedlungsgebiet fortzusetzen."[349]

[347] Beleg 242.
[348] Beleg 231.
[349] Beleg 261, Minuten 03:49

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

- Hans-Christoph Berndt äußerte **am 07.08.2023** bei einer Rede **in Bitterfeld-Wolfen**: „Liebe Freunde, die älteren von euch werden vielleicht aus der Schule noch den Satz kennen, wenn die die Regierenden nicht mehr können wie bisher und die Regierten nicht mehr wollen wie bisher, dann entsteht eine revolutionäre Situation. Die Regierenden können nicht mehr wie bisher, und immer mehr Menschen wollen nicht mehr wie bisher. Eine Revolution muss nicht immer gewaltsam sein, muss nicht immer blutig sein und sie kann sich auch innerhalb der bestehenden Ordnung vollziehen – 1989 lässt grüßen. In diesem Sinne: Wir gehen auf eine revolutionäre Situation zu und wir gehen auf Veränderung zu und ich sage euch, wenn wir weiter so, wie ihr hier in Sachsen-Anhalt, mit Mut, Entschlossenheit und Gemeinsinn in die Aufgabe gehen, dann wird diese Situation unser Land zum Besseren wenden."[350]
- Dennis Hohloch schrieb **am 03.10.2023 auf Facebook**: „Vor gut 33 Jahren beendeten mutige Männer und Frauen das sozialistische Experiment auf deutschen Boden. Heute müssen wir dafür sorgen, dass sich so etwas mit den Grünen nicht wiederholt".[351] Diese Aussage ist ein Beispiel für zahlreiche ähnlich gelagerte geschichtspolitisch motivierte DDR-Vergleiche.
- Roman Kuffert äußerte sich **am 08.10.2023 auf** dem rechtsextremistischen **Kanal COMPACT-TV** im Gespräch mit Jürgen Elsässer u.a. über die vermeintliche Verengung des Meinungskorridors: „[…] und was ich eben halt grotesk finde, dass wir uns wieder in einer Zeit befinden wo die Freiheit in Frage steht, wo, wir merken es ja jetzt schon, wo die Meinungsfreiheit geschliffen wird, wo der Meinungskorridor immer enger wird".[352] Elässer entgegnete: „Sie haben die Erfahrung mit dem Unrechtsregime der DDR, sie haben das SED-Regime sozusagen besiegt und ich wünsche Ihnen viel Erfolg, dass sie auch über das BRD-Unrechtsregime obsiegen." Kuffert antwortete: „Ja, daran sind wir am Arbeiten und das machen wir."[353]
- Lars Hünich sagte bei einer Rede **in Falkensee**, die in Teilen **im ZDF Länderspiegel** vom **27.01.2024** ausgestrahlt wurde, dass er „diesen Parteienstaat abschaffen" wolle. Später ordnete er diese Aussage so ein, dass er nur die Macht der Parteien beschränken, nicht aber die freiheitliche demokratische Grundordnung oder das politische System abschaffen wolle. In Folge der öffentlichen Diskussionen um diese Aussage legten weitere Vertreter des AfD-LV BB mit gleichlautenden oder erheblich schärferen Aussagen nach.[354]

[350] Beleg 158, Minute 44:39.
[351] Beleg 233.
[352] Beleg 232, Minute 09:40.
[353] Beleg 232, Minute 32:15.
[354] Beleg 446.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

- Der AfD-Stadtverband Frankfurt Oder (FFO) veröffentlichte **am 28.01.2024 auf Facebook** ein Video, in dem mehrere Personen, zumeist Stadtverordnete der AfD FFO sowie MdL Wilko Möller um einen schwarzen Sarg stehen. Nach Verlesen einzelner Passagen wurde Exemplare des Grundgesetzes in einen nebenstehenden Mülleimer entsorgt.[355]
- Hans-Christoph Berndt sagte in seiner Rede **am 29.01.2024 auf der PEGIDA-Kundgebung** in **Dresden** unter anderem: „Parteien auf der der Seite der Bewegung: Bauernproteste; Alternative für Deutschland. Demo gegen Rechts: CDU; SPD; FDP; Linke; Grüne – alle verkommenen Altparteien."[356] An anderer Stelle: „Und dabei sind die Ampelmänner in Berlin nichts weiter als die Hampelmänner der EU und des Weltwirtschaftsforums – so, wie es Wolfgang [Taufkirch] gesagt hat. Und dieses Weltwirtschaftsforum […] spielt sich ja als Zentralkomitee der Transformationspropaganda und der Transformationsagenda auf."[357] Und an anderer Stelle: „Diese Demos gegen rechts sind nichts Anderes als minuziös geplante Aufmärsche zur Einschüchterung und zur Demotivation aller, die sich dem Kartellparteien beim Abbau unseres Landes und beim Rückbau der Demokratie entgegenstellen. Das schrieb mein Freund René Springer und er hat vollkommen recht. Und liebe Freunde […] sind die Bauern- und die Bürgerproteste so etwas wie die Fortsetzung der Montagsdemonstrationen in der DDR, dann sind die Demos gegen Rechts die Fortsetzung der Massenaufmärsche am 1. Mai und am 07. Oktober."[358] Ferner: „Die Bonzen von damals und heute sehen sich zum Verwechseln ähnlich. […] Liebe Freunde 34 Jahre, 34 Jahre nach der Wende wird die BRD mehr und mehr zur Fortsetzung der DDR […] mit raffinierteren Mitteln aber mit primitiveren Personal."[359]
- Eine Äußerung des Vorsitzenden der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten" anlässlich des „Tag des Gedenkens an alle Opfer des NS-Terrors" kommentierte die AfD-Fraktion **Königs Wusterhausen Ende Januar 2024 in einer Pressemitteilung**: „Wir sagen ganz klar: die heutigen Wirren der Zeit werden von einem linken Zeitgeist missbraucht um Deutschland wieder in ein autokratisches System à la DDR zu verwandeln, Opposition zu unterdrücken und am Ende Menschen in Gesinnungshaft zu nehmen, wie es in Bautzen, Torgau oder den Jugendwerkhöfen geschah! Wir sagen ebenso klar: Nicht mit uns! Linken Ideologen die die Demokratie und Freiheit abschaffen werden wir argumentativ entgegen-

[355] Beleg 411.
[356] Beleg 437, Minute 09:14.
[357] Beleg 437, Minute 11:36.
[358] Beleg 437, Minute 13:33.
[359] Beleg 437, Minute 20:07.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

treten und tatsächlich die Werte des Grundgesetzes verteidigen, nicht missbrauchen wie es die heutige Regierung versucht."[360]

- Hans-Christoph Berndt zählte in seiner Bewerbungsrede **am 16.03.2024 auf dem Sonderparteitag der AfD in Jüterbog** Ministerpräsident Woidke zu „einer Kaste selbstzufriedener und herzverfetteter Politiker, zur politischen Klasse, die Deutschland regiert." Er sprach mit Blick auf eine vermeintlich gegen die AfD gerichtete Politik von einer „Eskalation des Establishments" und meinte, die AfD müsse ihre „klare Absage gegenüber einem Anpassungskurs an die Politik" beibehalten: Die „AfD ist nicht nur eine Parlamentspartei, sie versteht sich als Teil einer übergreifenden Volksbewegung, und damit all jener Deutscher, die die Erkenntnis vereint, dass es mit unserem Land nicht so weitergehen kann." Berndt sprach ferner von einem „Parteienstaat", der sich zur „Parteiendiktatur" entwickelt habe.[361]
- Marlon Deter sagte in einer Rede **auf dem Parteitag im April in Jüterbog** u.a.: „Wir werden das Imperium der Kartellparteien zum Einsturz bringen. Hier im Osten wird die Arroganz der Macht ins Rutschen kommen, hier in Brandenburg werden wir den roten Sumpf trockenlegen. All diese Altparteien haben Verrat am deutschen Volk begangen. Grüne Ideologie, rote Idiotie, schwarze Verlogenheit und Gelbe, die mal vor langer, langer Zeit freiheitlich waren. Sie alle tragen die Verantwortung für die systematische Zerstörung unserer Wirtschaft, die systematische Zerstörung unseres Wohlstandes, die systematische Zerstörung unserer Kultur, unserer Identität und unserer Landschaft. Und die systematische Zerstörung der Zukunft folgender Generationen. Es sind die Faesers und Haldenwangs und Co., die uns scheibchenweise die Freiheit nehmen und die freiheitlich-demokratische Grundordnung angreifen. […] Dass die Bürger sich nicht länger als Untertanen vorkommen und ausgepresst werden. Und die feinen Damen und Herren der Altparteien das erarbeitete Geld der Bürger nicht weiter veruntreuen. Ja, ich nenne es auch veruntreuen, denn es ist nichts anderes."[362]
- Dennis Hohloch sagte im Rahmen Parteitages der AfD BB **in Jüterbog** im April, er lehne „diesen Parteienstaat grundsätzlich ab": „Und […] sie [die etablierten Parteien] haben aus unserer Demokratie einen Parteienstaat gemacht. Und diesen Parteienstaat lehne ich grundsätzlich ab." Mit dem Wort „grundsätzlich" ging er über Aussagen von Akteuren wie Lars Hünich oder Hans-Christoph Berndt hinaus und ließ wahrscheinlich bewusst die Interpretation zu, dass es ihm nicht

[360] Beleg 476.
[361] Beleg 409, Minute 02:10.
[362] Beleg 424, Minute 02:09.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

allein um Kritik an der Macht der Parteien bzw. um eine „Reformierung“ des „Parteienstaats“ geht, sondern dieser im Ganzen einer Veränderung unterzogen werden müsse.[363]

- Jean-Pascal Hohm hielt auf dem Parteitag **in Jüterbog** laut Pressebericht eine Rede mit geschichtsrevisionistischen und fremdenfeindlichen Aussagen: „Von den Schlachten des 30-jährigen Krieges bis zur Wiedervereinigung Deutschlands haben die Generationen vor uns jede Herausforderung gemeistert.“ Brandenburg müsse das „Land der Brandenburger“ bleiben, „Deutschland ist das Land der Deutschen. Deshalb heißt es nicht Takatuka-Land.“[364]
- Hans-Christoph Berndt gab **am 13.05.2024** vor dem Hintergrund der Entscheidung des OVG über die Beobachtung der AfD durch das BfV eine Presseinformation im Namen des AfD-LV BB heraus. Darin zog der AfD-LV BB die Unabhängigkeit des Gerichts in Zweifel: „Offensichtlich handelt es sich bei der Entscheidung des nordrheinwestfälischen Oberverwaltungsgerichts um ein politisches Gefälligkeitsurteil. Wie der ehemalige Oberstaatsanwalt und Mitglied des AfD-Bundesvorstandes, Roman Reusch, festgestellt hat, hat sich das Gericht komplett der Beweisaufnahme verweigert. […] Das erschüttert erneut das Vertrauen der Bürger in unseren Rechtsstaat. Jeder, der ein Mitglied oder einen Unterstützer der AfD kennt – jeder, der Kontakt zur AfD hat oder hatte, weiß, wie absurd die Fantastereien des Verfassungsschutzes sind. Und weiß damit auch, dass das nordrhein-westfälische Oberverwaltungsgericht genauso wenig politisch unabhängig ist wie der Verfassungsschutz auf allen Ebenen.“[365]
- Der AfD-Stadtverband FFO bezeichnete die AfD in der 6. Ausgabe des „AfD Journal – Frankfurt (Oder)“ **(6/2024)** als „die letzte Patrone im Lauf der Demokratie“.[366] Hannes Gnauck nannte in derselben Ausgabe die Demonstrationen gegen Rechtsextremismus als von der „Bundesregierung inszenierte Demonstrationen gegen imaginäre rechtsextreme und rechtsradikale Strömungen“ und als eine „Kampagne gegen das eigene Volk“. Die „legitimen Demonstrationen wie von den Bauern“ würden dagegen, so Gnauck, „einfach unterdrückt.“[367]
- Im Zusammenhang mit dem Gerichtsverfahren gegen Björn Höcke um dessen Aussage „alles für Deutschland!“ – eine heute strafbare ehemalige Parole der SA – postete René Springer **am 14.05.2024 auf „X“**, noch vor der Urteilsverkündung: „Volle Solidarität mit meinem Kollegen

[363] Beleg 420, Minute 04:54.
[364] Beleg 425.
[365] Beleg 428.
[366] Beleg 392.
[367] Beleg 392.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

@BjoernHoecke! Die Meinungsfreiheit steht von allen Seiten unter Beschuss. Wir werden uns als freiheitliche und demokratische Patrioten aber nicht von unserem Weg abbringen lassen."[368]

- Hans-Christoph Berndt äußerte sich **am 31.05.2024 auf Telegram** über den Anschlag in Mannheim auf den Islamkritiker Stürzenberger: „Stündlich Messerattacken, täglich Gruppenvergewaltigungen, immer mehr Mordanschläge: Die Masseneinwanderung hat Deutschland zur Hölle gemacht. Umkehr! Grenzkontrollen! #Remigration!"[369]
- Die JA-Vorsitzende Anna Leisten gab **am 25.06.2024** dem **„Heimatkurier"** ein Interview, in der sie auf die Frage antwortete, wer die von Migranten ausgehende Gewalt herbeigeführt habe: „Von einer Regierung, der ihre Frauen und Männer egal sind und die kurz davor sind, in einen europäischen Krieg einzutreten."[370]
- Der YouTuber Björn Winter („Björn Banane") veröffentlichte **am 10.08.2024 auf** dessen **YouTube**-Kanal eine Wahlkampfveranstaltung in Potsdam. **Dennis Hohloch** sagte dort: „In einer Demokratie mit Meinungsfreiheit, wenn man eben nicht nur einmal seine Meinung sagen darf, sondern immer wieder, gehört es dazu, Probleme zu benennen und im zweiten gehört es dazu für die etablierte Politik, aber vor allem auch für uns, diese Probleme zu beheben. Wer dieses Prinzip umkehrt, der ist kein Demokrat, und solche Leute arbeiten beim RBB, solche Leute arbeiten bei der ARD, in der Landesregierung und in der Bundesregierung. Und wir werden diese Leute aus ihren Schreibstuben fegen."[371]
- Lars Hünich äußerte sich auf dem AfD-Familienfest des **KV Potsdam am 10.08.2024** neuerlich zum „Parteienstaat" und führte aus: „Wenn wir morgen – und dieses Versprechen werde ich wiederholen –, wenn wir morgen in der Regierung sind, werden wir diesen Parteienstaat abschaffen. Diese Parteikorruption gehört auf den Haufen der Geschichte."[372] Dort sagte er auch: „Warum müsst ihr alle wählen? Wenn 100% der Menschen wählen gehen, können sie uns nicht bescheißen. Denn sie bescheißen uns bei der Briefwahl […]. Aber dieser Staat bescheißt uns bei der Briefwahl, in dem sie ganz genau wissen, wer die letzten 20 Jahre bei der Wahl war – und es ist ganz einfach etwas hineinzulegen. Wir können es nicht beweisen. Deswegen: geht alle wählen!"[373] Ferner sagte er zum COMPACT-Verbot des BMI: „Wenn wir eins gemerkt haben dann ist es, dass dieses Innenministerium, nein, diese Ampel ist kurz davor eine Diktatur zu errichten. Ei-

[368] Beleg 429.
[369] Beleg 449.
[370] Beleg 447.
[371] Beleg 469, Minute 11:32.
[372] Beleg 467, Minute 21:33.
[373] Beleg 467, Minute 24:05.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

ne Pressefreiheit in der Art und Weise einzuschränken, wie sie es gemacht haben, das ist etwas, was verboten gehört."[374]

- Daniel Freiherr von Lützow sagte in einer Rede **am 11.08.2024 in Zossen**: „Wir brauchen eine starke Partei und ja eine starke rechte Partei, konservative Partei, heimatliebende Partei, die diesen ganzen kommunistischen Wahnsinn, der hier seit 30 Jahren eingezogen ist, aufbrechen und endlich wieder Politik für unsere eigenen Bürger machen." Dort sagte er außerdem: „Wo sind wir hingekommen, dass wir unsere Töchter, unsere eigenen Töchter überwachen müssen, damit ihnen nichts passiert – das ist eine Schande, was hier passiert! Und solche Leute – man hetzt nicht über Gegenkandidaten oder sonst wen –, aber solche Leute, die das alimentieren und die immer noch mehr Leute hier haben wollen oder herholen, wissentlich, dass über 9.800 Messerstraftaten in Deutschland verübt worden sind im ersten Halbjahr: Das sind Verbrecher! Die gehören allesamt auf die Anklagebank! Leider kann man nicht alle in den Knast unterbringen, denn die sind voll."[375]
- Hans-Christoph Berndt sagte in einer Rede **am 11.08.2024 in Zossen**: „Alle anderen Parteien, die von Relevanz sind, sie haben sich vom deutschen Volk verabschiedet, sie haben sich vom deutschen Nationalstaat verabschiedet, sie wollen, dass wir aufgehen in einer EU und Weltgemeinschaft, sie wollen Deutschland zum internationalen Siedlungsgebiet machen." Dort sagte er auch: „Das Leiden, das tausendfache, zigtausendfache Leiden von Impfopfern und Impftoten, all das hat Dietmar Woidke mitgemacht. Und Schuld […] hat einen Namen […] und die Namen sind Angela Merkel und Jens Spahn, sie sind Olaf Scholz und Karl Lauterbach und sie sind Dietmar Woidke und Ursula Nonnemacher. Die haben sich schuldig gemacht. Peter Hahne will Handschellen klicken hören, ich kann ihn verstehen."[376]
- Hans-Christoph Berndt sagte dem Sender **Auf1** in einem Doppelinterview mit Björn Höcke**, veröffentlicht am 21.08.2024**: „Wenn wir ‚Wende' richtig verstehen, eine Änderung der Politik, dann ist es eine Aufgabe für Jahre und Jahrzehnte. Das, was an Schaden angerichtet wurde über die letzten Jahre und Jahrzehnte, werden wir nicht in kurzer Zeit reparieren können. Und das geht ja wirklich ganz tief, das geht ja bis dahin, […] dass wir eben das Eigene nicht mehr achten, dass wir das Eigene verachten, dass wir Regierungen haben, dass wir Politiker, dass wir Medien haben, dass wir sogenannte Eliten haben, die uns verachten, für die wir das Letzte sind. Ich wiederhole es: für die wir nur noch dazu da sind, Steuern zu zahlen, und die [uns] ansonsten in ihrer

[374] Beleg 467, Minute 25:30.
[375] Beleg 475, Minute 09:50 und 04:42
[376] Beleg 474, Minute 06:34 und 17:43.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

Politik, in ihrer Darstellung, in ihrer Bewertung ganz nach hinten stellen. Das ist einfach so krank, und das ist so von Grund auf krank, dass es wirklich lange, lange brauchen wird, um das wieder zu korrigieren."[377]

- Hans-Christoph Berndt sagte **am 23.08.2024 auf dem AfD-Familienfest in Steinhöfel**: „Sie [die „Altparteien"] haben die Angst vor den Wahlen und zwar zu Recht, weil das worunter wir leiden, das was dieses Land so krankmacht, nicht gottgegeben und nicht naturgegeben ist, sondern die Politik dieser Parteien. Diese Migration, die uns zu Fremden im eigenen Land macht, die dafür sorgt, dass die Jugendlichen gemobbt werden von Ausländern, dass sie sich in Bekleidung, in ihren Sitten, in ihren Speisen, irgendwelchen Beduinen anpassen sollen, das ist nicht gottgeben, sondern das ist das Ergebnis der Grenzöffnung […] und der fortwährenden Grenzöffnung durch die Ampel. […] wenn sie jetzt Angst vor diesen Wahlen haben, dass sie dafür abgestraft werden für all das Elend, dass sie über uns gebracht haben, warum ändern sie nicht einfach ihre Politik? […] Sie machen das nicht, weil sie unsere Interessen nicht vertreten. Die Führung aller Parteien, die in Deutschland in den Parlamenten sitzen, mit Ausnahme der AfD, die haben sich alle samt von Deutschland und dem deutschen Volk losgesagt, die halten die Nation für ein Konstrukt, die halten den Nationalstaat für etwas von vorgestern, die orientieren sich nur am Weltwirtschaftsforum, an der EU-Kommission und vielleicht an ihren Klüngeln im Bilderbergerclub oder anderswo. Wir, wir die Einheimischen, wir die Deutschen, sind für diese Parteien das Allerletzte […] Diese Parteien sind keine Volksparteien mehr, sondern Antivolksparteien. Die sind nicht im Stande, die sind nicht willens ihre Politik zu ändern. Was übrigens auch bedeutet, dass das Elend, was wir erleiden, auch Produkt ihrer Unfähigkeit ist, aber auch und zum großen Teil, Produkt ihres teuflischen Willens. Die wollen Deutschland als Nationalstaat abschaffen. Wir sollen aufgelöst werden in der EU in der Weltgemeinschaft. Das ist durchaus Programm. Und wir sollen, das ist auch Programm, kein Auto fahren, wir sollen kein Fleisch essen, wir sollen kein Bargeld haben, das sind alles die geisteskranken Vorstellungen der Zukunft, die im Weltwirtschaftsforum entwickelt werden. Denen sind die Führungen von SPD, CDU, FDP, Linken, Grünen verhaftet. Denen folgen sie und nicht unseren Interessen. […] und schränken die Demokratie so ein, weil sie wissen, wenn es mit rechten Dingen zugeht, ist ihre Zeit abgelaufen."[378]
- Lars Hünich sagte **am 25.08.2024** auf dem sogenannten Familienfest der AfD **in Brandenburg an der Havel**: „Diese Pandemie war niemals eine medizinische, sie ist und bleibt politisch gewollte Unterdrückung von euch! Und wir werden als eine der ersten Maßnahmen, werden wir

[377] Beleg 478, Minute 38:09.
[378] Beleg 504, Minute 01:38:17.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

sämtliche Bußgelder, sämtliche Strafbefehle, sämtliche Rückzahlungen von euch, die ihr leisten musstet, werden wir anstandslos nicht nur zurückzahlen, sondern wir werden jeden freisprechen, weil nicht ihr seid die Täter, sondern diese Regierung, das sind die wahren Täter – und wir werden sie verurteilen dafür!“[379]

- Der identitäre Rechtsanwalt und AfD-Landtagskandidat Gerhard Vierfuß schrieb **am 08.09.2024 auf „X“** über die geltende Rechtslage in Zusammenhang mit Grenzschließungen und Zurückweisungen an der deutschen Grenze: „Es ist wichtig, das Recht zu kennen, um entscheiden zu können, ob das, was wir tun m ü s s e n, im Einklang mit diesem geltenden Recht getan werden kann oder nicht; und um uns auf die Reaktionen derjenigen vorbereiten zu können, die auf die Einhaltung des geltenden Rechts pochen werden, sofern wir es nicht einhalten können. Und nach Möglichkeit sollten wir es selbstverständlich einhalten. Aber es gibt keine Rechtspflicht zum Suizid.“[380]
- Hans-Christoph Berndt sagte **am 10.09.2024** bei einer Wahlveranstaltung **in Groß Köris** unter lautem Applaus und in Anwesenheit der AfD-Politiker Benjamin Filter und Maximilian Krah: „[Ministerpräsident] Woidke hat diesen Terror der Migrationspolitik mit zu verantworten. Und wenn es eine Gerechtigkeit in diesem Land gibt, dann wird er dafür vor Gericht gestellt.“[381]
- Hannes Gnauck sagte bei einer Wahlkampfveranstaltung **am 15.09.2024 in Neuruppin**: „Ich sag euch mal, was nicht normal ist. Es ist nicht normal in einem Land zu leben, in dem der Kanzler im Prinzip der kriminellste von der ganzen Sippe ist. […] Herr Scholz, für mich gehören Sie ganz klar nicht auf die Regierungsbank, sondern endlich auf die Anklagebank, liebe Freunde.“[382]
- René Springer sagte **am 17.09.2024** bei einer Veranstaltung **in Eisenhüttenstatt**: „[…] dass Leute, die nie einen Cent ins Sozial[system] eingezahlt haben […] plötzlich bessergestellt werden als Sozialhilfeempfänger, die deutsch sind und die was geleistet haben, und als Arbeitnehmer, die hier arbeiten, das ist der eigentliche Skandal. Und allein schon deshalb müsste die Regierung in Berlin eigentlich, also, tut mir leid, jetzt muss ich drei Mal Piep sagen, weil die Dinge darf ich nicht mehr aussprechen, die ich mir dabei denke. Diese Leute müssen weg [Applaus beginnt]. Sie haben es nicht verdient, uns zu regieren.“[383] Ferner sagte er dort über das Ziel der AfD, verstärkt Volksentscheide einzuführen: „All diese großen Fragen unserer Zeit, die müssten dem Volk zur Entscheidung vorgelegt werden. Das kann man nicht solchen Leuten wie Baerbock

[379] Beleg 488, Minute 13:43.
[380] Beleg 508.
[381] Beleg 518, Minute 54:05.
[382] Beleg 522, Minute 01:06:50.
[383] Beleg 523, Minute 26:06.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

überlassen oder Buschmann oder Lindner oder wie sie alle heißen. Das sind Volksverräter! Sie werden nie eure Interessen vertreten. Und deswegen: Weg mit denen! Direkte Demokratie stattdessen."[384]

- Lena Kotré veröffentlichte **am 12.09.2024 auf „X"** einen Beitrag unter der Überschrift: „Seid wehrhaft – mit dem offiziellen, limitierten Kubotan von Lena Kotré". Die Überschrift enthielt zudem ein Faust-Emoji. Der Kubotan soll als „Begleiter für mehr Selbstschutz" dienen. Kotré verteilte diesen Kubotan laut eigener Aussage auf ihren Wahlkampfveranstaltungen. Als Reaktion auf die kritische Berichterstattung zu dieser Wahlkampfaktion schrieb Kotré wiederum auf „X", dass sie dieses legale Selbstverteidigungswerkzeug verteile**:** „damit Ihr wehrhaft seid"**,** denn, so ihre Behauptung: „der Staat ist überfordert und kann Euch nicht jederzeit helfen!"[385]
- Hans-Christoph Berndt sagte **am 18.09.2024** auf einer Veranstaltung **in Fürstenwalde**: „Nicht nur, dass die Schulen Verblödungsanstalten geworden sind. Anstalten, wo mit dem Nürnberger Trichter Ideologie eingeträufelt wird, Regenbogenideologie, mehr und mehr sind unserer Schulen zu Tatorten geworden. Mehr und mehr werden einheimische Schüler drangsaliert von Migranten. Sie werden beklaut, sie werden geschlagen, sie werden bedroht, das ist an der Tagessordnung und diese erbärmliche Regierung hier in Brandenburg und in Deutschland nimmt das nicht wahr. Und wer da pfeift, der hat Tomaten auf den Augen, ist ein Verräter an unserer Jugend und mit diesem Verrat werden wir Schluss machen […] und diese debilen Omas gegen Rechts werden wir in die Wüste schicken, geht gleich mit, mit denjenigen, die wir remigrieren."[386]
- Björn Höcke sagte **am 19.09.2024** auf einer Wahlkampfveranstaltung **in Cottbus**: „[…] auf Bundesebene brauchen wir die Aufarbeitung des Corona-Staatsverbrechens. Lauterbach und Co., die müssen nicht nur zurücktreten, die müssen meiner Meinung nach in einem rechtsstaatlichen Prozess in Handschellen abgeführt werden."[387]
- Lena Kotré veröffentlichte **am 21.10.2024 auf X** einen Beitrag, in dem sie dazu aufrief, linke Vereine und Strukturen anonym an ihre SIGNAL-Adresse „buerolenakotre.99" zu melden. Dazu zählte sie „kleine regionale Vereinigungen, die linksextrem anmuten", „dubiose Jugendvereine" oder „eine Antifa-Absteige". Es sei ihr ein „dringendes Anliegen, staatlich finanzierten Linksextremismus endlich auszutrocknen, denn er geht Hand in Hand mit der gewalttätigen Antifa. Das Ziel ist es, uns als AfD-Mitglieder, uns als sogenannte Rechtspopulisten zu verfolgen zu bekämpfen. Wir nehmen das nicht hin. […] Gemeinsam können wir es alle schaffen, linksextreme Struk-

[384] Beleg 523, Minute 28:46.
[385] Beleg 530.
[386] Beleg 536, Minute 34:12.
[387] Beleg 531, Minute 01:13:46.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

turen zu vernichten."[388] Hans-Christoph Berndt kommentiert den Post **am 23.10.2024 auf X**: „Journalisten der Öffentlich-Rechtlichen befragten mich entrüstet zur Initiative meiner Kollegin @KotreLena, ihr linksradikale Strukturen anzuzeigen. Dabei ist es ganz einfach: Lena Kotré hält den Linken von Jörg#Müller (VS Brandenburg) bis #REspect einfach mal den Spiegel vor."[389]

- Arne Raue wurde **am 23.11.2024 auf dem Landesparteitag der AfD** auf Platz sechs der Landesliste zur Bundestagswahl gewählt. Laut Tagesspiegel-Bericht vom 23.11.2024 sagte er bei seiner Bewerbungsrede: „'Wir müssen das komplette politische System auf den Kopf stellen'".[390] Raue errang bei der vorgezogenen Bundestagswahl im Februar 2025 ein Direktmandat.
- Hans-Christoph Berndt setzte **am 27.11.2024** auf einer Pressekonferenz **der AfD-Fraktion** das politische System der DDR mit der Bundesrepublik gleich, um neuerlich zu implizieren, dass sich die Bundesrepublik auf revolutionäre Zustände zubewege: „Ich bin ja zunehmend der Meinung und nach den Ereignissen der letzten Wochen, dass wir mit der Wahl vom 22. September den letzten Akt der jahrzehntelangen Vorherrschaft der SPD in Brandenburg hier erleben […] Eine SPD Vorherrschaft in Brandenburg, die ja sehr viel Analogien hat zur SED Vorherrschaft in der DDR […] und wer älter ist, wird sich noch erinnern, dass in den 80er Jahren die DDR in Erwiderung auf Michael Gorbatschow die Losung hatte: Kontinuität und Erneuerung, das Festhalten am Alten. Und wenn ich dieses Regierungsprogramm, diesen Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis Sarah Wagenknecht lese, der überschrieben ist: Bewährtes sichern Neues schaffen, dann ist das die Formel Kontinuität und Erneuerung, jetzt ins 21. Jahrhundert transformiert."[391]
- René Springer kommentierte **am 28.11.2024 auf Telegram** einen Artikel des „Freilich"-Magazins: „Eine Handvoll eindeutig linker Verfassungsumdeuter will die Ausschaltung der Opposition als demokratisches Mittel rechtfertigen. Dafür hält mal wieder eine jede ernstzunehmende Staatspolitik ins absurde führende Interpretation der Menschenwürde aus Art. 1 GG her. Diese Oligarchisierungstendenzen von etablierten Parteien, Richtern und Juristen im Staat ist eine ernstzunehmende Bedrohung für die Freiheit und Zukunft unseres Landes. Die AfD ist hier das Feindbild einer sich verselbstständigen Machtelite. Schon aus diesem Grund werden wir prinzipientreu für die Interessen der Wähler weitermachen."[392]
- Hans-Christoph Berndt, René Springer und Arne Raue diskutierten **am 12.12.2024** im Rahmen der AfD-Fraktion unter dem Titel „Potsdamer Gespräche" **im Brandenburger Landtag**. Das Ge-

[388] Beleg 547.
[389] Beleg 547b.
[390] Beleg 605.
[391] Beleg 563.
[392] Beleg 564.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

spräch moderierte der Rechtsextremist Erik Lehnert, Herausgeber des neurechten Theorieorgans „Sezession“. Dort sagte René Springer: „Wir werden seit 10 Jahren von Wahl zu Wahl stärker und wir werden auch aus der nächsten Wahl stärker hervorgehen – weil wir nicht aufgeben und weil wir so viele Bürger an unserer Seite haben, die inzwischen verstanden haben, woher der Wind weht, dass wir es mit einem korrupten Parteienkartell zu tun haben, das aber auch gar nichts ändern wird, selbst, wenn wir Kreide fressen würden. Selbst, wenn wir sagen würden: ja, wir trennen uns jetzt von X, Y und Z und machen hier einen auf gemäßigt. Wobei ich mich immer frage, was ist eigentlich ‚gemäßigt‘? Wir sind völlig gemäßigt.“[393] Hans-Christoph Berndt sagte hier über die Beobachtung durch den Verfassungsschutz: „Wir wehren uns dagegen, natürlich. Wir haben auch Klagen angestrengt. Die Klagen liegen jahrelang rum, auch meine eigene, weil die Verwaltungsgerichte mit Asylverfahren zu sind, das dauert jahrelang und zig Jahre lang. Und im Übrigen haben wir natürlich dann auch diese politisch besetzten Gerichte. Wir wissen ja, welche Sorgen die auch in Thüringen oder anderswo, jetzt im Bundestag, haben – dass jetzt auf einmal die AfD irgendwo in die Positionen kommt und dann vielleicht auch mal Verfassungsrichter stellt, weil die natürlich Angst haben, wir würden es genauso machen wie die es machen. Da geht’s dann nicht mehr um Rechtsfindung, sondern um eigene Interessen durchzusetzen mit den Mitteln der Gerichte. Das muss uns klar sein. Diese Fragen werden deswegen auch nicht juristisch entschieden, auch nicht mit unseren Klagen. Wir machen’s, aber die werden dadurch nicht entschieden. Die werden nur politisch entschieden. Wir müssen die politische Macht haben, solche Verfassungsschutzchefs rauszuschmeißen – und wenn’s nach mir geht diesen ganzen Verfassungsschutz aufzulösen. Wir sind ein freies demokratisches Land, wir brauchen keine Stasi 2.0.“[394] Berndt bezweifelte mit dieser Aussage nicht nur die Unabhängigkeit der Gerichte, sondern er legte auch sein machiavellistisches Politikverständnis eindrücklich offen, demnach die Rechtsprechung offenkundig der AfD-Regierungsmacht folgen soll bzw. folgen würde.

- Lars Schieske behauptete **am 19.12.2024 auf Facebook** im Zusammenhang mit der Einführung mobiler Wahlstände in Cottbus, dass Briefwahlen den „Kartellparteien“ als Instrument zur Absicherung ihrer Macht dienten: „Doch es ist kein Geheimnis, dass die Briefwahl immer wieder Fragen zur Integrität und Vertraulichkeit aufwirft. Die Kartellparteien haben diesen Zustand lange toleriert, wohlwissend, dass die Briefwahl häufig als Mittel genutzt wird, um politische Mehrheiten

[393] Beleg 573, Minute 16:00.
[394] Beleg 573, Minute 1:12:06.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

zu sichern. […] Die Zeiten, in denen die politischen Nutznießer der alten Machtstrukturen sich auf die fragwürdigen Ergebnisse der Briefwahl verlassen konnten, sind vorbei."[395]

- Arne Raue veröffentlichte am 31.12.2024 ein Video auf YouTube, in dem er zunächst erklärt, seine private Meinung wiederzugeben. Im Folgenden zeichnete er ein dystopisches Bild der Zustände in Deutschland und sprach u.a. über den Anschlag in Magdeburg: „Eins und eins ist zwei. MEKKA-Security hat euch geschützt. Stell mal ne Frage in den Raum: Hat der Hirte für seine Schafe die Wölfe angestellt. Ganz ehrlich, was erwartet ihr von diesem Land noch? Neun Jahre runtergewirtschaftet von CDU, SPD und Grünen, über die FDP rede ich gar nicht mehr. Runtergewirtschaftet vorsätzlich und bewusst kaputtgemacht. Und ihr träumt alle schön euren Alltag und wählt immer wieder eure Schlächter."[396] Er bezeichnete Migranten als „Plünderer" und sagte unter anderem weiter: „Ich kann nicht mehr schlafen nach Magdeburg, ja. Wir werden weiter belogen [undeutlich] von dem was in Magdeburg passiert ist, da bin ich fest von überzeugt von diesen wunderbaren Staatsmedien. Die tragen schön dazu bei, dass ihr alle schön ruhig gehalten werdet, wir alle schön ruhig gehalten werden."[397]
- René Springer sagte **am 07.01.2025** auf einer Veranstaltung **in Ahrensfelde**: „Wir [die AfD] vertreten die Vernunft in diesem Land, die tagtäglich von dieser irren Regierung in Berlin verraten wird. Die Extremisten sitzen in Berlin auf der Regierungsbank, und die müssen weg und die Hälfte von denen muss in Handschellen abgeführt werden, da denke ich nur an den Lauterbach, was der sich geleistet hat in der Corona-Zeit! Das muss alles rechtsstaatlich aufgearbeitet werden. Die müssen eines Tages vorm Richter sitzen für das, was sie da uns hinterlassen haben. Und was Georg Restle[398] angeht, da habe ich folgenden Plan und setze da auf eure Unterstützung. Wir werden über kurz oder lang regieren. Es ist ja nicht mehr die Frage des Ob, sondern nur noch die Frage des Wann. Und wir haben in unserem Programm seit Jahren stehen, wir ziehen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk den Stecker. Aber das Highlight kommt ja noch und deswegen brache ich eure Unterstützung. Es wird ja der Tag kommen, wo wir den Laden dicht machen in Berlin. Das ARD-Hauptstadtstudio das große, die Propagandazentrale. Lasst uns an diesem Tag tausendfach dort in dieser Friedrichstraße oder Wilhelmstraße, wie die heißt, versammeln. Lasst uns ein Spalier bilden und lasst uns laut applaudieren, wenn Georg Restle dort seine Bü-

[395] Beleg 583.
[396] Beleg 606, Minute 07:30.
[397] Beleg 606, Minute 10:53.
[398] Georg Restle, Journalist und Fernsehmoderator, bekannt als Gesicht des ARD-Magazins „Monitor".

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

routensilien rausträgt und zum Jobcenter rennt! Lasst uns dort applaudieren und das feiern! Dieser Tag wird kommen!“[399]

- René Springer sagte auf der Auftaktveranstaltung zur Bundestagswahl des LV BB **am 18.01.2025 in Eberswalde**: „In unseren Sozialsystemen wird es null Ausländer geben. Wer Sozialleistungen beziehen möchte als Ausländer, der soll es in seiner Heimat beantragen, und nicht bei uns. Unsere Polizei wird gefürchtet sein, unsere Justiz unabhängig und unsere Richter gnadenlos gegenüber Verbrechern.“[400]
- Arne Raue sagte nach einem Autokorso **am 18.01.2025**, im Zusammenhang mit seiner Direktkandidatur zur Bundestagswahl, bei einer Rede **auf einer Kundgebung in Bad Belzig**: „Sie [eine Frau am Straßenrand] stand da mit dem Daumen nach unten und sah wirklich ganz traurig aus. Leider mussten wir weiterfahren und ich konnte mich mit ihr nicht beschäftigen. Aber irgendjemand wird schon da sein, der ihr hilft und ihr auch dann mal das Gehirn wäscht.“[401]
- Dennis Hohloch sagte auf der Auftaktveranstaltung zur Bundestagswahl des LV BB **am 18.01.2025 in Eberswalde**: „Das muss man gar nicht kontrollieren, wenn man diese Menschen gar nicht erst ins Land lässt. Das muss man gar nicht kontrollieren, wenn man [Innenministerin] Nancy Faeser endlich dafür zur Rechenschaft zieht, was sie uns angetan hat, was sie diesen Menschen in Magdeburg angetan haben, die 56 Schwerstverletzten; Leute, denen Gliedmaßen amputiert wurden, die jetzt im Rollstuhl sitzen mit Beckenbrüchen, selbst Tote. Überlegt euch mal, was das mit den Familien macht. Wie viel Trauer und wie viel Hass bei den Menschen mittlerweile da sein muss, die so etwas erleben. Und es könnte jedem passieren. Es kann immer wieder zuschlagen. Auf jedem Weihnachtsmarkt. Auf jeder AfD-Veranstaltung. In jedem Einkaufscenter. Egal, wo man sich bewegt.“[402] Dort sagte er auch: „Und solche Leute [die verantwortlichen Politiker] müssen nicht abgewählt werden, ich sag’s nochmal, solche Leute müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Und das wird die AfD tun, wenn wir die Möglichkeiten dazu haben, liebe Freunde.“[403]
- Dennis Hohloch schrieb **am 24.01.2025 auf X**: „An der #Brandmauer sind mittlerweile mehr Menschen gestorben als an der Mauer. Mal sehen wie lange die CDU noch SED Spielen will.“[404]
- Dennis Hohloch sagte beim AfD-Winterfest **in Neuruppin am 24.01.2025** im Kontext der Morde von Aschaffenburg: „[…] oder eine Nancy Faeser sich hinstellt und warnt davor, dass man diesen

[399] Beleg 589, Minute 01:35.
[400] Beleg 590, Minute 26:33.
[401] Beleg 607, Minute 01:31.
[402] Beleg 590, Minute 01:00:50.
[403] Beleg 590, Minute 01:10:20.
[404] Beleg 592.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Vorfall nicht politisch missbrauchen soll – nachdem unzählige Deutsche, Frauen, Kinder, Männer gestorben sind wegen dieser sinnlosen und tödlichen illegalen Massenmigration, dann hat man in der Politik nichts verloren. Diese Menschen müssen nicht nur abgewählt werden, sie müssen zur Rechenschaft gezogen werden für das, was sie uns angetan haben, für das, was sie den Müttern antun, den Familien. Stellt euch doch mal vor, was in Magdeburg los war. 56 Schwerstverletzte. Menschen, die nie wieder in ihrem Leben arbeiten gehen können, die nie wieder in ihrem Leben laufen können, weil sie im Rollstuhl sitzen, die Amputationen hinter sich haben. Frauen und Männer, die ihre Angehörigen verloren haben […].“[405]

- René Springer sagte beim AfD-Winterfest **in Neuruppin am 24.01.2025**: „Annalena Baerbock hat ein Wort [auf ihrem Wahlplakat] draufstehen: Zusammen. Und wir wissen, was mit diesem Zusammen gemeint ist, nämlich junge Frauen zusammen mit afrikanischen Vergewaltigern. Kinder mit syrischen Messerstechern. Schulklassen mit kriminellen Ausländern. Das alles ist das Zusammen, wofür Annalena Baerbock und wofür die Grünen stehen. Und wir werden dieses Zusammen niemals akzeptieren. Das ist Deutschland, das ist unser Land! Unser Land hat drei Farben: Schwarz, Rot, Gold – und das ist bunt genug. [Applaus, Pause] Und trotzdem nehme ich das als Anregung, Zusammen zukünftig auch auf meine Plakate zu schreiben. Und dieses Zusammen bedeutet: Annalena Baerbock, Robert Habeck, Nancy Faeser und Olaf Scholz [in lauter Tonlage] in einer Zelle! Da gehören sie nämlich hin für diese Politik!“[406]
- Im KI-generierten Werbevideo des AfD-LV BB, u.a. **veröffentlicht auf X am 26.01.2025**, wird in einer Szene der SPD-Politiker Karl Lauterbach in Handschellen von zwei Polizisten abgeführt, anschließend sieht man ihn einem Raum sitzen, der an einen Gerichtssaal erinnert. Die Stimme aus dem Off erläutert: „Doch in diesem Land sehen wir auch eine Chance: Eine Chance für Veränderung […]. Für Politiker, die Verantwortung übernehmen müssen, wenn sie unser Land vorsätzlich in den Ruin führen. […]“[407] Die Forderung, dass Politiker zur Rechenschaft gezogen oder in eine Zelle verbracht werden müssten, formulierten führende Politiker des LV BB im Wahlkampf mehrfach auch auf der Bühne.
- Dominik Kaufner schrieb am **29.01.2025 auf X**, bezugnehmend auf die Morde von Aschaffenburg: „Sie haben Monster mitten unter uns gelassen. Vergebung kann es dafür nicht geben, weder vor Gott noch den Menschen.“[408] Es ist anzunehmen, dass Kaufner hier auf die verantwortlichen Politiker in Landes- und Bundesregierung anspielt. Ähnliche Aufrufe, Politiker zur Rechen-

[405] Beleg 594, Minute 28:47.
[406] Beleg 594, Minute 01:07:35.
[407] Beleg 595.
[408] Beleg 596.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

schaft zu ziehen, prägten den Wahlkampf Anfang 2025. Auch der IB-Vordenker und Aktivist Martin Sellner schrieb wenige Tage zuvor, dass sich Wut angestaut habe, die sich entladen werde.

- Steffen Kotré postete **am 28.01.2025 auf seiner Facebookseite** ein Video, das ihn als Redner zeigt, und in dem er unter anderem sagt: „Vielleicht noch ein Aspekt; der mich so ein bisschen immer umtreibt. Öfter wird von Staatsversagen gesprochen und öfter wird davon geredet, ja die Dinge laufen hier schief und man wundert sich warum. Also ich hab‘ oft viele Gespräche und dann kommen immer so Details: Warum ist denn das so? Warum wird der nicht abgeschoben, der kriminell ist? Warum gab es Magdeburg, mit diesem Versäumnis, dass also die Poller dort nicht richtig aufgestellt worden sind und mit vielen anderen Dingen auch. Und meine Antwort ist, es gibt kein Staatsversagen, sondern das was hier passiert, soll auch genauso passieren. Das ist leider mein Befund. Und ich hab‘ mir immer wieder die Frage gestellt: 2015, was hat es für einen Sinn, Menschen zu uns reinzulassen, die gar nicht verfolgt sind, die aber über Jahre und Jahrzehnte hinaus von uns alimentiert werden müssen? Auch das, so meine Schlussfolgerung, ist gewollt. Die Grenzen werden ja nicht mehr geschützt, die Nation soll geschliffen werden und in der Tat, habe ich im Deutschen Bundestag schon zwei- dreimal dann am Rednerpult von Vertretern der SPD gehört, dass sie die Vereinigten Staaten von Europa haben wollen. Das heißt, die deutsche Nation soll geschliffen werden, soll wegkommen und dazu ist das Mittel der Migration – und ich sag es auch ganz bewusst: der Überfremdung – durchaus gewollt. Das heißt, das ist kein Staatsversagen was hier passiert, sondern das ist leider gewollt.“[409]
- Lars Hünich sagte auf dem AfD-Winterfest **in Falkensee am 31.01.2025**: „[…] und jetzt haben wir es: Trump, Musk, Kennedy – super Sache! Und die werden hierherkommen und uns befreien von dieser Meinungsfreiheitsunterdrückung. Deswegen sind wir froh und wir werden sehen: [19]89, das neue [20]25 ist das alte [19]89. Und wir werden, und das ist entscheidend für uns alle, eine gesamtdeutsche Wende erleben. Das ist für uns wichtig, damit wir endlich das wieder sind, was wir sein wollen: ein deutsches Volk!“[410]
- Dennis Hohloch sagte auf dem AfD-Winterfest **in Falkensee am 31.01.2025**: „Und man muss ja auch mal festhalten, dass an dieser Brandmauer mittlerweile mehr Menschen gestorben sind als an der innerdeutschen Grenze, die mehrere Jahrzehnte unser Land geteilt hat. Und Politiker wie Annalena Baerbock, wie Robert Habeck und weiß ich, wie die ganzen Idioten alle heißen, die sich immer noch in den Bundestag stellen und mehr Angst vor den bösen angeblichen Faschis-

[409] Beleg 597, Minute 15:04.
[410] Beleg 601, Minute 38:06.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

ten haben, wie Hofreiter heute immer wieder bei Phoenix gesagt hat, diese Menschen haben jedweden Bezug zur Realität verloren."[411]

- René Springer sagte auf dem AfD-Winterfest **in Falkensee am 31.01.2025**, bezugnehmend auf die vorangegangene Abstimmung im Bundestag über das „Zustrombegrenzungsgesetz": „[…] wo sich zwölf Merkelianer der Abstimmung einfach ferngehalten haben. Darunter Leute wie Marco Wanderwitz, die das Verbotsverfahren vorantreiben, seine Ehefrau […], Vizepräsidentin des Bundestages, und Leute wie Roderich Kiesewetter. Ihr erinnert euch: Roderich Kiesewetter war derjenige CDU-Politiker, der den Krieg nach Russland tragen wollte, der unsere Söhne an der Ostfront opfern wollte, aber jetzt nicht in der Lage ist, die Leute im eigenen Land zu schützen – [mit lauter Stimme] Was für eine Ratte! [lauter Applaus]"[412]
- Hans-Christoph Berndt sagte **am 02.02.2025** auf dem AfD-Winterfest **in Bernau**: „Und wir haben von Anfang an gesagt: Es ist irre, und es ist pervers ein Gesetz zu erlassen – von FDP, Minister Buschmann –, wonach jeder einmal im Jahr sein Geschlecht wechseln darf. Wer sowas beschließt ist geisteskrank oder muss weggesperrt werden ins Gefängnis! Das muss weg, dieser Irrsinn!"[413]
- Hannes Gnauck sagte am **07.02.2025** auf dem AfD-Winterfest **in Potsdam**: „Es ist nicht normal, dass man in einem Land lebt, in dem der Kanzler der kriminellste von der ganzen Sippe ist! Und ich sag euch noch was. Es ist auch nicht normal, in einem Land zu leben, das einen sogenannten Wirtschaftsminister hat, der nicht weiß, was eine Insolvenz ist, liebe Freunde. Und es ist auch nicht normal, in einem Land zu leben, das eine Außenministerin hat, die sagt: alle Solidarität dem ukrainischen Volke und meine deutschen Wähler sind mir scheiß egal. [laute Pfui-Rufe] Für diese drei Gestalten habe ich drei Ansagen: [laut] Herr Scholz, Sie gehören nicht mehr auf die Regierungsbank, Sie gehören endlich auf die Anklagebank! [Applaus] Und Herr Habeck, der Kinderbuchautor, gehört für mich auch nicht mehr auf die Regierungsbank. Herr Habeck gehört wieder zurück auf die Schulbank! […] Liebe Annalena [Baerbock], wenn Du die Ukraine doch so sehr liebst, dann verzieh Dich in die Ukraine!"[414]
- René Springer sagte **am 07.02.2025** auf dem AfD-Winterfest **in Potsdam**: „Das politische Vorfeld der Bundesregierung ist ja versammelt. Es ist nicht zu überhören. Die staatlich finanzierte Antifa und das ganze Regenbogen-Gesocks. Diese Leute stehen für das, was wir nicht mehr wollen. Sie stehen für die Vielfalt, die daraus besteht oder darin besteht, dass wir in unserm Land

[411] Beleg 601, Minute 47:22.
[412] Beleg 602, Minute 12:20.
[413] Beleg 603, Minute 01:06:25.
[414] Beleg 610, Minute 01:04:00.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

inzwischen leben müssen mit Messermännern, mit Vergewaltigern, mit Clankriminellen, mit raum- und kulturfremden Menschen, die an Silvester unsere Sicherheitskräfte beschießen oder direkt die Raketen in die Zimmer unserer Kinder abfeuern. Das ist die Truppe da drüben, die das will!“[415] Dort sagte er auch: „Und dass die so laut jaulen, liegt auch daran, dass sie merken, dass eine neue Ära beginnt. Die Ära einer Politik, die sich an den deutschen Interessen orientiert. Und das wird Konsequenzen haben für diejenigen, die heute da drüben stehen und grölen – ich hab‘ gesehen, einige sind ja auch schon festgenommen worden. Das wird Konsequenzen haben, weil wir ihnen an Tag Eins unserer Regierungsverantwortung die staatlichen Mittel streichen werden, und dann können sie richtig arbeiten gehen.“[416]

- Lars Hünich sagte am **07.02.2025** auf dem AfD-Winterfest **in Potsdam**: „Das, was wir euch versprechen können: Wenn wir in der Bundestagswahl richtig gut abschneiden, dann werden wir dafür sorgen, dass die Handschellen klicken! [Applaus] Frei nach Peter Hahne!“[417]
- Norbert Kleinwächter sagte **am 08.02.2025** auf dem AfD-Winterfest **in Brandenburg an der Havel**: „Auch wir von der AfD werden für die Antifa weiter Steuergelder ausgeben – und zwar für ihren Platz im Knast, [lauter Applaus brandet auf] für all die Straftäter, die unsere Wände mit Graffiti beschmieren, die unsere Fensterscheiben einwerfen, die uns vor Kollegen diffamieren, die dafür sorgen, dass wir unsere Jobs verlieren, die uns tatsächlich schlagen oder gar ermorden. [laut] Diese Leute brauchen keinen staatlichen Schutz, diese Leute brauchen die staatliche Repression, die sie verdienen. Denn die Antifa – das sind die Feinde der Demokratie! [Applaus]“[418]
- René Springer sagte **am 08.02.2025** auf dem AfD-Winterfest **in Brandenburg an der Havel** über Robert Habeck: „Solchen Leuten wie Robert Habeck kann man eigentlich nur eins sagen: wenn es Dir hier nicht gefällt, mein Freund, dann geh dahin, wo der Pfeffer wächst – wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen!“[419] Der von Springer auch in anderen Kontexten mehrfach verwendete Spruch ist in der rechtsextremistischen Szene, und auch bei neonationalsozialistischen Gruppierungen geläufig; der Spruch wurde in der Vergangenheit u.a. von PEDIDA, BEGIDA und den „altrechten“ Parteien „Der III. Weg“ und NPD/“Heimat“ genutzt.
- Lena Kotré veröffentlichte **am 14.02.2025** ein Video u.a. **auf Telegram**, in dem sie behauptet, dass Staatsanwaltschaften, Staat und Medien Anschläge oder Anschlagsplanungen bewusst nicht als terroristisch einstufen würden: „Der Staat nennt es nur einfach nicht Terroranschlag. Der

[415] Beleg 610, Minute 00:42:53.
[416] Beleg 610, Minute 00:43:50.
[417] Beleg 610, Minute 01:43:53.
[418] Beleg 609, Minute 01:08:48.
[419] Beleg 609, Minute 01:30:35.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

linksunterwanderte Staat benennt also einen Terroranschlag nicht als Terroranschlag, damit die Presse das genauso weitergeben kann. Und seht ihr, so arbeiten Staatsmedien und der Staat zusammen und liefern unser Volk damit Wort wörtlich ans Messer."[420]

- Dennis Hohloch sagte **am 15.02.2025** auf dem AfD-Winterfest **in Königs Wusterhausen**: „Jeder von uns, der mit offenen Augen durch dieses Land geht, der weiß, dass die Grünen niemals wieder 15 oder 16 Prozent bekommen werden. Diese Partei muss auf den [dem] Scheiterhaufen der Geschichte enden, liebe Freunde!"[421] Dort sagte er auch, bezugnehmend auf den Anschlag in München: „Und als nächstes werden wir die linke Kulturhoheit in diesen Gewerkschaften endlich brechen. Ich bin es leid, dass ich mir von solchen Lumpen, von solchen linken Lumpen sagen lassen muss, dass wir auf die Straße gehen müssen gegen Hass und Hetze – sag mal, was fällt denen eigentlich ein. Da ist jemand, ein Afghane, der nicht hier sein sollte, in die Demonstranten der eigenen Gewerkschaft gefahren, und dann stellt dieser Typ sich hin und sagt: ja, jetzt müssen wir erstmal aufstehen gegen Hass und Hetze. Genau das hat diese Menschen fast das Leben gekostet, ihre bescheuerten Demos gegen rechts, ihre bescheuerten Omas gegen rechts – genau das ist es, woran dieses Land krankt. An dummen Menschen, die nicht verstanden haben, was das eigentliche Problem in dieser Bundesrepublik ist."[422]

5.3 Vernetzung zu anderen rechtsextremistischen Organisationen und Personen

Tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Ausrichtung einer Bestrebung können sich aus personeller Gleichheit von Mitgliedern des AfD-LV BB mit anderen extremistischen Organisationen sowie aus Kooperationen, Unterstützung und Zusammenarbeit mit rechtsextremistischen Organisationen und Akteuren ergeben.[423] Indizien können, neben der inhaltlichen Kooperation bei verfassungsfeindlichen Inhalten, personelle Überschneidungen des Führungspersonals oder gemeinsame Verlautbarungen sein.[424] Je mehr Berührungspunkte vorliegen und je mehr öffentliche Kooperation mit einer anderen verfassungsfeindlichen Bestrebung stattfindet, desto eher können tatsächliche Anhaltspunkte für die extremistische Ausrichtung der zu prüfenden Bestrebung angenommen werden. Laut VG Ham-

[420] Beleg 612, Minute 02:22.
[421] Beleg 613, Minute 00:28:21.
[422] Beleg 613, Minute 00:33:28.
[423] vgl. BVerwG, Urt. v. 21.07.2010 – 6 C 22/09, juris Rn. 56f; OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 23. November 2011 – OVG 1 B 111.10 –, juris Rn. 46; OVG Münster, Beschluss vom 24.05.2007 – 5 A 4719/05–, juris, Rn. 9 ff.; VG Hamburg, Urteil vom 13. Dezember 2007 – 8 K 3483/06 –, juris Rn. 40; vgl. auch Murswiek, Dietrich: Verfassungsschutz und Demokratie. Voraussetzungen und Grenzen für die Einwirkung der Verfassungsschutzbehörden auf die demokratische Willensbildung, Duncker & Humblot, Berlin 2019, S. 55; Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, BVerfSchG, § 4 Rn. 128.
[424] Vgl. Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 24. Mai 2007 – 5 A 4719/05 –, juris Rn. 13; VG Düsseldorf, Urteil vom 15. Februar 2011 – 22 K 404/09 –, juris Rn. 180ff.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

burg können bei einer festen und dauerhaften Verflechtung der beiden Personenzusammenschlüsse – Personenidentität der Vorstandsvorsitzenden, Mandatsträgerschaft eines Mitglieds für den anderen Personenzusammenschluss, Erklärungen zur Konzeption und Zusammenarbeit, inhaltliche Parallelitäten – die Aussagen der Bestrebungsmitglieder einander sogar wechselseitig zugerechnet werden.[425]
Der AfD-LV BB pflegte und pflegt weiterhin engste Verbindungen zu folgenden maßgeblichen Akteuren:

a) „Zukunft Heimat e.V“,

einem in Cottbus ansässigen Verein, der seit 2015 asyl- und fremdenfeindliche Demonstrationen organisierte und seit Januar 2020 als gesichert rechtsextremistisch eingestuft ist. Der AfD-Fraktionsvorsitzende im Brandenburger Landtag und Spitzenkandidat der AfD 2024, Hans-Christoph Berndt, war bzw. ist Mitgründer, Gesicht und Förderer des Vereins. Seine Funktion als Sprecher von „Zukunft Heimat e. V. “ gab er auf der Seite der AfD-Fraktion Brandenburg für die Jahre 2015 bis 2021 an.[426] Insbesondere in der Anfangsphase rekrutierte „Zukunft Heimat“ auch aus neonationalsozialistischen, völkisch-rechtsextremen und militanten Gruppen wie dem verbotenen „Widerstand Südbrandenburg“ und den „Spreelichtern“.[427] Großen Einfluss auf „Zukunft Heimat“ übte hierbei Marcel Forstmeier aus, ein ehemaliges Mitglied der Jungen Nationalisten und Kopf der „Spreelichter“, der planerisch und organisatorisch mit Berndt zusammenarbeitete. Der Verein bot in der Folge, und bietet bis heute, Akteuren aus der AfD eine Bühne. Hierzu gehören u.a. Lars Schieske, Andreas Kalbitz, Birgit Bessin, Steffen Kotré, Alexander Gauland und Björn Höcke. Personelle Überschneidungen und eine organisatorische Anbindung von „Zukunft Heimat“ existiert zum „Bürgertreffpunkt Mühle e.V.“, dem Betreiber der neurechten Szenelokalität „Mühle“ in Cottbus, die der Vernetzung zwischen Südbrandenburger AfD, verschiedenen Akteuren der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten und rechtsextremen, oft jungen, militant auftretenden Protagonisten beispielsweise aus der Fußball-Szene dient.

b) „Ein Prozent e.V.“,

einem 2015 gegründeten und durch das BfV 2023 als gesichert rechtsextremistisch eingestuften Verein mit Sitz in Sachsen, der als „professionelle Widerstandsplattform“ und Kampagnenprojekt für

[425] Vgl. VG Hamburg, Urteil vom 13. Dezember 2007 – 8 K 3483/06 –, juris Rn. 42.
[426] Beleg 292.
[427] Die „Widerstandsbewegung Südbrandenburg“ (WBS) wurde im Juni 2012 vom brandenburgischen Innenminister u.a. wegen „Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus“ und „aktiv-kämpferischen Vorgehens gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung verboten“. Das Verbot wurde mit Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts im Mai 2014 unanfechtbar. Die unter dem Dach des WSB aktiven „Spreelichter“ wurden damals mit vermummten, flashmobartigen Fackelmärschen durch ostdeutsche Dörfer und Kleinstädte bekannt.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

verschiedene Akteure der Neuen Rechten – unter Einschluss der AfD – dient, u.a. Spenden sammelt oder Webprojekte realisiert. Als „Dienstleister“ der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten verfügt „Ein Prozent“ über enge Verbindungen zu rechtsextremistischen Akteuren wie der „Identitären Bewegung“, dem 2024 aufgelösten und neustrukturierten „Institut für Staatspolitik“ in Schnellroda sowie zur „Jungen Alternative“ und zur JA BB. Nach der Löschung des YouTube-Kanals von „Ein Prozent e. V.“ Anfang Dezember 2020 wegen Verstoßes gegen die Hassrederichtlinien kam es verschiedentlich zu Solidaritätskundgebungen der führenden Brandenburger AfD-Mitglieder Hans-Christoph Berndt, Dennis Hohloch sowie Andreas Kalbitz. Bis heute arbeiten Akteure des AfD-LV BB mit dem Kampagnenprojekt eng zusammen.

c) „Compact Magazin GmbH“ (COMPACT),

einem im Brandenburgischen Falkensee ansässigen[428] Magazin mit reichweitenstarker digitaler Präsenz vor allem auf YouTube („Compact-TV“). COMPACT wird seit Dezember 2021 von der LfV Brandenburg sowie dem BfV als erwiesen extremistisch beobachtet und bildet in seinen Publikationen sowie in den sozialen Netzwerken und Medien eine große Bandbreite rechtsextremistischer Themen ab, u.a. Zuwanderungskritik, Diffamierung von Minderheiten, Homosexuellenfeindlichkeit, Geschichtsrevisionismus, prorussische und kremlnahe Propaganda. COMPACT verbreitet Verschwörungstheorien wie jene vom „Großen Austausch“, von einer politisch gesteuerten und gezielt herbeigeführten „Überfremdung“, dem „Great Reset“ oder der „Impf-Diktatur“, gelegentlich unter Einflechtung antisemitischer Narrative und Codes. COMPACT unterhält enge Beziehungen zu weiteren rechtsextremistischen Akteuren sowohl im parlamentarischen wie außerparlamentarischen Raum – darunter zur Identitären Bewegung, deren bekanntester Protagonist, Martin Sellner, für das Magazin schreibt, oder zu den „Freien Sachsen“. Wohlwollend kommentiert COMPACT insbesondere Protagonisten und Politik der AfD, und hier vor allem jene Akteure, die in innerparteilichen Richtungsauseinandersetzungen für rechtsextremistische Positionen stehen. COMPACT wurde im Juli 2024 durch das BMI verboten. Mit Beschluss vom 15.08.2024 hat das Bundesverwaltungsgericht den Vollzug der Verbotsverfügung vorläufig ausgesetzt; COMPACT ist daher zunächst weiter tätig. Der AfD-LV BB, der ein enges Verhältnis zu COMPACT pflegte, hat sich nach dem Verbot mehrfach mit dem Herausgeber Elsässer solidarisiert und wirbt für Fortsetzungen seiner politisch-medialen Unternehmungen.

[428] Laut Handelsregister (Stand: 05.11.2024) wurde der Firmensitz im Oktober 2024 nach Stößen (Sachsen-Anhalt) verlegt.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

d) „Institut für Staatspolitik e.V." (IfS),

eine durch das BfV seit 2023 als gesichert rechtsextremistisch eingestufte und beobachtete Bestrebung mit Sitz in Schnellroda. Der eingetragene Verein organisierte Veranstaltungen und vereinigte unter seinem Dach publizistische Projekte, u.a. die Institutszeitschrift **„Sezession"**, das bedeutendste intellektuelle Sprachrohr der verfassungsschutzrelevanten „Neuen Rechten". Mit sogenannten Sommer- und Winterakademien hat sich das IfS vor allem der Schulung und Ideologisierung eines jungen, studentischen Publikums verschrieben. Ideologisch knüpfen die Akteure um das IfS an Ideen der „Konservativen Revolution" in der Weimarer Republik sowie an verschiedene intellektuelle Vordenker – etwa dem französischen Philosophen Alain de Benoist, dem Deutschen Henning Eichberg oder dem Italiener Antonio Gramsci – an. Das IfS betreibt sogenannte „Metapolitik", ein neurechter Schlüsselbegriff, mit dem die Strategie der Erringung von politischer Deutungshoheit im außerparlamentarischen Raum durch Publizistik, Vernetzung und Schulung bezeichnet wird und der auf sukzessive Verschiebung des politischen Diskurses abzielt. Das IfS versteht sich demgemäß als Kaderschmiede und intellektuelles Zentrum der (neuen) deutschen Rechten. Mit dem Aufstieg der AfD hat das IfS zunehmend unmittelbaren Einfluss im politisch-parlamentarischen Raum ausüben können. Insbesondere Vertreter der AfD-Ostlandesverbände, wie Björn Höcke, pflegen einen intensiven Austausch. Im Sommer 2024 verkündete Götz Kubitschek die Auflösung des Vereins, um einem möglichen und vermuteten Verbot zuvorzukommen und die Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu erschweren. Der dem IfS nicht unmittelbar angebundene, aber indirekt zuarbeitende Verlag **„Antaios"** (Geschäftsführer: Kubitschek) sowie die Zeitschrift **„Sezession"** (Geschäftsführer: Erik Lehnert) existieren nach Auflösung des Vereins in neuer Zuständigkeit. Veranstaltungen finden unter dem Dach von Kubitscheks neu gegründeter **„Menschenpark Veranstaltungen UG"** – wiederum in den Räumlichkeiten des IfS in Schnellroda – statt. Der AfD-LV BB pflegt zum Netzwerk um IfS-Gründer Kubitschek und den „Sezession"-Herausgeber Erik Lehnert engste Kontakte, die bis hin zur Beschäftigung Lehnerts als Fraktionsmitarbeiter im Brandenburger Landtag reichen. Diese Kontakte sind vor allem in den Jahren 2023/24 auch öffentlich wahrnehmbar deutlich intensiviert worden. In Brandenburg tritt insbesondere der stellvertretende Landesvorsitzende Hans-Christoph Berndt für die politische Zusammenarbeit mit Schnellroda-Akteuren ein.

e) „Identitäre Bewegung" (IB),

einer aktionistischen, auf ethnopluralistischer ideologischer Grundlage aufgebauten Jugendbewegung, die sich als Verein konstituiert, deren Untergruppen jedoch nur lose zusammengebunden sind. Die IB-Deutschland wird durch das BfV seit 2019 als erwiesen rechtsextremistisch beobachtet. Die

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

europaweit vernetzte IB begann 2013/14 zunächst als digitales Internetphänomen, machte jedoch schnell mit zum Teil spektakulären Protestaktionen auf sich aufmerksam. Inzwischen ist die IB – neben dem Straßenprotest – durchaus auch intellektuell einflussreich, insbesondere durch die Aktivitäten des ehemaligen Sprechers und Kopf der Bewegung Martin Sellner. Die IB liefert der neurechten Jugend Stil, Emblematik, Stichworte („Reconquista", „Remigration") und einen publizistisch-intellektuellen Unterbau. Mit der verschärften staatlichen Sanktionierung der IB in Frankreich, Österreich und Deutschland hat sich die Bewegung strukturell zunehmend heterogen organisiert. In Ostdeutschland und zumal in Brandenburg ist die IB weitgehend oder zu einem gewichtigen Teil in der Jungen Alternative aufgegangen. In Brandenburg – anders als in Sachsen oder Sachsen-Anhalt – verfügt die IB nicht über verfestigte Strukturen; erst seit 2024 ist eine Gruppe mit dem Namen „aktiv Berlin" als IB-Ableger in Berlin-Brandenburg aktiv. Personelle und ideologische Überschneidungen mit dem AfD-LV BB, dessen Mitarbeiter und Politiker vereinzelt selbst eine IB-Vergangenheit besitzen, sind dennoch auffällig. Sie werden vor allem über die JA BB aktiv vorangetrieben und gefördert. Die Beschlüsse des AfD-Bundesvorstands, wonach „es keine Zusammenarbeit der Partei Alternative für Deutschland und ihrer Gliederungen mit der sogenannten ‚Identitären Bewegung'" (Beschluss 22. Juni 2016) gibt und „Anhänger der ‚Identitären Bewegung' […] nicht in die AfD aufgenommen werden" dürfen (Beschluss 15. Juli 2016), wurden sowohl von der JA BB wie auch vom AfD-LV BB weitgehend ignoriert.[429] Auf dem Parteitag der Brandenburger AfD im April 2023 in Jüterbog hat die JA BB die rechtsextremistische IB sogar offensiv beworben.[430]

Darüber hinaus existieren zahlreiche relevante Verbindungen zu als Verdachtsfällen oder gesichert rechtsextremistisch eingestuften Organisationen und neurechten Unternehmen wie „Patria Laden" oder dem identitär beeinflussten Medien-Produktionsteam „Filmkunstkollektiv", das u.a. für IB, JA und AfD Werbeclips und Image-Videos produziert, sowie zu relevanten rechtsextremistischen Einzelakteuren. In dieser Hinsicht haben sich die gewichtigen tatsächlichen Anhaltspunkte in den Jahren 2023/24 wiederum erheblich verdichtet. Im Folgenden werden die tatsächlichen Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Ausrichtung des AfD-LV BB aufgrund der Kooperation, Unterstützung bzw. Zusammenarbeit u.a. mit den genannten gesichert extremistischen Bestrebungen sowie bekannten Akteuren des parteiungebundenen Rechtsextremismus dargelegt. Hierbei handelt es sich um exemplarische Belege, welche die wechselseitigen Verbindungen und Kooperationsbemühungen aufzeigen, aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben können und sollen. Sofern es sich um Erkenntnisse zu öffentlichkeitswirk-

[429] Beleg 283.
[430] Beleg 344.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

samer Parteiarbeit in Kooperation mit Rechtextremisten handelt und hierzu keine Distanzierung des AfD-LV BB vorliegt, wird dies als Kooperation im Sinne einer institutionellen Zusammenarbeit betrachtet.

- Dennis Hohloch postete **am 21.07.2020 auf Facebook**: „In Gedenken an das Hitler-Attentat des 20. Julis 1944 […] hörten wir einen Vortrag Dr. Erik Lehnerts vom Institut für Staatspolitik SEZESSION."[431]
- Hans-Christoph Berndt trat **am 14.09.2020** zusammen mit Andreas Kalbitz bei PEGIDA in **Dresden** auf.[432]
- Hans-Christoph Berndt und Dennis Hohloch veröffentlichten **am 02.03.2021** – gemeinsam mit dem Mitarbeiter in der Geschäftsstelle Jan Hornuf sowie dem Brandenburger Bundestagsabgeordneten René Springer – einen Gastbeitrag in der rechtsextremistischen **„Sezession"** unter dem Titel „Alternative heißt: es geht ganz anders".[433]
- Dennis Hohloch postete **am 15.06.2021 auf Instagram** ein Foto, dass das im rechtsextremen „Verlag Antaios" (IfS) publizierte Buch von Alexander Gauland mit dem Titel „Nation, Populismus, Nachhaltigkeit. Drei Vorträge" zeigte. Eingerahmt steht das Buch auf einem Tisch zwischen einem Bild Hohlochs mit seiner Frau, Mary Kahn, sowie einem Adler, der in seiner Darstellungsweise ikonografisch NS-Ästhetik vermittelt. Hier zeigte Hohloch seine Verbundenheit einerseits mit dem Umfeld des damals als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuften IfS und zum anderen seine Nähe zum geschichtsrevisionistischen Milieu.[434]
- Entgegen der Unvereinbarkeitsliste wurde im August 2021 Jörg Dittus Pressesprecher der AfD-Fraktion. Medienberichte belegen sein früheres Engagement bei der IB. Darüber fiel er im Kontext der italienischen neofaschistischen Casa Pound-Bewegung auf.[435] Der Landtagsabgeordnete Lars Hünich kommentierte den Verstoß gegen die Unvereinbarkeitsliste **am 12.08.2021 im Interview mit MAZ-Online** mit den Worten: „Ob der in der Identitären Bewegung aktiv war, ist mir wurscht".[436]
- Hans-Christoph Berndt wies die Einstufung des IfS als rechtsextremistisch durch das BfV zurück. Er erläuterte im Interview **am 03.09.2021**: „Die da Genannten sind keine Extremisten. Wären sie Extremisten, würden wir uns von ihnen trennen."[437]

[431] Beleg 324.
[432] Beleg 366.
[433] Beleg 327.
[434] Beleg 495.
[435] Beleg 335, Beleg 331, Beleg 332.
[436] Beleg 335.
[437] Beleg 323.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

- Lars Schieske stellte sich bei einer **Demonstration am 27.11.2021** als Landtagsabgeordneter vor und animierte im weiteren Verlauf zur finanziellen Unterstützung verschiedener Akteure: „Mein Anwalt hat gesagt, steck das Geld lieber woanders hin […] Und ich stecke es woanders hin. Hier zum Beispiel in ‚Bürger für Bürgerrechte' […], ich steck's zum Beispiel in Organisationen rein wie ‚Ein Prozent' [...] Ich gebe das Geld an die „Junge Alternative" […]. Das ist das, was wir leisten können - Widerstand. Wir müssen einfach gehört werden. Wir müssen uns in den Widerstand befinden."[438]
- Hans-Christoph Berndt wurde im **November 2021** gemeinsam mit dem Vorsitzenden der „IB Österreich", Martin Sellner, für das **COMPACT-Magazin** interviewt. Das Interview trug den Titel „Höcke zeigt, wie man gewinnt". Die Befragten äußerten u.a. Gemeinsamkeiten in Bezug auf das Konzept der kulturellen Hegemonie als Mittel zur Durchsetzung ihres Machtanspruchs.[439]
- [redacted] arbeitete als Mitarbeiter für die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg im Umweltausschuss. [redacted] hatte 2014 für die NPD kandidiert und nahm u.a. an einer Podiumsdiskussion der NPD Barnim **am 07.07.2014** teil. Nachdem die NDP-Vergangenheit [redacted] medial publik wurde, bezeichnete der AfD-Fraktionsvorsitzende Berndt die Debatte **am 02.09.2021** als „Stimmungsmache".[440]
- Bei einer Demonstration **am 04.12.2021 in Cottbus**, als mehrere Menschen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen protestierten, führte der Vorsitzende der AfD Cottbus, Jean-Pascal Hohm, die Menge mit einem Banner mit der Aufschrift „Kontrolliert die Grenzen – nicht euer Volk" an. Dieser Slogan war nahezu identisch mit einer Kampagne der IB.[441]
- Für seine Kampagne im Zusammenhang mit seiner Kandidatur für den AfD-Landesvorsitz bediente sich René Springer des neurechten Netzwerkes. **Am 02.04.2022** gab er Jonas Schick ein Interview und bewarb das Gespräch **auf seinem „X"-Profil**, ergänzt mit dem Kommentar „Wir brauchen […] ein starkes politisches Vorfeld".[442] Schick ist seit Herbst 2021 in Cottbus gemeldet. Er ist der Geschäftsführer des OIKOS-Verlags (Publikation „Die Kehre") und unterhält Kontakte in die rechtsextremistische Szene, vor allem zur IB und dem IfS. Schick war 2016 Mitglied der JA Bremen und bis 2017 für die AfD Bremen und die JA Bremen aktiv. Nachdem aus Pressemeldungen bekannt wurde, dass er sich zu diesem Zeitpunkt bereits für die IB engagierte, trat er aus der Bremer AfD aus. 2019 hatte Schick ein Foto veröffentlicht, das ihn mit dem Cottbusser AfD-

[438] Beleg 514, Minute 13:39.
[439] Beleg 316.
[440] Beleg 352.
[441] Beleg 358 [redacted]
[442] Beleg 364.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Politiker Jean-Pascal Hohm zeigt.[443] **Im September 2023** wurde darüber hinaus bekannt, dass Jonas Schick für René Springer im Deutschen Bundestag arbeitet.[444]

- Der AfD-KV MOL veranstaltete gemeinsam mit COMPACT **am 10.03.2022** einen Gesprächsabend mit Podiumsdiskussion zum „Ukraine – Russland Konflikt" unter der Überschrift: „Keine Waffen an die Ukraine! Neutralität Deutschlands!" Der AfD-Politiker Lars Günther zeichnete für die Veranstaltung verantwortlich. Er arbeitete bis zu seinem Einzug in den Landtag 2019 für das COMPACT-Magazin.[445]
- Auf dem **Landesparteitag** des AfD-LV BB im **April 2023** war die JA BB mit einem Stand präsent. Neben eigenen Werbebotschaften wurden auch rechtsextremistische und neurechte Akteure präsentiert, u.a. das identitäre Filmkunstkollektiv und die IB sowie der neurechte Modeausstatter „Phalanx Europa".[446]
- Am **21.04.2022** hielt der Chefredakteur des COMPACT-Magazins, Jürgen Elsässer, einen Vortrag bei einem Stammtisch des AfD-Ortsverbandes **Falkensee**.[447] Insbesondere in Falkensee, wo die COMPACT-Redaktion bis zum Verbot im Juli 2024 ihren Sitz hatte, sind wechselseitige Kontakte eng und wurde in der Vergangenheit der Austausch gepflegt.
- Die AfD-Landtagsabgeordneten Steffen John, Lars Günther und Felix Teichner sowie die AfD-Bundestagsabgeordneten Steffen Kotré und Hannes Gnauck aus Brandenburg nahmen **am 16.05.2022** an einer Veranstaltung des COMPACT-Magazins unter dem Motto: „Frieden mit Russland! Druschba: Warum wir das Öl brauchen" in Schwedt/Oder (UM) teil.[448]
- Am **08.07.2022** wurde auf „X" dem Rechtsextremisten Erik Lehnert, der für die AfD-Fraktion tätig ist, für sein Engagement im Rahmen einer „Vernissage zur Bilderreihe der deutschen #Geschichte im #Landtag" gedankt. Lehnert hatte die Ausstellung unter dem Dach der AfD konzipiert und sie den Gästen vorgestellt. Veröffentlichte Fotos der **Vernissage im Landtag** zeigen u.a. Dennis Hohloch sowie den IfS-Gründer und neurechten Vordenker Götz Kubitschek.[449]
- Hans-Christoph Berndt folgte im Juli 2022 einer Einladung des IfS zur Sommerakademie und nahm mit weiteren Mitgliedern des AfD-LV BB **am 30.07.2022** an der Veranstaltung **in Schnellroda** teil.[450]

[443] Beleg 345 zur Person Jonas SCHICK [redacted]
[444] Beleg 364a.
[445] Beleg 317.
[446] Beleg 343 und Beleg 344.
[447] Beleg 320.
[448] Beleg 357.
[449] Beleg 494.
[450] Beleg 322.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

- Lars Günther schrieb **am 09.08.2022 auf Facebook**, er sei Unterstützer von COMPACT und er rief auch seine Anhänger zur Unterstützung von COMPACT-TV auf.[451]
- Am **12.11.2022** führten der AfD-Kreisverband Havelland und die JA Brandenburg zum Volkstrauertag **in Rathenow** eine Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung durch. Vortragender war Erik Lehnert vom IfS.[452]
- Hannes Gnauck postete **auf Twitter am 31.12.2022**: „Abrechnung mit dem Vorfeld. In diesem Jahr gingen 2000 Euro an @einprozent (Förderer/Solifonds), 500 Euro an das @filmkvnst [Filmkunstkollektiv], 360 Euro an das @konfliktmag (Gold Abo) und 60 Euro an @Die_Kehre (Förderabo). #Aktivisten, die kein gut bezahltes Mandat ausüben, haben jede Unterstützung verdient!“[453]
- Marvin Neumann trat **am 10.02.2023** als einer von drei Brandenburger Rednern im Rahmen der JA BB auf. Als persönlicher Referent des JA-Bundesvorsitzenden Hannes Gnauck hatte er bedeutenden Einfluss, musste jedoch aufgrund seiner strittigen Positionen und eines AfD-internen Gutachtens, das seinen Parteiausschluss empfahl, von seinen Ämtern zurücktreten. Bis heute nimmt Neumann jedoch an Veranstaltungen der AfD und JA BB teil.[454]
- **Am 27.02.2023** wurde auf Einladung des Kreisvorsitzenden der AfD Cottbus, Jean-Pascal Hohm, eine Lesung mit [redacted] **in der „Mühle“ Cottbus** veranstaltet. [redacted] veröffentlichte im „Jungeuropa Verlag“, seine Bücher werden u.a. über den Verlag „Antaios“ vertrieben.[455]
- **Am 18.04.2023** stellte der rechtsextremistische Autor Benedikt Kaiser aus dem Umfeld des IfS sein Buch „Solidarischer Patriotismus“ auf einer Veranstaltung **in Nauen** vor. Organisiert wurde diese Lesung vom Kreisverband Havelland mit Beteiligung von Mitgliedern der JA BB.[456] Der Vorsitzende des KV Havelland, Dominik Kaufner, bewarb die Veranstaltung **am 19.01.2023** auf **Twitter**: „Wie wollen wir künftig noch leben? @benedikt_kaiser bietet mit dem „Solidarischen Patriotismus“ den für die AfD wohl besten Ansatz. Der Kreisverband Havelland lädt zum Lesekreis ein!“[457] Am **17.02.2023** schrieb er auf **Facebook**: „Diese Woche fand das erste Treffen unseres Lesekreises statt. In gemütlicher Runde diskutierten wir die wachsende Bedeutung der Sozialen Frage und die Positionierung unserer AfD in diesem Themenfeld. Vielen Dank an Marvin Neumann für die Moderation des Gesprächs und die kenntnisreiche Einführung in das The-

[451] Beleg 418.
[452] Beleg 325.
[453] Beleg 364.
[454] Beleg 350, Beleg 351.
[455] Beleg 372.
[456] Beleg 329.
[457] Beleg 328.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

ma.“[458] Neumann war zuvor wegen rassistischer Tweets aufgefallen und aus der JA/AfD ausgetreten, und damit einem Parteiausschluss zuvorgekommen.

- Dominik Kaufner postete **am 24.04.2023 auf Facebook**: „Ein anstrengendes Parteitagswochenende ist vorüber. […] Wir holen uns unsere Heimat zurück, Stück für Stück und Hand in Hand mit einer patriotischen Gegenöffentlichkeit, die übrigens am Wochenende gut sichtbar war – z.B. Infodirekt, Jungeuropa, Heimatkurier und das Filmkunstkollektiv, dem wir diese wundervollen Fotos verdanken.“[459]
- Dennis Hohloch veröffentlichte **am 11./12.06.2023** ein Foto in seiner **Instagram**-Story, mit dem er seine Teilnahme am „Sommerfest“ des vom BfV nunmehr als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestuften IfS bestätigte. Das Foto zeigt den Rechtsextremisten Erik Lehnert auf dem Podium während eines Redebeitrages. Hohloch gab sich außerdem nicht nur als bloßer Teilnehmer der IfS-Veranstaltung zu erkennen, sondern unterstrich seine Sympathie und Nähe mit einer Bildunterschrift: „Vielen Dank @verlag.antaois und Institut für Staatspolitik für die – wie gewohnt – interessante und lehrreiche Sommerakademie!“ Der Kommentar unterstreicht ferner, dass Hohloch an IfS-Veranstaltungen offensichtlich regelmäßig teilnimmt.[460]
- Der AfD-Fraktionsmitarbeiter [redacted] ist der verbotenen neonazistischen Gruppierung „Widerstand Südbrandenburg“ zurechenbar. Zielsetzung der verbotenen Vereinigung war die Verbreitung einer dem Nationalsozialismus wesensgleichen Ideologie sowie die Bekämpfung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.[461] Die AfD-Mitarbeit [redacted] wurde verschiedentlich medial thematisiert. Eine Distanzierung seitens des AfD-LV BB fand aber nicht statt. Vielmehr wurde [redacted] noch **Mitte Juni 2023** öffentlich sichtbar in die Parteiarbeit eingebunden.[462]
- Die AfD-Landesvorsitzende Bessin erklärte **am 06.09.2023 in Trebbin** über die als gesichert rechtsextremistisch eingestufte JA: „Und die AfD ist natürlich auch froh darüber, dass wir eine Jugendorganisation haben. Denn Jugend ist ja auch die Zukunft für unser Land, und deswegen wollen wir auch die Jugend mit einbinden. Und deswegen freue ich mich, dass auch Anna Leisten, die Vorsitzende in der Jungen Alternative Brandenburg, bei uns heute dabei ist.“[463]
- Dennis Hohloch teilte **am 22.09.2023 auf** seiner **Facebook**-Präsenz mit, dass er „heute das Vergnügen und die Ehre“ gehabt habe, den „geschätzten Kollegen“ Matthias Helferich durch den

[458] Beleg 415.
[459] Beleg 344.
[460] Beleg 493.
[461] Beleg 353, siehe OVG Berlin-Brandenburg (Senat), Urteil vom 27.11.2013-OVG 1 A 4.12. Vgl. auch einleitende Passage zu Abs. 5.3, „Zukunft Heimat e.V.“.
[462] Beleg 354.
[463] Beleg 111.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Landtag zu führen. Helferich wurde im Sommer 2021 aufgrund von Chatprotokollen bekannt, in denen er sich u.a. als „das freundliche Gesicht des NS“ bezeichnet hatte. Innerparteilich steht Helferich für nationalistische Positionen und für persönliche und politische Nähe zum Lager um den Rechtsextremisten Björn Höcke. Der NRW-Landesverband hat im Sommer 2024 ein Parteiausschlussverfahren gegen Helferich angestrengt. Hohloch indes war der Besuch Helferichs nach eigener Aussage „eine Freude", und er „hoffe auf ein baldiges Wiedersehen.“[464]

- Auf einer Wahlparty im Büro des AfD-Kreisverbandes Prignitz am **08.10.2023 in Perleberg** wurde ein unbekannter Teilnehmer mit einem T-Shirt des rechtsextremistischen Kampfsportevents „Kampf der Nibelungen“ abgelichtet. Eine Zurechnung ist hier möglich. Ein Einschreiten wäre seitens der AfD-Verantwortlichen möglich und zumutbar gewesen.[465]
- Mitglieder des AfD-LV BB bekunden offen ihre Solidarität mit bekannten Aktivisten des klassischen, älteren Rechtsextremismus. **Am 16.10.2023** veranstaltete der AfD-LV BB eine Wahlversammlung in einer – öffentlich bekannt – als rechtsextremistisch eingestuften Immobilie, der Gaststätte „Deutsches Haus“ **in Burg/Spreewald**. Einige Beteiligten ließen sich im Anschluss demonstrativ am Eingang der Gaststätte fotografieren, darunter die Landtagsabgeordneten Daniel Münschke und Daniel Freiherr von Lützow.[466] Betreiber der Immobilie ist Daniel Grätz, Akteur der rechtsextremistischen Szene in Südbrandenburg. Aufgrund der damaligen Berichterstattung über rechtsextremistische Vorfälle an einer Oberschule in Burg ist davon auszugehen, dass den AfD-Mitgliedern dieser Umstand bekannt war und sie vor dem Hintergrund der Debatte ihre Solidarität mit dem Betreiber und der rechtsextremistischen Szene insgesamt demonstrieren wollten.[467]
- Am **20.12.2023** setzte der AfD-Bundesvorstand in einer Sitzung mit der „Revolte Rheinland“ eine völkisch-identitäre Aktionsgruppe im Umfeld der IB-Deutschland auf die Unvereinbarkeitsliste der Partei. Dies veranlasste insbesondere rechtsextremistische Szenegrößen wie namentlich IB-Protagonist Martin Sellner und Akteure wie beispielsweise das IfS zu Protest und öffentlich formulierter Gegenwehr. Neben Maximilian Krah, Martin Reichardt und Carlo Clemens hatte auch Dennis Hohloch als Brandenburger Mitglied im Bundesvorstand gegen die Aufnahme dieser identitären Gruppe auf die Unvereinbarkeitsliste der Partei gestimmt. Damit machte Hohloch

[464] Beleg 491.
[465] Beleg 348.
[466] Beleg 346.
[467] Siehe hierzu Beleg 347.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

deutlich, dass er das rechtsextremistische „Vorfeld“ der AfD als Bestandteil einer größeren Bewegung begreift und keine Distanzierung gegenüber extremistischen Kräften unterstützt.[468]

- Die tägliche COMPACT-Sendung „COMPACT TV“ gab im ersten Quartal 2024 zwei maßgeblichen Akteuren der AfD BB eine Bühne. Am **19.01.2024** trat die JA-Landesvorsitzende Anna Leisten in der Sendung auf. Sie kommentierte ein mögliches Verbot der JA. Die Sendung wurde mit der Frage beworben: „Wie könnte man die Opposition also anderweitig unterdrücken?“. Am **29.02.2024** folgte die AfD-Landesvorsitzende Bessin unter dem Sendetitel „Schande: Ampel will gesamte AfD als rechtsextrem ächten!“. Ferner nutzte COMPACT Reden von AfD-Politikern. So etwa eine Rede des Ehrenvorsitzenden des AfD-LV BB, Alexander Gauland, aus dem Deutschen Bundestag, die auf der COMPACT-Seite veröffentlicht wurde.[469]
- Auf der Website des **AfD-KV Cottbus** stellten sich **am 23.01.2024** die Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der Kommunalwahl am 09.06.2024 vor. Der KV-Vorsitzende Lars Schieske gab an, Fördermitglied des rechtextremistischen Vereins „Ein Prozent“ zu sein. Ferner ist er Mitglied und Mitbegründer des „Bürgertreffpunkt Cottbus“, welcher die rechtsextremistische Immobilie „Mühle Cottbus“ betreibt. Außerdem ist er Mitglied im rechtsextremistischen Verein „Zukunft Heimat e.V.“ und Fördermitglied der JA BB.[470] Auch Jean-Pascal Hohm gab an, Mitglied von „Zukunft Heimat e.V.“ und Fördermitglied bei „Bürgertreffpunkt Cottbus e.V.“ und „Ein Prozent e.V.“ zu sein.[471]
- Hans-Christoph Berndt beteiligte sich im **Februar 2024** an der Winterakademie des rechtsextremistischen IfS im Rahmen eines Gesprächs mit dem Thüringer AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke. Die heutige Situation, so Berndt auf dem Podium, erinnere an die Spätphase der DDR. Die AfD halte dem „Druck stand“, Versammlungen seien „rappelvoll“, die Leute „frech“ und ließen sich nicht länger einschüchtern. Man spüre „Änderung in der Luft“, erlebe seitens der Eliten ein „Fallenlassen der demokratischen Maske“. Die Lage sei wie damals „in der DDR vor Herbst 89 – völlig klar!“ Die Podiumsdiskussion wurde **am 20.02.2024 auf** dem **YouTube**-Kanal **„Kanal Schnellroda“** als Aufzeichnung veröffentlicht.[472]
- Hans-Christoph Berndt bezeichnete **am 12.03.2024 im Interview mit dem Deutschlandfunk** die Einstufung und gerichtliche Bestätigung der JA als gesichert rechtsextremistisch als „Ausgren-

[468] Beleg 492.
[469] Belege 403, 404, 405 u. 406.
[470] Beleg 410.
[471] Beleg 410.
[472] Beleg 407.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

zung einer demokratischen Jugendorganisation“ und er behauptete, es handele sich lediglich um „politisch motivierte Stigmatisierungen“ und ein „Spiel“ der politischen Klasse.[473]

- Auf dem **Sonderparteitag des AfD-LV BB vom 16.–17.03.2024 in Jüterbog** wurde ein Antrag für einen Solidaritätsbeschluss eingebracht und mit 99% angenommen. Ursprünglich stammte er Birgit Bessin, Anna Leisten, Franz Dusatko, Jean-Pascal Hohm, Hannes Gnauck, Felix Teichner und Jean-René Adam. Später wurde er von weiteren Vertretern des AfD-LV BB unterzeichnet. In dieser Erklärung heißt es über die als gesichert rechtsextremistisch eingestufte JA:

  > „Die Junge Alternative ist ein Gewinn für unsere Partei und Bewegung. Sie besteht aus motivierte, patriotischen jungen Frauen und Männern, die ihre Kraft und Zeit für ein besseres Deutschland investieren und für ihre Überzeugungen Nachteile in Schulen, Universitäten und Beruf erleiden. Als Jugendorganisation muss die JA keine Kopie der Mutterpartei sein, sondern darf eigene Wege im politischen Wettbewerb beschreiten. Bei individuellem Fehlverhalten reichten wir uns nicht nach den Anweisungen des politischen Gegners uns seines im Kampf gegen die Opposition missbrauchten Verfassungsschutzes, sondern ausschließlich nach Recht und Gesetz und den geltenden Regeln unserer Statuten.“[474]

- [redacted] Bezüge in die rechtsextremistische Szene wurde verschiedentlich medial thematisiert, so etwa seine Tätigkeit als Kameramann für die Jungen Nationalisten (Jugendorganisation der NPD/Die Heimat). Der AfD-LV BB, für den [redacted] ebenfalls aktiv ist, verweigerte hierzu eine Stellungnahme. [redacted] ist v.a. im AfD-KV Dahme-Spreewald in offizieller Rolle aktiv. Am **08.03.2024** meldete er über die Internetwache für den KV eine Versammlung gegen einen geplanten Windpark in **Freidorf** an. Redner waren hier Steffen Kotré und Hans-Christoph Berndt.[475]
- Beim ersten Jugendabend des AfD-KV Cottbus in der „Mühle“ trat MdB Matthias Helferich als Gastredner zum Thema „Remigration“ auf. Als Geschenk wurde ihm u.a. ein Jutebeutel mit der Fraktur-Aufschrift „Cottbus bleibt deutsch“ überreicht. Gestaltet wurde dieser Beutel vermutlich vom rechtsextremistischen Künstler „Wolf PMS“. Die auf Bild festgehaltene Szene wurde **am 20.03.2024** auf **Instagram** veröffentlicht.[476]
- Die Verzahnung zwischen der AfD BB und der „COMPACT Magazin GmbH“ wird durch die Veranstaltungsreihe „Blaue Welle“ belegt. Ihr lag die Zielerklärung zugrunde, „endlich den Machtwechsel in Deutschland möglich [zu] machen“. Auftritte von AfD-Parteigrößen wie Christina

[473] Beleg 397.
[474] Beleg 396.
[475] Beleg 408.
[476] Beleg 413.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Baum, Oliver Kirchner oder Petr Bystron wurden angekündigt. Die „Blaue Welle“ gastierte **am 30.03.2024** in der brandenburgischen **Stadt Velten**. Die AfD-Landesvorsitzende Bessin war eingeplant und angekündigt worden, sagte im Zuge der Neuwahl des Landesvorstandes auf dem Sonderparteitag in Jüterbog jedoch ab. Während der AfD-Bundesvorstand zwischenzeitlich auf taktische Distanznahmen gegenüber COMPACT drängte, da man den Vorwurf einer illegalen Parteienfinanzierung fürchtete, blieb der AfD-LV BB dem Magazin durchaus verbunden – und dies auch nach dem Verbot von COMPACT am 16.07.2024.[477]

- COMPACT veröffentlichte im **März 2024** ein Sonderheft mit dem Titel „AfD – Erfolgsgeschichte einer verfemten Partei“. Darin enthalten sind zwei Beiträge mit und über AfD-Politiker aus BB: „2015 hat mein Leben verändert“ über Berndt sowie „Heavy Metal und Klassik“ von Bessin.[478]
- Im Umfeld der Parteitage **in Jüterbog im März und April 2024** wurden Personen gesichtet, die der LfV BB als Rechtsextremisten bekannt sind und/oder mit rechtsextremistischer Symbolik auftraten bzw. in erwiesen rechtsextremistischen Bestrebungen verkehren.

  Zu den der LfV BB bekannten Personen[479] gehören u.a.:

  - [redacted], Unterstützer JA, AfD-Kandidat für die SVV Oranienburg
  - [redacted], Gewalttäter Sport, Inferno Cottbus, Black Legion
  - [redacted], IB, Burschenschafter: „Rugia“ Greifswald, AfD-KV LOS
  - Jonas Schick, „Ein Prozent“, „Kehre“-Magazin, ehemals Oikos-Verlag
  - [redacted], Bezüge zu IB, „Ein Prozent“, Mitarbeiter AfD BB/Berndt
  - [redacted], Fußball-Szene Cottbus [redacted]
  - [redacted], Ex-Spreelichter/Widerstandsbewegung Südbrandenburg, „Ein Prozent“, Mitarbeiter AfD BB
- Hans-Christoph Berndt sagte **am 09.04.2024** in einem Interview mit dem **Rundfunk Berlin-Brandenburg**: „Sie [die anderen Parteien] sind nicht irrelevant, aber – das ist ja noch viel schlimmer – sie vertreten nicht die Interessen der Einheimischen. Sie vertreten die Interessen der Welt, sie vertreten die Interessen der Klimaideologie, oder was auch immer, aber nicht die Interessen der Einheimischen.“ Auf die Frage, ob die rechtsextremistischen Akteure – J. Elsässer von COMPACT, G. Kubitschek vom IfS oder M. Sellner – die richtigen Partner seien, antwortete Berndt: „Na ja, was heißt, erwiesene Rechtsextremisten‘ – das sind Einschätzungen des Verfassungsschutzes, und der Verfassungsschutz, das wissen wir, unterliegt der Weisung des Innen-

[477] Beleg 400.
[478] Beleg 402.
[479] Belege 427a bis 427f.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

ministers. […] Das heißt, die Regierung legt fest, wer Extremist ist, über den Verfassungsschutz. Das sind keine Urteile, die irgendeinen Bestand haben, die machen wir uns nicht zu eigen. Und die Personen, die Sie genannt haben, sind intelligent, honorig, und mit denen kann man Staat machen; wahrscheinlich besser, als mit denjenigen, die jetzt regieren."[480]

- Die „Alternativen Buchmesse" fand **am 11./12.05.2024 in Hoppegarten** als Vernetzungstreffen unter Schirmherrschaft des Berliner AfD-MdA Thorsten Weiß mit bekannten Rechtsextremisten wie Götz Kubitschek, Philip Stein und Erik Lehnert sowie Akteuren weiterer publizistischer „Vorfeldorganisationen" statt.[481] Aus BB waren u.a. Anna Leisten und Hans-Christoph Berndt vor Ort, der laut **Pressebericht vom 13.05.2024** über die Ziele der AfD gesagt haben soll: Ähnlich wie andere „weiße" Länder sei das „deutsche Volk als Volk der Deutschen" von „Auflösung" bedroht. Diese gelte es abzuwehren mit Mitteln, die nicht nur „weit über die Möglichkeiten einer Partei" hinausgingen, sondern derzeit auch „weit über das hinaus, was wir unseren Mitbürgern zumuten können". Die AfD sei Kern einer „künftigen Deutschlandbewegung". Berndt betonte: „Wir müssen die Stärke einer Partei nutzen, wenn wir uns gegen den Parteienstaat wenden wollen."[482] Die Veröffentlichung der Aufzeichnung auf dem YouTube-Kanal „Idearium" am 23.08.2024 bestätigt die Zitate weitgehend.[483]
- In der Podiumsdiskussion auf der sogenannten „Alternativen Buchmesse" **vom 11.-12.05.2024 in Hoppegarten** sagte Berndt: „Wie gesagt, die haben mich damals als Fraktionsvorsitzenden gewählt, obwohl ich beobachtet war und als Extremist markiert war. Wir hatten jetzt Landesparteitag vor Kurzem und sind […] mit großen Mehrheiten gewählt worden. Und das [die Einstufung von Personen als Rechtsextremisten] war überhaupt kein Thema, gar keine Diskussion mehr innerhalb der AfD Brandenburg." Die Aufzeichnung erschien am 23.08.2024 auf dem YouTube-Kanal „Idearium".[484]
- Für die Sicherheit auf der Veranstaltung „Alternative Buchmesse" waren Personen aus dem Bereich des subkulturellen Rechtsextremismus – speziell der „Kampfgemeinschaft Cottbus" – verantwortlich. Langjährig szenebekannte Größen wie [redacted] wurden in einheitlicher Bekleidung auf dem Weg zur Buchmesse abgelichtet.[485]
- Am Sommerempfang der AfD-Fraktion im **Brandenburger Landtag am 15.06.2024** nahmen Götz Kubitschek und Erik Lehnert (IfS, „Antaios"-Verlag, „Sezession") teil. Der Empfang diente

[480] Beleg 426, Minute 00:15 und Minute 01:10.
[481] Beleg 433.
[482] Beleg 434.
[483] Beleg 509.
[484] Beleg 509, Minute 35:20.
[485] Beleg 435.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

den AfD-Ostländerchefs u.a. zur Vorbereitung der Landtagswahlen 2024. Anwesend waren Björn Höcke (TH), Jörg Urban (SN), Nikolaus Kramer (MV), Hans-Christoph Berndt (BB).[486]

- Fabian Jank setzte sich **am 22.06.2024** als Direktkandidat für die Landtagswahl 2024 im **Wahlkreis 39** gegen Andreas Kalbitz durch. Bereits seit 13.01.2024 sitzt Jank im Vorstand des AfD-KV OSL. Jank wohnte von Oktober 2018 bis Januar 2020 im identitären Hausprojekt „Flamberg" in der Adam-Kuckoff-Straße 16 in Halle und war aktiver Teil der IB-Deutschland. Ferner besuchte Jank vermutlich Kampftrainings im ortsansässigen Studio „La Familia Halle". In einem Leak von Kundendaten des rechtsextremistischen Labels „OPOS RECORDS" aus dem Jahr 2015, den die linksextremistische Plattform „linksunten" veröffentlichte, findet sich Jank unter den vermeintlichen Kunden.[487] Seine Wahl zum Direktkandidaten ist ein vom AfD-LV BB nicht thematisierter oder kritisierter Verstoß gegen die Unvereinbarkeitsliste der AfD-Gesamtpartei.[488]
- Gerhard Vierfuß und Alexander Tassis nahmen **am 13.07.2024 am Sommerfest** des mittlerweile aufgelösten und neustrukturierten IfS **in Schnellroda** teil. Die Dokumentation von SPIEGEL-TV vom 20.10.2024 zeigt beide Akteure unweit der Immobilie des Rechtsextremisten Götz Kubitschek, und Vierfuß sagt in einer Szene im Interview: „Eigentlich müsste die CDU weg, da bin ich voll bei Krah, die CDU ist die – ich finde die Formulierung nicht, die er gemacht hat. Aber irgendwie, die CDU ist diejenige Partei, die größte Gefahr für Deutschland eigentlich. Wir müssen die CDU vernichten. Metaphorisch gesprochen."[489]
- Hans-Christoph Berndt sagte in einer Rede **am 11.08.2024 in Zossen**: „Sie meinen, sie haben Compact verboten und sie meinen den gesamten Anti-Establishment-Protest, sie meinen die alternativen Medien und sie meinen immer und immer die AfD, wenn solche Verbote ausgesprochen werden. Aber das […] führt nicht dazu, dass wir uns den Einschätzungen verfassungsfeindlicher Verfassungsschützer unterwerfen. Wir tun das nicht. Wir stehen zu Compact, wir stehen zu ‚Zukunft Heimat', wir stehen zu Schnellroda, wir stehen zu PEGIDA, wir stehen zu EinProzent."[490]
- Benjamin Filter veröffentlichte **am 14.08.2024 auf Facebook** einen Beitrag zu seinen Wahlkampfbesuchen in Storkow und Bad Saarow. Ein Gruppenbild zeigt Filter mit vier Jugendlichen. Eine der Personen neben Filter zeigt dabei eine Handgeste, welche den Code „88" symbolisiert. Das Handzeichen wurde spätestens infolge einer „Spiegel-Reportage" zur rechtsextremistischen

[486] Beleg 450.
[487] Beleg 444.
[488] [redacted]
[489] Beleg 553, Minute 09:27.
[490] Beleg 474, Minute, 07:43.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

„Elblandrevolte“ am 20.06.2024 allgemein bekannt. Filter selbst zeigt die Geste zwar nicht, allerdings wurde das Foto soweit zusammengeschnitten, dass Filter und die Person mit der Geste im Mittelpunkt stehen. Da das Bild von Filter selbst veröffentlicht wurde, und er diese Geste also bemerkt haben muss, ist von Absicht auszugehen.[491]

- [redacted], Beisitzer im AfD-KV Potsdam-Mittelmark, beteiligte sich **am 30.08.2024 am „Volkstanz unter den Linden“ in Rhinow**. Diesen „Volkstanz“ organisierte u.a. der als „Volkslehrer“ bekannt gewordene Neonazi Nikolai Nerling. Belege für Teilnahmen [redacted] an weiteren Veranstaltungen des klassischen Rechtsextremismus/Neonazismus liegen der LfV BB vor.[492]
- Erik Lehnert, ehemals Geschäftsführer des IfS und aktuell Herausgeber der rechtsextremistischen „Sezession“, war bislang als Grundsatzreferent der **AfD-Fraktion** im Landtag BB tätig. **Im August 2024** wurde er zum Fraktionsgeschäftsführer der Geschäftsstelle ernannt. Als solcher tritt er u.a. bei Pressekonferenzen der AfD BB als Moderator auf.[493]
- Gerhard Vierfuß sagte in einer **am 02.09.2024** veröffentlichten Folge des **Podcasts „Kramers klare Kante“** zum Thema „Politische Justiz – Wie das Innenministerium die Opposition bekämpft“: „Es gibt Solidarität, es gibt Ein Prozent, das ist eine großartige Organisation. Es gibt auch sonst Rechtshilfefonds. Auch Martin Sellner hat ja in der Regel [für] die Verfahren, denen er dann ausgesetzt wird, Unterstützung von seinen Anhängern. […] Wir bräuchten eine Art, eine Art Blaue Hilfe, von der ja schon tausendmal die Rede war. Irgendwie mehr oder weniger als institutionalisierte Vereinigung, die sich wirklich der Rechtshilfe für verfolgte Patrioten widmen und wo sich auch wohlhabende Leute […] engagieren.“[494]
- Tim Krause, bis 2024 Pressesprecher der AfD-Fraktion im Brandenburger Landtag und u.a. AfD-Stadtverordneter in Potsdam sowie Beisitzer im Landesvorstand der AfD in BB, wurde **im August 2024** für den **12.09.2024** als Moderator des konspirativ organisierten Seminars für Rechte Metapolitik des Verlags- und Medienunternehmens „Metapol“ in Mitteldeutschland angekündigt. Der Kopf hinter Metapol ist Pierre Dornbrach, ehemals Landesvorsitzender und Teil des Bundesvorstandes der Jungen Nationalisten. Die Veranstaltung unter dem Titel „Was tun? Brennende Fragen der Deutschen Rechten“ ist seitens Metapol inhaltlich wie folgt skizziert worden: „Die Geschichte zeigt, dass ein nachhaltiger Regime-Change nur stattfinden kann, wenn es neben einer ‚anschlussfähigen‘ Massenorganisation auch eine geistig fundierte Avantgarde gibt, die die bren-

[491] Belege 470a und 470b.
[492] Beleg 540. [redacted]
[493] Beleg 466.
[494] Beleg 549, Minute 41:07.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

nenden Fragen anspricht und ernsthaft beantwortet."[495] Die Ankündigung ist unschwer als geschichtliche Analogie auf den Nationalsozialismus und auf die NSDAP als ihren parlamentarischen Arm zu lesen. Als Referenten der Veranstaltung wurden angekündigt: [redacted] Erik Ahrens und Doris von Sayn-Wittgenstein. Die Kooperation mit Vertretern des klassischen, älteren Rechtsextremismus untermauert die AfD-seitig betriebene Entgrenzungsstrategie und den offensichtlich fehlenden Willen zur Distanzierung im AfD-LV BB. Krauses Rolle bei der Veranstaltung wurde im Nachgang auch in der Presse problematisiert.[496] Der AfD-Bundesvorstand nahm in Folge der öffentlichen Berichterstattung „Metapol" auf die Unvereinbarkeitsliste der Partei auf. Eine Stellungnahme oder Reaktion des AfD LV-BB zur Personalie Krause blieb hingegen aus.[497]

- Anna Leisten, Co-Vorsitzende der JA BB, postete im Zuge der Debatte um die Unvereinbarkeitsliste der AfD **am 06.09.2024 auf „X"**: „Denn WIR sind die >>LETZTE GENERATION für REMIGRATION<< & WIR haben einen Auftrag zu erfüllen." Dazu postete sie zwei Bilder von der „Remigrationsdemo" der IB in Wien, an der sie selbst teilgenommen hatte, sowie zwei Fotos von der „Remigrationsdemo" der JA. Mit ihrem Beitrag unterstrich Leisten, dass IB und JA BB sowohl in Hinblick auf aktionistisches Auftreten wie auch in Hinblick auf ihre programmatisch-ideologischen Grundlagen im Grunde fast ein- und dieselbe Bewegung sind. Der AfD-LV BB geht gegen eine solche Gleichsetzung öffentlich nicht erkennbar vor und verstößt damit gegen die Unvereinbarkeitsliste der Gesamtpartei.[498]
- Gerhard Vierfuß, identitärer Rechtsanwalt, Beschäftigter der AfD-Fraktion BB und Kandidat für die Landtagswahl 2024, schrieb **am 06.09.2024 auf „X"** in Reaktion auf ein Schreiben des JA-Vorstandes Hessen, in dem sich dieser von der IB-Demonstration in Wien distanzierte: „Ich distanziere mich ausdrücklich vom Vorstand der @ja_hessen und den Mitgliedern, die dessen Position unterstützen. Es entspricht nicht den Werten, die ich als patriotischer Politiker vertrete, mich mit #Cucks gemein zu machen. Mein Handeln muß stets im Einklang mit neurechten und identitären Grundsätzen stehen."[499]
- Gerhard Vierfuß schrieb **am 06.09.2024 auf „X"** über die „Unvereinbarkeitsliste" der AfD: „Die Liste muß weg. Oder die #Identitäre Bewegung runter von der Liste. Weil das eben nicht bloß ei-

[495] Beleg 479a.
[496] Beleg 479b.
[497] Beleg 550.
[498] Beleg 510.
[499] Beleg 505.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

ne läßliche Blödheit ist, daß sie draufsteht, sondern schwerwiegende und zersetzende Konsequenzen hat. Das muß endlich aufhören!“[500]

- Bei einer Wahlkampfveranstaltung **am 14.09.2024 in Bad Freienwalde** befand sich in unmittelbarer Nähe der Rednerbühne ein Stand des rechtsextremistischen Magazins COMPACT.[501]
- Hans-Christoph Berndt sagte in einem **Interview mit Welt am Sonntag vom 16.09.2024**, angesprochen auf seine Zusammenarbeit mit dem Rechtsextremisten Marcel Forstmeier[502]: „‘ich würde mir wünschen, dass es mehr so anständige Menschen gibt‘, Forstmeier habe als Jugendlicher Kampagnen gemacht, die ‚sehr erfolgreich‘ gewesen seien, woraufhin die Gruppe ‚als Neonazis geframed und verboten‘ worden sei.“ Welt am Sonntag berichtete weiter: „‘Der Forstmeier könnte mein Sohn sein‘, sagt Berndt über den 43-Jährigen. ‚Er führt ein völlig unauffälliges Leben und tut keinem was zuleide‘“. Zum ehemaligen und neustrukturierten IfS in Schnellroda führt der Artikel aus: „‘Ich habe eine große Hochachtung vor dem, was die tun, und das hat mir eine neue Welt aufgetan‘, sagt Berndt in Potsdam. Die politische Macht sei wichtig. ‚Aber wenn wir in Deutschland eine Zukunft haben wollen, dann müssen wir umdenken. Zu diesem Umdenken trägt das Institut für Staatspolitik entscheidend bei.‘“ Auf die Frage, welche Organisationen er neben dem Szeneobjekt „Mühle Cottbus“ noch unterstütze, führt der Artikel aus: „‘Eine ganze Menge‘, sagt er und lacht. Welche das sind, will er allerdings nicht verraten. ‚Man muss dem Verfassungsschutz die Arbeit ja nicht noch leichter machen.‘“[503]
- Hans-Christoph Berndt sagte **am 02.10.2024 auf dem Herbstempfang der AfD-Fraktion in Potsdam**: „Aber, das ist das ermutigende dieser Wahlen: wir sind stärker und stärker geworden. Und es ist absehbar, dass diese Frage, dass diese Frage, die ja in einem, wie es Götz Kubitschek gesagt hat, in einem geistigen Bürgerkrieg beantwortet wird, dass diese Frage, wenn wir weiter in dieser Art und Weise arbeiten, wenn wir in dieser Art und Weise Zustimmung gewinnen, zu unseren Gunsten beantwortet wird, dass es eine Zukunft gibt für Deutschland, das deutsche Volk und die Jugend.“[504]
- Hans-Christoph Berndt trat **am 21.10.2024** im Rahmen der letzten **PEGIDA-Veranstaltung in Dresden** auf. In seiner Rede unterstrich er eine persönliche und parteipolitische Verbundenheit mit PEDIGA und bezog sich insbesondere auf seinen eigenen rechtsextremistischen Verein „Zukunft Heimat“. Neuerlich sprach er von außerparlamentarischen Akteuren und AfD als Teile einer

[500] Beleg 507.
[501] Beleg 521, Minute 02:30:10.
[502] Siehe Einleitung zu Abschnitt 5.3, „Zukunft Heimat e.V.“ sowie dort Fußnote zur „Widerstandsbewegung Südbrandenburg“.
[503] Beleg 524.
[504] Beleg 537, Minute 17:17.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Volksbewegung, deren historische Aufgabe es sei, Deutschland als Staat der Deutschen zu erhalten.[505]

- Der IfS-Mitbegründer, rechtsextremistische Verleger und Publizist Götz Kubitschek sagte in einem **am 24.11.2024** veröffentlichten Interview **bei „Auf1"** (im BfV und LfV Berlin als rechtsextremistischer Verdachtsfall geführt) über den AfD-Fraktionsvorsitzenden im Brandenburger Landtag, Hans-Christoph Berndt: „[…] weil der Christoph Berndt, den ich für einen der beschlagendsten, belesensten, weltanschaulich stabilsten Politiker der AfD halte, ein echter Graswurzelpolitiker ist, der im Grunde zur Politik geschoben werden musste zunächst, weil er ja als empörter Bürger in Cottbus diese Demonstrationsbündnisse mit aufgebaut hat, die ‚Mühle Cottbus' mit aufgebaut hat, und in seinem kleinen Ort […] auf eine Art verwurzelt ist, die ihn zu einer echten lokalen Brandenburger Größe gemacht hat – so, und er ist nun glücklicherweise Fraktionschef und strahlt diese ruhige, verschmitzte, souveräne AfD-Politik auf eine unglaublich authentische Art aus. Dort ist es beispielsweise gelungen, einen Vizepräsidenten der AfD erneut zu wählen."[506] Berndt und Kubitschek verbindet ein persönliches Nahverhältnis. Beide duzen sich.Birgit Bessin und der AfD-Ortsverband Ortrand luden auf Telegram für den **26.11.2024** zu einem Gesprächsabend unter der Überschrift „Politik unplugged". Geladene Gäste waren Jürgen und Stefanie Elsässer vom rechtsextremistischen COMPACT-Magazin. Die Veranstaltung sollte im Kulturbahnhof Ortrand stattfinden. Ob sie stattfand, ist der LfV BB nicht bekannt.[507]
- Dominik Kaufner veröffentlichte **am 28.11.2024**, bezugnehmend auf seine Beteiligung an einer Kranzniederlegung anlässlich des Volkstrauertages und Presseberichten darüber, **auf der rechtsextremistischen Plattform sezession.de** einen Text, in dem es heißt: „Ich zögere daher nicht, die bis zuletzt tapfer kämpfenden Soldaten der deutschen Wehrmacht, die sich – obwohl sie sich völlig im Klaren waren, dass der Krieg schon verloren war – der heranbrandenden Roten Armee entgegenwarfen und damit vielen Kindern, Frauen und Versehrten die Flucht ermöglichten, als Helden zu bezeichnen. […] Wenn diese Männer wüssten, dass dieselben Leute, die ihr Andenken besudeln, unsere Grenzen zugunsten einer stillen Landnahme aufgegeben haben, dass sie ohne Not Millionen Fremde in unser Land lassen, dass unsere Frauen im eigenen Land vielerorts zu Freiwild geworden sind – was würden sie wohl von uns denken, wenn wir hier nicht laut und energisch Einspruch einlegten? Beides hängt eng zusammen: Der pathologische Selbsthass, das Suhlen in der eigenen Schuld, macht uns handlungsunfähig. Die bestehenden

[505] Beleg 543.
[506] Beleg 556, Minute 11:53.
[507] Beleg 565.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

Eliten der Bundesrepublik sind in dieser Geisteshaltung ausgebildet worden. Sie sollen ein entkerntes, ziel- und stolzloses Deutschland in ein internationales Siedlungsgebiet überführen. […] Ich bin als Historiker nun frisch in den Brandenburger Landtag eingezogen und möchte diesem Bewusstsein eine Stimme geben. […] Für aufrechte deutsche Patrioten ist es hingegen der einzige Weg, der zu einer echten Wende führen kann. Viele junge Deutsche gaben in den letzten Tagen des Krieges ihr Leben, damit wir leben können. Wir sollten wenigstens den Mut aufbringen, uns vom Sofa zu erheben und der Multikulturalisierung und Auflösung unserer Heimat entgegenzutreten, damit unsere Kinder hier noch eine Zukunft haben. Ohne Kompromisse."[508]

- Der AfD-Kommunalpolitiker [redacted] trug auf der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung **in Falkensee am 04.12.2024** in offensichtlich provokativer Absicht ein T-Shirt, dass den rechtsextremistischen „Freien Sachsen" zuzuordnen ist und über deren Online-Shop bezogen werden kann. Darüber berichtete die MAZ-Online am 05.12.2024.[509] **Am 24.02.2025** leitete [redacted] **auf dem Telegram-Kanal** „Friedenslicht" einen Beitrag der „Freien Sachsen" zur Bundestagswahl weiter. Der Beitrag forderte die Sezession und eine Föderation der östlichen Bundesländer. [redacted] kommentierte: „Bei der Trennung, nein im Prinzip ja auch jetzt schon, wünschen wir den Schaaks, den Abels, den Freisingers, den Concus und wie die GrünLinkse alle auch noch so heißen, natürlich ebenfalls GUTE HEIMREISE!"[510]
- Fabian Jank warb **am 06.12.2024 u.a. auf Telegram** mit einem Text- und Videobeitrag für die neurechte Ökologie-Zeitschrift „Die Kehre". Er schrieb: „Als Landwirt freut es mich besonders, dass es mit der Zeitschrift ‚Die Kehre' auch ein rechtes Natur- und Umweltschutzmagazin gibt." In seinem Video sagte Jank u.a. den Spruch: „Denn Umweltschutz ist Heimatschutz!". Das Magazin ist eingebettet in das neurechte Schnellroda-Netzwerk um Götz Kubitschek und Erik Lehnert und weist darüber hinaus enge Bezüge zur rechtsextremistischen Identitären Bewegung auf.
- Auf Einladung von MdB Matthias Helferich (AfD-LV NRW) sprach der rechtextremistische Verleger Götz Kubitschek aus Schnellroda Anfang Dezember 2024 auf einer Veranstaltung in den Räumlichkeiten des Deutschen Bundestages. Dominik Kaufner kommentierte die Veranstaltung, an der er teilgenommen hatte, **am 06.12.2024 auf Instagram**: „Es gibt wenige MdBs, die es wie Matthias Helferich verstehen, politische Akzente auch jenseits des bloßen Parlamentsbetriebs zu setzen und der die große Bedeutung von Akteuren des patriotischen Vorfelds für unseren Erfolg und eine grundsätzliche Wende so verinnerlicht haben wie er. Viel Erfolg bei der anstehenden

[508] Beleg 561.
[509] Beleg 578.
[510] Beleg 578b, Beleg 578c.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

#Bundestagswahl, lieber Matthias, und danke für den großartigen Abend mit Götz #Kubitschek!“[511]

- Lena Kotré warb am 06.12.2024 u.a. auf Telegram für ihren Vortrag **am 14.12.2024 bei der „Jungen Tat“ im Kanton Zürich**. Die „Junge Tat“ ist eine rechtsextremistische und aktivistische Jugendgruppierung in der Schweiz, die enge Verbindungen zur Identitären Bewegung in Deutschland und Österreich unterhält, allerdings in der Vergangenheit stärker ausgeprägt militante und auch neonationalsozialistische Bezüge aufwies. Auf der – nach einem seitens der Stadt ausgesprochenen Verbot spontan an einen anderen Ort verlegten – Veranstaltung trat Kotré gemeinsam mit Roger Beckamp (AfD-LV NRW) auf. In den in kurzen Ausschnitten veröffentlichten Redebeiträge warb Kotré für ihre Idee einer privatwirtschaftlichen Abschiebeindustrie. Anna Leisten, Co-Vorsitzende der JA Brandenburg, teilte einen Rückblick auf die Veranstaltung auf ihrem Instagram-Account: „Ein erfolgreicher Abend: Die Repression ging ins Leere…“[512]
- Hans-Christoph Berndt gab der **Herbstausgabe 2024 des Magazins „Aufgewacht“**, das der rechtsextremistischen Partei „Freie Sachsen“ nahesteht und als Theorieorgan fungiert, ein Interview. Hier stellte er die AfD als Stein des mosaikrechten Lagers dar. Die AfD müsse als „Motor einer übergreifenden Volks- und Bürgerbewegung“ wirken, „den engen und beständigen Austausch mit dem, was man Vorfeld nennt“, pflegen und „ängstliche Distanzierungen“ überwinden. Der rechtsextremistische IfS- und Jungeuropa-Autor Benedikt Kaiser lobte die Einlassungen Berndts im Umfeld der „Freien Sachsen“, weil er hierdurch zeige, dass die AfD in Brandenburg einen anderen, radikaleren Weg gehe als der AfD-LV Sachsen.[513]
- Hans-Christoph Berndt sagte beim AfD-Winterfest **in Neuruppin am 24.01.2025**: „Die politische Schönheit ist hier. Sie trägt die Farbe Blau. Und es sind eure freundlichen Gesichter – und das sind die ganz vielen freundlichen und schönen Gesichter der Jugendlichen, die hier sind, denn wir sind die Partei der Jugend und wir sind die Partei der Zukunft.“[514] Unter den laut Polizeimeldung rund 250 Anwesenden befanden sich nachweislich Jugendliche aus der rechtsextremistischen Szene in szeneüblicher Kleidung (z.B. Gürtelschnalle, Pullover mit Schwarzer Sonne, Springerstiefel), Kurzhaarschnitt/Glatze und mit Devotionalien wie schwarz-weiß-roter Flagge.[515]

[511] Beleg 575, Beleg 575b.
[512] Beleg 570, Beleg 570b, Beleg 570c, Beleg 570d.
[513] Beleg 591.
[514] Beleg 594, Minute 45:13.
[515] Beleg 594, Beleg 594a, Beleg 594b, Beleg 594c, Beleg 594d, Beleg 594e.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

- Jean-Pascal Hohm teilte **am 06.02.2025** in seiner **Instagram**-Story ein Lied „Wenn du Links bist" von Runa, Kavalier und Proto vom Label „Neuer Deutscher Standard" (NDS).[516] NDS ist ein rechtsextremistisches Musiklabel, dessen Musiker vor allem die Stilrichtung „Rap" und „Hip Hop" vertreten. Interpreten dieses Labels verstehen sich als „echte" deutsche Rapper und waren bzw. sind dem Umfeld auch der Identitären Bewegung zuzurechnen. Die von NDS Records produzierte Musik enthält teilweise gewaltaffine, rassistische Elemente und richtet sich mitunter gegen den politischen Gegner sowie das Gesellschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland.
- Der AfD LV-BB veranstaltete **am 08.02.2025** ein sogenanntes Winterfest **in Brandenburg an der Havel**. Dort sprachen Arne Raue und Marlon Deter u.a. über den Vorwurf des Rechtsextremismus. Raue sagte: „Und die fragten mich, wie ich denn mit […] rechtsextreme Partei umgehe. Ich sagte: Wat? Ich gehe damit gar nicht um, weil das ist einfach nur Mittel der Etablierten, die um ihre Macht fürchten." Deter erwiderte: „Wir sind die Mitte der Gesellschaft. Und wer das nicht glauben mag, der soll hierherkommen und sich angucken, wer hier ist und dann siehst du die Mitte der Gesellschaft."[517] Auf dieser Veranstaltung befanden sich mehrere Jugendliche, die mit „White Power"-Geste und einer schwarz-weiß-roten Reichsfahne mit der Aufschrift „Vorsicht-Sie betreten-Deutsches Reich" posierten. Einige dieser offensichtlich der rechtsextremen Subkultur angehörigen jungen Menschen standen vor Veranstaltungsbeginn in unmittelbarer Nähe von Lars Hünich und mehreren seitens der AfD eingesetzten Ordnern. Es ist daher ausgeschlossen, dass der AfD dieser Personenkreis nicht aufgefallen war. Weder Hünich noch andere AfD-Vertreter gingen gegen die Zurschaustellung rechtsextremistischer Symbolik vor.[518]
- Hans-Christoph Berndt trat **am 13.02.2025** beim **Jüterboger Bürgerstammtisch** auf.[519] Es ist nicht der erste Auftritt Berndts in diesem Kreis. Die AfD-nahe Vernetzungsplattform, bei der regelmäßig AfD-Politiker geladen werden und für die der Jüterboger AfD-Politiker und Bürgermeister Arne Raue wirbt, wird zum Teil von Rechtsextremisten frequentiert und tritt auf ihren Social Media-Seiten mit fremdenfeindlichen und ethnokulturell Beiträgen an die Öffentlichkeit. So postete der JBS am 23.12.2025 einen von „H.C." ([redacted], [redacted] in Jüterbog) gezeichneten Beitrag, in dem Migranten als „Fremdkörper" bezeichnet wurden. Sich gegen den Zustrom einer hohen Zahl von Migranten zur Wehr zu setzen, sei mit einem gesunden „Immunsystem" zu vergleichen. Doch Deutschland habe eine „Autoimmunerkrankung", kämpfe statt gegen die eindringenden „Fremdkörper" mit sich selbst. Der Autor schloss den Beitrag mit

[516] Beleg 604.
[517] Beleg 609, Minute 17:09.
[518] Beleg 609b, Beleg 609c.
[519] Beleg 618.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

einem Hinweis auf den Termin der Bundestagswahl: „Wir man hört, soll am 23. September 2025 ein landesweiter Test des Immunsystems stattfinden. Schauen wir mal, wie er ausgeht."[520]

- Im Rahmen der „Potsdamer Gespräche" lud die Landtagsfraktion der AfD Stefanie Elsässer zur Vorstellung ihres Buches: „Mein Deutschland: Was mich prägte, was mich stärkte, was mich wütend macht" **am 17.02.2025 in den Landtag Brandenburg** ein. Moderiert wurde der Abend von Hans-Christoph Berndt. Neben Stephanie Elsässer war auch der Rechtsextremist Jürgen Elsässer bei der Veranstaltung anwesend. Auf der Facebook-Seite der AfD heißt es dazu: „Ebenfalls dabei: Ihr Mann Jürgen Elsässer, der als Compact-Gründer und Publizist mindestens ebenso ins Fadenkreuz von Innenministerin Nancy Faeser (SPD) und ihrem Verfolgungsapparat geraten ist. Tiefpunkt war die Razzia und Hausdurchsuchung sowie das vorübergehende Verbot des Magazins im vergangenen Sommer, das sich nicht lange aufrechterhalten ließ."[521]
- Martin Sellner kündigte am 03.02.2025 eine „Remigrations- und Sieges-Lesereise" durch Deutschland an. **Am 26.02.2025** sprach er in diesem Rahmen **in der „Mühle Cottbus"** über die großen Linien der „Remigration" und über die zurückliegende Bundestagswahl. Unter den Teilnehmern war u.a. der AfD-MdB Lars Schieske sowie einzelne Mitglieder des AfD-KV Cottbus.[522] Sellner sagte dort u.a. folgende Sätze: „Ohne Überwindung des Schuldkults gibt es keine Überwindung des Bevölkerungsaustauschs und keine Politik der Remigration"[523], „[…] der Flüchtlinge einbürgern möchte, damit die AfD nicht mehr gewählt wird, mit der ethnischen Wahl, als Attacke, als Biowaffe gegen unsere Demokratie"[524]; „Und deshalb kämpfen wir für den Erhalt unser ethnokulturellen Identität, für Remigration"[525]; „[…] und ich persönlich kämpfe auch für unsere Rache, für die Rache an den ausländischen Verbrechern, den inländischen Verrätern"[526].
- [redacted] Mitglied der JA BB und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der AfD in der Ortsversammlung Eberswalde, nahm in vorderster Reihe an der von [redacted] organisierten und von zahlreichen (insbesondere jungen) Rechtsextremisten (Junge Nationalisten, Jung&Stark, Deutsche Jugend voran) besuchten **Demonstration** „Für Recht und Ordnung" und „gegen Linksextremismus" **am 22.02.2025 in Berlin** teil. Dort skandierte er auch Parolen.[527] Auf der Plattform TikTok veröffentlichte [redacted] zwei Clips. Im ersten Video kommentierte er: „So,

[520] Beleg 618b.
[521] Beleg 616.
[522] Beleg 621, Beleg 621a, Beleg 621b, Beleg 621c.
[523] Beleg 621, Minute 00:32:36.
[524] Beleg 621, Minute 01:06:55.
[525] Beleg 621, Minute 01:20:48.
[526] Beleg 621, Minute 01:20:56.
[527] Beleg 617.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

liebe Freunde, wir setzen hier heute ein Zeichen gegen Linksextremismus und politisch motivierte Gewalt. Es ist unglaublich, was hier abgeht, da drüben bei denen von unseren Steuergeldern [Anm.: Gemeint ist die Gegendemonstration] und wir sind hier, die bürgerliche Mitte." In dem zweiten Video sieht man ihn mit Megaphon, wie er die Teilnehmer mit den Parolen „Ost-, Ost-, Ost- Ostdeutschland" und „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen" anheizt. Der LfV Brandenburg wurde bekannt, dass [redacted] auch die gleichnamige Demonstration **am 22.03.2025 in Berlin** mitorganisierte. Er ist einer der Administratoren der Whatsapp-Gruppe.[528]

- Auf dem vom IfS-Netzwerk um Götz Kubitschek betriebenen **YouTube**-Kanal „Kanal Schnellroda" erschien **am 03.03.2025** ein Video, in dem Hans-Christoph Berndt mit Götz Kubitschek und Erik Lehnert u.a. über die Bundestagswahl 2025 und über rechte Subkultur diskutierte. Hier präsentierte Berndt auch eine Idee, dank Millionenspenden eine „große Immobilie" zu erwerben, um dort Parteitage, Akademien, Kongresse – „Verteidiger Europas" – und Kulturmessen zu veranstalten.[529] Götz Kubitschek formulierte im Gespräch u.a. seine Skepsis gegenüber dem Parlamentarismus und dem sogenannten „Parlamentsbetrieb"; in jenem kämen Politiker auch ohne „weltanschauliche Grundlage" zurecht. Erik Lehnert wiederum blickte mit Wehmut auf eine Zeit zurück als die AfD angeblich noch stärker eine „parteienstaatskritische Partei" gewesen sei.[530]

6. Fazit

Hinreichend tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass es sich bei dem AfD-LV BB um eine verfassungsfeindliche Bestrebung handelt, haben sich insbesondere ab Ende 2023 und im Verlauf des Jahres 2024 zur Gewissheit verdichtet. Eklatante Verstöße gegen Schutzgüter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – Menschenwürde, Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip – sind in erheblichem Maße festzustellen und haben gerade in der jüngeren Vergangenheit erwiesenermaßen zugenommen. Verfassungsfeindliche Aktivitäten und Äußerungen blieben innerhalb des AfD-LV BB fast ausnahmslos unwidersprochen. Der Landesvorstand hat sie zuletzt in erkennbarer Weise selbst gefördert. Extremistische Akteure um den Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Hans-Christoph Berndt, konnten Anfang des Jahres 2024 einen signifikanten Bedeutungszuwachs erringen und sind zu Trägern der Bestrebung aufgestiegen, sodass sie den AfD-LV BB programmatisch und ideologisch prägen. Eine programmatische und verbale Mäßigung und Selbstdisziplinierung sowie die Abgrenzung zu anderen rechtsextremistischen Bestrebungen ist nicht erfolgt und steht für die absehbare Zukunft auch nicht zu erwarten. Die

[528] Beleg 617b, Beleg 617c, Beleg 617d, Beleg 617e.
[529] Beleg 622, Minute 44:38.
[530] Beleg 622, Minute 48:40.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

für Ende März 2025 geplante Selbstauflösung der JA Deutschland kann – obwohl der Aufbau einer neuen Parteijugend von zwei zentralen Brandenburger Akteuren konzipiert wurde – dem AfD-LV BB aktuell deshalb (noch) nicht entlastend angerechnet werden. Aus der für die Reform seitens des AfD-Bundesvorstandes zentral angeführten Begründungen – Schutz der Jugendorganisation durch das Parteienprivileg und Stärkung der Mitgliederbasis – ergeben sich keine hinreichenden Hinweise darauf, dass die Partei ihre Jugendorganisation programmatisch gemäßigter aufstellen möchte. Der Aufbau der neuen Jugendorganisation resultiert vielmehr aus der Absicht, die Partei weiter zu professionalisieren.

Maßgebliche Vertreter des AfD-LV BB verunglimpfen politische Gegner und Vertreter des Staates, ziehen die Legitimität rechtsstaatlicher Verfahren und Entscheidungen in Zweifel, und dies in einer Weise, dass es nicht – und sei es polemisch – der Auseinandersetzung in der Sache dient, sondern auf eine generelle Verächtlichmachung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland zielt. Politischen Gegnern wurde im Wahlkampf des Sommers 2024 sogar mit strafrechtlicher Verfolgung im Falle einer AfD-Regierungsübernahme gedroht, ohne dass die AfD hinreichend hätte darlegen können, worin dies begründet wäre. Verstöße gegen das Demokratieprinzip kaschiert die Partei, indem sie behauptet, die Demokratie sei außer Kraft gesetzt worden und würde erst durch die AfD als wahre Oppositionskraft wiederhergestellt. Unzweifelhafte Belege dafür, dass der AfD-LV BB auf die Errichtung eines autoritären Systems oder gar einer Führerdiktatur hinarbeitet, finden sich in den Verlautbarungen und Äußerungen nicht. Hier unterscheidet sich die Partei deutlich von klassischen rechtsextremistischen Bestrebungen, die sich erkennbarer an autoritäre bzw. totalitäre Modelle des 20. Jahrhunderts – Nationalsozialismus und Faschismus – anlehnen. In Hinblick auf die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts sind in der AfD zwar eine Reihe revisionistischer und verharmlosender Äußerungen zu registrieren. Die Partei ist jedoch bemüht, wie es insbesondere für neurechte Bestrebungen strategisch geradezu kennzeichnend ist, sich potenziellen Wählern als modern-demokratische Kraft zu präsentieren. Erhebliche Zweifel am Demokratieverständnis maßgeblicher Akteure des AfD-LV BB sind allerdings begründet.

Der AfD-LV BB spricht von einem „Parteienstaat“, einer „Parteiendiktatur“ oder einem „Parteienkartell“, das es zu stürzen oder zu überwinden gälte. Der AfD-LV BB adaptiert kommunikative Strategien des neueren westeuropäischen Rechtspopulismus: Volk und Volkswillen werden argumentativ einer vermeintlich volksfernen Elitenherrschaft gegenüberstellt. Die Partei betreibt diesen aus Sicht des Verfassungsschutzes im Prinzip zulässigen Populismus jedoch in einer Weise, dass zahlreiche Verstöße gegen das Demokratieprinzip die Folge sind: Der AfD-LV BB inszeniert sich als einzig wahren Vertreter eines vermeintlich homogenen Volkswillens, den es gegen ein verschworenes Elitenkartell aus Parteien,

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Staat, Medien und Justiz durchzusetzen oder zum politischen Durchbruch zu verhelfen gilt. Darüber hinaus stellten hochrangige Politiker des AfD-LV BB wiederholt die Gewaltenteilung in Frage. Demokratisch legitimierte Entscheidungen, demokratisch legitimierte Politiker und zivilgesellschaftliche Akteure werden in diesem Zuge pauschal als korrupt, volksfeindlich, undemokratisch, totalitär und sogar verbrecherisch in verunglimpfender Art dargestellt und gebrandmarkt. In aggressiver und mitunter aufwiegelnder Weise haben Akteure der Brandenburger AfD während der Wahlkämpfe 2024/25 sogar die Verhaftung oder Aburteilung von Politikern gefordert und etwaige Rachegelüste ihrer (rechtsextremistischen) Anhänger offensiv bedient. Die politische Ideologie, auf welche sich der AfD-LV BB mittlerweile gründet, ist ihrem Wesen nach anti-liberal und anti-pluralistisch, woraus sich die überaus hohe Attraktivität der Partei sowohl für Vertreter des klassischen Rechtsextremismus wie auch für Protagonisten der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten erklärt. Das Bekenntnis des AfD-LV BB zum Grundgesetz und der freiheitlichen demokratischen Ordnung kann die vorhandenen tatsächlichen Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen und für Verstöße gegen das Demokratieprinzip nicht überdecken.

Der AfD-LV BB insgesamt vertritt einen ethnisch-kulturellen bis abstammungsmäßig-biologistischen Volksbegriff. Seine politische Hauptforderung ist die (Wieder-)Herstellung oder Bewahrung eines homogenen Staatsvolkes auf ethnisch-kultureller Grundlage; darüber hinaus verweisen einzelne Stellungnahmen und Äußerungen, in denen dezidiert Merkmale wie die Hautfarbe thematisiert oder mittels Grafiken für die eigene Klientel drastisch veranschaulicht werden, auf rassistisch-biologistische Vorstellungen der relevanten Akteure. Über Migration spricht die Partei nur in Zusammenhang mit Gefahren für die innere Sicherheit und den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland. Migranten stehen aus Sicht der AfD unter Generalverdacht. Gezielt schüren Akteure fremdenfeindliche Ängste in der deutschen Bevölkerung und präsentieren als Lösung für mitunter komplexe gesellschaftliche Probleme das Idealbild einer durch ethnisch-kulturelle Homogenität befriedeten Gesellschaft. In der Migrationsdebatte bedient sich die Partei bewusst apokalyptischer Schreckensszenarien, um Ängste in der Bevölkerung zu schüren und gesellschaftliche Spannungen zu verstärken. Dramatische Darstellungen und Szenarien entbehren jedoch häufig einer soliden empirischen Grundlage, obgleich jüngste Gewalttaten und Terroranschläge die migrationsfeindliche Argumentation der Partei zu stützen scheinen und ihre Erfolge in der Landtags- und Bundestagswahl 2024/25 erklären helfen. Statt auf fundierte Tatsachen stützt sich der AfD-LV BB auf emotionale Übertreibungen, um politischen Zuspruch zu erlangen und ein Gefühl unmittelbarer Bedrohung in der Bevölkerung zu erzeugen. Der AfD-LV BB unterscheidet sich hier nur graduell von älteren rechtsextremistischen Parteien wie der NDP/“Heimat“, deren frühere Wähler er adressiert und deren fremdenfeindliche Slogans – „Ausländer raus!“ – er mittlerweile unbefangen verwendet oder

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

deren Verwendung – wie in der JA BB – er mindestens billigend hingenommen hat. In den Wahlkämpfen 2024/25 hat sich der AfD-LV BB dementsprechend als die „Partei der Deutschen“ selbst tituliert.

Der AfD-LV BB postuliert eine weitgehende ethnisch-kulturelle Unvereinbarkeit zwischen Menschen europäischer bzw. weißer Herkunft einerseits und Menschen außereuropäischer Herkunft, insbesondere aus islamisch geprägten Ländern andererseits. Die Partei wendet sich nicht nur gegen Zuwanderung aus nachvollziehbaren ökonomischen Gründen, beispielsweise zur Absicherung des Sozialstaates, oder mit Blick auf Kriminalität und innere Sicherheit. Vielmehr lehnt sie eine ethnisch-kulturelle „Vermischung“ generell ab, weil sie deutsche Identität und Traditionsbestände bedroht und durch Zuwanderer angegriffen sieht. Die Akteure sprechen in diesem Zusammenhang von einer durch die Eliten planmäßig herbeigeführten „Überfremdung“, von einem „Bevölkerungsaustausch“ oder – eine Vokabel des älteren, klassischen Rechtsextremismus – von der „Umvolkung“. Menschen nichtdeutscher oder nicht-weißer Herkunft, denen abgesprochen wird, zu einem gleichberechtigten Teil des Staatsvolkes gehören zu können, werden in diesem Zuge in pauschaler, diffamierender und rassistischer Weise herabgewürdigt und in ihrer Menschenwürde verletzt. Gerade die in den Sozialen Medien verbreiteten Grafiken sind schwerlich anders zu verstehen, als dass die Zugehörigkeit zum Volk nicht nur von sogenannten ethnisch-kulturellen, sondern in rassistischer Weise auch von rein erblichen Merkmalen abhängig gemacht wird. Hans-Christoph Berndt hob in einer Rede 2025 hervor, dass die AfD die einzige „relevante Partei“ sei, die das Volk als eine „Generationenfolge“ begreife, und die ihr Handeln und ihre Ziele danach ausrichte.

Um in der Breite der Gesellschaft politisch anschlussfähig zu bleiben, hat sich die Partei in der Vergangenheit zwar bemüht, ihre verfassungsfeindlichen Ziele zu verschleiern. 2023/24 wurde diese vor allem taktisch bedingte Zurückhaltung jedoch zunehmend aufgegeben. Anzeichen für eine Mäßigung oder Selbstdisziplinierung sind nicht zu erkennen. Auch ist nicht zu erkennen, dass der AfD-LV BB zukünftig von der Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen ablassen wird oder mit der Einstufung des AfD-LV BB als Verdachtsfall ein kollektiver Lernprozess in Gang gesetzt worden wäre. Die erhebliche Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte beweist vielmehr das Gegenteil.[531] In der Gesamtschau der angeführten Verlautbarungen und Äußerungen ist es als erwiesen anzusehen, dass der AfD-LV BB bestrebt ist, die Achtung der Menschenwürde für bestimmte Gruppierungen und Minderheiten – insbesondere für Zuwanderer aus Afrika und islamischen Ländern sowie für deutsche Staatsbürger mit entsprechendem Migrationshintergrund oder Erscheinungsbild – außer Geltung zu setzen.

[531] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21 in BeckRS 2022, 3817 (Rn. 443).

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

Die „Überfremdung“ rückgängig zu machen, ist erklärtes Ziel des AfD-LV BB. Gerade im Zuge der Debatte um den Begriff „Remigration“ seit Anfang 2024 ist erkennbar geworden, dass der AfD-LV BB seine fremdenfeindliche Agitation nicht nur gegen Asylbewerber und Migranten richtet, sondern auch gegen deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund. Ihnen wird oft in generalisierender Weise mangelnde Integrationsfähigkeit attestiert oder fehlender Integrationswillen unterstellt, insbesondere dann, wenn es sich um deutsche Staatsbürger islamischen Glaubens handelt. Das deutsche Staatsvolk wird auf Basis – nicht ausdefinierter und lediglich angedeuteter – ethnisch-kultureller Kriterien in qualitativ höher- und minderwertig eingeteilt. Die AfD hat 2024 eine nachträgliche Überprüfung von Einbürgerungen gefordert, zudem stellten einzelne Akteure den Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft bei angeblich mangelnder „Integrationsleistung“ in Aussicht. Entsprechende Forderungen kamen 2024/25 auch aus dem AfD-Landesverband BB. Politiker propagieren darüber hinaus einen staatlicherseits verstärkt auszuübenden „Assimilationsdruck“ und sogenannte „Remigrationsanreize“, die im Falle einer Regierungsübernahme politische Praxis werden sollen. Hier greift die Partei unverhohlen auf den neurechten IB-Vordenker Martin Sellner zurück, dessen Remigrationskonzept sich dezidiert auch gegen „nichtassimilierte deutsche Staatsbürger“ mit Migrationshintergrund richtet: „Für diese Zielgruppe wird durch eine patriotische Leitkultur Assimilationsdruck erzeugt, während Deislamisierung und sozialpolitische Maßnahmen Remigrationsdruck erzeugen. Dazu greifen hier attraktive und umfassende, freiwillige Heimkehrprogramme.“[532] Gerade auch deutsche Muslime werden aufgrund ihres Glaubens vom AfD-LV BB angegriffen und ausgegrenzt. Die pauschale Ablehnung des Islam (seitens relevanter Brandenburger Akteure nicht als eine Religion, sondern mitunter als eine totalitäre Ideologie von „Eroberern“ oder „Invasoren“ beschrieben) mündet in realpolitische Forderungen und Konzepte, die offensichtlich darauf hinauslaufen, die Religionsfreiheit sämtlicher Muslime in Deutschland einzuschränken.

Dass es dem AfD-LV BB um die „Remigration“ von Millionen Menschen in ihre „Heimat“ geht, ist von relevanten Akteuren mit Nachdruck betont worden. Auf eine genaue Zahl lässt sie sich die Partei nicht festlegen: Während der AfD-LV BB in Stellungnahmen etwa gegenüber der Presse darauf beharrt, man hebe (lediglich) auf Millionen „Ausreisepflichtige“ ab, deuten diverse AfD-Akteure gegenüber ihren Anhängern an, dass auch sogenannte „kulturfremde“, „integrationsunwillige“ deutsche Staatsbürger zur „Remigration“ angeleitet werden müssten. Die entsprechenden Belege sind hier zusammengetragen und stammen überwiegend aus Reden des Führungspersonals. Die konsequente Umsetzung dieser

[532] Martin Sellner, Remigration. Ein Vorschlag, Schnellroda 2024, S. 69.

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

[redacted]

vom AfD-LV BB propagierten ethnisch-kulturellen Assimilations- und Remigrationspolitik würde auf eine gesellschaftliche Exklusion von Minderheiten hinauslaufen und es ist nicht zu bezweifeln, dass sie die kulturelle, soziale, ökonomische und religiöse Diskriminierung deutscher Staatsbürger zur Folge hätte.

Die verfassungsfeindlichen Äußerungen und Verhaltensweisen prägen den Gesamtcharakter des AfD-LV BB. Sie gehen von der Parteispitze, von führenden Funktionären und Abgeordneten aus Landtag und Bundestag aus, sind innerparteilich nicht auf Kritik gestoßen und werden von den Mitgliedern geteilt. Seit 2024 zeigt sich der Landesverband nicht nur ideologisch und programmatisch, sondern nunmehr auch personell geschlossen. Darüber hinaus liegt die Verflechtung mit namhaften, seit Längerem eingestuften rechtsextremistischen Bestrebungen, wie dem Kreis um das ehemalige, inzwischen in veränderter Struktur fortgeführte IfS, mittlerweile auf einem vergleichbaren Niveau wie im Falle des AfD-LV Thüringen; jener ist seit März 2021 als gesichert rechtsextremistisch eingestuft. Mit dem Spitzenkandidaten zur Landtagswahl 2024, Hans-Christoph Berndt, hat sich die Partei für einen bestens vernetzten Protagonisten des „Vorfelds“ entschieden, dessen Selbstdarstellung, Aktivitäten und Äußerungen keinen Zweifel daran lassen, dass es ihm um die Herbeiführung oder Ausnutzung eines „revolutionären“ Zustandes – aus seiner Sicht analog der Friedlichen Revolution 1989 – zur umfassenden Umgestaltung von Staat und Gesellschaft geht. Dass sich diese Umgestaltung gegen zentrale Schutzgüter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung richtet, ist in diesem Vermerk hinreichend dargelegt worden.

Der AfD-LV BB hat die bei der Einstufung als Verdachtsfall festgestellten verfassungsfeindlichen Bestrebungen im Prüfzeitraum weiter fortgesetzt und zuletzt erheblich intensiviert. Dadurch haben sich die tatsächlichen Anhaltspunkte in der Summe derart verdichtet, dass keine Zweifel mehr an der extremistischen Ausrichtung des gesamten Landesverbandes bestehen können. In der Gesamtschau der im Prüfungszeitraum gesammelten und hier angeführten tatsächlichen Anhaltspunkte ist der AfD-LV BB nunmehr nicht mehr als Verdachtsfall, sondern als erwiesen rechtsextremistisch einzustufen.

Müller

Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbundes ohne Zustimmung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg